



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Beim Schlump 83

20144 Hamburg

Tel. 040/4313970

E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de

Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

Veröffentlichungen der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus
in Hamburg

Iris Hamel

Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft

Der Deutsch-
nationale Handlungs-
gehilfen-Verband
1893 - 1933

Europäische Verlagsanstalt

HAMEL · VÖLKISCHER VERBAND UND NATIONALE
GEWERKSCHAFT

*Veröffentlichungen der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg
Band VI*

IRIS HAMEL

Völkischer Verband
und nationale Gewerkschaft

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband
1893-1933

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT

© 1967 by Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. · Druck Wetzlarer Verlagsdruckerei
Schutzumschlag: August Bachmeier
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	9
----------------------	---

ERSTES KAPITEL

Antisemitismus und Mittelstand	14
1. Soziale Lage der Handlungsgehilfen – erste Versuche zu ihrer Politisierung	14
2. Entwicklung und Wegbereiter des Antisemitismus	25
3. Parteipolitische Organisationsformen des Antisemitismus im Reich	36
4. Antisemitische Vereine in Hamburg	44
5. Der Aufbau des DHV (1893–1900)	52

ZWEITES KAPITEL

Der DHV als völkischer Verband	69
1. Die Jugendbundbewegung	72
2. Völkische Orientierung im DHV	82
3. Rassentheorie und »Deutsche Bewegung«	86
4. DHV und »Deutsche Bewegung«	99
5. Die Entwicklung des DHV und sein Verhältnis zur Antisemi- tenpartei (1900–1914)	110

DRITTES KAPITEL

Die Bildungsarbeit des DHV	123
1. Deutsches Volkstum und Fichte-Gesellschaft	125
2. Deutsche Hausbücherei und Verlagstätigkeit	135
3. Jugendarbeit und Jugendbewegung	145
4. Antisemitismus im Wandel	157

VIERTES KAPITEL

Auf dem Weg zur nationalen Gewerkschaft	167
1. Gewerkschaftspolitische Orientierung des Verbandes	167
2. Die zweite Front	192
3. DHV und NSDAP	238
4. Der DHV im nationalsozialistischen Staat	261
Schluß	267
Quellen- und Literaturverzeichnis	270
Personenregister	283

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung hat der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg im Wintersemester 1964/65 als Dissertation vorgelegen. Die Verfasserin dankt allen Personen und Institutionen, die sie bei der Materialsammlung unterstützt haben: so dem Hamburgischen Staatsarchiv, dem Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV), der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Ihr besonderer Dank gilt ihrem Lehrer, Herrn Professor Dr. Fritz Fischer.

Hamburg, 1966

I. H.

Einleitung

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) ist in der Übergangszeit von der vorindustriellen, ständischen Ordnung zur modernen Industriegesellschaft entstanden. Im Laufe von vierzig Jahren entwickelte er sich von einem lokalen Berufsverband zur bedeutendsten Angestelltengewerkschaft. Im Kaiserreich gewann er große Teile der politisch aktiven Handlungsgehilfen, vertrat aber nicht nur deren wirtschaftliche und soziale Interessen, sondern prägte auch die politischen Vorstellungen seiner Mitglieder. In ständigem Kontakt mit den Gruppen der nationalen Rechten in Deutschland und Österreich, trug er maßgeblich zur Ausbildung der völkischen Ideologie bei. Diese hat in der Weimarer Republik – auch außerhalb des DHV – zur Radikalisierung der bürgerlichen Mittelstandsschichten wesentlich beigetragen. In der vorliegenden Arbeit wird die Rolle des DHV in der deutschen Innenpolitik des Kaiserreiches und der Weimarer Republik untersucht. Die sozialpolitischen Leistungen des Verbandes müssen einer gesonderten Studie vorbehalten bleiben.

Der DHV wurde 1893 gegründet, als die Politisierung der städtischen und ländlichen Mittelstandsschichten in Deutschland einsetzte. Den Anstoß zu dieser Entwicklung gab die starke wirtschaftliche und soziale Umschichtung zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der Konzentrationsprozeß im Verkehrs-, Geld- und Bankwesen veränderte nicht nur die gesamte Volkswirtschaft, sondern unter seinem Einfluß wurde »die ganze Gesellschaft« umgestaltet¹. Das selbständige Handwerk, die Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Industrie wurden von der Technisierung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens besonders betroffen. Das gewerbliche Kleinbürgertum verlor größtenteils seine wirtschaftliche Unabhängigkeit;

¹ Gustav Schmoller, »Was verstehen wir unter dem Mittelstande?« Referat, gehalten auf dem 8. Evangelisch-Sozialen Kongreß in Leipzig am 11. 6. 1897, S. 145.

die junge Generation konnte kaum noch damit rechnen, eine selbständige Existenz aufzubauen.

Die in Bewegung geratenen städtischen Mittelstandsschichten wehrten sich gegen den sozialen Abstieg. Bisher politisch indifferent, suchten sie nun Rückhalt bei Parteien, die gewillt waren, ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange wahrzunehmen. Sie erwarteten Antworten auf die vielfältigen Fragen, mit denen sie in der sich wandelnden Welt konfrontiert wurden. Die Konservativen und Liberalen hatten jedoch kein Verständnis für diese Probleme. Dagegen hielten die Sozialdemokraten auf der einen und die Antisemiten auf der anderen Seite Antworten bereit. Beide Parteien bemühten sich um die Angestellten im Handelsgewerbe und versprachen die Lösung ihrer Probleme. Die Sozialdemokraten bejahten den Industrialisierungsprozeß mit allen Folgeerscheinungen. Für sie gab es nur einen Weg zur Lösung der sozialen Frage: die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Damit stießen sie aber die Handlungsgehilfen ab, die an der alten sozialen Ordnung festhalten wollten. Die sozialdemokratische Vorstellung vom Umsturz der Gesellschaft besiegelte in ihren Augen die eigene Deklassierung. Diese Auffassungen und Ressentiments machten sich die Antisemiten zunutze. Durch geschickte Propaganda gewannen sie den entscheidenden Einfluß auf die Handlungsgehilfen, spielten bei der Gründung des DHV die Hauptrolle und bestimmten sehr wesentlich den Kurs der Verbandspolitik im ersten Jahrzehnt.

Die Verbandsgründer gewannen ihre Anhänger mit der Parole, »den großen Teil des deutschen Mittelstandes, den unser Stand bildet, vor der Proletarisierung, vor dem Untergange zu bewahren²«. Sie deuteten die großen Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht als zwangsläufige Folgen der Industrialisierung, sondern als Symptome einer Krankheit, die durch die Übernahme fremder Prinzipien und »undeutscher Gesinnungen« verursacht worden seien. Als Heilmittel empfahlen sie die Besinnung auf die Kräfte des deutschen Volkstums. Davon erhofften die Führer des DHV die Überwindung der Klassengegensätze und die Schaffung einer neuen Volksgemeinschaft. Folgerichtig wandten sie sich daher gegen jede internationale Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Politik, deren

* »Mitteilungen des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes in Hamburg«, Nr. 1/2 v. 1. 11. 1894.

maßgebliche Befürworter sie im Judentum und in der Sozialdemokratie erkannt zu haben meinten. Auf diese politische Linie legte sich der DHV 1896 fest, als er sich seinen endgültigen Namen gab. »Deutsch-national« bedeutete hier bereits ein Programm, lange bevor eine Partei gleichen Namens in Deutschland gegründet wurde. In seiner deutsch-nationalen Konzeption fand sich der Handlungsgehilfenverband mit den anderen Gruppen der völkischen Bewegung zusammen. So nutzte er eine Zeitströmung aus, die ihm starken Zulauf brachte.

Im ersten Weltkrieg wurde der DHV vor neue Entscheidungen gestellt. Unter dem Zwang der Kriegswirtschaft mußte der Staat die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehen. Er erkannte sie damit als Arbeitnehmervertretung an. In der Revolution mußten schließlich auch die Arbeitgeberorganisationen mit ihnen verhandeln, und damit gewannen die Gewerkschaften Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Von dieser Entwicklung profitierte auch der DHV. 1917 ließ sich der Verbandsvorsteher zum Vorsitzenden der Dachorganisation der kaufmännischen Verbände wählen. 1919 nannte sich der DHV »Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter« und gründete zusammen mit den christlichen Arbeitnehmerorganisationen den Deutschen Gewerkschaftsbund. Die damit eingeleitete Interessenpolitik brachte dem DHV – ebenso wie allen anderen Gewerkschaften – einen Aufschwung. Der Verband konnte seine Mitgliederzahl verdreifachen.

Der Gewerkschaftskurs der Verbandsleitung wurde nicht von allen Mitgliedern begrüßt. Die alten Völkischen im DHV erklärten, der Verband verdanke sein Entstehen nicht nur gewerkschaftlichen und sozialen Erwägungen. Sie verlangten ein erneutes Bekenntnis zu den völkischen Traditionen. Mit Rücksicht auf die nach der Revolution neugewonnenen Mitglieder war die Verbandsleitung aber nicht dazu bereit. Die Enttäuschten erhielten die Mitgliedschaft im DHV aus wirtschaftlichen Gründen aufrecht, verlegten ihre politische Aktivität aber in die völkischen Bünde und die Parteien der Rechten. Von dort versuchten sie wiederholt, auf die Verbandsleitung einzuwirken. Um einen Ausgleich zwischen den divergierenden politischen Anschauungen der Mitglieder zu schaffen, proklamierte der Braunschweiger Verbandstag von 1920 die »parteipolitische Neutralität« des DHV. Diese Maßnahme bedeutete bei der fortschreitenden Politisierung und Radikalisierung in den zwanziger Jahren aber keine Lösung. Die Versuche,

Einfluß im DHV zu gewinnen und seinen politischen Standort festzulegen, rissen nicht ab. Dem Ansturm der Nationalsozialisten war der Verband schließlich nicht mehr gewachsen. Die Mehrheit der Mitglieder sympathisierte mehr oder weniger offen mit der NSDAP und schränkte die Handlungsfreiheit der Verbandsleitung erheblich ein. Deren Versuch einer volkskonservativen Neuorientierung und der nationalistische Tatendrang der Mitglieder standen einander am Ende unvereinbar gegenüber.

Mehr noch als in der praktischen Politik erwies sich die erstrebte Neutralität des Verbandes in seiner Bildungsarbeit als unmöglich. Der DHV hatte sich bei seiner Gründung die Erziehung einer großen mittelständischen Gesellschaftsgruppe in deutschvölkischem Sinn zur Aufgabe gemacht. Dieses Ziel konnte nicht von heute auf morgen aufgegeben werden. Selbst wenn die Absicht dazu nach dem Übergang zur Gewerkschaftspolitik vorhanden war, konnte ein Erfolg erst nach längerer Zeit erwartet werden. So blieb die Bildungsarbeit des DHV nach wie vor deutschnational und völkisch ausgerichtet. Der Verband trug damit nicht unerheblich dazu bei, daß sich seine Mitglieder vornehmlich den Parteien der Rechten und der NSDAP zuwandten.

Eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte des DHV liegt noch nicht vor. Bisher wurde sein Werdegang nur von Verbandsmitgliedern beschrieben³. Diese Schriften sollten zumeist Mitglieder werben. Nach 1945 erschien eine Broschüre, die vorwiegend der Rechtfertigung diente⁴, und das materialreiche Erinnerungswerk von Albert Krebs, das jedoch nur das Verhältnis des DHV zur NSDAP in der Zeit von 1925 bis 1933 behandelt⁵. Daneben finden sich Hinweise auf Teilaspekte der Verbandsgeschichte in neueren Veröffentlichungen zur Geschichte einzelner Parteien in der Weimarer Republik⁶. Auch in Werken über die Entwicklung des konservativen Gedankens und die Ent-

³ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, 4. Aufl., Hamburg 1909; Albert Zimmermann, »Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband. Sein Werden, Wirken und Wollen«, Hamburg o. J. (1921).

⁴ Fritz Irwahn, »60 Jahre DHV«, Hamburg 1953.

⁵ Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Erinnerungen an die Frühzeit der Partei.« Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6, Stuttgart 1959.

⁶ Werner Liebe, »Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924.« Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8, Düsseldorf 1956; Georg Franz-Willing, »Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919—1922«, Hamburg—Berlin 1962. Erasmus Jonas, »Die Volkskonservativen 1928—1933«, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 30, Düsseldorf 1965.

stehung des antiliberalen Denkens im 20. Jahrhundert wird die Politik des Verbandes gestreift⁷.

Das Fehlen einer Studie zur Geschichte des DHV ist nicht zuletzt auf die mangelhafte Quellenlage zurückzuführen. Das umfangreiche Archiv des DHV ging nach der Übernahme des Verbandes in die Deutsche Arbeitsfront verloren. Was durch persönliche Initiative gerettet wurde, befindet sich heute im Besitz des Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes (DHV), der Deutschen Angestellten-Krankenkasse und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Dieses Material ist in der vorliegenden Arbeit ausgewertet worden. Es wurde durch kleinere private Nachlässe ergänzt. Soweit wie möglich wurden auch mündliche Auskünfte eingeholt.

Für die zentrale Fragestellung dieser Arbeit boten die genannten Bestände aber keine ausreichende Quellenbasis. Erst aufgrund der Tatsache, daß es der »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg« gelang, Akten und Nachlässe zur Geschichte der gesamten völkischen Bewegung zu erschließen, konnten die Querverbindungen des DHV zu den anderen Gruppen und Organisationen aufgezeigt werden. Dadurch wurde die vorliegende Studie zur politischen Geschichte des DHV ermöglicht.

⁷ Klemens von Klemperer, »Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus«, München, Wien o. J.; Armin Mohler, »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen«, Stuttgart 1950; Kurt Sontheimer, »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933«, München 1962; Hans G. K. Sieh, »Der Hamburger Nationalistenklub. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-konservativen Strömungen in der Weimarer Republik.« Diese Mainzer Dissertation von 1963 bildet für eine Darstellung der DHV-Geschichte insofern eine zu schmale Basis, als sie die Verbandsgeschichte einseitig im Licht der christlich-konservativen Strömungen der Weimarer Republik sieht. Sie berücksichtigt nicht, daß es erst nach dem ersten Weltkrieg in den Kreisen der Verbandsleitung zu einer Kombination des christlich-sozialen Gedankens mit der antisemitisch-völkischen Tradition des Verbandes kommt.

Antisemitismus und Mittelstand

1. Soziale Lage der Handlungsgehilfen – erste Versuche zu ihrer Politisierung

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verlief das Leben des deutschen Kaufmanns in traditionellen Bahnen. Der selbständige »Prinzipal« bestimmte das Dasein seiner Untergebenen, die in häuslicher Gemeinschaft mit ihm lebten. Diese – der eigene Sohn oder der »junge Mann« – begannen als Lehrlinge bei ihm, wurden Gehilfen und übernahmen schließlich das Geschäft oder machten sich anderswo selbständig. Der junge Mann, der diese Laufbahn gewählt hatte, konnte einer gesicherten Zukunft entgegensehen: weder unzureichende Aufstiegsmöglichkeiten noch Stellenmangel bedrohten seine Existenz. Warenhäuser, Kettenläden und Versandunternehmen als Konkurrenz für den Einzelhandelskaufmann lagen noch in weiter Ferne. In dieser Umwelt gab es keine sozialen Probleme für die Gehilfen. Da sie meistens ihr ganzes Leben in derselben Stadt verbrachten, genügten lokal organisierte zünftlerisch-gesellige Standesvereine ihren Ansprüchen¹. Mit der Ausbreitung des Post- und Eisenbahnnetzes und dem zunehmenden Verkehr nach der Jahrhundertmitte aber gaben die Handlungsgehilfen vielfach ihre Seßhaftigkeit auf. Jetzt reichten die lokalen Standesvereine nicht mehr aus: Was die reisenden Handlungsgehilfen benötigten, war eine Stellenvermittlung in allen Teilen des Reiches. So entstanden nach und nach überregionale kaufmännische Vereine, die die Aufgabe der Stellenvermittlung übernahmen. Der erste war der in Hamburg gegründete »Verein für Handlungs-Commis von 1858« (58er Verein)². Fünfzehn Jahre später wurde in Berlin der

¹ Nach Wilhelm Kulemann, »Die Gewerkschaftsbewegung«, S. 350, gab es bereits 1687 eine kaufmännische Vereinigung in Stettin. Im 18. Jahrhundert kamen drei ähnliche Gründungen dazu. Aber erst mit dem Wachsen des Verkehrs im 19. Jahrhundert wurde das Bedürfnis nach derartigen Vereinigungen größer. Ende der sechziger Jahre gab es im Norddeutschen Bund 70, in Bayern 6, in Baden 4, in Österreich 1, in der Schweiz 16 kaufmännische Vereine, die zusammen aber nur etwa 9000 Mitglieder hatten.

² Ebenda, S. 353 ff.

»Verein der Deutschen Kaufleute³« als Gewerkverein der Hirsch-Dunckerschen Richtung ins Leben gerufen, der als erster in Deutschland, seinen englischen Vorbildern entsprechend, Zweigvereine errichtete und damit den von einem Ortswechsel betroffenen Gehilfen entgegenkam. Aus seinem Leipziger Zweigverein entwickelte sich 1881 der »Verband deutscher Handlungsgehilfen« (Leipziger Verband)⁴, der nach dem 58er Verein bald der größte kaufmännische Verband in Deutschland wurde. Er gab die erste Fachzeitschrift für Handlungsgehilfen heraus, die seit 1881 unter dem Titel »Kaufmännische Blätter« erschien, und bemühte sich neben der Stellenvermittlung um die Errichtung von Unterstützungskassen. Seine Aktivität wirkte auf den 58er Verein zurück, der gleichfalls Zweigvereine und Wohlfahrts-einrichtungen schuf. Im Jahre 1881 gründete er eine eigene Zeitschrift, das »Hamburger Vereinsblatt«. Beide Vereine gaben ihre Aktivität bald aus denselben Gründen auf. Aus Sorge um die Mittel für ihre Unterstützungskassen, die von den Gehilfen nicht allein aufgebracht werden konnten, warben sie unter den Prinzipalen Mitglieder. Das führte nach und nach zur paritätischen Zusammensetzung der Vereine und zu einem den sozialpolitischen Eifer der Gehilfen hemmenden Einfluß der Prinzipale.

Die meisten lokalen kaufmännischen Vereine schlossen sich auf einer Versammlung am 9. Juni 1890 in Frankfurt am Main zum »Deutschen Verband kaufmännischer Vereine⁵« zusammen. Der Grund für den Zusammenschluß mag die Gewerbeordnungsnovelle von 1890 gewesen sein und die Absicht der Regierung, eine Umfrage über die Verhältnisse der Angestellten im Handelsgewerbe zu veranstalten. Wilhelm Kulemann schrieb über die Motive unter Berufung auf den Vorsitzenden des Verbandes, »daß das frühere Verhältnis, nach welchem die Stellung der Handlungsgehilfen nur ein Übergang vom Lehrling zum Prinzipal gewesen sei, nicht mehr zutreffe, viele Gehilfen zeitlebens in dieser Stellung blieben und deshalb ein eigener Handlungsgehilfenstand mit eigenen Interessen sich gebildet habe, so daß

³ Ebenda, S. 362 ff.

⁴ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 8.

⁵ Wilhelm Kulemann, a. a. O., S. 351 ff. 1899 gehörten dem Verband 98 Vereine mit insgesamt 127 115 Mitgliedern an. Diese hohe Zahl erklärte sich u. a. daraus, daß auch der 58er Verein mit seinen 53 951 Mitgliedern (1898) dem »Deutschen Verband kaufmännischer Vereine« angehörte. Zur gleichen Zeit hatte der »Verband Deutscher Handlungsgehilfen« 49 406, der DHV 18 277 Mitglieder.

es angezeigt sei, eine eigene Standesvertretung ins Leben zu rufen, zumal die Kaiserlichen Februarerlasse mit Recht die Notwendigkeit sozialer Reformen in den Vordergrund des politischen Lebens gerückt hätten⁶«.

Tatsächlich leiteten die Februarerlasse von 1890 eine Wende in der bisherigen Regierungspolitik ein: Sie erklärten den Arbeiterschutz zur Aufgabe des Staates. Zusammen mit dem Sturz Bismarcks und der Aufhebung des Sozialistengesetzes leiteten sie die Phase der Sozialpolitik des »Neuen Kurses« ein, die mit der Umsturzvorlage von 1895 und der Entlassung des preußischen Handelsministers von Berlepsch 1896 wieder zugunsten einer erneuten Repressivpolitik aufgegeben wurde. Die erste sozialpolitische Maßnahme des »Neuen Kurses« war die vom preußischen Handelsministerium ausgearbeitete Novelle zur Reichsgewerbeordnung, die dem Reichstag am 8. Mai 1890 vorgelegt und am 1. Juni 1891 als Gesetz verkündet wurde⁷. Sie brachte keine entscheidenden Neuerungen des Arbeiterschutzes, sondern erweiterte oder fixierte bereits bestehende Vorschriften und Verhältnisse. Dazu gehörte u. a. die für das Handelsgewerbe wesentliche Begrenzung der Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen auf höchstens fünf Stunden. Eine Folge der Gewerbeordnungsnovelle war die Berufung der »Kommission für Arbeiterstatistik« im Frühjahr 1892, die auf eine Anregung des Sozialreformers Berlepsch zurückging. Ihre Aufgabe bestand darin, zusammen mit dem Kaiserlichen Statistischen Amt die Notwendigkeit sozialer Schutzbestimmungen und die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung festzustellen. Damit war der Kommission nicht allein die Bearbeitung der amtlichen Arbeiterstatistik des Deutschen Reichs zugewiesen, sondern sie war als ein Gremium gedacht, das bei der Ausführung der Gewerbeordnung mitarbeiten sollte⁸. Als ihre erste Untersuchung wurde 1892 die Erhebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien veröffentlicht, und 1893 folgte die im September und Oktober 1892 veranstaltete Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. Die Ergebnisse dieser Umfrage geben einigen Aufschluß über die Zustände im Handelsgewerbe zu Anfang der neunziger Jahre. Wenn sie auch nicht besonders plastisch sind, weil Ver-

⁶ Ebenda, S. 351.

⁷ Karl Erich Born, »Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz«, S. 98 und 105.

⁸ H. von Scheel, »Die amtliche Arbeiterstatistik des Deutschen Reichs«, S. 831.

gleichsmaterial aus vorhergehenden Jahren fast vollständig fehlt, bringen sie doch die Krise deutlich zum Ausdruck, in die die Gehilfen der offenen Ladengeschäfte geraten waren. Im dritten Band der »Schriften des DHV« wurde das statistische Ergebnis der Arbeitszeit folgendermaßen zusammengefaßt: »Nicht weniger als 81% der in Ladengeschäften tätigen Gehilfen und 85% der Lehrlinge mußten länger als 12 Stunden arbeiten! 45% der Gehilfen und 50% der Lehrlinge, also rund die Hälfte hatten eine längere Arbeitszeit als 14 Stunden täglich, und mehr als der vierte Teil mußte über 16 Tagesstunden arbeiten!⁹«. Angesichts dieser Verhältnisse empfahl die Kommission für Arbeiterstatistik den obligatorischen Achtuhrladenschluß und stieß damit auf den Widerstand der Prinzipale. Die DHV-Broschüre bezeichnete diesen Zusammenstoß der Interessen rückblickend als »Erwachen der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Bewegung«. Die genannten Zahlen über die Arbeitszeit veranlaßten Berlepsch, in der Denkschrift, die er dem Reichskanzler Hohenlohe am 29. Mai 1895 mit seinem Entlassungsgesuch zuschickte, die Einführung des Maximalarbeitstages für Gewerbe mit übermäßig langer Arbeitszeit als eine der dringendsten sozialpolitischen Maßnahmen zu bezeichnen¹⁰.

Ein weiterer schwerer Notstand war die »Lehrlingszüchterei«. Dieses Verfahren der Prinzipale bestand darin, unverhältnismäßig viele Lehrlinge anzustellen und die Lehrzeit möglichst lange auszudehnen, um Gehälter einzusparen. Oldenberg stellte in seiner Statistik zur sozialen Lage der Handlungsgehilfen fest: »Es spricht für eine außerordentliche Verbreitung dieses Unwesens, wenn die in die Statistik einbegriffenen reinen Lehrlingsgeschäfte nicht weniger als 659 unter 8235 antwortenden Ladengeschäften betragen, darunter 225 Geschäfte mit 2 bis 3, 9 mit 4 bis 9 Lehrlingen¹¹«. Über die Dauer der Lehrzeit gab er folgende Zahlen an: »Nur bei 3,9% der Geschäfte mit männlichen Lehrlingen dauert die Lehrzeit zwei Jahre oder kürzer, bei 55,6% 2 bis 3 Jahre, bei nicht weniger als 40% mehr als 3 Jahre¹²«. Hinzu kam, daß nur knapp ein Drittel aller Prinzipale ihre Lehrlinge in Fach- oder Fortbildungsschulen schickte. Abgesehen davon war bei den langen Arbeitszeiten an den Werktagen und der Sonntagsarbeit

⁹ Schriften des DHV, Bd. 3, »Was wir wollen«, S. 14.

¹⁰ Karl Erich Born, a. a. O., S. 122.

¹¹ K. Oldenberg, »Statistik der sozialen Lage der deutschen Handlungsgehilfen«, S. 1242.

¹² Ebenda, S. 1243.

keine Möglichkeit gegeben, noch etwas dazuzulernen. Die »Lehrlingszüchterei« drückte die Gehälter der Gehilfen und führte zu einem latenten Stellenmangel. Diese Tendenz verstärkte sich noch durch die zunehmende Frauenarbeit, da Frauen für niedrigere Gehälter arbeiteten als Gehilfen.

Auch die Gewährung der »freien Station« gab in den neunziger Jahren Anlaß zu Klagen der Gehilfen. Oldenberg gibt an, daß noch 1893 45,1 % – also knapp die Hälfte – aller ausgelernten männlichen Gehilfen unter Gewährung von freier Station bei ihrem Prinzipal lebten¹³. Dieser Umstand veranlaßte ihn zu der Folgerung, daß der Handlungsgehilfenstand aus sich heraus wenig zum Aufbau einer Machtorganisation geeignet sei: »Junge Leute, die bis zehn Uhr abends im Laden stehn und früh um sechs Uhr wieder auf dem Posten sein müssen, die überdies beim Prinzipal logieren, können nicht leicht agitatorische Massenversammlungen halten und noch weniger einen Strike unternehmen, der sie obdachlos machen würde; sie können vielleicht nicht einmal einen oppositionellen Verein bilden; die Prinzipale brauchen nur den Hausschlüssel höher zu hängen, um einem solchen Verein das Lebenslicht auszublazen¹⁴«. Mit dieser Folgerung sollte sich Oldenberg gründlich geirrt haben. Aber seine Feststellung wirft Licht auf die psychologische Ausgangsposition des DHV. Die soziale Notlage der im Handelsgewerbe Beschäftigten erschütterte die kaufmännischen Vereine, die mit ihren Zielen der Stellenvermittlung und der Fürsorge durch Unterstützungskassen der neuen Situation hilflos gegenüberstanden. Johannes Irwahn, der Gründer des DHV, kennzeichnete sie als eine »Proletarisierung« großer Teile des Mittelstandes. Den Gehilfen stand die Gefahr des sozialen Abstiegs vor Augen. Hier lag eine wesentliche Voraussetzung für die Politisierung der Handlungsgehilfen. Es entstand unter ihnen der Wunsch nach einer Standsvertretung, die zugleich auch ihre politischen Interessen wahrnehmen sollte. Diesen Organisationstypus verkörperte der DHV.

Der neue Verband wurde 1893 in Hamburg gegründet, ebenso wie der 58er Verein 35 Jahre vor ihm. In der größten Handelsstadt des Deutschen Reichs wurden Veränderungen im Handelsgewerbe schneller bemerkbar als anderswo in Deutschland. Diese Tatsache spielte

¹³ Ebenda, S. 1246.

¹⁴ K. Oldenberg, »Die heutige Lage der Commis«, S. 793.

auch bei der Ausbreitung der Handlungsgehilfenbewegung eine Rolle, die von der unterschiedlichen Sozialstruktur in den verschiedenen Gegenden des Reichs abhängig war. In Hamburg war die Entwicklung am weitesten fortgeschritten. Bei der Vielzahl der Handelsbetriebe fand der neue Handlungsgehilfen-Verband rasch Zulauf. Er erfüllte die Gehilfen mit einer politischen Konzeption, die sie veranlaßte, sich über die Schranken der Abhängigkeit vom Prinzipal hinwegzusetzen. So erfaßte der DHV in den neunziger Jahren ausschließlich die mittelständische Gruppe der Gehilfen in offenen Ladengeschäften.

Die Ausbreitung des DHV wurde durch die Veränderung des sozialen Status der Gehilfen erleichtert. Neben den einzelnen Mißständen wirkte sich die im Handelsgewerbe einsetzende Entwicklung zum Großbetrieb nachteilig für die Gehilfen aus. Sie bedeutete für viele das Ende der Aussicht auf Selbständigkeit und führte in ein lebenslanges Angestelltendasein. Diese Tendenz wurde bereits zwischen 1885 und 1890 fühlbar. Abgesehen von dem stetigen Zuwachs der Betriebe aller Kategorien vermehrten sich in diesem Zeitraum z. B. in der Stadt Berlin folgende Gruppen besonders augenfällig¹⁵:

Betriebe mit	1885	1890	Zunahme in %
6–10 Angestellten	366	924	152
11–20 „	138	443	221
21–50 „	70	213	204
mehr als 50 Angestellten	15	77	413

Die hier einsetzende Entwicklung zum Großbetrieb im Handelsgewerbe hielt bis weit ins 20. Jahrhundert hinein an. In ihrem Verlauf wurden die Gehilfen größtenteils zu dauernd abhängigen Angestellten. Für die neue, um die Jahrhundertwende entstehende Schicht der Angestellten blieb es bis heute kennzeichnend, daß sie – im Gegensatz etwa zu den Arbeitern – keine Homogenität zeigt, sondern vom Verkäufer im Einzelhandel über die Beschäftigten des Großhandels bis zum Prokuristen im Industriebetrieb reicht. Damit verschob sich das soziale Problem. Nach der auf dem Weg der Gesetzgebung erfolgten Beseitigung der Mißstände war es nicht mehr primär ökonomisch bedingt – wiewohl dieser Faktor stets eine Rolle spielte –, sondern in

¹⁵ K. Oldenberg, »Statistik der sozialen Lage der deutschen Handlungsgehilfen«, S. 1248.

erster Linie eine Frage des Sozialprestiges. Das den Großbetrieb bestimmende System der Arbeitsteilung unterband die volle Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen, selbständige Arbeit und verantwortliche Entscheidungen. Auf der anderen Seite aber setzte es Energien frei, die, da sie nicht durch die Arbeit beansprucht wurden, nun brachlagen und Betätigung auf anderen Gebieten suchten. Das Leben in Vereinen und Verbänden, nicht zuletzt auch in den Ortsgruppen des DHV, bot ein hier willkommenes Aktionsfeld. Diese Fragen führen in den Bereich der modernen Gesellschaftsstrukturen und ihrer Entwicklung überhaupt. Wie wesentlich dabei gerade die Rolle der Angestellten war, geht aus ihrem steigenden Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung hervor¹⁶.

Seit den achtziger Jahren zeichnete sich ein Wendepunkt in der Entwicklung der kaufmännischen Vereine ab. An die Stelle der Selbsthilfe trat die Forderung nach staatlicher Hilfe: gesetzliche Sonntagsruhe, Fortbildungsschulzwang, gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages und gesetzliche Kündigungsfristen wurden erstrebt.

Die Sozialdemokratie erkannte diese Entwicklung frühzeitig und versuchte, die Handlungsgehilfen zu mobilisieren. Von 1883 bis 1887 trat die »Freie Organisation Junger Kaufleute« in Berlin – soweit das unter dem Sozialistengesetz möglich war – für weitgehenden gesetzlichen Schutz der Handlungsgehilfen ein¹⁷. Ihr Agitator, Albert Auerbach, veröffentlichte 1887 eine Schrift »Die Handlungsgehilfenbewegung in ihren Ursachen und Zielen«, die den Untergang des kleinen Betriebs prophezeite¹⁸. Da diese Organisation nicht recht vorangekom-

¹⁶ Nach den amtlichen Berufszählungen des Deutschen Reiches gab es

	1907	1925
Arbeiter	11,6 Mill.	14,4 Mill.
Angestellte	1,5 Mill.	3,5 Mill.
Der Zuwachs der Angestellten betrug demnach zwischen den Vergleichsjahren 133 %, der der Arbeiter nur 24 % (=Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 51).		
Von 1000 in der Industrie beschäftigten Personen waren		
Angestellte	1882 — 20	
	1895 — 33	
	1907 — 57	
	1925 — 88	
Von 1000 im Handel beschäftigten Personen waren		
Angestellte	1882 — 65	
	1895 — 83	
	1907 — 113	
	1925 — 387	

(Max Habermann, »Stand und Staat«, S. 10.)

¹⁷ K. Oldenberg, »Die heutige Lage der Commis«, S. 806.

¹⁸ Ebenda, S. 750.

men war, wurde 1889 unter der Bezeichnung »Freie Vereinigung der Kaufleute¹⁹« eine neue gegründet, die ihre Agitation nach dem Fall des Sozialistengesetzes von Berlin aus über ganz Deutschland ausdehnte. Sie wandte sich in erster Linie an die Handelshilfsarbeiter und die unteren Kreise der Gehilfen. Bei der Mehrheit der kaufmännischen Angestellten, die sich noch immer an die Hoffnung klammerten, einmal zu einer selbständigen, geachteten Position zu gelangen, konnte die sozialdemokratische Propaganda aber nur wenig Resonanz finden. Oldenberg meinte 1892, daß ihr erst der fortschreitende Riß zwischen Prinzipalen und Gehilfen breiteren Raum zur Ausnutzung des Klassengegensatzes erschließen werde²⁰. Aber nicht nur sozialpsychologische Tatsachen erschwerten die sozialdemokratischen Vereinsgründungen, häufig waren die Sozialdemokraten auch der Taktik ihrer Gegner nicht gewachsen. Instruktiv dafür ist ein später veröffentlichter Bericht über eine Gründungsversammlung im Sommer 1890. Wenn der Berichtstatter rückblickend auch nicht alle Einzelheiten wirklichkeitsgetreu wiedergeben mag, sollen seine Ausführungen doch zitiert werden, weil sie die Methoden zeigen, die hier angewandt wurden: »In Leipzig lebte damals der Kollege Oskar Blobel, der später dem Vorstände der Ortsgruppe Leipzig des DHV angehörte. Blobel bereitete die sozialdemokratische Versammlung ausgezeichnet vor. Er wußte nicht nur seine Parteigenossen, die Leipziger deutschsozialen Antisemiten, sondern auch die Mitglieder des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen (heute GdA) auf die Beine zu bringen, darunter auch die Führer dieses Verbandes, Hiller und Bernhard. Von den 1600 Versammlungsbesuchern waren nur 80 sozialdemokratische Arbeiter. Bei der damals üblichen Bürowahl wurde Georg Hiller verabredungsgemäß zum Versammlungsleiter gewählt. Auerbach sprach, so gut er konnte, war aber den Diskussionsrednern Theodor Fritsch, Oskar Blobel und Georg Hiller bei weitem nicht gewachsen²¹.« Bei dieser Zusammensetzung der Versammlung war es selbstverständlich, daß die Anwesenden eine Entschließung annahmen, die sich gegen jede Verbindung mit der Sozialdemokratie aussprach. Da die »deutschsozialen Antisemiten« ihrerseits aber auch noch nicht ausreichend organisiert waren, konnten sie nicht verhindern, daß zwischen 1890 und

¹⁹ Wilhelm Kulemann, a. a. O., S. 369.

²⁰ K. Oldenberg, a. a. O., S. 806.

²¹ »DHW«, 37. Jg., Nr. 17 v. 10. 9. 1930, S. 338.

1892 in Leipzig, Hamburg, Dresden, München, Stuttgart, Hannover, Elberfeld und Krefeld »Freie Vereinigungen der Kaufleute« entstanden. Die Zeitschrift der sozialdemokratischen Handlungsgehilfenvereine war »Der Handelsangestellte«, dessen erste Nummer am 1. Oktober 1892 in Berlin erschien²², und zwar als »gemeinsames Organ der Hausdiener, Packer, Handlungsgehilfen und Kornträger«. Darin hieß es: »Die Handlungsgehilfenbewegung, die hier in Frage steht, ist keine reine Gewerkschafts- oder Fachbewegung, die sich mit Unterstützungsfragen oder sonstigem Beiwerk beschäftigt, sondern eine eminent politische, eine sozialdemokratische²³.« Entsprechend wurden alle Versammlungen der »Freien Vereinigungen« mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Diese Äußerungen veranschaulichten die sozialdemokratische Auffassung der Handlungsgehilfenbewegung. Wenn die SPD um die Gehilfen warb, ging sie von der Homogenität der von ihr erfaßten Schichten aus und trachtete danach, die Gruppe der Handlungsgehilfen in diese einzubeziehen. Sie argumentierte von der gemeinsamen Grundlage der Arbeitnehmerexistenz aus, die für Arbeiter und Angestellte gleichermaßen gegeben sei. Im Gegensatz dazu bemühten sich die Antisemiten in ihrer Agitation um eine scharfe soziale Abgrenzung nach unten. So konnten die Sozialdemokraten die Handelshilfsarbeiter ansprechen, während die Antisemiten bewußt darauf verzichteten, um für ihre Anhänger wenigstens die Fiktion des sozialen Aufstiegs zu behaupten – um sie vor der »Proletarisierung« zu bewahren und dem Mittelstand zu erhalten. Die sozialdemokratischen »Freien Vereinigungen« zählten bis 1893 etwa 700 bis 800 Mitglieder, davon der Hamburger Verein »Vorwärts« allein 300²⁴. Zur gleichen Zeit erreichte die Agitationswelle der Antisemiten ihren Höhepunkt. Sie wandten sich mit ihren sozialen Reformvorschlägen und ihrer judenfeindlichen Propaganda ebenso an die Handlungsgehilfen wie die Sozialdemokraten. Damit waren Zusammenstöße zwischen beiden Parteien unvermeidlich. Friedrich Raab, der Vorsitzende des antisemitischen Wahlvereins in Hamburg, nahm in seinen öffentlichen Wahlversammlungen mit folgenden Argumenten gegen die Sozialdemokratie Stellung: Sie sei der Feind der

²² Wilhelm Kulemann, a. a. O., S. 369.

²³ Schriften des DHV, Bd. 16, »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 17.

²⁴ Ebenda, S. 17.

Antisemiten, sie sei sozialrevolutionär, die Antisemiten aber sozial-reformerisch, sie stehe unter jüdischer Führung. Der Hinweis auf die Zugehörigkeit zu den »staatserhaltenden« Parteien, der in dem Gegensatz sozialrevolutionär-sozialreformerisch zum Ausdruck kam und in der Übernahme des Schlagworts »für Kaiser und Reich« sichtbar wurde, war es, der den Antisemiten im Mittelstand immer wieder Gehör verschaffte. So wurde von freisinniger Seite darauf hingewiesen, daß die Arbeiter der antisemitischen Bewegung weitgehend feindlich gegenüberständen, während sie im Mittelstand Anklang fände. Gerade ihr Bekenntnis zum Patriotismus leiste ihr dort Vorschub²⁵. Antisemitismus und Patriotismus bildeten die Pole, in deren Spannungsfeld sich die Vorstellungswelt der Antisemiten entwickelte: je mehr es ihnen gelang, »deutsch« und »jüdisch« zu antithetischen Begriffen zu stempeln, desto mehr wurden »deutsch« und »antisemitisch« identisch.

Unter diesen Voraussetzungen kam es seit 1892 zu immer schärferen Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen Sozialdemokraten und deutschsozialen Antisemiten bei der Organisierung der Handlungsgehilfen. Beide Seiten veranstalteten öffentliche Werbeversammlungen und besuchten die der Gegner. Die Bürowahl, das heißt die Wahl der Versammlungsleitung, fiel jeweils zugunsten der im Publikum in der Mehrheit vertretenen Partei aus. Daraufhin erhob die Minderheit so laut Protest, daß der Redner nicht mehr zu Worte kommen konnte und die Versammlung polizeilich aufgelöst wurde. Gelegentlich kam es bei diesen tumultuarischen Szenen auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

Unter den Antisemiten sah besonders Friedrich Raab seine Aufgabe darin, den Sozialdemokraten im Ringen um den Einfluß auf die Handlungsgehilfen den Rang abzulaufen. Das gelang ihm in Hamburg und im norddeutschen Raum, wo er die ihm durch den »Antisemitischen Wahlverein von 1890« bekannten Handlungsgehilfen unter der Führung seines späteren Schwagers Johannes Irwahn veranlaßte, sich in den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen-Versammlungen einzufinden²⁶. Besonders stürmisch verlief eine solche Versammlung, die am 5. März 1893 in Borgerts Gesellschaftshaus einberufen worden war und auf deren Tagesordnung die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

²⁵ Martin Broszat, »Die antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland«, S. 103.

²⁶ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 20.

stand²⁷. Die Antisemiten hatten den Saal lange vor Beginn der Veranstaltung besetzt. Bei der Wahl der Versammlungsleitung entstand in dem überfüllten Saal erhebliche Unruhe, als beide Parteien ihre Kandidaten nominierten. Schließlich wurde Friedrich Raab zum ersten und ein Sozialdemokrat zum zweiten Vorsitzenden bestimmt; die beiden Schriftführer, unter ihnen Johannes Irwahn, waren ebenfalls Antisemiten. Bei der Eröffnung provozierte Raab die anwesenden Sozialdemokraten durch ein dreifaches Hoch auf Kaiser und Reich, in das die Antisemiten einstimmten. Dann gab er dem Referenten, einem Redakteur des »Hamburger Echo«, das Wort. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung: »Scharen Sie sich zu einem Verein zusammen, ob nationalliberal oder freisinnig, ob Antisemit oder Sozialdemokrat, ist gleichgültig und suchen Sie sich die Sonntagsruhe, wenn möglich, ganz zu sichern²⁸!« In der Diskussion sprach Irwahn und erklärte unter Bezugnahme auf seinen Vorredner, daß das politische Glaubensbekenntnis auch in der Frage der Sonntagsruhe eine Rolle spiele; denn Bebel habe gesagt, daß in einem sozialdemokratischen Staat jeder Handel aufhören werde. Es sei daher eine Zumutung, wenn sich die Handlungsgehilfen einer Partei anschließen sollten, die den Handel vernichten wolle. Im weiteren Verlauf der Diskussion gingen vor allem die Antisemiten zu unsachlichen Angriffen über. Infolge der allgemeinen Unruhe konnte sich bald niemand mehr verständlich machen, so daß die Versammlung nach zwei Stunden ergebnislos geschlossen wurde.

Irwahn kam zu dieser Agitation aus verschiedenen Gründen. Er war Mitglied des 58er Vereins. In dieser Eigenschaft wollte er die Interessen seines Verbandes gegen die Sozialdemokraten wahrnehmen. Dabei überschritt er aber bald die Grenzen, die ihm sein Verband in der Vertretung der eigenen Interessen zugestand. So kam er mit ihm in Konflikt. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Irwahn und seine Anhänger waren Antisemiten, die aus Parteigründen gegen die Sozialdemokraten vorgingen²⁹. Sie wehrten sich gegen alle Ver-

²⁷ Ebenda, S. 20/21. Abgedruckt aus »Hamburger Vereinsblatt« (Organ des 58er Vereins) v. 10. 5. 1893. Der Polizeibericht (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4302) vermerkte unter dem 5. 3. 1893: Versammlung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Als 1. Vorsitzender ins Büro gewählt, versuchte Raab die Ausführungen des sozialdemokratischen Referenten, welcher über das Thema »Die Stellungnahme zur beabsichtigten Verkürzung der Sonntagsruhe« sprach, zu widerlegen.

²⁸ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 21.

²⁹ Paul Bröcker, »Vom christlich-sozialen Gedanken«, S. 58/59.

suche der SPD, die Handlungsgehilfen in ihre Organisation hereinziehen. Es gelang der antisemitischen Gruppe wiederholt, Raab oder Irwahn in das »Büro« wählen zu lassen und damit jeweils die Leitung der Versammlung in die Hand zu bekommen. So entstand der Plan, einen »Kampfverein der Handlungsgehilfen gegen die Sozialdemokratie³⁰« zu gründen. Vater des Gedankens war Friedrich Raab, unter dessen Vorsitz am 7. September 1893 die konstituierende Versammlung »im Hinterzimmer einer . . . mittleren Bierwirtschaft in der Schauenburger Straße 44³¹« in Hamburg abgehalten wurde. Hier hoben 23 Handlungsgehilfen den »Deutschen Handlungsgehilfen-Verband« (DHV) aus der Taufe und wählten Johannes Irwahn zu seinem ersten Vorsitzenden³².

Das seit 1890 praktizierte Vorgehen der Antisemiten gegen die Sozialdemokraten wurde in Hamburg zum System entwickelt und nach der Gründung des DHV von den »deutschnationalen« Handlungsgehilfen im gesamten Reichsgebiet bei der Werbung angewandt. Die so gewonnenen Mitglieder gerieten in den Sog nationalistischer und antisemitischer Ideen, während die Sozialdemokratie bald jeden Einfluß auf die Kreise der Gehilfen verlor. Es war von erheblicher Bedeutung, daß der DHV seine Mitglieder bis zur Jahrhundertwende mit antisemitischen Parolen gewann und sie in diesem Geist beeinflusste und aktivierte. Damit riß er die alten Antisemiten aus ihrer Lethargie und Zersplitterung. Der DHV gab ihnen neuen Rückhalt mit seiner Organisation, die weit einflußreicher war als alle bisherigen antisemitischen Parteigruppen.

2. Entwicklung und Wegbereiter des Antisemitismus

Im Rahmen dieser Untersuchung ist es nicht möglich, eine detaillierte Darstellung der Anfänge des Antisemitismus zu geben. Sie werden hier nur soweit behandelt, wie sie zum Verständnis der Geschichte des

³⁰ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 22.

³¹ »DHV«, 35. Jg., Nr. 17 v. 10. 9. 1928, S. 347.

³² Nach Johannes Irwahn, »Aus der Urgeschichte des DHV«, S. 24, setzte sich der erste Vorstand folgendermaßen zusammen: Johannes Irwahn, 1. Vorsitzender; Ewald Schmarje, 2. Vorsitzender; Emil Knoop, Schriftführer; Richard Fischer, Rechner, der bald durch Wilhelm Gehrken ersetzt wurde.

DHV notwendig sind. Dabei sollen die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und Mittelstandsbewegung herausgestellt werden³³. Die Wurzeln des Antisemitismus reichen ins 19. Jahrhundert zurück: sie stehen in Zusammenhang mit der Emanzipation der Juden. Diese erfolgte stufenweise: in Preußen wurde sie durch ein Edikt Friedrich Wilhelms III. am 11. März 1812 ausgesprochen. 1849 nahm die Frankfurter Nationalversammlung die Gleichberechtigung der Juden in die Grundrechte auf. Die letzten Einschränkungen fielen am 3. Juli 1869 für den Norddeutschen Bund, und die Reichsverfassung von 1871 vollendete die bürgerliche Gleichstellung der Juden für das ganze Deutsche Reich. Jede Stufe der Emanzipation wurde vom Widerstand konservativer Gruppen begleitet, die in dem Aufstieg einer Minderheit eine Bedrohung ihrer eigenen Stellung sahen.

In den siebziger Jahren bekämpften die Gegner der nationalliberalen Ära, die sich um die »Kreuzzeitung³⁴« sammelten, die Regierung mit dem Argument, sie treibe »Judenpolitik«. Anlaß dafür waren der Börsenkrach von 1873 und die folgende Absatzkrise, für die die liberale Politik und deren Exponenten Eduard Lasker und Ludwig Bam-

³³ Die Arbeit stützt sich in diesen Abschnitten auf die kritische Literatur zur Entstehung des modernen Antisemitismus und der Antisemitenparteien: Alexander Bein, *Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage*. In: »Vj. Zg.«, 6. Jg., 1958, S. 340—360, und: *Die Judenfrage in der Literatur des modernen Antisemitismus als Vorbereitung zur ‚Endlösung‘*. In: »Bulletin des Leo-Baeck-Instituts«, 6. Jg., H. 21, 1963, S. 4—51; die Dissertationen von Martin Broszat, »Die antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland«, Köln 1952; Hans Christian Gerlach, »Agitation und parlamentarische Wirksamkeit der deutschen Antisemitenparteien 1873—1895«, Kiel 1956; Kurt Wawrzinek, »Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien 1873—1890.« *Historische Studien*, H. 168, Berlin 1927. Weiterhin die amerikanischen Nachkriegsuntersuchungen, die sich um eine historische, psychologische oder psychoanalytische Deutung des Phänomens Antisemitismus bemühen: Ackerman/Jahoda, »Anti-Semitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytic Interpretation.« *Studies in Prejudice*, New York 1950; Hannah Arendt, »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1957; Paul Massing, »Rehearsal for Destruction. A Study of Political Antisemitism in Imperial Germany.« *Studies in Prejudice*, New York 1949; Eva G. Reichmann, »Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe.« Frankfurt a. M. 1957. Außerdem kommen einige Schriften aus der nationalsozialistischen Zeit in Betracht, die in dem Bestreben entstanden sind, der damaligen antisemitischen Bewegung eine geschichtliche Tradition zu verleihen und die daher nur unter Vorbehalt zu benutzen sind: Willi Buch, »50 Jahre antisemitische Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte«, München 1937; Josef Müller, »Die Entwicklung des Rassenantisemitismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.« *Historische Studien*, H. 372, Berlin 1940; Eugen Schmahl, *Die antisemitische Bauernbewegung in Hessen von der Bökkelzeit bis zum Nationalsozialismus*. In: Schmahl/Seipel, »Entwicklung der völkischen Bewegung«, Gießen 1933.

³⁴ Bei der Darstellung des Antisemitismus als eines Agitationsmittels der Konservativen und des Zentrums folge ich Wawrzinek, a. a. O., S. 9 ff. Vgl. »Kreuzzeitung«, 1875, Nr. 148—152 mit den fünf anonymen Artikeln: »Die Aera Bleichröder — Delbrück — Camphausen und die neudeutsche Wirtschaftspolitik.«

berger sowie der Bankier Gerson Bleichröder verantwortlich gemacht wurden. Aber auch das Zentrum verschmähte es nicht, antijüdische Emotionen auszunutzen. Während des Kulturkampfes wurde die »Germania³⁵« zum Sprachrohr antijüdischer katholischer Kreise, die den Kulturkampf als »eine Folge jener Judenwirtschaft« bezeichneten, weil in den Reihen der Nationalliberalen Juden eifrige Parteigänger Bismarcks waren. Martin Broszat weist darauf hin, daß dieser christlich orientierte Antisemitismus im Judentum nicht die fremde Religion, sondern die Religionslosigkeit bekämpfte, sich also in erster Linie gegen das emanzipierte, freigeistige Judentum richtete. Er handelte sich hier – ebenso wie später bei dem protestantischen Hofprediger Stoecker – nicht um den Streit zweier Religionen, sondern um die Verteidigung der Position eines konservativen Christentums gegen die religiöse Indifferenz. »Antisemitismus hieß nunmehr nicht nur Kampf gegen den Freihandel, sondern Protest gegen Freigeist, Atheismus und Materialismus, das heißt gegen alle Formen einer religiös nicht mehr gebundenen Geistes- und Lebenshaltung, als deren hervorragende Vertreter seit der Zeit der Romantik, des Jungen Deutschland bis hin zum Marxismus das emanzipierte Judentum galt³⁶«. Diese Frontstellung blieb auch nach Bismarcks Übergang zur Schutzzollpolitik im Jahr 1878 bestehen. »So ungerecht es war, wenn ‚Kreuzzeitung‘ und ‚Germania‘ in ihren Judenartikeln die Liberalen allein für die Schäden der Manchesterpolitik verantwortlich machten, da diese als herrschende nationalökonomische Anschauung auch von den Konservativen vertreten worden war, so war doch jetzt, nachdem diese sich zur Reformpolitik bekannten, jene aber noch an der Manchesterdoktrin festhielten, die Identifizierung des politischen mit dem wirtschaftlichen Liberalismus und wegen der persönlichen Beziehungen die Gleichsetzung beider mit dem Judentum leicht möglich³⁷«. Der Ausgangspunkt des modernen Antisemitismus stellte sich demnach in den siebziger Jahren als eine Reaktion gegen jede Form des Liberalismus – geistig wie wirtschaftlich (als Manchestertum) – dar. Der Antisemitismus wurde daher sowohl von den Konservativen als auch vom Zentrum als taktische Waffe gegen die Regierungspolitik angesehen. Dabei blieb es nicht. Vielmehr erlangte der Antisemitismus in den folgenden

³⁵ »Germania«, 1875, Nr. 174 und 185.

³⁶ Martin Broszat, »Die antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland«, S. 25.

³⁷ Kurt Wawrzinek, »Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien«, S. 16/17.

Jahren dadurch wachsende Bedeutung, daß er eine enge Verbindung mit dem neuen deutschen Nationalismus einging, der seit der Reichsgründung entscheidenden Auftrieb erhalten hatte. Beide ergänzten sich folgerichtig: »Der Antisemitismus brauchte eine positive Folie, der Nationalismus eine negative; der eine, um die Minderwertigkeit des Judentums an den Tugenden des eigenen Volkes erst richtig ermessen zu können, der andere, um sein Selbstbewußtsein im Angesicht eines verächtlichen Gegners zu üben und zu rechtfertigen³⁸.« Die Synthese von Antisemitismus und Nationalismus vollzog sich in den letzten Jahrzehnten des ausgehenden 19. Jahrhunderts und bildete eine Wurzel der völkischen Ideologie des 20. Jahrhunderts.

Diese Entwicklung des Antisemitismus soll hier kurz geschildert, und seine wichtigsten Repräsentanten vorgestellt werden. Außerhalb der parteipolitischen Ebene, auf der die Konservativen und das Zentrum den Antisemitismus als Agitationsmittel benutzten, waren es Universitätslehrer und freie Schriftsteller, die – von verschiedenen Motiven ausgehend – die Judenfrage aufgriffen. Die Reihe dieser Publizisten wurde von Richard Wagner mit seiner Schrift »Das Judentum in der Musik« vom Jahre 1859 angeführt³⁹.

Es ist bezeichnend, daß in den Jahren 1857/59 die erste Wirtschaftskrise nach der Judenemanzipation der Frankfurter Nationalversammlung die antisemitischen Publizisten auf den Plan rief. Der Gutsbesitzer Heinrich Nordmann veröffentlichte 1861 unter dem Pseudonym H. Naudh eine Broschüre mit dem Titel »Die Juden und der deutsche Staat«, in der er sich gegen die Zulassung von Juden zu staatlichen Ämtern wandte. Die Schrift wurde immer wieder aufgelegt. Ihre 13. Auflage erschien 1920 im Hammer-Verlag. Theodor Fritsch als Herausgeber kommentierte ihr Neuerscheinen mit der Bemerkung, was der Verfasser vor sechzig Jahren geschrieben habe, sei heute »noch so lebendig und in allem Wesentlichen zutreffend, als wäre es erst gestern entstanden⁴⁰.«

³⁸ Hans Christian Gerlach, »Agitation und parlamentarische Wirksamkeit der deutschen Antisemitenparteien«, S. 214/15.

³⁹ H. St. Chamberlain schreibt in seiner Wagner-Biographie (6. Aufl., München 1919, S. 224), daß »Das Judentum in der Musik« zuerst 1850 in Brendels »Neue Zeitschrift für Musik« erschien, 1869 dann als selbständige Broschüre mit einer ausführlichen Vorrede. Auf diese Ausgabe seien mehr als 170 Gegenschriften erschienen (S. 227, Anm. 1).

⁴⁰ H. Naudh, »Die Juden und der deutsche Staat«, S. 3. Außerdem erschienen von Nordmann unter dem gleichen Pseudonym: »Israel im Heere«, Berlin 1879; »Professoren über Israel. v. Treitschke und Breßlau«, Berlin 1880.

Von einer religiösen Position ging der österreichische Theologieprofessor August Rohling⁴¹ aus, dessen Werk »Der Talmud-Jude« von 1871 besonders auf die »Differenzen deutscher und jüdischer Sittlichkeit« hinwies.

Einen breiten Leserkreis erreichte Otto Glagau⁴², ein katholischer, dem Zentrum nahestehender Journalist, mit seinen Aufsätzen zum »Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin«, die 1874/75 in der »Gartenlaube«⁴³ erschienen und 1876 als Broschüre gedruckt wurden. Seine Identifizierung von Manchestertum und Judentum – unter der Behauptung: »von den Gründungen der Schwindel-Periode in Deutschland fallen gut 90 Prozent auf die Juden«⁴⁴ – machte bald Schule, ebenso die von ihm geprägte Parole »Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage«⁴⁵.

Der »freigeistige« Schriftsteller Wilhelm Marr aus Hamburg trat seit 1861 (»Der Judenspiegel«) mit antisemitischen Abhandlungen hervor, deren einflußreichste unter dem Titel »Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum. Vom nichtconfessionellen Standpunkt aus betrachtet« 1879 in Bern erschien. Marr erklärte »die Judenfrage nicht für eine confessionelle, sondern für eine Frage der Fremdherrschaft eines orientalischen Volksstammes«⁴⁶. Er hielt sich zur Zeit der Stoeckerschen Bewegung in Berlin auf⁴⁷ und gab dort von Oktober 1879 an die erste judenfeindliche Halbmonatsschrift »Deutsche Wacht« heraus, die den Terminus »Antisemit« zuerst in Umlauf setzte⁴⁸.

⁴¹ August Rohling veröffentlichte außerdem: »Franz Delitzsch und die Judenfrage«, Prag 1881; »Meine Antwort an die Rabbiner«, Prag 1883.

⁴² Weitere Schriften von Otto Glagau: »Der Bankerott des National-Liberalismus und die ‚Reaktion‘«, Berlin 1878; »Deutsches Handwerk und historisches Bürgertum«, Osnabrück 1879; »Des Reiches Not und der neue Kulturkampf«, 3. Aufl., Osnabrück 1880; »Liberale Freiheiten«, 2. Aufl., Osnabrück 1885; »Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland«, Leipzig 1887.

⁴³ Die »Gartenlaube« hatte zeitweilig etwa 400 000 Abonnenten. Vgl. Artikel: »Antisemitismus«. In: »Staatslexikon«, herausgegeben von der Görres-Gesellschaft, Bd. I, Sp. 381–89.

⁴⁴ Theodor Fritsch, »Handbuch der Judenfrage«, 28. Aufl., Hamburg 1919, S. 137.

⁴⁵ Unter diesem Motto erschien die »Antisemitische Correspondenz« (später: »Deutsch-Soziale Blätter«) Th. Fritschs nach 1890 und brachte damit das Programm der Deutschsozialen Partei zum Ausdruck.

⁴⁶ Antisemitische Hefte, Nr. 1, »Der Judenkrieg, seine Fehler und wie er zu organisieren ist.« 2. Teil von: »Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum«, S. 5.

⁴⁷ Wilhelm Marr betätigte sich in Berlin auch organisatorisch durch Gründung der »Antisemitenliga« (1879). Weitere Schriften von ihm: »Antisemitische Hefte«, 1 bis 3, Chemnitz 1880; »Vom jüdischen Kriegsschauplatze«, Bern 1879; »Wählt keinen Juden!« Berlin 1879; »Der Weg zum Sieg des Germanenthums über das Judenthum« (4. Aufl. von »Wählt keinen Juden!«) Berlin 1880; »Lessing contra Sem«, 2. Aufl., Berlin 1885.

⁴⁸ Artikel: »Antisemitismus«. In: »Staatslexikon«, herausgegeben von der Görres-Gesellschaft, Bd. I, Sp. 381–89.

Die Judenfeindschaft des Berliner Nationalökonom und Philosophen Eugen Dühring⁴⁹ resultierte aus seiner Auseinandersetzung mit dem Christentum. Extrem positivistisch eingestellt, erhob er den Anspruch, die Judenfrage als erster »rein wissenschaftlich« zu behandeln. Seine beiden 1883 veröffentlichten Schriften »Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage« sowie »Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judentums aus dem modernen Völkergeist« beeinflussten die Antisemiten besonders nachhaltig und wurden fast ebenso populär wie die Artikel Glagaus.

Eine gewisse Bedeutung erlangte auch die 1887 erschienene Abhandlung des Wiener Professors Adolf Wahrmund⁵⁰ unter dem Titel »Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenerrschaft«.

Die Wirkung der bisher genannten Broschüren wurde aber vom »Antisemiten-Katechismus« übertroffen, den der Leipziger Ingenieur Theodor Fritsch⁵¹ 1887 als »Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage« herausbrachte. Er entwickelte sich tatsächlich zum Katechismus der Antisemiten aller Schattierungen. Bis 1893 erreichte er 25 Auflagen. Im Vorwort zur letzten Auflage beschäftigte sich der Herausgeber mit dem Erfolg des Buches. Er meinte, der Antisemiten-Katechismus sei dem »Bedürfnis nach einem Taschenbuche, das in gedrängter Form alle wichtigen Aufzeichnungen für die antijüdische Propaganda« enthalte, entgegengekommen. Während sich 1887 nur wenige offen zum Antisemitismus bekannt hätten, habe heute die gebildete Jugend den Kampf für das Deutschtum aufgenommen. Fritsch wies darauf hin, daß der Antisemiten-Katechismus an dem Wandel Anteil habe und daß selbst die Gegner erkannt hätten, welch »außerordentliche Waffe dieser Katechismus in den Händen jedes Antisemiten« sei⁵².

1907 wurde der Katechismus von Fritsch völlig neu bearbeitet und unter dem Titel »Handbuch der Judenfrage« von der Hanseatischen

⁴⁹ Eugen Dühring lehrte an der Universität Berlin. Infolge seiner Angriffe auf die Universitätsbehörde und auf namhafte Professoren wurde ihm 1877 die Lehrerausbildung entzogen. Vgl. Broszat, a. a. O., S. 45, und Wawrzinek, a. a. O., S. 53.

⁵⁰ Andere Schriften von Adolf Wahrmund zur Judenfrage: »Die christliche Schule und das Judentum«, Wien 1885; »Der Kulturkampf zwischen Asien und Europa«, Berlin 1887.

⁵¹ Theodor Fritsch veröffentlichte unter dem Pseudonym Thomas Frey: »Leuchtkugeln. Antisemitische Kernsprüche«, Leipzig 1881; Die Flugblattsammlung »Brennende Fragen«, Nr. 1—37, Leipzig 1883; »Zur Bekämpfung zweitausendjähriger Irrtümer«, Leipzig 1886. Unter seinem Namen erschienen die Zeitschriften »Antisemitische Correspondenz«, 1885—94 und »Der Hammer« seit 1902.

⁵² Theodor Fritsch, »Antisemiten-Katechismus«, 25. Aufl., Leipzig 1893, S. III/IV.

Druck- und Verlagsanstalt in Hamburg auf den Markt gebracht. Zwar wurden von dem Handbuch innerhalb der ersten acht Tage nach seinem Neuerscheinen 4000 Stück verkauft⁵³, aber in den folgenden Jahren ging sein Erfolg zurück, weil seit Erscheinen der deutschen Übersetzung von Gobineaus Buch »Über die Ungleichheit der Menschenrassen« und Chamberlains »Grundlagen des 19. Jahrhunderts« bei den Antisemiten größeres Interesse an »wissenschaftlichen« Darstellungen zur Rassenfrage bestand. Erst die neue völkisch-antisemitische Welle nach dem ersten Weltkrieg veranlaßte Fritsch das Handbuch wieder aufzulegen. Die Ausgabe von 1923 wurde eine Art Kompendium des Antisemitismus, in dem auch neueres völkisches Schrifttum verzeichnet war⁵⁴. So gelang es, diese antisemitische Schrift fast fünfzig Jahre lang in den Buchhandel zu bringen. Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung erreichte sie die 31. Auflage (83. bis 92. Tausend).

Die erwähnten Schriften bilden eine Auswahl der antisemitischen Werke, die die Vorstellungen der Judengegner im ausgehenden 19. Jahrhundert beeinflussten. Ihre Wirkung war insofern nachhaltig, als hier bereits Forderungen erhoben und Schlagworte geprägt wurden, die später in die Terminologie der Nationalsozialisten übergingen⁵⁵. Die zitierten Titel spiegeln die Vielfalt der Motive.

Die ersten Organisationen des politischen Antisemitismus entstanden in der Hauptstadt des Reiches. In den Jahren von 1879 bis 1881 beschäftigte die »Berliner Bewegung« die Öffentlichkeit. Hier konzentrierten sich die antisemitischen Strömungen aller Lager und brachten es gleichzeitig zu Popularität und Salonfähigkeit. Die Judenfeindschaft entzündete sich dabei primär an der Vormachtstellung des Liberalismus in Berlin, obgleich die Reichstagswahlen von 1878 die Nationalliberalen schon stark geschwächt hatten. Die Berliner Stadt-

⁵³ »DSBl«, 22. Jg., Nr. 50 v. 22. 6. 1907, S. 695.

⁵⁴ Theodor Fritsch, »Handbuch der Judenfrage«, 29. Aufl., Leipzig 1923, S. 6. Dort wurde u. a. auf folgende Schriften verwiesen: Otto Armin (Alfred Roth), »Die Juden im Heere«; Adolf Bartels, »Die Berechtigung des Antisemitismus«; »Rasse und Volkstum«; »Der völkische Gedanke«; Hans Blüher, »Secessio judaica. Philosophische Grundlegung der historischen Situation des Judentums und der antisemitischen Bewegung«; Artur Dinter, »Die Sünde wider das Blut«; Hans F. K. Günther, »Rassenkunde des deutschen Volkes«.

⁵⁵ Solche Schlagworte stempelten das Judentum etwa als »goldene Internationale«, »Zersetzer der deutschen Sittlichkeit« oder des »deutschen Volkstums«, »Beherrscher der Presse«. Sie setzten Liberalismus und Judentum sowie Sozialdemokratie und Judentum gleich. Auch die Statistik wurde von den frühen Antisemiten mit der gleichen Unverfrorenheit für ihre Zwecke mißbraucht wie später von Völkischen und Nationalsozialisten.

verwaltung und die Reichstagsmandate der Hauptstadt waren aber nach wie vor in den Händen des freisinnigen Bürgertums⁵⁶. Entsprechend erfreute sich die demokratisch-freisinnige Presse, besonders das 1871 gegründete »Berliner Tageblatt«, großen Ansehens. Diese Herrschaft des Liberalismus wurde zum Angriffsziel einer Reihe von Opponenten, die – durch keine positive Zielsetzung untereinander verbunden – hier einen identischen Gegner fanden. Als beispielhaft für die divergierenden antiliberalen und judenfeindlichen Tendenzen sollen drei Gruppen skizziert werden: die kirchlich-orthodoxe und soziale des Hofpredigers Adolf Stoecker, die nationale des Historikers Heinrich von Treitschke und die sozialreformerische der erklärten Antisemiten, die in sich allerdings keineswegs einheitlich in der Zielsetzung war.

Den Auftakt zur Agitation bildete eine Rede des Hofpredigers Adolf Stoecker vom 19. September 1879 zu dem Thema: »Unsere Forderungen an das moderne Judentum«. Ihr folgte bald ein zweiter Angriff mit dem polemischen Titel: »Notwehr gegen das moderne Judentum«. Stoecker sprach beide Male in Versammlungen der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei, die er am 3. Januar 1878 im »Eiskeller« in Berlin gegründet hatte. Die Partei war nicht primär antisemitisch eingestellt. »Stoecker war mit seiner neuen Partei zunächst ausschließlich zum Kampf gegen die Sozialdemokratie angetreten. Erst als er diesen Gegner infolge der Sozialistengesetze (1878) als unschädlich gemacht ansah und in seinen eigenen Versammlungen auf seiten seiner Zuhörer antisemitische Strömungen hervortraten, kam ihm der Gedanke, das Judentum als Gegner in seinen Kampf einzubeziehen. Der Antisemitismus erschien ihm jetzt als ein vorteilhafter Bundesgenosse in seinem in den Vordergrund rückenden Kampf gegen den politischen Liberalismus⁵⁷«. Über Stoeckers Versammlungen meldeten Polizeiberichte, daß die Zuhörer »vornehmlich dem niederen Mittelstande« angehörten, wenn sich auch »mehrere dem gewöhnlichen Arbeiterstande angehörende Leute« darunter befunden hätten; bei anderer Gelegenheit wurde ein Publikum festgestellt, das »zum großen Teil den besseren gebildeten Ständen« zuzurechnen war, darunter »viele aktive Offiziere in Zivilkleidung⁵⁸«. Die Berichte zeigen, daß

⁵⁶ Martin Broszat, a. a. O., S. 26/27.

⁵⁷ Eva G. Reichmann, »Die Flucht in den Haß«, S. 69.

⁵⁸ Walter Frank, »Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung«, S. 77.

sich die Christlich-Soziale Arbeiterpartei ihrer soziologischen Zusammensetzung nach in den beiden ersten Jahren ihres Bestehens nicht zu einer »Arbeiterpartei«, sondern zu einer »Mittelstandspartei« entwickelt hatte. Eine Anerkennung dieser Tatsache war die Namensänderung am 3. Januar 1881 in Christlich-Soziale Partei.

Zur Kennzeichnung des Stoeckerschen Antisemitismus sei darauf hingewiesen, daß sich seine Angriffe nicht gegen die Juden als solche richteten, sondern gegen ihre in seinen Augen bevorrechtete Stellung in Wirtschaft und Presse: »Für mich gipfelt die Judenfrage in der Frage, ob die Juden, welche unter uns leben, lernen werden, sich an der gesamten deutschen Arbeit, auch an der harten und sauren Arbeit des Handwerks, der Fabrik, des Landbaues zu beteiligen. Weiter sollen wir von ihnen nichts verlangen⁵⁹«. Stoecker kam es auf die Lösung der sozialen Frage des Mittelstandes an. Den Weg dazu sah er in der Assimilation der Juden. Dieses Ziel mußte ihm um so greifbarer erscheinen, als die Juden nach seiner Auffassung ihre Eigenart mit der Taufe ablegten⁶⁰. Politisch spielte der »Taufbecken-Antisemitismus« keine Rolle⁶¹. Stoeckers Wirkung beruhte vielmehr darauf, daß er den bisher nur literarisch propagierten Antisemitismus als Volksredner vertrat und daß eine bekannte Persönlichkeit vorhandene Ressentiments gegen die Juden aufgriff und weitertrug. Dabei spielten die Form und das Maß des Vertretenen keine Rolle; ob er sich zurückhaltend äußerte oder mit demagogischen Mitteln arbeitete, ob er in seinen Forderungen bescheiden oder extrem war⁶².

Dabei befand sich der Hofprediger in bester Gesellschaft. Während Adolf Stoecker den Antisemitismus popularisierte, machte ihn einer der bekanntesten deutschen Historiker, Heinrich von Treitschke, in den Bildungsschichten des Volkes salonfähig. Sein Forum waren

⁵⁹ Adolf Stoecker, »Christlich-Sozial«, S. 153. »Unsere Forderungen an das moderne Judentum«, Rede v. 19. 9. 1879 vor der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei.

⁶⁰ Ebenda, S. 167. »Notwehr gegen das moderne Judentum«, Rede v. 26. 9. 1879. Dort heißt es über die Speisegesetze und die besonderen Schlächter der orthodoxen Juden: »Ich glaube, daß man bei der Judenfrage gerade diesen letzteren Punkt allzusehr übersieht; derselbe beweist, daß Israel in der That ein fremdes Volk ist und nie mit uns eins werden kann, außer wenn es sich zum Christentum bekehrt.«

⁶¹ Trotzdem ist Stoeckers Haltung zum Antisemitismus ausgesprochen schillernd, da er auch Forderungen der radikalen Antisemiten unterstützte. So unterzeichnete er die Antisemiten-Petition (Wawrzinek, a. a. O., S. 37) und brachte zusammen mit von Hammerstein die Deutschkonservativen 1892 zur Annahme des Tivoli-Programms. Vgl. Wanda Kampmann, Adolf Stoecker und die Berliner Bewegung. In: »GWU«, 13. Jg., H. 9, 1962, S. 558—79.

⁶² Kurt Wawrzinek, a. a. O., S. 28.

die »Preußischen Jahrbücher⁶³«. Für seine weder neuen noch eigentlich aggressiven Äußerungen gilt das bereits über Stoecker Gesagte: Es war entscheidend, daß ein angesehener Wissenschaftler zu diesem Zeitpunkt – in wie maßvoller Form auch immer – in die erregte Diskussion über die Judenfrage eingriff. So wurde Treitschke durch seine Artikel in den »Preußischen Jahrbüchern« von 1879/80, die in dem Ausspruch: »Die Juden sind unser Unglück!⁶⁴« gipfelten, zum stets zitierten »Vorkämpfer« der Völkischen.

Große Kreise der Studenten – auch außerhalb Berlins – begrüßten Stoeckers und Treitschkes »mutiges« Vorgehen. Die Konsequenz war, daß sie sich für die Unterschriftensammlung zur »Antisemiten-Petition« einsetzten, die praktisch die Aufhebung der Judenemanzipation forderte. Sie trugen dazu bei, daß diese schließlich 225 000 Namen aufwies. Aus den Komitees, die sich an verschiedenen Universitäten zur Unterstützung der Petition gebildet hatten, entstanden schon Ende 1880 die ersten Vereine Deutscher Studenten, »nationale Studentenverbindungen, die den Antisemitismus zu einem Kernstück ihres Programms machten. Der bald zwischen den Vereinen der einzelnen Universitäten hergestellte Kontakt fand seinen Ausdruck in der Gründung des Kyffhäuserbundes der VDSt., die am 6. August 1881 durch die Vereine der Universitäten Berlin, Leipzig, Halle, Breslau, Greifswald und Kiel und der Technischen Hochschule Berlin vollzogen wurde⁶⁵«. Die jüdenfeindliche Einstellung der VDSt. zeigte sich in der Aufnahme eines »Arierparagraphen« in ihre Satzung. Sie war in

⁶³ Es handelt sich dabei um folgende Aufsätze in den »Preußischen Jahrbüchern«: Unsere Aussichten, 44. Bd., H. 5, 15. 11. 1879, S. 559–76; Herr Graetz und sein Judenthum, 44. Bd., H. 6, 15. 12. 1879, S. 660–70; Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage, 45. Bd., H. 1, 10. 1. 1880, S. 85–95, und die »Erwiderung an Herrn Th. Mommsen«, 46. Bd., H. 6, 1880, S. 661–63, die Treitschkes Stellungnahme zu Th. Mommsens Schrift »Auch ein Wort über unser Judenthum« zum Gegenstand hat, die sich gegen seine Ausführungen richtete. Über die Kontroverse Treitschke–Mommsen, s. Alfred Heuss, »Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert«, Kiel 1956, S. 200 ff. Walter Boehlich, »Der Berliner Antisemitismus-Streite«, Frankfurt a. M. 1965.

⁶⁴ In dem politischen Situationsbericht »Unsere Aussichten« (»Preuß. Jb.«, 1879, a. a. O., S. 575) schrieb Treitschke, die laute Agitation des Augenblicks erscheine »doch nur als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat.« Und: »Täuschen wir uns nicht: die Bewegung ist sehr tief und stark; einige Scherze über die Weisheitssprüche christlich-socialer Stumpf-Redner genügen nicht sie zu bezwingen. Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!« Gleichzeitig aber verwahrte sich Treitschke gegen die Zurücknahme der Emanzipation, weil er der Meinung war, sie würde »den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern.«

⁶⁵ Martin Broszat, a. a. O., S. 61.

erster Linie national, nicht sozial bestimmt. Broszat kennzeichnet sie als »die Verbindung der seit der Bismarckzeit von der jungen Generation gepflegten patriotischen Hochstimmungen mit einem durch die Berliner Bewegung angefachten antisemitischen Deutschtumskult und der durch Stoecker aufgekommenen christlich-sozialen Bestrebungen«, wobei »von seiten dieser zu jeder nationalen Begeisterung fähigen jungen akademischen Generation der Kampf gegen die inneren Feinde des Deutschtums – die Juden – als ebenso wichtige Aufgabe betrachtet wurde, wie der Kampf gegen die äußeren Feinde des Reiches⁶⁶«.

Die Initiative zur Bildung einer antisemitisch-partecipolitischen Organisation im Rahmen der Berliner Bewegung ging von einer dritten Seite aus. Durch Stoeckers Judenrede vom September 1879 hatte eine Gruppe jüngerer Männer Kontakt gefunden, die ihre Aufgabe darin sah, für die Verbreitung des Antisemitismus zu arbeiten. Es waren der ostpreußische Leutnant a. D. Max Liebermann von Sonnenberg und die Berliner Gymnasiallehrer Dr. Bernhard Förster und Dr. Ernst Henrici. Da Stoecker ihrer Meinung nach auf halbem Wege stehen blieb, setzten sie sich dafür ein, die angeblich jüdische Vormachtstellung in Deutschland auf politischem Wege zu beseitigen. Zu diesem Zweck setzten sie im August 1880 die »Antisemiten-Petition« an den Reichskanzler in Umlauf, die eine Beschränkung der Einwanderung von Juden, ihren Ausschluß von öffentlichen Ämtern, vom Volksschullehrerberuf und die Wiederaufnahme einer Judenstatistik forderte. Die Petition lief auf die Aufhebung der Emanzipation, beziehungsweise eine Änderung der Reichsverfassung hinaus und fand daher keine Zustimmung im Reichstag⁶⁷. So entschlossen sich Liebermann, Förster und Henrici für den Reichstag zu kandidieren und ihre politischen Ziele dort selbst zu vertreten. Aber schon bei den Reichstagswahlen im Herbst 1881 zeigte es sich, daß sie verschiedene Vorstellungen hatten. Der radikale Henrici sammelte seine Anhänger in einem »Sozialen Reichsverein⁶⁸« und kandidierte unabhängig von anderen Gruppen. Liebermann und Förster dagegen beteiligten sich mit ihrem zu diesem

⁶⁶ Ebenda, S. 62.

⁶⁷ Kurt Wawrzinek, a. a. O., S. 38. Die Petition wurde dem Reichskanzler am 13. 4. 1881 eingereicht und enthielt 225 000 Unterschriften. Die Debatten im Reichstag erfolgten aufgrund einer vorzeitigen Anfrage des freisinnigen Abgeordneten Hänel bereits vom 20. 11. 1880 an und erstreckten sich über mehrere Tage.

⁶⁸ Walter Frank, a. a. O., S. 80.

Zweck gegründeten »Deutschen Volksverein⁶⁹« an der Wahlagitation des »Conservativen Central Comités«, der Dachorganisation der Berliner Bewegung, das neben Stoecker und Adolf Wagner Liebermann von Sonnenberg als Kandidaten aufstellte. Mit dem für die antisemitischen Gruppen erfolglosen Ausgang der Wahlen war der Versuch einer antisemitischen Parteibildung in Berlin gescheitert. Dabei zeigte es sich, daß die antisemitischen Ambitionen der Konservativen mehr Wahltaktik gewesen waren und daß sie sich Bismarcks Kampf gegen den Fortschritt hatten zunutze machen wollen⁷⁰.

Erst 1884 gründete der Kaufmann Wilhelm Pickenbach wieder einen antisemitischen Verein in Berlin, den »Deutschen Antisemiten-Bund«, der sich später mit der Böckelgruppe in der »Antisemitischen Volkspartei« zusammenfand. In den folgenden Jahren breiteten sich die antisemitischen Organisationen in den deutschen Ländern aus.

3. Parteipolitische Organisationsformen des Antisemitismus im Reich

Den ersten Versuch zur Gründung einer antisemitischen Organisation außerhalb Berlins unternahm der Redakteur Alexander Pinkert-Waldegg im Sommer 1879⁷¹. Pinkert ging ebenfalls von antijüdischen Ressentiments aus, um sich im Mittelstand Gehör zu verschaffen. Er wurde aber von seinen Anhängern, kleinen Kaufleuten, Handwerkern und Unterbeamten, gedrängt, ihren sozialen Forderungen Ausdruck zu geben. Im Programmwurf der am 18./19. September 1881 in Dresden gegründeten »Deutschen Reformpartei⁷²« standen daher die sozialen Forderungen des Mittelstandes im Vordergrund, während die Judenfrage eine untergeordnete Stellung einnahm. Mit dieser Position näherte sich Pinkert der Christlich-Sozialen Partei Stoeckers. An erster Stelle aber bemühte er sich um die Überwindung der zahl-

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Martin Broszat, a. a. O., S. 59. Auf Bismarcks Stellung zu den Antisemiten gehe ich nicht ein. Vgl. dazu: Wawrzinek, a. a. O., S. 43 ff; Otto Jöhliger, »Bismarck und die Juden«, Berlin 1921; Moritz Busch, »Tagebuchblätter«, 3 Bde., Leipzig 1899.

⁷¹ »Appell an das deutsche Volk«. Flugblatt in mehreren tausend Exemplaren. Es knüpfte an den von Marr proklamierten »Sieg des Judentums über das Germanentum« an. Wawrzinek, a. a. O., S. 46.

⁷² Die Parteigründung erfolgte auf dem ersten Parteitag der Reformen in Dresden. Zeitschrift: »Deutsche Reform« seit Ende 1880.

reichen Richtungsstreitigkeiten unter den Antisemiten. Um die Vereinigung aller Judengegner vorzubereiten, veranstaltete er die beiden »Internationalen Antijüdischen Kongresse« von 1882 und 1883⁷³. Auf diesen Tagungen erwies sich die radikale Richtung der Antisemiten den gemäßigeren Anhängern Stoeckers und Pinkerts gegenüber als überlegen⁷⁴. Da zwischen den einzelnen Gruppen keine Einigung über Zwecke und Ziele herbeizuführen war, verliefen die Kongresse ergebnislos. Pinkerts Versuch, eine Zentralorganisation der Antisemiten zu schaffen, war gescheitert. Mit der stärkeren Betonung der sozialen Reform näherte sich seine Partei den Konservativen, die nun ihrerseits für soziale Reformen im Mittelstand eintraten.

Ihre Bedeutung für die Entwicklung des Antisemitismus hat die Deutsche Reformpartei weniger durch ihre Dresdener Zentrale als vielmehr durch ihre Zweigvereine gewonnen. »Deutsche Reformvereine« entstanden in fast allen größeren Städten Deutschlands, aber nicht als Gründungen Pinkerts, sondern als selbständige örtliche Zusammenschlüsse⁷⁵. Ihr Entstehen spricht für die Wirkung der antisemitischen Propaganda in Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren und zeigt, daß nicht nur in Berlin, sondern auch in weiten Gebieten des Reiches ähnliche Tendenzen und Strömungen im Mittelstand vorhanden waren.

Eine besondere Rolle spielten der Kasseler Reformverein unter Ludwig Werner und der Leipziger Verein unter Theodor Fritsch. Gerade in Hessen und Sachsen brachte die Verbindung von antisemitischer Agitation und sozialen Reformbestrebungen den Antisemiten Zulauf. Fritsch übernahm den antisemitischen Verlag Schmeitzner in Chemnitz⁷⁶ und schuf damit die Grundlage für seine publizistische Tätigkeit. In Liebermann von Sonnenberg fand er den Mitarbeiter, mit dem er von Oktober 1885 an die »Antisemitische Correspondenz, Sprechsaal

⁷³ Hans Christian Gerlach, a. a. O., S. 217 (Anhang). Fotokopie des »Gedrängten Berichts über den 1. Internationalen Antijüdischen Kongress in Dresden« (1882), der die Teilnehmer des Kongresses, die Thesen zur Judenfrage, eine Resolution Pinkerts und den Aufruf »An die Regierungen und Völker der durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten« enthält. Zum zweiten Antijüdischen Kongreß s. Wawrzinek, a. a. O., S. 53 ff.

⁷⁴ Walter Frank, a. a. O., S. 81.

⁷⁵ Kurt Wawrzinek, a. a. O., S. 56/57. Demnach waren schon auf dem ersten Parteitag der Reformen im Jahre 1881 Delegierte aus Berlin, Breslau, Chemnitz, Görlitz und anderen Orten vertreten. 1884 hatten 25 Vereine das Programm der Reformen angenommen.

⁷⁶ Josef Müller, »Die Entwicklung des Rassenantisemitismus«, S. 34. Schmeitzner war Gründer der »Alliance Antijuive Universelle«, einer Gegengründung zu Crémieux's »Alliance Israélite Universelle«.

für innere Parteiangelegenheiten⁷⁷« herausgab. Darüber hinaus wurde auf einer Tagung am 13. und 14. Juni 1886 in Kassel⁷⁸ die »Deutsche Antisemitische Vereinigung« als gemeinsame Operationsbasis der Antisemiten gegründet, die insofern eine gewisse Klarheit brachte, als ihr nur die Radikalen angehörten, die für die Aufhebung der Emanzipation eintraten. Damit waren die Christlich-Sozialen ausgeschaltet. Die Deutsche Antisemitische Vereinigung sollte durch ihre Agitation die Voraussetzungen für eine politische Partei schaffen; Theodor Fritsch in Leipzig leitete den geschäftsführenden Ausschuß.

Kassel war nicht zufällig zum Tagungsort bestimmt worden. Dort hatte der ehemalige Kaufmann und Redakteur Ludwig Werner einen Reformverein gegründet, der schon seit dem 1. Juli 1882 ein eigenes Wochenblatt, das »Reichsgeldmonopol«, herausgab. Werner entfaltete zusammen mit Dr. Otto Böckel, einem Bibliothekar aus Marburg, eine erfolgreiche Agitation auf dem Lande. Als Volksliedsammler hatte Böckel die oberhessische Bevölkerung kennengelernt und nutzte nun ihre Ressentiments gegen jüdische Händler aus. Allerdings traten weniger die Bauern als Träger des Antisemitismus hervor, sondern vielmehr Lehrer, Pastoren und untere Beamte – jene Respektspersonen, die maßgeblichen Einfluß auf die politische Meinungsbildung der ländlichen Bevölkerung ausübten⁷⁹. Mit Propagandamitteln, die in

⁷⁷ Die Jahrgänge 1885 bis 1894 waren die Quellengrundlage der Arbeit von Josef Müller über die Entwicklung des Rassenantisemitismus. Die Zeitung nahm insofern eine zentrale Stellung in der antisemitischen Publizistik ein, als sie seit 1894 unter dem Titel »Deutsch-Soziale Blätter« der Deutschsozialen Reformpartei nahestand und 1903 das amtliche Organ der Deutschsozialen Partei wurde. Sie erschien zunächst in unregelmäßiger Folge und wurde kostenlos an »ausgesprochene und zuverlässige Parteigenossen« versandt. Ab April 1887 erschien sie regelmäßig monatlich, ab 1888 14tägig, seit 1890 wöchentlich und seit dem 1. 1. 1904 zweimal wöchentlich. In der Jubiläumnummer zum 25jährigen Bestehen der »DSBl.« (25. Jg., Nr. 81 v. 8. 10. 1910, S. 963) berichtet Th. Fritsch über diese Anfänge: »Es handelte sich nach meiner Überzeugung darum, den Antisemitismus nicht lediglich auf Gefühlsausbrüche und auf Bekämpfung der jüdischen Geschäftswelt zu beschränken, denn solches Verfahren mußte den Anschein gehässiger Voreingenommenheit und des Geschäftsneides erwecken; es galt vielmehr, der antisemitischen Agitation einen reichen geistigen Gehalt und eine ernste soziologische und wissenschaftliche Begründung zu geben. So begann ich, kleine populär-wissenschaftliche Abhandlungen zu schreiben, die als billige Flugschriften unter dem Namen »Brennende Fragen« in die Welt gingen. . . . Es folgte dann (1866) die Herausgabe des »Antisemiten-Katechismus«.

⁷⁸ Kurt Wawrzinek, a. a. O., S. 63. Es wurde die Frage diskutiert, ob die Organisation, zu der man sich zusammenschließen wollte, eine unpolitische Vereinigung oder eine politische Partei sein sollte. Fritsch nahm besonders scharf gegen eine neue politische Partei Stellung, drang aber mit seinen Bedenken nicht durch. Er war der Meinung, es käme darauf an, alle politischen Parteien mit dem antisemitischen Gedanken zu durchsetzen. Sonst seien die für die Verfassungsänderung notwendigen 200 Mandate überhaupt nicht erreichbar.

⁷⁹ Martin Broszat, a. a. O., S. 75.

den entlegenen hessischen Dörfern ganz besonderen Eindruck machten, wie öffentlichen Versammlungen, Flugblättern und einer Wochenzeitung, dem »Reichsherold«, erreichte Böckel 1887 als erster »Antisemit« seine Wahl in den Reichstag. Die Wahl hatte eine doppelte Folge: einerseits den Bruch zwischen Konservativen und Antisemiten, weil letztere in konservative Wahlkreise eingebrochen waren⁸⁰, andererseits den Zusammenstoß zwischen der Böckelgruppe und der übrigen Deutschen Antisemitischen Vereinigung. Diese verurteilte das Vorpreschen Böckels, seine sozialreformerische Haltung und seine Angriffe auf die Konservativen im Reichstag. Sie machte die »Antisemitische Correspondenz« zum Sprachrohr ihrer Kritik; persönliche Reibereien zwischen Liebermann und Böckel folgten, so daß sich Böckel am 1. April 1888 von der Deutschen Antisemitischen Vereinigung lossagte. Damit waren die zwei Jahre zuvor in Kassel beschlossenen gemeinsamen Aktionen zur Gründung einer antisemitischen Partei an den persönlichen Gegensätzen und Führungsstreitigkeiten der Antisemiten gescheitert. Statt dessen bemühte sich Böckel nun zusammen mit dem Berliner Deutschen Antisemiten-Bund von Wilhelm Pickenbach und der unter Oswald Zimmermann⁸¹ in Dresden neu entstandenen Deutschen Reformpartei um die Bildung einer eigenen Partei.

Parallel dazu verliefen die Bestrebungen um eine Parteibildung bei der mehr konservativ orientierten Deutschen Antisemitischen Vereinigung um Liebermann von Sonnenberg. Aber erst nach den vergeblichen Kandidaturen der beiden antisemitischen Richtungen bei den Preußenwahlen von 1888 – ein Wahlerfolg war wegen des Drei-Klassen-Wahlrechts ausgeschlossen – kam es 1889 zur endgültigen Trennung. In diesem Jahr trafen sich am 10. und 11. Juni noch einmal alle Antisemiten von Stoecker bis Böckel auf einem Parteitag in Bochum. Die persönlichen und politischen Gegensätze zwischen den liberalen und den mehr konservativen Antisemiten ließen keine Einigung zu. Bei der Debatte über das Parteiprogramm zeigte sich, daß die Punkte, die auf die Ausschließung der Juden aus bestimmten Berufsgruppen abzielten, den Anhängern Stoeckers zu weit gingen. Dagegen stieß die

⁸⁰ Otto Böckel hatte im Wahlkreis Marburg—Frankenberg gegen den Konservativen Dr. Grimm gesiegt. Es verbreitete sich daher bei den Konservativen die Meinung, die Antisemiten seien antikonservativ und brächen, wenn sie stark genug seien, in konservative Wahlkreise ein.

⁸¹ Oswald Zimmermann, ehemaliger Redakteur an Pinkerts »Deutscher Reform«, gab seit 1887 in Dresden eine Wochenzeitung, die »Deutsche Wacht«, heraus, mit der er für den Anschluß der Antisemiten an Böckel warb.

den Konservativen zuneigende Haltung der Antisemiten auf die Ablehnung Böckels⁸². Über der Namensfrage kam es zum Bruch. Mit 110:72 Stimmen wurde der Vorschlag Paul Försters »Deutschsoziale (antisemitische) Partei⁸³« gutgeheißen, der für Böckel nicht annehmbar war. So endete der Parteitag mit dem Sieg Liebermanns und seiner Wahl zum Vorsitzenden der neuen Partei. Der Erfolg Liebermanns aber war mit der endgültigen Trennung von den anderen antisemitischen Gruppen verbunden.

Bei den Reichstagswahlen von 1889 traten die Reibereien zwischen den Antisemiten etwas zurück, denn die Rücksichten, die die Konservativen auf das Kartell mit den Nationalliberalen zu nehmen hatten, verboten jede Fühlungnahme mit den Deutschsozialen. Die Antisemiten einigten sich über die erfolgversprechenden hessischen Wahlkreise, so daß außer Böckel noch Liebermann von Sonnenberg, Ludwig Werner, Oswald Zimmermann und Wilhelm Pickenbach ins Parlament einzogen. Wenn auf dem Bochumer Parteitag die Deutschsozialen gesiegt hatten, so war der Erfolg der Wahlen ganz auf seiten Böckels; denn Werner, Zimmermann und Pickenbach waren seine Parteigänger. Da Liebermann Böckels Aufforderung, seiner »Fraktion⁸⁴« beizutreten, ablehnte, stellte Böckel der Deutschsozialen Partei die auf dem Erfurter Parteitag 1890 in Leben gerufene »Antisemitische Volkspartei⁸⁵« entgegen.

Die Entwicklung der beiden antisemitischen Parteien bis zu ihrer Vereinigung im Jahre 1894 wurde von äußeren Faktoren beeinflusst. Das gilt in erster Linie von der Politik der Konservativen und der Machtverschiebung innerhalb der Konservativen Partei durch die Reichstagswahlen von 1892. Infolge der Wahlniederlage der Konservativen und

⁸² Martin Broszat, a. a. O., S. 71.

⁸³ Hans Christian Gerlach, a. a. O., S. 70 ff. Demnach war das »antisemitisch« in der Parteibezeichnung — das bald fortfiel — bereits eine Konzession an Böckel. Dieser war als erster »Antisemit« in den Reichstag gezogen und verdankte seine Erfolge gerade dieser Bezeichnung. Dagegen wollte Förster mit dem »deutsch-sozial« eine positive Zielsetzung andeuten: »deutsch« sollte dem »antisemitisch« entsprechen und »sozial« auf die geplante sozialpolitische Arbeit hinweisen. Nach Gerlach handelte es sich darüber hinaus bei Böckels Opposition um seinen gefährdeten Führungsanspruch innerhalb der antisemitischen Bewegung.

⁸⁴ Am 14. 6. 1890 bildeten Böckel, Zimmermann, Werner und Pickenbach die »Fraktion der Antisemiten«. Vgl. Wawrzinek, a. a. O., S. 82, und Gerlach, a. a. O., S. 77.

⁸⁵ Erfurter Parteitag am 6./7. 7. 1890. Das Programm der Antisemitischen Volkspartei wich nach Wawrzinek, a. a. O., S. 82, nur insofern von dem Bochumer Programm der Deutschsozialen ab, als darin die über antisemitisch-sozialpolitische Wünsche hinausgehenden politischen Forderungen fehlten.

der Beendigung des Kartells mit den Nationalliberalen gewann der rechte Flügel der Partei unter dem Chefredakteur der »Kreuzzeitung«, Wilhelm von Hammerstein, und dem Hofprediger Adolf Stoecker stärkeren Einfluß und wandte sich von dem kartellfreundlichen Otto von Helldorf ab⁸⁶. Die Ultrakonservativen wollten Popularität und neue Anhänger gewinnen indem sie die Antisemiten unterstützten. Diese Absicht schlug sich im »Tivoli-Programm⁸⁷« der Konservativen von 1892 nieder, in dem es unter anderem hieß: »Wir bekämpfen den sich vielfach vordrängenden und zersetzenden Einfluß des Judentums auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler⁸⁸«. Das Tivoli-Programm bildete die theoretische Grundlage für das Wahlbündnis zwischen Konservativen und Antisemiten bei den Reichstagswahlen von 1893, so daß sich die Konstellation der Berliner Bewegung wiederholte, wo die Konservativen ebenfalls aus taktischen Gründen mit den Antisemiten zusammengegangen waren.

Auch auf der Seite der Antisemiten bemühte man sich um ein gutes Einvernehmen mit den Konservativen. Als Parteien, die im Parlament zu Einfluß gelangen wollten, hatten sie Rücksicht auf ihre Wähler zu nehmen und mußten den radikalen Antisemitismus zugunsten wirtschaftlich-sozialer Reformvorschläge zurückstellen. Das brachte die beiden antisemitischen Parteien taktisch wieder einander näher. Hans Bechly, der spätere Vorsteher des DHV, charakterisierte die Unterschiede zwischen den beiden Parteien rückblickend folgendermaßen: »Beide Parteien waren ihrem Grundgedanken nach Mittelstandsparteien. In der Deutschsozialen Partei wurde der großzügige, aber praktisch aussichtslose Versuch unternommen, den ländlichen und städtischen (selbständigen und angestellten) Mittelstand als eine soziale Schicht parteimäßig zu einen. Man wollte also gleichzeitig agrarisch, mittelständlerisch im alten Sinne (kleinbürgerlich) und sozial-sein; daher der Name. Die Partei hatte deshalb einen stark (neu)konservativen Einschlag. Die Deutsche Reformpartei – so nannte sich die

⁸⁶ Siehe Kapitel VIII: »Der Antisemitismus in der Konservativen Partei« bei Broszat, a. a. O., S. 79–85.

⁸⁷ So genannt nach dem Allgemeinen Parteitag der Konservativen Partei am 8. 12. 1892 im großen Saal der Tivoli-Brauerei in Berlin. Gerlach, a. a. O., S. 100.

⁸⁸ Willi Buch, a. a. O., S. 8, und Martin Broszat, a. a. O., S. 83. Mit von Hammersteins und Stoeckers Ausscheiden aus der Konservativen Partei in den Jahren 1895/96 und dem Beginn einer neuen Kartellpolitik zwischen Konservativen und Nationalliberalen fand diese Episode ihr Ende.

Antisemitische Volkspartei seit den Reichstagswahlen von 1893 – war taktisch Gegner der Konservativen, weniger agrarisch, dafür mehr kleinbürgerlich-antisemitisch⁸⁹«. Am deutlichsten waren diese Unterschiede in den Parteivorsitzenden Böckel und Liebermann verkörpert. Verband Böckel mit dem Kampf gegen die Juden den Kampf für den sozialen Aufstieg der mittelständischen Bevölkerung – »gegen Juden und Junker« lautete seine Parole – so fanden Liebermanns Reformvorschläge ihre Grenze an der unverletzlichen Ordnung der bestehenden Gesellschaft⁹⁰. Beide aber hatten Konzessionen zu machen: sowohl an ihre Wähler als auch an parlamentarische Bündnispartner. Die Folge davon war, daß sie sich von dem zu Anfang der neunziger Jahre aufflackernden radikalen Antisemitismus⁹¹ distanzieren. Zu Einigungsbestrebungen kam es aber erst nach den Reichstagswahlen von 1893. Mit Hilfe des Wahlbündnisses zwischen Konservativen und Antisemiten wurden 16 antisemitische Abgeordnete gewählt. Damit bildete das Jahr 1893 den Höhepunkt der antisemitischen Agitation und Parteientwicklung in der wilhelminischen Zeit. Er fiel mit dem Ringen der Antisemiten und der SPD um die Handlungsgehilfen zusammen. Der Zuwachs an antisemitischen Wählerstimmen zwischen den Reichstagswahlen von 1890 und 1893 ist ein Beweis dafür, daß die antisemitische Propaganda in den mittelständischen Schichten Resonanz gefunden hatte⁹².

⁸⁹ Zitiert bei Paul Bröcker, »Vom christlich-sozialen Gedanken«, S. 57.

⁹⁰ Martin Broszat, a. a. O., S. 92.

⁹¹ Der »Radau-Antisemitismus« hatte seine Tradition seit der »Reichshallenrede« Henrichs (1880) in Berlin. Er flackerte 1891 mit dem Auftreten Hermann Ahlwards von neuem auf. Ahlwardt hatte sich sein Reichstagsmandat durch eine Stichwahl am 15. 12. 1891 im Wahlkreis Friedeberg—Arnsvalde erobert, wurde aber bereits drei Tage später wegen Verleumdung jüdischer Persönlichkeiten in einem aufsehenerregenden Prozeß in Berlin zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das hinderte seine Anhänger aber keineswegs, ihn als Märtyrer für die gerechte Sache des Antisemitismus zu feiern. S. Gerlach, a. a. O., S. 83 ff., und das Kapitel »Die Ahlwardt-Affaire im Reichstag«, ebenda, S. 180 ff. Broszat, a. a. O., S. 92 ff.

⁹² Nach Theodor Fritsch, »Antisemiten-Katechismus«, 25. Aufl., Leipzig 1893, S. 348, wurden antisemitische Stimmen abgegeben in den Reichstagswahlen von

	1890	1893
Leipzig-Stadt (Deutschsozial)	2 571	7 077
Leipzig-Land (Deutschsozial)	62	9 146
Hamburg I, II, III	482	8 014
Altona-Wandsbek (Deutschsozial)	35	2 127
Berlin III (Deutschsozial)	0	4 534
Berlin V (Deutschsozial)	0	5 143
Dresden-Altstadt (Dt. Reform)	0	13 805
Dresden-Neustadt (Dt. Reform)	0	11 151
Dresden-Land (Dt. Reform)	0	11 780

Der Wahlerfolg kam besonders der Antisemitischen Volkspartei, beziehungsweise der Deutschen Reformpartei, wie sie sich von nun an nannte, zugute. Die Fraktion der Deutschen Reformpartei im Reichstag umfaßte zehn Abgeordnete; die sechs deutschsozialen Abgeordneten schlossen sich keiner Fraktion an und stimmten mit den Konservativen. Die Verbindung zu den Konservativen machte ein weiteres Festhalten an der antikonservativen Einstellung Böckels unmöglich. Unter diesen Umständen kam es im September 1894 zu einer vorbereitenden Kontaktaufnahme beider Parteirichtungen und am 7. Oktober 1894 zu der Eisenacher Tagung⁹³. Hier stimmte die Mehrheit der Delegierten mit dem konservativ-mittelständischen Kurs überein und wählte Liebermann von Sonnenberg und Oswald Zimmermann zu gleichberechtigten Vorsitzenden der neu gegründeten »Deutschsozialen Reformpartei«⁹⁴. Böckel blieb von der Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Ein Jahr später, auf dem Erfurter Parteitag der Deutschsozialen Reformpartei am 20. und 21. Oktober 1895, wurde ein verbindliches Programm aufgestellt. Es war eine Synthese des Bochumer Programms der Deutschsozialen (1889) und des Erfurter Programms der Antisemitischen Volkspartei (1890) und vereinigte die von den Antisemiten in den achtziger und neunziger Jahren vertretenen Forderungen⁹⁵.

Bis zur Jahrhundertwende mäßigte die Deutschsoziale Reformpartei ihre antisemitischen Tendenzen und näherte sich damit verwandten Gruppen wie Konservativen, Christlich-Sozialen und dem 1893 gegründeten Bund der Landwirte. Gleichzeitig bemühte sie sich in den Wahlkämpfen mit ihrer antisemitischen Agitation immer neue mittelständische Schichten zu gewinnen. Von der Deutschsozialen Reformpartei aus drang die antisemitische Grundhaltung in die neuen Verbände, wie den DHV, den Bund der Landwirte, den Deutschbund und den Alldeutschen Verband. Sie alle wurden von den »alten« Antisemiten beeinflusst und konnten bei der Werbung ihrer Mitglieder an vorhandene Überzeugungen anknüpfen. Wie wirksam das war, zeigten die erfolgreichen Bemühungen des DHV um die Angestellten im Handlungsgewerbe. Welche Rolle die Gewinnung der Handlungsgehilfen

⁹³ »DSBl.«, 9. Jg., Nr. 321 v. 11. 10. 1894.

⁹⁴ Nach Gerlach, a. a. O., S. 108, entstand der Name aus der Addition der bisherigen Parteibezeichnungen. Entsprechend paritätisch war der Vorstand der neuen Partei gebildet.

⁹⁵ Eugen Schmahl, »Die antisemitische Bauernbewegung«, S. 34.

aber für die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland spielte, wird noch darzustellen sein.

4. Antisemitische Vereine in Hamburg

In Hamburg fand Stoeckers erstes Auftreten in der Eiskeller-Versammlung bereits Beachtung. Verschiedene Zeitungen⁹⁶ berichteten über die Berliner Vorgänge, unter anderem der evangelische »Reichsbote«, dessen Hamburger Leser bald darauf eine Arbeitsgemeinschaft bildeten, ohne allerdings in persönlichen Kontakt zu Stoecker zu treten⁹⁷. Der Arbeitsgemeinschaft gehörten auch die Mitglieder des »Deich-Hammerbrooker Jünglingsvereins«⁹⁸ an. Sein Vorsitzender war der aus dem »Rauhen Hause« Wicherns hervorgegangene Stadtmissionar Irwahn⁹⁹, der als Geistlicher in Hamburg-Rothenburgsort wirkte, einem Stadtteil, dessen Arbeiterbevölkerung vorwiegend sozialdemokratisch eingestellt war. Irwahn wollte sie durch eine christlich-soziale Politik für Kaiser und Reich zurückgewinnen und stand damit vor ähnlichen Problemen wie Stoecker in Berlin. Sein Sohn Johannes schilderte den Stadtmissionar folgendermaßen: »Mein Vater war ein leidenschaftlicher und sehr temperamentvoller Politiker. Das verleugnete sich auch nicht in den von ihm geleiteten religiösen Vereinen. Der von ihm geführte evangelische Männerverein konnte beinahe als eine Kampftruppe gegen Sozialdemokratie und Liberalismus angesehen werden, und auch im Jünglingsverein schlugen recht starke politische Wellen¹⁰⁰.« Die politischen Vorstellungen der jungen Männer waren ursprünglich – wie

⁹⁶ Adolf Stoecker, »Christlich-Sozial«, S. XXXII, »Allerdings fehlte es nicht an Organen, welche mit Freudigkeit der jungen Partei Bahn brachen. Die ‚Norddeutsche Allgemeine‘, der ‚Reichsbote‘, die ‚Reichspost‘ in Frankfurt a. Main, wenn sie auch dem Verein für Sozialreform noch Zweifel entgegengebracht hatten, gaben bei dem Beginn der christlich-sozialen Bewegung ihre Bedenken auf und halfen in energischer Weise mit.«

⁹⁷ Paul Bröcker, »Vom christlich-sozialen Gedanken«, S. 55. Das gleiche galt für den DHV. Vgl. »DHW«, 36. Jg., Nr. 3 v. 10. 2. 1929, S. 42: »Stoecker, der den DHV sehr wohl gekannt hat, ist dem Verbands nie nähergetreten. Irwahn, Schack, Döhring und auch ich [Albert Zimmermann] haben wohl gelegentlich mit ihm gesprochen, aber nähere äußere Beziehungen haben sich daraus nicht entwickelt. Um so erstaunlicher ist es, wenn man jetzt nach zwei Jahrzehnten feststellen muß, wie stark die inneren Beziehungen sind, welche die deutschnationale Handlungsgehilfenbewegung mit Stoecker verbinden.«

⁹⁸ So genannt nach dem Stadtteil, in dem er tagte.

⁹⁹ Fritz Irwahn, »60 Jahre DHV«, S. 8.

¹⁰⁰ Johannes Irwahn, Friedrich Raab. In: »Jb 1918«, S. 69.

auch bei Stoecker – von antiliberalen Affekten bestimmt, weil sie der Meinung waren, der Liberalismus sei für das Anwachsen der SPD verantwortlich. Sie waren aber ebenso sehr umweltbedingt, denn die aus handwerklichen oder gewerblichen Kreisen stammenden jungen Leute lebten in einer weitgehend sozialdemokratisch eingestellten Umgebung, mit der sie sich weder politisch noch sozial verbunden fühlten. Dem Jünglingsverein gehörten eine Reihe von Männern an, die später eine führende Rolle in der Deutschsozialen Partei und im DHV spielen sollten: der Sohn des Stadtmissionars, der Handlungsgehilfe Johannes Irwahn¹⁰¹, der Porzellanmaler Friedrich Raab¹⁰² und auch der Kaufmann Wilhelm Schack¹⁰³ verkehrte schon in diesem Kreis¹⁰⁴, ohne jedoch hervorzutreten. »Hier wurden wir alle zu Judengegnern«, überlieferte Irwahn, denn als die Judenfrage nicht mehr aus den Reden Stoeckers verschwand, nahm sie auch in den Versammlungen des Jünglingsvereins einen breiten Raum ein, »bot sie doch dem nationalen Empfinden der jungen Leute viel leichter eingehende Nahrung als die bisherigen Erörterungen über soziale Fragen¹⁰⁵«. Neben der Beschäftigung mit sozialen Fragen wurden hier Emotionen und Ressentiments angesprochen. Irwahns Hinweis, daß die Judenfrage auf das »nationale Empfinden der jungen Leute« Eindruck machte, zeigt außerdem die unterschiedliche Einstellung zum Antisemitismus bei den Generationen von 1870 und 1890. Für die Generation Stoeckers und des Stadtmissionars Irwahn waren christliche und deutsche Bestrebungen noch nahezu identisch, weil sie die deutsche Vergangenheit christlich sah und die Zukunft nur als deutsch und national akzeptierte, die auch dem Christentum aufs engste verhaftet blieb¹⁰⁶. Der jüngeren Ge-

¹⁰¹ Johannes Irwahn (1868–1948), geboren in Hamburg, Handlungsgehilfe, 1890 Mitglied verschiedener antisemitischer Organisationen in Hamburg. Berief 1893 die Gründungsversammlung des DHV ein. 1893–96 Verbandsvorsteher des DHV.

¹⁰² Friedrich Raab (1859–1917), geboren in Hamburg, Porzellanmaler und Kaufmann. 1890 Vorsitzender des »Antisemitischen Wahlvereins von 1890«, 1894 Vorsitzender des »Vereins der Deutschsozialen Reformpartei« in Hamburg, 1896 Vorsitzender des »Landesverbandes der Deutschsozialen Reformpartei für Schleswig-Holstein und Hamburg« in Kiel und Mitglied des Parteivorstandes. 1897–1903 Mitglied der Bürgerschaft in Hamburg. 1898–1911 M. d. R.

¹⁰³ Wilhelm Schack, geboren 1869 in Hamburg. Kaufmännische Lehre. 1894 Beitritt zum DHV. 1896–1909 Verbandsvorsteher des DHV. 1897 als Schriftführer des »Landesverbandes der Deutschsozialen Reformpartei für Schleswig-Holstein und Hamburg« Mitglied der Parteileitung. 1899–1907 Mitglied der Bürgerschaft in Hamburg. 1903 Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes. 1905–09 M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung). 1909 Rücktritt als Vorsteher des DHV und Ausscheiden aus dem politischen Leben.

¹⁰⁴ Johannes Irwahn, Friedrich Raab. In: »Jb 1918«, S. 70.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Martin Broszat, a. a. O., S. 31.

neration, der auch die Gründer des DHV angehörten, bedeuteten solche Vorstellungen nur noch wenig. Diese Differenzierung war für den von beiden Generationen vertretenen Antisemitismus entscheidend. Wurde die Generation der Reichsgründung durch die nationalen Erfolge und ihre christlichen Wertsetzungen gemäßigt, so galt das nicht mehr für die Jüngeren. Sie strebten nach der Erweiterung des Reiches und hatten schließlich eine ganz andere Vorstellung von der »deutschen Nation« als ihre Eltern. Je mehr sich der neue Nationalismus durchsetzte, desto stärker wurde die judenfeindliche Einstellung der mittelständischen Kreise, weil sie die Juden als die inneren Feinde der Nation betrachteten. So bedingte die Radikalisierung des Nationalismus die Radikalisierung des Antisemitismus.

Der antisemitische Gedanke wurde nach und nach von den christlich-konservativen Bindungen befreit, die ihm von Stoecker her anhafteten. In Hamburg wirkte dafür der bereits genannte Friedrich Raab mit seinem 1884 gegründeten Verein »Litteraria«, aus dem 1888 der »Deutsche Verein« hervorging¹⁰⁷. Er bildete die organisatorische Übergangsform von dem Jünglingsverein des Stadtmissionars Irwahn zu dem »Antisemitischen Wahlverein von 1890«. Wie fließend die Grenzen hier zunächst waren, zeigt die Zusammensetzung des »Deutschen Vereins«. »Neben dem Schriftsteller Wilhelm Marr, dem blinden Ingenieur Radenhausen, dem alten 48er Wilhelm Steigner, die pantheistisch gerichtet waren, saßen die Stoeckerianer Raab, Korff, Irwahn sen. und andere¹⁰⁸« in diesem Verein zusammen. Den Schritt zur politischen Betätigung vollzogen sie mit der Gründung des »Antisemitischen Wahlvereins von 1890«, der seinem Programm nach »die weitesten Kreise über das Wesen der Judenfrage aufklären, bei Wahlen die Aufstellung und Unterstützung antisemitisch gesinnter Kandidaten bewerkstelligen und die hierfür nötigen Geldmittel und Organisationen beschaffen« wollte. Aufgrund der Satzung konnte jede unbescholtene Person Mitglied werden. Juden waren ausgeschlossen¹⁰⁹. Der Vorstand des neuen Wahlvereins setzte sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender: F. Raab, Schriftführer: I. K. Jallas, Beisitzer: F. W. Petersen, A. R. P. Schulz, Bezirksmänner: W. L. Steigner, K. Jörens, F.

¹⁰⁷ »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 1287/88.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 842.

¹⁰⁹ Programm für einen »Geselligen Festabend« am 1. 3. 1892 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F 2).

Preuß, L. M. Guhl, E. A. Hübner, E. Andersen, Dr. Günther, K. Fischer, M. Schulz, A. Andersen, J. Irwahn¹¹⁰. Die Aufstellung zeigt die enge personelle Verbindung zwischen den Vereinen. Raab, Steigner und Irwahn sowie E. A. Hübner, der Herausgeber der »Abwehr«, der ersten antisemitischen Zeitung Hamburgs, waren Mitglieder in beiden Vorständen.

Das erste öffentliche Auftreten des Antisemitischen Wahlvereins bestand in der Unterstützung der – allerdings erfolglosen – Kandidatur E. A. Hübners bei den Reichstagswahlen von 1890. Eine intensive Agitationswelle im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen brachte das Jahr 1892. Sie wurde am 1. März durch einen »Geselligen Festabend¹¹¹« mit dem antisemitischen Reichstagsabgeordneten Oswald Zimmermann aus Dresden eingeleitet. Zu einem in Hamburg aufsehenerregenden Ereignis wurde die für den 6. April 1892 im großen Saal des Tütgeschen Etablissements angezeigte Versammlung mit einem Vortrag des ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten Georg Ritter von Schönerer über »Die Ziele der deutschnationalen Antisemiten in der Ostmark¹¹²«. An diesem Tage hatten sich – einem Polizeibericht zufolge – etwa 3500 Personen¹¹³ in dem genannten Saal eingefunden, meist Kaufleute, Handlungsgehilfen, Beamte und Kleingewerbetreibende¹¹⁴. Unmittelbar nach Eröffnung der Veranstaltung durch Friedrich Raab wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst, denn es war nur eine geschlossene Mitgliederversammlung genehmigt worden. Über den weiteren Verlauf berichtete das sozialdemokratische »Hamburger Echo«: »Die Antisemiten entschädigten sich für den Verlust des Genusses einer Rede des ‚schlagfertigen‘ Ritters dadurch, daß sie ihre Hymne (Deutschland, Deutschland über alles) und ‚Es braust ein Ruf wie Donnerhall‘ sangen, Hochs auf Schönerer ausbrachten, ‚Nieder mit den Juden!‘ schrien und schließlich in geschlossenen Reihen, den Reichstagskandidaten

¹¹⁰ Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296 F 1. Die Aufzeichnung ist handschriftlich ohne Datumsangabe. Sie stammt wahrscheinlich aus dem Jahre 1892, da die genannte Akte in diesem Jahre von der Polizeibehörde Hamburg, Abt. IV, Politische Polizei, angelegt wurde.

¹¹¹ Es handelte sich um eine öffentliche Versammlung, die aber als »Geselliger Festabend« deklariert wurde, da die Polizeibehörde öffentliche Versammlungen untersagt hatte.

¹¹² »Die Abwehr«, 4. Jg., Nr. 15 v. 10. 4. 1892 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 3) und Georg Schönerer, Bd. IV, S. 475.

¹¹³ Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1. Der Polizeibericht vermerkt 3500 Personen als Besucher der Versammlung gegenüber 400 Mitgliedern des »Antisemitischen Wahlvereins von 1890«.

¹¹⁴ »Hamburger Echo«, 6. Jg., Nr. 84 v. 8. 4. 1892.

Hübner an der Spitze, den Valentinskamp entlang nach dem Gänsemarkt marschierten¹¹⁵«. Die antisemitische »Abwehr« kommentierte, so unerfreulich die Auflösung der Versammlung gewesen sei, so habe sie den Antisemiten doch genutzt. »Bis jetzt (7. April) sind bereits weit über 100 Beitrittserklärungen erfolgt, verschiedene selbst größere Geldbeiträge schon eingetroffen; wir quittierten dankend für diese Mit Hilfe zur Förderung unserer Bestrebungen durch die Polizeibehörde¹¹⁶«. Die »Abwehr« vom 17. April nahm das Versammlungsverbot der hamburgischen Polizeibehörde zum Anlaß, ihre Stellung zur Judenfrage zu präzisieren und schrieb, »daß das oberste Gebot der Selbsterhaltung der zivilisierten Nationen heutzutage die Aufhebung der Juden-Emanzipation bildet«. Am Schluß hieß es: »Nicht die Religion ist es, weswegen wir die Juden angreifen, sondern ihre politische, wirtschaftliche und sittliche Schädlichkeit, die unsere eigene Existenz mit Vernichtung bedroht¹¹⁷«. So verschaffte der erste Besuch Georg von Schönerers, der nicht einmal öffentlich hatte sprechen können, den Antisemiten neuen Zulauf. Wichtiger aber war, daß hier persönliche Kontakte geschaffen wurden, die sich fünf Jahre später auszuwirken begannen. Von 1897 an besuchte Schönerer regelmäßig Hamburg und sammelte eine Gruppe von Anhängern um sich, die die deutschnationalen und antisemitischen Vorstellungen österreichischer Prägung in Norddeutschland vertraten und verbreiteten.

Weitere Versammlungen der Antisemiten fanden am 21. April und 19. Mai 1892 im preußischen Altona statt, die jeweils von etwa 2000 Personen besucht¹¹⁸ wurden. Außerdem verteilte der Antisemitische

¹¹⁵ »Hamburger Echo«, 6. Jg., Nr. 84 v. 8. 4. 1892. Bei Georg Schönerer, Bd. IV, S. 475, findet sich eine abweichende Schilderung der Ereignisse am 6. 4. 1892: »Am 6. Ostermondes 1892 hätte Schönerer im Antisemitischen Wahlverein in Hamburg sprechen sollen, die Versammlung wurde aber noch vor ihrer Eröffnung von der Behörde . . . aufgelöst . . . Da in Hamburg kein anderer genügend großer Saal vorhanden war, so begaben sich die Tausende, Schönerer in der Mitte, in die preußische Nachbarstadt Altona, wo Schönerer noch manches Wort an die Anwesenden richten konnte. Ich halte diese Darstellung für unwahrscheinlich, da die Hamburger Tagespresse zweifellos über eine Rede Schönerers in Altona berichtet hätte.

¹¹⁶ »Die Abwehr«, 4. Jg., Nr. 15 v. 10. 4. 1892. (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 3.)

¹¹⁷ »Die Abwehr«, 4. Jg., Nr. 16 v. 17. 4. 1892. (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1.) Der zitierte Artikel trägt die Überschrift: »Die Kunst der Gesetzesauslegung und die Hamburgische Polizeibehörde« und richtet sich gegen das Verbot der Schönerer-Versammlung sowie gegen das Verbot des öffentlichen Verkaufs der »Abwehr«.

¹¹⁸ Das »Hamburger Fremdenblatt«, Nr. 94 v. 22. 4. 1892, berichtete über die Versammlung am 21. 4., daß »von den Führern der hiesigen und der Hamburger Antisemitischen Partei die üblichen Hetzreden gehalten« wurden. Die Anzeige in der »Abwehr« vom 13. 5. 92 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1) für die Versammlung am 19. 5. enthielt den Hinweis »Juden ist der Zutritt versagt!«

Wahlverein zahlreiche Flugblätter. Zu welchen agitatorischen Mitteln man dabei griff, mag ein Beispiel zeigen. Unter Hinweis darauf, daß vom Wahlverein noch lange nicht genug getan werde, schrieb die »Abwehr«: »Da besitzt der eine die Ahlwardtschen Broschüren, ein anderer Dührings, Lagardes, Wahrmunds, Glagaus, Radenhausens, Marrs, Naudhs Schriften, ein Dritter Michel Wehrdichs ‚Judenfrage‘, Dr. Paul Försters, Liebermanns, Schönerers Reden – und läßt sie, nachdem er sie gelesen, unbenutzt im Bücherschrank liegen! Dieses Verfahren mag bequem sein, – antisemitisch ist es auf keinen Fall! Kein Gesinnungsgenosse und Leser unserer Zeitung sollte eine Broschüre oder ein Flugblatt unbenutzt lassen, jeder sollte dieselben an Freunde und Bekannte weitergeben¹¹⁹.« So ersetzten die Antisemiten durch Aktivität und Fanatismus, was ihnen an Zahl und finanziellen Mitteln fehlte.

Am 1. August 1892 fand die letzte öffentliche Versammlung dieser Reihe in Altona statt, in der Friedrich Raab vor 1500 Personen sprach. Über den Erfolg der Versammlung berichtete die »Abwehr«, daß dem Wahlverein 20 neue Mitglieder beitraten, die »Abwehr« eine Anzahl neuer Leser fand und ein Dutzend Abzüge von August Rohlings »Talmud-Jude« verkauft wurden. Damit belaufe sich die Zahl der Hamburg-Altonaer Gesinnungsgenossen schon auf über 2000¹²⁰. In den nächsten Monaten ging die Versammlungstätigkeit des Antisemitischen Wahlvereins vorübergehend zurück, um sich im Sommer 1893 unmittelbar vor den Reichstagswahlen wieder zu verstärken. Friedrich Raab kandidierte jetzt im ersten Hamburger Wahlkreis; im zweiten und dritten liefen Zählkandidaturen auf seinen Namen¹²¹. Über die Betriebsamkeit der Antisemiten im Wahlkampf geben Raabs öffentliche Wählerversammlungen im Mai und Juni Aufschluß. Er entfaltete eine für die damaligen Wahlkämpfe ungewöhnliche Aktivität. Am 15. Mai erläuterte er in seiner Kandidatenrede die 19 Programmpunkte der Deutschsozialen Partei und forderte, daß »die Macht des Judentums gebrochen werden müsse«. In Eimsbüttel erklärt er am 24. Mai die Sozialdemokratische Partei zum Feind der Antisemiten. Er hob die Bedeutung der sozialen Frage hervor und bezeichnete den Antisemitismus als »sozialreformerisch«, die Sozialde-

¹¹⁹ »Die Abwehr«, Nr. 24 v. 12. 6. 1892 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1).

¹²⁰ »Die Abwehr«, 4. Jg., Nr. 32 v. 7. 8. 1892 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1).

¹²¹ Staatsarchiv Hamburg, Akte 4302, Polizeibericht.

mokratie als »sozialrevolutionär«. In Hohenfelde wandte er sich am 29. Mai gegen »Schleuderbazare« und verlogene Reklame. Er behandelte die vermeintliche Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft durch die Juden. Am 30. Mai und 1. Juni sprach Raab in Eppendorf und in der Barmbeker Bierhalle. Er ging jeweils vom antisemitischen Programm aus und erläuterte die Stellung seiner Partei zur Judenfrage. Er führte aus, die Juden hätten sich zur Zeit ihrer Unterdrückung in den Besitz des Geldes gesetzt, dann die Emanzipation erzwungen und die Presse erobert, um die öffentliche Meinung zu beherrschen. Jetzt trachteten sie danach, die öffentlichen Ämter zu erhalten. Die Sozialdemokratie helfe den Juden, sich den Weg zur Weltherrschaft zu bahnen und tage schon lange unter jüdischer Führung¹²².

Die Reichstagswahlen von 1893 brachten – wie bereits gezeigt wurde – mit insgesamt 16 Abgeordneten den Höhepunkt der antisemitischen Welle im Deutschen Reich. Hamburg trug durch die Initiative des »Antisemitischen Wahlvereins von 1890« dazu bei: Hier stiegen die abgegebenen antisemitischen Stimmen von 482 im Jahre 1890 auf 8 014. Trotzdem gelang es nicht, Friedrich Raab in den Reichstag zu entsenden. Der Zuwachs an Stimmen aber veranlaßte die Antisemiten, im Herbst des Jahres die Gründung einer eigenen Parteizeitung zu erwägen, denn bei der bisher zur Verbreitung der antisemitischen Gedanken benutzten »Abwehr« handelte es sich um ein privates Unternehmen¹²³, mit dem man unzufrieden war. Schon im Dezember nahm der Plan Gestalt an: am 14. Dezember 1893 wurde die »Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt eGmbH« ins Genossenschaftsregister eingetragen; als Vorstand zeichneten Friedrich Raab und Wilhelm Steigner¹²⁴. Die »Hanseatische« gab vom 1. Januar 1894 an das »Deutsche Blatt« als antisemitisches Organ heraus.

Das Verhältnis der Hamburger Antisemiten zu den beiden antisemitischen Parteien im Reich war stark von der Persönlichkeit Raabs bestimmt, der sich von Anfang an für eine Vereinigung der verschiedenen antisemitischen Gruppen einsetzte. Als der Berliner Deutsche Anti-

¹²² Ebenda. Die Zusammenstellung beruht auf den Polizeiberichten über die einzelnen Versammlungen. Entsprechende Wählerversammlungen hielt Raab auch noch in folgenden Stadtteilen ab: 4. 6. Finkenwerder, 7. 6. Eimsbüttel, 9. 6. Hamm, 10. 6. St. Pauli, 11. 6. Neungamme und Barmbek, 13. 6. im Conventgarten, 26. 6. Rothenburgsort.

¹²³ »Die Abwehr«, 5. Jg., Nr. 33 v. 13. 8. 1893 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1).

¹²⁴ »Hamburger Freie Presse«, Nr. 280 v. 20. 12. 1893 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 3928).

semiten-Bund am 26. Juni 1892 den ersten Norddeutschen Antisemitentag nach Berlin einberief, gehörte Raab¹²⁵ zu den 260 Delegierten, die folgenden Antrag annahmen: »Zur Einleitung einer einheitlichen Agitation wird ein ‚Agitationsverband für Norddeutschland‘ gegründet, der die Aufgabe hat, die Anhänger aller antisemitischen Gruppen für die gemeinsame Sache dienstbar zu machen durch Gründung von Vereinen und Abhaltung von Versammlungen¹²⁶«. Diese Gründung war der erste Schritt auf dem Weg der Einigung der norddeutschen Gruppen. Auf dem Zweiten Norddeutschen Antisemitentag im September des folgenden Jahres übernahm Raab dann einen Vorstandsposten des »Agitationsverbandes¹²⁷«. Er verhinderte durch die Einigungspolitik, daß sich die Hamburger Antisemiten in verschiedene Gruppen spalteten. Über seine Rolle bei der Vereinigung der beiden antisemitischen Hauptrichtungen, der Deutschsozialen Partei und der Deutschen Reformpartei, zur »Deutschsozialen Reformpartei« im Jahre 1894 in Eisenach berichtete Johannes Irwahn: »Wenn die antisemitischen Parteien in Deutschland schließlich und nach langem Hin und Her doch leidlich unter einen Hut gebracht werden konnten, so gehört Friedrich Raab zu den Männern, denen dieses Ergebnis in erster Linie mit gedankt werden muß. Hamburg wurde für die ganze Bewegung vorbildlich. Hier trug sie den Stempel Raabschen Geistes, hier wurde praktische politische Arbeit geleistet. Die Gründung unserer großen Druckerei ist Raabs Werk, . . . und schließlich unser DHV, dessen völkischer Charakter auf einem Boden gewachsen ist, der erst durch Raabs Arbeit geschaffen worden ist¹²⁸«. Infolge der Eisenacher Vereinigung löste sich der »Antisemitische Wahlverein von 1890« in Hamburg am 2. November 1894 auf und konstituierte sich neu als »Verein der Deutschsozialen Reformpartei¹²⁹«. Vorsitzender blieb nach wie vor Friedrich Raab, der am 12. Juli 1896 auch Vorsitzender des neugegründeten »Landesverbandes der Deutschsozialen Reformpartei für Schleswig-Holstein und Hamburg« mit dem Sitz in Kiel und als solcher Mitglied des Parteivorstandes wurde.

¹²⁵ Raabs Teilnahme an dem genannten Antisemitentag wird durch den Polizeibericht bestätigt (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4302).

¹²⁶ Hans Christian Gerlach, a. a. O., S. 98/99.

¹²⁷ »Die Abwehr«, 5. Jg. Nr. 39 v. 24. 9. 1893 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296, F. 1).

¹²⁸ »Jb 1918«, S. 71/72.

¹²⁹ »DSBl.«, 9. Jg., Nr. 326 v. 15. 11. 1894 und »Hamburger Fremdenblatt«, Nr. 260 v. 5. 11. 1894.

Hamburg war nun neben Berlin, Hessen und Sachsen ein Schwerpunkt des Antisemitismus in Deutschland. In Friedrich Raab hatten die Antisemiten einen Mann gefunden, der nicht allein Propaganda zu machen verstand, sondern der darüber hinaus die notwendigen organisatorischen Fähigkeiten besaß, die in Bewegung gebrachten mittelständischen Kreise auch festzuhalten. Er sprach in erster Linie die Handlungsgehilfen an, die sich bisher noch nicht als Gruppe politisch betätigt hatten. Es gelang ihm, mit Hilfe der Deutschsozialen Reformpartei die Gehilfen zu mobilisieren und ihnen im DHV den organisatorischen Rückhalt zu geben. Die junge Organisation breitete sich in Hamburg und bald auch in anderen Teilen Deutschlands aus, weil sie sich überall auf die publizistische und personelle Hilfe der antisemitischen Parteigruppen stützen konnte. Auch wenn der DHV klar umrissene sozialpolitische Ziele verfolgte, wesentlich für seine Entwicklung und seinen raschen Aufstieg waren seine Gründer und ihre ideologische Verankerung in der antisemitischen Bewegung.

5. Der Aufbau des DHV (1893–1900)

Der Porzellanmaler Friedrich Raab, Vorsitzender des »Antisemitischen Wahlvereins von 1890«, hatte den Anstoß zur Gründung des DHV gegeben und 1893 an der Gründungsversammlung teilgenommen. Dabei kam es ihm in erster Linie auf die Sammlung neuer Anhänger an, auf die Gewinnung eines »Kampfvereins gegen die Sozialdemokratie«, der seine Politik unterstützen sollte. Die Handlungsgehilfen aber, die die Leitung des neuen Verbandes übernahmen, besonders Johannes Irwahn, verfolgten mit der Gründung auch noch andere Ziele. Sie hatten seit mehr als einem Jahr öffentlich auf die Schäden hingewiesen, die allmählich zur »Proletarisierung« der Handlungsgehilfen führten. Sie setzten sich für den Zusammenschluß der Gehilfen ein, um wie die Organisationen der Arbeiter, der Landwirte und Handwerker auf die Gesetzgebung einwirken und ihre Interessen vertreten zu können. Sie wollten eine Regelung des Lehrlingswesens, der Arbeitszeit und der Frauenarbeit erreichen und erwarteten von diesen sozialpolitischen Maßnahmen, daß sie den Zulauf zur SPD aus Handlungsgehilfenkreisen zum Stillstand bringen würden. So schlossen sie sich am 7. September 1893 zum »Deutschen Handlungsgehilfen Verband zu Hamburg«

zusammen und hofften, ihre Anhänger in Altona, Wandsbek und Harburg auch nach und nach als Mitglieder gewinnen zu können. Zwecke und Ziele des DHV wurden in einer Satzung verankert, deren soziales Programm Irwahn ausgearbeitet hatte. Die wichtigsten Punkte lauteten:

§ 1 Zweck

»Der Deutsche Handlungsgehülfen Verband bezweckt

1. Die Handlungsgehülfen so zu organisieren, daß sie jederzeit, zusammen mit den Geschäftsinhabern, für die Besserungen im Handelsgewerbe eintreten können.
2. Mit voller Kraft für die Besserung der socialen Lage der Handlungsgehülfen einzutreten und besonders die Verwirklichung folgender Punkte zu erstreben: a) Gesetzliche Festlegung eines Maximal-Arbeitstages nach Eigenart der Geschäftszweige. b) Einführung einer gesetzlichen Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden. c) Einführung einer gesetzlichen, einheitlichen Kündigungsfrist, welche nicht durch Sonderabmachungen zwischen Principal und Gehülfen verkürzt werden kann. d) Eine über die gesetzliche Bestimmung hinausgehende Kündigungsfrist muß für beide Theile gleich sein. e) Vereinbarungen mit Principalen, welche sich auf die Tätigkeit der Gehülfen nach Austritt aus dem Geschäft erstrecken, sind als ungültig anzusehen.
3. Schaffung eines bestimmten Verhältnisses zwischen der Zahl von Gehülfen und Lehrlingen in den einzelnen Geschäften.
4. Regelung der Lehrlingsausbildung. Die Lehrlinge sind auf Kosten der Principale zur Theilnahme am Unterricht der Fachschule verpflichtet.
5. Dem Eindringen der Socialdemocratie in den Kaufmannsstand zu wehren.
6. Einschränkung der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte auf diejenigen Gebiete, in denen besonders weibliche Eigenschaften nötig sind.

§ 2 Mitgliedschaft

Mitglied kann jeder unbescholtene Handlungsgehülfe werden, jedoch sind Juden und nachweislich von Juden abstammende Personen von der Aufnahme ausgeschlossen¹³⁰«.

¹³⁰ »DHV«, 35. Jg., Nr. 17 v. 10. 9. 1928, S. 348/49. Wiedergabe einer Fotokopie der Seiten 1 und 2 der ersten Verbandssatzung.

Mit diesem Programm übernahm der DHV die Forderungen der Deutschsozialen Partei zur sozialen Reform und ihre Einstellung zur SPD. Unter Berücksichtigung der antisemitischen Haltung der Gründer des DHV fällt die zurückhaltende Formulierung des § 2 der Satzung auf. Das Programm der Deutschsozialen Partei von 1892 forderte unter Punkt 19 die »Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht (Judenrecht)« sowie das »Verbot der Einwanderung fremder Juden¹³¹«. Wenn der DHV dagegen nur »Juden und nachweislich von Juden abstammende Personen« ausschloß, so scheint hier zunächst ein Widerspruch vorzuliegen. Die Agitation des neuen Verbandes bewies aber bald, daß seine Praxis sich in keiner Weise von der der antisemitischen Partei unterschied. Die Erklärung für die Zurückhaltung der DHV in ihrer Satzung liegt vielmehr in § 1 Abs. 1 begründet. Hier wurde, gleich am Anfang der Satzung, die Rücksichtnahme auf die Geschäftsinhaber ausgesprochen, mit denen zusammen die Gehilfen Verbesserungen im Handelsgewerbe durchführen wollten. Was die im engeren Sinne sozialen Forderungen des DHV betraf – Maximalarbeitstag und Sonntagsruhe – so sei darauf hingewiesen, daß sie bereits seit Jahren von der SPD vertreten wurden, wie auch das Programm der Deutschsozialen Partei und später das der Deutschsozialen Reformpartei in den praktischen Forderungen eine Zusammenfassung der Programme anderer Parteien darstellte. Wollte der DHV die Sozialdemokraten in der Agitation unter den Handlungsgehilfen aber übertreffen, mußte er deren berechnete Forderungen übernehmen. Nur auf diese Weise konnte er eine ideologische Front gegen die SPD aufbauen.

Das Besondere in der Satzung des DHV, und im Programm der antisemitischen Partei war die Verbindung des sozialen und des antisemitischen Gedankens, so daß die Gegner, Freisinnige und Sozialdemokraten, den Antisemitismus als »Sozialismus der dummen Kerle« bezeichneten. In den sozialen Reformvorschlägen zugunsten der Handlungsgehilfen herrschte zwischen DHV und SPD Übereinstimmung, aber die Punkte, die sich auf die politisch-weltanschauliche Konzeption bezogen, waren einander diametral entgegengesetzt. Schon das in § 1 Abs. 1 der Satzung des DHV geforderte gemeinsame Vorgehen

¹³¹ »Programm der deutsch-socialen (antisemitischen) Partei« abgedruckt in: Paul Förster, »Unsere deutsch-socialen Grundsätze und Forderungen«. Innere Umschlagseiten.

von Prinzipalen und Gehilfen zur Besserung der sozialen Lage im Handelsgewerbe widersprach der klassenkämpferischen Position der Sozialdemokraten. Weiterhin sei auf § 1 Abs. 5 und 6 sowie auf § 2 über die Mitgliedschaft von Juden verwiesen.

Die politische Tendenz des DHV richtete sich gegen die SPD. Um sich gegen sie durchzusetzen, mußte der DHV Mitglieder sammeln. Das fiel ihm unter den Hamburger Handlungsgehilfen nicht schwer. Die DHVer lenkten durch ihr Auftreten in eigenen und sozialdemokratischen Versammlungen das Interesse der Öffentlichkeit auf sich. Sie verteilten Anfang 1895 das von Johannes Irwahn verfaßte Flugblatt »Ein Wort an alle deutschen Handlungsgehülfen«, das mit seinen sozialen Forderungen auf der Verbandssatzung fußte. Die schärfere Formulierung aber konnte die Wendung gegen die Geschäftsinhaber nun nicht mehr verbergen. Irwahn erklärte, das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen sei bis auf wenige Ausnahmefälle verschwunden und »auch bei uns ist an seine Stelle der rücksichtslose Kampf der Arbeit gegen den Kapitalismus getreten . . . Überall erblicken wir die Folgen dieses Kampfes, sehen wir, wie der Gehülfenstand mehr und mehr aus dem Mittelstande hinausgedrängt wird, hinein in die Reihen des Proletariats¹³²«. Das Flugblatt zeigt, daß sich die deutschsozialen Handlungsgehilfen mit allen Mitteln gegen den sozialen und gesellschaftlichen Abstieg zur Wehr setzen wollten. Sie betonten die Standesschranken; ihr Ziel war die Herausbildung eines kaufmännischen Standesbewußtseins.

Auch die antisemitische Tendenz wurde jetzt deutlicher. Nachdem sich Irwahn gegen das Eindringen weiblicher Arbeitskräfte in die kaufmännischen Berufe gewandt hatte, fuhr er fort, man wisse ja, wie es in solchen Geschäften zugehe. Hier biete sich für einige Kaufleute die Gelegenheit, »eine gewisse soziale Einrichtung des Orients, die bei uns verboten ist, für sich privatim in aller Stille einzuführen, siehe die Fälle: Rosenthal, Singer, Tietz, Gattel usw.¹³³«. 1909 wies eine DHV-Broschüre darauf hin, daß die Leiter des sozialdemokratischen Vereins »Vorwärts« fast alle Juden gewesen seien und daß das erfolgreiche Auftreten der deutschsozialen Handlungsgehilfen auch das nationale Gewissen ihrer »deutschen« Berufsgenossen wachgerufen habe.

¹³² »Mitteilungen des Deutschen Handlungsgehülfen-Verbandes zu Hamburg.« 2. Jg., Nr. 1 v. 1. 1. 1895.

¹³³ Ebenda.

In Hamburg »wie in anderen Städten hatten sich den Bestrebungen [des ‚Vorwärts‘] manche Berufsgenossen angeschlossen, die durchaus keine Sozialdemokraten sein wollten, aber im ‚Vorwärts‘ die sonst überall vermißte Gelegenheit fanden, sich mit sozialpolitischen Standesfragen zu beschäftigen¹³⁴«. So fanden die DHVer sofort Anklang. Der Erfolg ihrer fortgesetzten Versammlungstätigkeit und Flugblattaktionen machte sich zunächst im Stillstand der Mitglie­derzahl des »Vorwärts« bemerkbar. Sie ging dann immer mehr zurück, so daß der Verein im Sommer 1897 aufgelöst wurde¹³⁵.

Die erste DHV-Versammlung in Hamburg mit einem auswärtigen Redner fand am 11. April 1894 statt. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Oswald Zimmermann aus Dresden sprach über das Thema: »Die soziale Lage der Handlungsgehilfen und die politischen Parteien¹³⁶«. Er versicherte den Gehilfen, daß seine Partei für ihren Aufstieg und ihre soziale Sicherheit eintrete und die Anerkennung der Standesordnung fordere. An diesem Abend trat dem Verband nur ein einziges Mitglied bei: Wilhelm Schack, der, aufgrund seiner Aktivität in den Vorstand gewählt¹³⁷, bald zum bedeutendsten Agitator und Organisator des DHV werden sollte. Die Versammlung hatte den Verband finanziell stark beansprucht; an ein eigenes Publikationsmittel war aus finanziellen Gründen nicht zu denken. Ein regelmäßiges erscheinendes Blatt aber gehörte zu den dringendsten Bedürfnissen des neuen Verbandes, um sich bekannt zu machen und Mitglieder zu werben. So wurde zur Überbrückung ein Ersatz gefunden. Der DHV schloß im Herbst 1894 ein Abkommen mit den Herausgebern der »Deutschnationalen Warte«, der neu gegründeten Halbmonatsschrift der antisemitischen Jugendbundbewegung, die ihrer Zeitung kostenlos ein vom DHV herausgegebenes Beiblatt unter dem Titel: »Mitteilungen des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes zu Hamburg« beilegte. Als Gegenleistung verpflichtete sich der DHV, den Bezug der »Deutschnationalen Warte« für seine Mitglieder obligatorisch zu machen¹³⁸. Die Verbindung des DHV zu diesem Blatt war nicht zu-

¹³⁴ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 22.

¹³⁵ Ebenda, S. 41.

¹³⁶ Wilhelm Schack, »Wie und was wir geworden sind«, S. 24.

¹³⁷ Schack wurde am 21. 1. 1895 erster Schriftführer des DHV.

¹³⁸ Mitteilungen, 1. Jg., Nr. 1/2 v. 1. 11. 1894. Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung v. 21. 10. 1894. Infolgedessen erschienen die »Mitteilungen«, Nr. 1/2 v. 1. 11. 1894 bis Nr. 4 v. 1. 3. 1895 als Beilage der »Deutschnationalen Warte«. Ab Nr. 5 v. 15. 3. 1895 erschienen sie unabhängig im »Verlag des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes« und wurden am 1. 1. 1896 (3. Jg.) in »Deutsche Handels-Wacht« umbenannt.

fällig zustande gekommen. Gleichzeitig mit der Gründung des DHV hatten die antisemitischen Parteivereine in Deutschland angefangen, Jugendgruppen aufzubauen. Die Wechselbeziehungen zwischen dem DHV und den antisemitischen Jugendbünden, die in der »Deutschnationalen Warte« zum Ausdruck kamen, sprechen nicht allein für das jugendliche Alter der DHV-Gründer, sondern zeigen auch die Richtung, aus der der Anstoß zur Umbenennung des DHV in »Deutschnationaler Handlungsgehilfen Verband« kam.

Die Agitation des DHV wirkte auf die alten kaufmännischen Standesvereine provozierend. Das galt besonders für den 58er Verein, der in Hamburg und Umgebung über einen Stamm von etwa 20 000 Mitgliedern¹³⁹ verfügte. Er ignorierte zunächst den jungen DHV, der finanziell schwach war und keinen Rückhalt bei den Prinzipalen hatte. Außerdem waren die Gründer des DHV fast ausnahmslos Mitglieder des 58er Vereins, und ein Paragraph der DHV-Satzung bestimmte, daß das Verbandsvermögen im Falle der Auflösung an den 58er Verein übergehen sollte. Aber bald erkannte man hinter der lauten Agitation der DHVer ihre Zielstrebigkeit. Dazu übte ihre ausgesprochen politische und ideologische Ausrichtung auch unter den Mitgliedern des 58er Vereins große Anziehungskraft aus. Der Konflikt konnte daher nicht ausbleiben.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Vereinen begann auf der Generalversammlung des 58er Vereins am 22. April 1895 bei Sagebiel, als Irwahn und Schack mit provokatorischer Absicht zwei Anträge zur Lehrlingsausbildung einbrachten¹⁴⁰. Die Versammlung war mit etwa 1000 Personen, darunter 400 Prinzipalen¹⁴¹, außerordentlich stark besucht und nahm infolge der Anträge im Verlauf des Abends einen sehr erregten Charakter an. Da die Antragsteller die Leitung des 58er Vereins wiederholt in der Öffentlichkeit kritisiert hatten, war die Ablehnung ihrer Anträge weniger sachlich begründet als vielmehr

¹³⁹ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfenbewegung, ihr Werdegang«, S. 31.

¹⁴⁰ »Mitteilungen«, 2. Jg., Nr. 8 v. 1. 5. 1895. Die Anträge hatten folgenden Wortlaut:

1. Lehrlinge, welche nicht die für den kaufmännischen Beruf erforderlichen Vorkenntnisse haben, können nicht in die Vereinsabteilung für Lehrlinge aufgenommen werden. Das geringste Maß der Schulbildung muß der Absolvierung der ersten Klasse der Volksschule entsprechen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, an den hohen Senat und die hochlöbliche Bürgerschaft das Ersuchen um Errichtung staatlicher Fortbildungsschulen für kaufmännische Lehrlinge zu richten. Der Unterricht an diesen Schulen ist zu einem obligatorischen zu machen und die Lehrherren sind gesetzlich zu verpflichten, ihren Lehrlingen zweimal in der Woche vor 7 Uhr des Abends mindestens 2 Stunden Zeit zu geben, die Schulen zu besuchen.

¹⁴¹ Ebenda.

ein Politikum, das die Distanzierung der Verbandsleitung von dem Auftreten der DHVer demonstrierte. Die Ablehnung rief einen erheblichen Tumult hervor, der in der Forderung nach einer »Protestversammlung« gipfelte. Sie wurde am 7. Mai 1895 vom DHV einberufen und endete mit der Annahme folgender Resolution: »Die am 7. Mai in Tütges Etablissement versammelten ca. 550 Mitglieder des ‚Vereins für Handlungs-Commis von 1858‘ haben aus dem Verlauf der Generalversammlung vom 22. April die Überzeugung gewonnen, daß die maßgebenden Leiter dieses Vereins nicht gewillt sind, nachdrücklich für die berechtigten sozialen Forderungen der Handlungsgehilfen einzutreten¹⁴²«. Die Betonung der »berechtigten sozialen Forderungen der Handlungsgehilfen« war ein voller Erfolg. Viele der Versammelten traten dem DHV bei. Der 58er Verein quittierte diese Vorgänge mit dem Ausschluß der fünf »Rädelsführer« Wilhelm Schack, Johannes Irwahn, Richard von Pein, G. W. Hirschfeld und C. Rikert am 23. August 1895¹⁴³. Außer Schack und Irwahn, deren Beziehungen zu den Hamburger Antisemiten bereits bekannt sind, gehörte auch Richard von Pein, der »Renommierjunker« des DHV, dem Kreis um Friedrich Raab an und zeichnete für den Vorstand des Deutschsozialen Reformvereins in Altona¹⁴⁴, während G. W. Hirschfeld zweiter Kreisvorsteher des Deutschsozialen Reformvereins in Hamburg¹⁴⁵ war. Zur Begründung des Ausschlusses der fünf DHVer aus dem 58er Verein erklärte die Verbandsleitung in ihrer Zeitung, die Führer des Hamburger antisemitischen Handlungsgehilfen-Verbandes hätten versucht, durch Protestversammlungen, entstellte Berichte und Verdächtigungen gegen die Leiter des Vereins, die Mitglieder gegen die Verwaltung aufzuhetzen und in den Versammlungen Propaganda für den eigenen Verband zu machen. »Dessen Ziele und Zwecke sehen denjenigen, die von sozialdemokratischer Seite aufgestellt werden, so ähnlich wie ein gelbes Ei einem weißen Ei. Der Hauptunterschied besteht jetzt nur noch darin, daß der ‚DHV‘ die Juden vorläufig ausschließt, die Sozialdemokraten aber Juden aufnehmen¹⁴⁶«. Die Taktik des 58er Vereins bestand darin, den DHV in die Nachbarschaft der SPD zu rücken, um ihn auf diese Weise bei den Handlungsgehilfen »verdäch-

¹⁴² »Mitteilungen«, 2. Jg., Nr. 9 v. 15. 5. 1895.

¹⁴³ »Mitteilungen«, 2. Jg., Nr. 17 v. 15. 9. 1895.

¹⁴⁴ »Jb 1914«, S. 230. Nachruf auf Richard von Pein von Max Habermann.

¹⁴⁵ »Deutsches Blatt«, Nr. 174 v. 29. 7. 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296).

¹⁴⁶ »Hamburger Vereinsblatt«, Nr. 248 v. 27. 9. 1895 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013).

tig« zu machen. Die Verbandsleitung stützte ihre Ausführungen zu diesem Zweck auf den sozialdemokratischen »Handelsangestellten«, der über die Satzung des DHV geschrieben hatte, ihre Forderungen» sind mit Ausnahme der reaktionären und unverständigen c 1 und d [gemeint sind § 1 Abs. 5 und 6 der Satzung von 1893] den unseren so ähnlich, daß die Mitglieder bald in den Verdacht kommen werden, Sozialdemokraten zu sein¹⁴⁷«. Gegen diesen Verdacht, der sowohl von den Sozialdemokraten als auch von dem konservativen 58er Verein geäußert wurde, hatte sich der DHV in der ersten Zeit seines Bestehens zu wehren. Unter Umständen ist hier auch ein Motiv für die Namensänderung des Verbandes zu suchen. Es hätte dann in der Absicht gelegen, trotz der Übereinstimmung in den sozialpolitischen Forderungen die ideologische Kluft zwischen DHV und SPD zu betonen und zu vertiefen. Das Verhältnis zwischen 58er Verein und DHV blieb bis zum ersten Weltkrieg gespannt. Die Auseinandersetzungen wurden immer wieder von der stufenweisen Einführung des gesetzlichen Angestelltenschutzes entfacht, obgleich es dem 58er Verein bald schwerfiel, die Behauptung von den »sozialdemokratischen« Tendenzen des DHV aufrechtzuerhalten.

Ende 1895 kam es auch zu Differenzen zwischen dem Leipziger Verband und dem DHV. Der Leipziger »Verband Deutscher Handlungsgehilfen« hatte in Hamburg eine Geschäftsstelle errichtet und erklärte nun wegen der häufigen Namensverwechslungen die Bezeichnung »Deutscher Handlungsgehilfen-Verband« als unlauteren Wettbewerb. Zwar betonte Wilhelm Schack, daß der DHV schon zu einer Zeit gegründet worden sei, als der Leipziger Verband noch nicht in Hamburg Fuß gefaßt hatte und daß er ursprünglich nur Hamburg-Altonaer Interessen dienen sollte¹⁴⁸. Trotzdem ergriff er diese Gelegenheit, seinen Verband umzubenennen. Als neuer Name wurde »Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband« vorgeschlagen und mit Wirkung vom 1. Januar 1896 eingeführt. Durch die Namensänderung legte sich der DHV nun auch nach außen hin auf eine bestimmte politisch-ideologische Linie fest.

Auf dem ersten außerordentlichen Verbandstag des DHV am 1. Dezember 1895, der über die Umbenennung zu entscheiden hatte, kam es zu einer Debatte, die es ermöglicht, Einblick in die Überlegungen

¹⁴⁷ Ebenda.

¹⁴⁸ »DHV«, 3. Jg., Nr. 1 v. 1. 1. 1896, S. 5.

des damaligen Verbandsvorstands zu nehmen. Schack führte aus, eine Gruppe der Mitglieder meine, »die vom Vorstande vorgeschlagene neue Bezeichnung sei zu antisemitisch und könne Kollegen in der falschen Annahme, es handle sich um einen parteipolitischen Verein, von dem Eintritt in unseren Verband zurückhalten. Auch diese Bedenken fallen bei reiflicher Überlegung in sich zusammen. Es tritt bei uns niemand ein, der sich nicht vorher die Satzungen angesehen hat. Diese besagen ausdrücklich, daß der Verband keine Juden aufnimmt . . . Wenn man nun wünscht, daß dieser unser Standpunkt, der jede Gemeinschaft mit Juden ausschließt und der meines Wissens in hervorragendem Maße, abgesehen von den antisemitischen Parteivereinen nur noch in ebenso vornehmer Weise bei dem aktiven Offizierstand durchgeführt wird, in unserer Bezeichnung nicht offen zutage zu treten braucht, so bemerke ich, daß der Begriff ‚deutschnational‘ doch nicht einseitig antisemitische Bestrebungen ausdrückt. Auch wenn wir gar keine Juden in Deutschland hätten, würde das Wort seine Berechtigung haben. Klingt es heute antisemitisch, so ist damit vielleicht ein Beweis geliefert, daß das Judentum heute der ärgste Feind des wahren Deutschtums ist¹⁴⁹«. Wer aber in dem Wort »deutschnational« durchaus das antisemitische Moment sehen wolle, der fände in ihm eben die »Übereinstimmung mit einem Teil unserer Bestrebungen«.

Schack hielt es für notwendig, seine Verbandskollegen ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß der Begriff »deutschnational« doch nicht einseitig antisemitische Bestrebungen ausdrücke. Diese Formulierung bestätigt den Bedeutungswandel der Worte »deutsch« und »national«, in denen die Komponente »antisemitisch« als negative Beschreibung ihrer Intentionen eingeschlossen war. Was dabei die Verbindung »deutschnational« betrifft, so sei auf die gleichlautende Bezeichnung der alldeutschen Partei Schönerers in Osterreich hingewiesen, auf die noch näher einzugehen ist, und auf das Erfurter Parteiprogramm der Deutschsozialen Reformpartei vom Oktober 1895, in dem es hieß: »Die Deutschsoziale Reformpartei steht auf deutsch-nationalem, monarchischem und christlichem Boden¹⁵⁰«. Die Deutschsozialen bezeichneten ihre Bestrebungen im Gegensatz zu den »internationalen« Sozialdemokraten mit dem Begriff »deutschnational«. Sie fühlten sich als

¹⁴⁹ Ebenda, S. 6.

¹⁵⁰ Programm der »Deutsch-sozialen Reformpartei« v. 20./21. 10. 1895 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296).

Erben der deutschen Tradition – wie sie sie verstanden –, als ihre Hüter und Wächter und wollten das Erbe frei von »Überfremdung« und »Zersetzung« weiteren Generationen übermitteln. Darauf beruhte die rege propagandistische Tätigkeit der Antisemiten.

In seiner Stellungnahme zur Umbenennung des DHV kam Schack dann auf die soziale Frage zu sprechen. Er erklärte: »Wirklich durchgreifende soziale Reformen lassen sich auch für unsern Stand nur im Zusammenhang mit der Judenfrage erledigen; wer die letztere ausläßt, kann es nicht ehrlich meinen mit unserm deutschen Volke, kann es nicht ehrlich meinen mit unserm Stande, der von seiner Höhe vornehmlich durch das Geschäftsgebaren jener Race heruntergezerrt, vom ehrlichen Handel in so vielen Fällen zum elenden Schacher geworden ist«. Wie Jahrzehnte vor ihm Otto Glagau sah auch Schack die soziale Frage im Zusammenhang mit der Judenfrage. Diese Anschauung zeigt die klare Grenzziehung gegen die SPD. Denn wer an der Judenfrage vorbeigehe, »kann es nicht ehrlich meinen mit unserm deutschen Volke«. Weil die SPD keine Judenfrage kannte, unterstellte ihr Schack, sie nehme die soziale Frage nicht ernst. Abschließend betonte Schack noch einmal die nationale Haltung seines Verbandes, ein Zeichen für die Wichtigkeit, die er ihr zumaß. »Ich muß Sie auch noch darauf hinweisen, daß unsere ganze außerhalb Hamburgs liegende Organisation ausschließlich eine Folge unseres stramm nationalen Standpunktes ist; ohne ihn hätten wir außer Hamburg-Altona keine zehn Mitglieder. Die Vorkämpfer für unsere Bewegung waren antisemitisch gesinnte Gehilfen, jeder neue Kämpfer ist es ebenfalls¹⁵¹«.

So pochte der DHV den alten Standesvereinen gegenüber auf seine soziale Einstellung, während er der SPD und den liberalen Parteien gegenüber die »deutschnationale Gesinnung« betonte. Diese Methode verschaffte ihm Zulauf. Schon Ende 1895 konnte Schack darauf hinweisen, daß der DHV infolge seines »stramm nationalen Standpunktes« auch außerhalb Hamburgs Fuß gefaßt habe. Im vorhergehenden Jahr hatte man im Raum Hamburg und Altona geworben, wobei das von Irwahn verfaßte Flugblatt »Ein Wort an alle deutschen Handlungsgehülfen« sowie die intensive Versammlungstätigkeit Schacks von besonderer Bedeutung waren. Hatte Friedrich Raab vor der Verbandsgründung in den Handlungsgehilfenkreisen agitiert, so war es

¹⁵¹ »DHV«, 3. Jg., Nr. 1 v. 1. 1. 1896, S. 6.

dem DHV jetzt gelungen, einen Agitator aus den eigenen Reihen zu finden, der mit Geschick und Erfolg für ihn tätig war. Wilhelm Schack beteiligte sich von April bis Dezember 1894 an fast allen Versammlungen des »Vorwärts, Verein für Handlungsgehilfen« und forderte die Anwesenden auf, dem DHV beizutreten, denn ein Gehilfe, der dem »Vorwärts« angehöre, verleugne seinen eigenen Stand. Er besuchte die Versammlungen des »Deutschen Reformvereins« und des »Norddeutschen Jugendbundes« und nahm an jeder öffentlichen Veranstaltung des DHV teil, die er entweder leitete, oder in deren Diskussionen er sprach. Je nach dem Zweck der Veranstaltung standen auf der Tagesordnung akute sozialpolitische Fragen der Handlungsgehilfen, Fragen der antisemitischen Vereine oder die Stellung der Jugendbewegung¹⁵². Daraus ergibt sich, daß Schack nicht allein Werbevorträge für seinen Verband hielt, sondern auf einer viel breiteren Basis für den DHV agitierte. Seine Beteiligung an den Veranstaltungen des gegnerischen Vereins diente der Bekämpfung der Sozialdemokratie, während er den Handlungsgehilfen in den vom DHV veranstalteten Versammlungen den »richtigen« Weg wies. So arbeitete der DHV schon in der Frühzeit mit Vereinen und Verbänden zusammen, die mit ihm in der ideologischen Zielsetzung konform gingen. Hier zeigt sich die parteienfeindliche Haltung dieser Kreise, die sich selbst als »Bewegung« verstanden und über die Parteischranken hinweg alle Gruppen und einzelnen erfassen wollten, wenn sie nur »deutschnational« waren. Der DHV brachte das zum Ausdruck, wenn er sich als »deutschnationale Handlungsgehilfenbewegung« bezeichnete. Das Selbstverständnis als »Bewegung« hat dazu beigetragen, seine politischen Ziele zu verschleiern. Denn wenn die Verbandspublizistik immer wieder den »unpolitischen Charakter« des DHV hervorhob, so bedeutete das zwar eine Distanzierung von Parteipolitik im engeren Sinne, aber keinen Verzicht auf die eigenen politischen Absichten.

Der lokale Erfolg der Jahre 1894/95 ermöglichte die Ausbreitung des DHV. Nach und nach wuchs der Hamburg-Altonaer Ortsverein, dehnte sich zunächst in Norddeutschland aus und wurde schließlich zu der sich über ganz Deutschland erstreckenden Organisation der kaufmännischen Angestellten. Die Mühelosigkeit der Ausbreitung, die

¹⁵² Zusammengestellt nach den handschriftlichen Aufzeichnungen in der Personalakte »Wilhelm Schack« der Politischen Polizei in Hamburg (Staatsarchiv Hamburg, Akte 5260).

nirgends auf nennenswerten Widerstand stieß und von vielen Mitgliedern der alten Vereine ebenso begrüßt wurde wie von den bisher nicht organisierten Gehilfen, zeigt, daß die neue Gründung einem in Handlungsehilfenkreisen vorhandenen Bedürfnis entsprach. Der DHV sprach gerade Gedanken und Vorstellungen an, die seit der antisemitischen Agitation der achtziger Jahre im Mittelstand Eingang gefunden hatten. Zwei Tatsachen förderten seine Ausbreitung: Erstens waren die Handlungsgehilfen einem häufigen Ortswechsel ausgesetzt, so daß sie ihre politischen Auffassungen verbreiten konnten oder mit neuen Strömungen bekannt wurden; zweitens erreichten die antisemitischen Zeitungen und in zunehmendem Maße auch die DHV-Presse die Gehilfen außerhalb Hamburgs. Aber die Deutschsoziale Reformpartei und die Jugendbundbewegung begnügten sich nicht mit publizistischer Unterstützung. Mit ihren in verschiedenen Städten Deutschlands verbreiteten Organisationen halfen sie dem jungen DHV überall Fuß zu fassen, so daß er vielfach als eine neue antisemitische Gründung angesehen wurde¹⁵³. Dieses Mißverständnis war insofern naheliegend, als es nicht antisemitische Blätter allein waren, die zuerst auf den DHV aufmerksam gemacht hatten. Antisemitische Redner traten für ihn ein, und seine Agitation unterschied sich nicht von der der Antisemiten.

Am 3. Februar 1895 fand in Braunschweig eine öffentliche Versammlung des DHV statt¹⁵⁴. Der dortige DHVer, Bertram Walterscheid, gleichzeitig Mitglied der Deutschsozialen Reformpartei, hatte die Vorarbeiten geleistet. Den Vorsitz in der Versammlung führte Wilhelm Schack, während Johannes Irwahn über die soziale Lage der Handlungsgehilfen referierte. Anschließend traten 34 Personen dem DHV bei und bildeten unmittelbar nach der Veranstaltung die erste auswärtige Ortsgruppe des DHV. Die »Mitteilungen« des DHV kommentierten: »Der Erfolg in Braunschweig und der Umstand, daß dem Central-Vorstande aus dem ganzen Reiche fortgesetzt Zustimmungsschreiben und dringliche Einladungen zur Veranstaltung von Versammlungen zugehen, beweist, daß der richtige Zeitpunkt tatsächlich für uns gekommen ist, unsere Agitation aus Hamburg heraus zu tra-

¹⁵³ Diese Meinung vertrat das »Vaterland«, Organ des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen (abgedruckt in: »Neue Hamburger Zeitung«, Nr. 263 v. 19. 9. 1896, Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013).

¹⁵⁴ »Mitteilungen«, 2. Jg., Nr. 3 v. 16. 2. 1895.

gen¹⁵⁵«. Im selben Jahr wurden noch Ortsgruppen in Dresden, Berlin, Stettin und Kiel gegründet. Altona zweigte sich von Hamburg ab und bildete eine selbstsändige Ortsgruppe¹⁵⁶. Am 1. Januar 1896 errichtete der Verband in der Großen Reichenstraße 30 seine erste Geschäftsstelle, die sich auf zwei kleine, nach hinten gelegene Kontorzimmer beschränkte¹⁵⁷. Der erste und zunächst einzige hauptberufliche Beamte war der zum Verbandsvorsteher gewählte Wilhelm Schack, der seine Begabung als Agitator und Organisator nun ganz in die Dienste des DHV stellte.

Sobald der Verband finanziell dazu in der Lage war, veranstaltete Schack eine große Werbekampagne. Im Frühjahr 1896 reiste er durch Nord- und Mitteldeutschland und sprach vor allem in den größeren Städten, wo das Handelsgewerbe stark vertreten war und bereits antisemitische Parteivereine bestanden. Das galt besonders für Berlin, Leipzig, Dresden und Kassel. Aber auch in Glauchau, Erfurt, Hannover, Braunschweig, Magdeburg und Stettin hielt Schack öffentliche Versammlungen ab, in denen er über die »Zwecke und Ziele der Handlungsgehilfen-Bewegung« referierte. Am Ende der Veranstaltungen wurden teils neue Ortsgruppen des DHV gegründet, teils traten den bereits vorhandenen Ortsgruppen 20 bis 50 Personen bei¹⁵⁸. Schack setzte seine Werbereise über Hildesheim, Danzig, Bremerhaven, Kiel, Flensburg und Neumünster fort.

Bei der Gründung der Ortsgruppe Hannover erklärte sich auch ein Prinzipal mit den Zielen des DHV einverstanden wegen der »deutschnationalen Tendenz«, die er auf seine Fahne geschrieben habe¹⁵⁹. Was dem DHV den Beifall einer Reihe von Prinzipalen eintrug, war die Tatsache, daß er in den neunziger Jahren Seite an Seite mit der Deutschsozialen Reformpartei für die Erhaltung des Kleinhandelsmittelstandes eintrat¹⁶⁰.

Gerade der Kleinhandel fühlte sich damals durch den Absatz und Preisdruck der Warenhäuser und Konsumvereine bedrängt. Paul

¹⁵⁵ Ebenda, Nr. 4 v. 1. 3. 1895.

¹⁵⁶ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 30.

¹⁵⁷ »Hamburger Nachrichten«, Nr. 405 v. 10. 6. 1905.

¹⁵⁸ Das antisemitische Hamburger »Deutsche Blatt« berichtete laufend über die Stationen und Erfolge der Reise von Wilhelm Schack. Vgl. Nr. 59 bis 68, 1896 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 5260).

¹⁵⁹ »Deutsches Blatt«, Nr. 63 v. 14. 3. 1896.

¹⁶⁰ Vgl. die Leitartikel in der »DHW«: 5. Jg., Nr. 13 v. 1. 7. 1898; 5. Jg., Nr. 14 v. 15. 7. 1898; 6. Jg., Nr. 10 v. 15. 5. 1899.

Bröcker schilderte diese Entwicklungsphase des DHV 1921 folgendermaßen: »So kam es, daß der vorherrschende Geist in den ersten Jahren des DHV stark mittelständlerisch-antisemitisch war. Er trug damit durchaus den Stempel der nationalen Bewegung der neunziger Jahre. Noch war weder der gewerkschaftliche noch der völkische Gedanke vorherrschend. Das änderte sich erst, als die sozialgewerkschaftliche Arbeit des DHV in ernsten Konflikt mit dem sozial rückständigen Kleinbürgertum kam¹⁶¹«. Die wachsende Mitgliederzahl ließ den DHV zu einer so starken Organisation werden, daß er eine Macht darstellte, die die Verbandsleiter nun auch politisch einsetzten. Das war 1899 zum erstenmal der Fall, als der DHV die Eingabe für einen reichsgesetzlichen Ladenschluß mit 50 000 Unterschriften an den Reichstag richtete¹⁶². Sie bildete den Grund für die Auseinandersetzungen zwischen den im DHV organisierten Gehilfen und den Inhabern der Kleinhandelsbetriebe. Denn der DHV veranlaßte zur praktischen Durchführung des am 1. Oktober 1900 verabschiedeten Gesetzes über den Neunuhr-Ladenschluß im ganzen Reich eine »Ladenschlußbewegung¹⁶³«. Mangels geeigneter Organe zur Kontrolle der tatsächlichen Durchführung des Ladenschlusses war bei verschiedenen Prinzipalen eine nachlässige Handhabung des Gesetzes eingerissen. Daraufhin beschloß der DHV auf seinem Mannheimer Handlungsgehilfentag 1901, lokale Überwachungsausschüsse zu bilden, um die Durchführung des Gesetzes – wenn notwendig durch polizeiliche Anzeigen – zu erzwingen. Durch die Opposition der Gehilfen gegen die Inhaber der Geschäfte wurde der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für den Verband zu einer aktuellen Tatsache. Zu diesem Zeitpunkt begann die eigentlich gewerkschaftliche Entwicklung des DHV. Die Phase der Zusammenarbeit mit den Geschäftsinhabern zur Besserung der sozialen Lage der Gehilfen, wie sie in der ersten Verbandssatzung gefordert wurde, war beendet.

Mit der Ausbreitung des DHV, die durch die von Ort zu Ort ziehenden Wanderredner vorangetrieben wurde, ging eine straffe innere Aufbauarbeit Hand in Hand, so daß der Verband mit 32 014 Mitgliedern, die in 423 Ortsgruppen und 21 Gauen organisiert waren, ins neue Jahrhundert eintrat. Zu dieser Aufbauarbeit gehörte auch die

¹⁶¹ Paul Bröcker, »Vom christlich-sozialen Gedanken«, S. 59.

¹⁶² »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 44.

¹⁶³ Ebenda, S. 49.

Einrichtung der »Deutschen Handlungsgehilfentage« im Jahre 1896. Zu Ostern dieses Jahres trafen sich die Vertreter aller Ortsgruppen in Hamburg, um die sozialpolitische Linie für das neue Jahr festzulegen. Die Handlungsgehilfentage wurden von nun an alljährlich, seit 1903 alle zwei Jahre, veranstaltet, besonders nachdem die Hauptversammlung des »Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine« am 8. Juni 1896 ein Aufnahmegesuch des DHV wegen dessen antisemitischer Tendenz und seiner Opposition gegen die Frauenarbeit abgelehnt hatte¹⁶⁴. Sie wurden das Forum, von dem aus der Verband einerseits auf die Öffentlichkeit einwirkte, andererseits in Resolutionen und Entschlüssen die Grundlage für seine Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften schuf. Bejahte der Hamburger Handlungsgehilfentag 1896 bereits die Einführung einer Abteilung für Stellenvermittlung¹⁶⁵ und einer Versicherung gegen Stellungslosigkeit, so beschloß der Leipziger Handlungsgehilfentag zwei Jahre später die Errichtung einer Krankenkasse. Hier trat der Verband zum erstenmal für eine größere Öffentlichkeit in Erscheinung. Die Tagung wurde von den Vertretern befreundeter Parteien und Verbände, wie dem Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg von der Deutschsozialen Reformpartei und Professor Ernst Hasse, dem ersten Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, besucht¹⁶⁶ und in der »nationalen« Presse besprochen. Gleichzeitig spielte der Verbandstag in der Geschichte des DHV eine Rolle, weil er beschloß, über die Parteien eigene Vertreter in den Reichstag zu entsenden¹⁶⁷. Allerdings schlug der Versuch Wilhelm Schacks, be-

¹⁶⁴ »Die Post«, Berlin, Nr. 156 v. 8. 6. 1896 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013).

¹⁶⁵ Bezeichnenderweise wurden die noch unbesetzten und dem DHV gemeldeten offenen Stellen außer in der »DHW« nur in antisemitischen Zeitungen veröffentlicht. Die »DHW«, 4. Jg., Nr. 23 v. 1. 12. 1897, S. 310, zählt folgende Zeitungen auf: »Deutsches Blatt«, Hamburg; »Deutsche Wacht«, Dresden; »Deutscher Volksbote«, Heidelberg; »Gothaer Neueste Nachrichten«; »Hannoversche Post«; »Neuer Mercator«, Hannover und »Deutsches Volksblatt«, München.

¹⁶⁶ »DHW«, 5. Jg., Nr. 9 v. 1. 5. 1898, S. 161—63. Liebermann von Sonnenberg führte aus, daß seine Partei nach wie vor bereit sei, die berechtigten Forderungen des deutschen Handlungsgehilfenstandes im Reichstag zu vertreten. Er erinnerte daran, daß seine Partei schon vor dem Zusammenschluß der Handlungsgehilfen in ihr Programm den Satz aufgenommen habe: »Verbesserung der sozialen Lage der Handlungsgehilfen«. Deshalb seien es sich die Handlungsgehilfen schuldig, die Kandidaten auf ihr sozialpolitisches Programm zu verpflichten und nur Männer zu wählen, die sich bereit erklären, die Forderungen des Handlungsgehilfenstandes zu unterstützen. Professor Hasse wies darauf hin, daß es dem DHV in außerordentlich glücklicher Weise gelungen sei, die Berufsinteressen mit den Interessen des Vaterlandes zu verknüpfen.

¹⁶⁷ Vgl. die entsprechende Entschlüsselung. Abgedruckt in »DHW«, 12. Jg., Nr. 23 v. 1. 12. 1905, S. 441.

reits in diesem Jahr ein Reichstagsmandat zu erlangen, fehl¹⁶⁸. Er wurde 1900 für die Deutschsoziale Reformpartei in die Hamburger Bürgerschaft gewählt¹⁶⁹ und kam 1905 als Abgeordneter der »Wirtschaftlichen Vereinigung« in den Reichstag.

Der DHV war zu einer Zeit der sozialen Notlage der Kleinhandelsangestellten aus deren eigenen Reihen gegründet worden. Seine Mitglieder hatte er zunächst vorwiegend in dieser Schicht gefunden. Das änderte sich nach der Jahrhundertwende, als die fortschreitende Entwicklung zum Großbetrieb den Gehilfen die Aussicht auf Selbständigkeit nahm und sie in ein lebenslanges Angestelltendasein führte. Der erhöhte Bedarf an Arbeitskräften in Industriebetrieben, im Großhandel, in Warenhäusern und Konsumvereinen und in vielen Zweigen der Verwaltung schuf eine neue soziale Schicht, deren Existenz wie die der Arbeiter durch die Abhängigkeit vom Arbeitgeber gekennzeichnet war. Im Gegensatz zu den Arbeitern aber war die Schicht der Angestellten nicht einheitlich, sondern zeigte die große Differenzierung, die von nun an auch für die Zusammensetzung des DHV charakteristisch wurde. 1909 stellte eine DHV-Broschüre fest: »Heute sind Großhandel und Industrie in unserem Verbands durch 75%, der Kleinhandel durch 25% seiner Mitglieder vertreten¹⁷⁰«. Zusammen mit der Aktualisierung des Gegensatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bildete diese Entwicklung die Grundlage für den Übergang des DHV vom Berufsverband zur Gewerkschaft. Die politische Praxis lehrte die Verbandsleiter, daß der DHV trotz seiner mehreren tausend Mitglieder im Vergleich zu den Arbeitergewerkschaften eine viel zu kleine Gruppe darstellte, um nachdrücklich Sozialpolitik treiben zu können. So suchten sie Partner, mit denen sie die gemeinsame antisozialistische Einstellung verband: auf dem Ersten Deutschen Arbeiterkongreß nahm der DHV 1903 den Kontakt zu den Christlichen Gewerkschaften auf¹⁷¹.

¹⁶⁸ »DHV«, 5. Jg., Nr. 13 v. 1. 7. 1898, S. 255. Schack schrieb über seine Kandidatur in Kassel und Erfurt: »Ich selber habe in den 62 Tagen des Wahlkampfes mit Ausnahme der Pfingsttage täglich gesprochen, häufig zweimal, sonntags drei- und viermal, insgesamt habe ich 104 Versammlungen abgehalten.« Im selben Jahr wurde Friedrich Raab im Flensburger Kreis gewählt. Schacks Kommentar: »Er wird im Reichstage so lange unser Fürsprecher sein, bis ich ihm selber zur Seite stehen werde.«

¹⁶⁹ Schack wurde am 29. 6. 1900 im 35. Wahlbezirk Rothenburgsort gewählt. In der Bürgerschaft bildete er zusammen mit Friedrich Raab (M. d. Bü. seit 1897) und Alfred Jacobsen (M. d. Bü. seit 1900) die Gruppe der Antisemiten.

¹⁷⁰ »Die Deutschnationale Handlungsgelhilfen-Bewegung, ihr Werdegang«, S. 54.

¹⁷¹ S. viertes Kapitel.

Der Wandel in der Mitgliedschaft des DHV wirkte sich auch auf die geistige Formung des Verbandes aus. Dieser Prozeß erstreckte sich über mindestens ein Jahrzehnt und hat durch die Entlassung des Vorstandsvorstehers Wilhelm Schack sichtbaren Ausdruck in der Verbandsgeschichte gefunden. Nach 1900 waren die neuen Verbandsmitglieder nicht mehr von den Vorstellungen der antisemitischen Gruppen oder Vereine geprägt, bevor sie zum DHV kamen. Es handelte sich jetzt um junge Menschen, die von der sozialpolitischen Arbeit, der Bildungspolitik und der »nationalen« Einstellung des Verbandes angezogen wurden. Waren sie aber vom DHV geworben, so beanspruchte er ihre Freizeit fast vollständig mit Ortsgruppenabenden, Bildungsveranstaltungen und öffentlichen Versammlungen. Er prägte ihre Persönlichkeit und Weltanschauung. Seit der DHV die Stufe des vulgären Antisemitismus hinter sich gelassen hatte, erzog er seine Mitglieder bewußt in »deutschnational-völkischem« Geist.

ZWEITES KAPITEL

Der DHV als völkischer Verband

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich neben dem parteipolitischen Antisemitismus, der, von der »Deutsch-sozialen Reformpartei« repräsentiert, immer mehr zu einer mittelständischen Reformbewegung wurde, ein neuer, überparteilicher Antisemitismus. Als die parteipolitische Richtung durch Rücksichten auf parlamentarische Bündnispartner an Radikalität verlor und ihre Wähler wegen der ständigen Führungsstreitigkeiten nicht zu halten vermochte, bemühten sich neue Kräfte um zeitgerechtere Formen zur Belebung des Antisemitismus. Von nun an war nicht mehr die Partei seine eifrigste »Vorkämpferin«, sondern die Vereine und Bünde der »deutschen Bewegung« – wie sie sich selbst nannten; auch bestimmte nicht mehr die Generation der Reichsgründung und der »Berliner Bewegung« den neuen Kurs, sondern die junge Generation, die um 1890 mündig wurde. So wirkten sich die Jahre um 1890 als »eine Wende innerhalb der Geschichte des kleindeutschen Kaiserreichs¹« durch den Wechsel der bestimmenden Generation auch in der Geschichte des Antisemitismus aus. Entscheidend dafür war die politische Umorientierung des »Neuen Kurses«. Die Älteren hatten die Einigung des Reiches erstrebt. 1871 erlebten sie die Erfüllung dieses Wunsches und feierten den Reichsgründer als den Vollender ihrer Wünsche und Bestrebungen. Die Jüngeren dagegen sahen in der Tat Bismarcks nur den ersten Schritt auf dem Weg zu einer deutschen Weltmachtpolitik und wollten diesen Weg energisch weitergehen. Beide Generationen deuteten daher die Politik Bismarcks verschieden, eine Tatsache, die auch im DHV sichtbar wurde.

Der Antisemitismus der Jüngeren sollte nicht mehr »Parteisache« sein. Ihrer Meinung nach waren Parteien »undeutsche« Einrichtungen, die

¹ Werner Conze, »Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik«, S. 11.

die Geschlossenheit und Einheit der Nation gefährdeten. Wie die von ihnen geforderte expansive Politik nach außen, so gehörte der überparteiliche Antisemitismus im Innern zu den großen Lebensaufgaben des Volkes. Er sollte »das Deutschtum von allen fremden Bestandteilen reinigen« und die Einigkeit des Volkes herbeiführen helfen. Darin stimmten alle Verbände der deutschen Bewegung überein. Sie brachten das durch die Betonung ihres »überparteilichen«, »parteipolitisch neutralen« und »deutschen« bzw. »deutschnationalen« Charakters zum Ausdruck. So standen die Völkischen vor dem Widerspruch zwischen ihrer Zielsetzung und ihrer Leistung: sie wollten überparteiliche Bewegung sein und alle Deutschen unabhängig von Staatsgrenzen erfassen; aber sie vermochten es nicht, Einigkeit in den eigenen Reihen zu schaffen, sondern entzweiten und spalteten sich in ständiger Folge. Die einzig mögliche Organisationsform der völkischen Bewegung waren daher Vereine, Bünde und Orden, Lesezirkel und Diskutierklubs, die die Fluktuation der Mitglieder begünstigten und den Antisemitismus im Sinne einer nationalen, rassischen oder religiösen Erneuerung pflegten. Kein Wunder, daß dem DHV in diesem Wirrwarr eine besondere Rolle zufallen konnte und daß er bis in die Weimarer Republik hinein die einzige völkische Organisation war, die seit den neunziger Jahren nicht nur kontinuierlich bestand, sondern in ständigem Wachstum begriffen war.

Die jüngere Generation gab dem Antisemitismus die neue überparteiliche und völkische Richtung. Die Gründer des DHV gehörten ihr an, ebenso wie die Mitglieder der »Jugendbundbewegung«. Zwar kam der Anstoß in beiden Fällen von der älteren Generation der »Partei-Antisemiten«, aber er wurde von den Jüngeren mit Begeisterung aufgenommen. Ihre Unzufriedenheit mit dem bestehenden Parteisystem ließ sie neue Wege suchen, ihr Drang nach einer »großdeutschen« Politik verlangte nach einem Betätigungsfeld. Die Jugendbundbewegung bildete den Versuch, »die deutsche Jugend in großdeutschem Sinn aufzuklären«. Sie suchte Anlehnung und Unterstützung bei Georg Ritter von Schönerer und dessen alldeutscher Partei in Österreich. Ihre Mitglieder brachten die »großdeutsche« Orientierung in den DHV.

Wenige Jahre später drangen die rassisch-biologischen Vorstellungen des Sozialdarwinismus in den Verband ein. Die Popularisierung der Rassenforschung und Altertumskunde setzte mit der deutschen Über-

setzung der Werke des Grafen Gobineau und mit Houston Stewart Chamberlains »Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts« um 1900 ein. Diese Werke wurden – obgleich sie in keinem Bücherschrank eines Völkischen fehlten – selten in extenso gelesen. Aber zahlreiche völkische Vereinigungen sowie Zeitschriften und Broschüren machten es sich zur Aufgabe, ihren Inhalt zu popularisieren und auszugsweise für die Verbreitung des rassistisch-biologischen Gedankengutes zu sorgen. Bei den vielfachen Wechselbeziehungen zwischen den völkischen Verbänden wurden mehr oder minder wissenschaftliche Erkenntnisse relativ schnell aufgegriffen, verallgemeinert, teilweise entstellt und in allgemeinverständliche Darstellungen umgesetzt, die unter anderem über den DHV auch in die Häuser der kaufmännischen Angestellten gelangten. Darüber wird im folgenden Kapitel berichtet.

Die antisemitische Haltung, die im DHV vertreten wurde, macht deutlich, daß sich politischer und weltanschaulicher Antisemitismus nicht trennen lassen. Die mannigfaltigen Überschneidungen beider Formen waren durch den gemeinsamen Ursprung gegeben, und die organisatorischen und personellen Querverbindungen zwischen den völkischen Verbänden bewirkten, daß die Grenzen stets fließend blieben. Das galt sowohl für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg als auch für die Weimarer Republik und war, wie die Zersplitterung in Vereine und Bünde, Gruppen und Grüppchen, für die völkische Bewegung kennzeichnend. Wenn beide Formen hier gesondert untersucht werden, so handelt es sich um eine methodische Notwendigkeit. Der Verband wirkte im politischen Raum; doch hat der weltanschauliche Antisemitismus sein Denken und Handeln maßgeblich bestimmt. Darüber hinaus hat der DHV aber auch aktiv an der Entwicklung des weltanschaulichen Antisemitismus mitgearbeitet und durch seine Jugend- und Bildungsabteilungen für dessen Verbreitung gesorgt. Sein Einfluß blieb dabei nicht auf die Mitglieder beschränkt, sondern prägte schließlich die Vorstellungen weiter bürgerlicher Kreise. Mit seinen engen Verbindungen zu den nationalen Gruppen und Vereinen stand der DHV während des Kaiserreichs mitten in der völkischen Bewegung. Als er sich nach dem ersten Weltkrieg von ihr distanzierte, hatte der DHV als »völkische Schule« eine ganze Mitgliedergeneration geprägt, die nun in der Politik der völkischen oder nationalistischen Rechten eine Rolle spielen sollte.

1. Die Jugendbewegung

Die »Deutschen Jugendbünde« der neunziger Jahre vertraten einen großdeutschen und weltanschaulichen Antisemitismus. Im Gegensatz zu der späteren Jugendbewegung handelte es sich hier nicht um den Aufbruch einer Jugend, die gegen die Konventionen der Erwachsenenwelt protestierte und neue Lebensformen suchte. Die Jugendbewegung konnte trotz des Anspruches, »unpolitisch« zu sein, ihren politischen Ursprung nicht verleugnen, denn die antisemitischen Parteiorganisationen hatten sie ins Leben gerufen. Der Reichstagsabgeordnete Ludwig Werner forderte auf Vortragsreisen in Hessen die »jüngeren Gesinnungsgenossen« zur Gründung »Deutscher Jugendbünde« auf; in Elberfeld warb Otto Böckel für sie. Ob der eigentliche Inspirator dieser Jugendbünde aber unter den deutschen oder den österreichischen Antisemiten zu suchen ist, läßt sich aufgrund des vorliegenden Materials nicht sagen. Jedenfalls scheint der erste Anstoß zu ihrer Gründung nicht von der Jugend ausgegangen zu sein. Die Aufgaben der Jugendbünde umriß Karl Iro, der Parteigänger Schönereers, folgendermaßen: »In den Jugendbünden soll sich das nationale Aufgebot gliedern, das die Entscheidung im Ringen um deutsche Reinheit und Einheit herbeiführen soll. Den politischen Teil der nationalen Erhebung sollen die gereiften Männer unter Führung der bisher bewährten nationalen antisemitischen Feldleute durchführen. Die nationale Erziehung der Jugend aber soll von den Jugendbünden aus geleitet werden. Wie Schönerer in der Ostmark durch seine nationalen Wanderpredigten weite Kreise der deutschen Jungmannschaft zu nationalem Leben erweckt hat . . . so sollen die ‚Deutschen Jugendbünde‘ im Reich durch Wort und Schrift die nationale Aufklärung ins junge Volk tragen²«.

Die ersten »Deutschen Jugendbünde« entstanden gegen Ende der achtziger Jahre gleichzeitig in verschiedenen Gegenden Deutschlands³. Den antisemitischen Parteivereinen entsprechend handelte es sich auch in

* »Deutschnationale Warte«, 1. Jg., Nr. 1 v. 16. 10. 1894, S. 4.

³ »Die Abwehr«, Nr. 44 v. 29. 10. 1893 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343) berichtet, daß der erste »Deutsche Jugendbund« in der Mitte der achtziger Jahre in Berlin von dem Königl. Postassistenten Otto Sommerburg gegründet wurde. Dagegen überliefert Albert Zimmermann (»Die Nord-Wacht«, 8. Jg., Nr. 6 v. 1. 6. 1907, Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013, Vol. 2), der erste Jugendbund sei 1887 in Kassel gegründet worden. Er schreibt: »Der erste Vorsitzende dieses ältesten der deutschen Jugendbünde, ein Handlungsgehilfe Hermann Abicht, sitzt heute im Aufsichtsrat des DHV«.

diesem Fall um keine zentrale Gründung mit Untergliederungen, sondern um lokale Zusammenschlüsse der mittelständischen Jugend in Parallele zum »Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten«. Wie dieser die akademische Jugend zusammenfaßte, sollten die »Deutschen Jugendbünde« junge Leute aus dem Mittelstand, Kaufleute, Postbeamte und Handwerker zur Pflege des deutschnationalen Gedankens vereinigen. Karl Schimmelpfeng berichtete später in der »Deutschen Handels-Wacht«, daß die verschiedenen antisemitischen Parteien um 1891 in größerer Zahl Jugendverbände einrichteten. Zu dieser Zeit befand er sich in einer Kasseler Buchhandlung in der Lehre und wurde durch seinen Mitlehrling, den Bruder des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Otto Böckel, in den Kasseler Jugendbund eingeführt. Dort lernte er Albert Zimmermann, den späteren langjährigen Schriftleiter der »Deutschen Handels-Wacht«, kennen. Diese Begegnungen leiteten einen neuen Abschnitt in seinem Leben ein, den er selbst rückblickend als den »politischen« bezeichnete⁴. Nach Schimmelpfeng waren die Mitglieder des Kasseler Jugendbundes das, »was man heute völkisch nennt«. Die Beziehungen zwischen Partei und Jugendbund schilderte er folgendermaßen: »Gerade unser Kasseler Bund machte sich bald gänzlich frei von aller Parteisablone. Zwar blieb die Bekämpfung des Judentums die Hauptaufgabe unserer Vereinigung. Aber wir hatten sehr unseren eigenen Willen, und wenn die Partei uns zu irgendwelcher Arbeit brauchte, mußte sie uns freilich um unsere Mitarbeit bitten. Diese Arbeit wurde dann allerdings mit so starkem Eifer geleistet, daß unser Bund für die Partei von hohem Wert war. Denn nicht allein stellten wir uns zur rein äußerlichen Wahlarbeit zur Verfügung, also zum Besuch der Wähler von Haus zu Haus, nein, die Älteren unter uns waren auch als Redner für Wahlversammlungen gesucht, während wir fast alle, kraft unserer starken Beschäftigung mit den Dingen der Tagespolitik, für die Kleinkämpfe der Wahl unersetzliche Dienste leisten konnten . . . Allmählich bereiten wir auf diese Art ganz Niederhessen. Unsere Arbeit . . . mußte naturgemäß die Aufmerksamkeit politischer Gegenfüßler erregen, und so kam es oft zu den heftigsten Zusammenstößen, besonders mit der jungen Mannschaft der sozialistischen Partei⁵«. Es handelte sich um die

⁴ »DHW«, 34. Jg., Nr. 11 v. 8. 6. 1927, S. 264/65.

⁵ »DHW«, 34. Jg., Nr. 15 v. 10. 8. 1927, S. 364.

gleiche Konstellation wie in Hamburg bei den Kämpfen zwischen dem »Antisemitischen Wahlverein von 1890« und der SPD, und auch hier bezogen die Jüngeren besonders aktiv Stellung. Denn vielfach gehörten sie nicht allein dem Jugendbund an, sondern auch der antisemitischen Partei: Sowohl Wilhelm Schack als auch Johannes Irwahn und Richard von Pein waren gleichzeitig Mitglieder des Hamburger Jugendbundes und der Deutschsozialen Partei und zur Zeit der Gründung des DHV im Jahre 1893 24 bis 25 Jahre alt.

Der Hamburger Jugendbund entstand nur wenige Wochen vor dem DHV. Er konstituierte sich am 13. August 1893 als »Norddeutscher Jugendbund zu Hamburg« unter dem Vorsitz von Johannes Irwahn⁶, der seinen Posten aber noch vor Ende des Jahres an den einundzwanzigjährigen Volksschullehrer Hermann Muthorst⁷ abtrat. Im Laufe der Zeit bildeten sich durch die Initiative der Hamburger Jugendbündler weitere Vereine: der »Norddeutsche Jugendbund von Pinneberg und Umgebung« im August 1894⁸ und der »Norddeutsche Jugendbund für Altona und Umgebung« im Mai 1895⁹.

Soweit sich die Jugendbünde die Aufgabe gesetzt hatten, die heranwachsende mittelständische Jugend der Sozialdemokratie zu entziehen und »deutschnational« zu beeinflussen, stimmten ihre Bestrebungen mit denen der antisemitischen Parteivereine überein. In ihrer bewußt großdeutschen Zielsetzung gingen sie aber noch einen Schritt weiter. Die jungen Leute verachteten die politische Saturiertheit der älteren Generation und steckten sich neue Ziele. So hieß es in einem Flugblatt des Norddeutschen Jugendbundes vom März 1894: »Auch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den in schwerster Bedrängnis lebenden Stammesbrüdern in Deutsch-Österreich und den russischen Ostseeprovinzen wird in den Herzen der Reichsdeutschen wieder lebendig. Ja, die deutsch-nationale Idee erweitert sich zum weltnationalen, allgermanischen Standpunkt, der alle Stämme germanischen Blutes zu Schutz und Trutz zusammenzufassen wünscht¹⁰«. Der allgermanische Standpunkt schloß den antisemitischen ein: »Nie mehr wird es gelingen, den internationalen Gedanken des allgemeinen Menschheitsbundes

⁶ »Deutsches Blatt«, Nr. 163 v. 14. 7. 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343).

⁷ »Deutsches Blatt«, Nr. 42 v. 19. 2. 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343).

⁸ »Deutsches Blatt«, Nr. 195 v. 21. 8. 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343).

⁹ »Hamburger Fremdenblatt«, Nr. 49 v. 28. 5. 1895.

¹⁰ Flugblatt des Norddeutschen Jugendbundes zu Hamburg, März 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343). Auch abgedruckt in: »Deutsches Blatt«, Nr. 75 v. 31. 3. 1894.

zu völliger Geltung in unserem Vaterlande zu bringen. Nie werden wir in allgemeiner Menschenverbrüderung künftig Botokuden und Hottentotten, Australneger und Juden liebend in unsere Arme schließen«; denn deutschnational sein heiße, »sein eigenes Volk lieben über alles in der Welt¹¹«. Diese Formulierungen sprechen für sich. Sie enthalten von dem Gedanken eines großdeutschen Reiches in Mitteleuropa über die Ablehnung von Liberalismus und Humanismus bis zur Rassentheorie und dem Anspruch auf den höchsten Wert für das eigene Volk das ganze Register völkischer Vorstellungen und Argumente, wie es bis in die Weimarer Republik gang und gäbe war. Besonders das Schönererwort »Deutschnational sein heißt, sein eigenes Volk lieben über alles in der Welt« bewies, daß dieser Begriff schon 1894 in den Deutschen Jugendbünden den eigentümlich alldeutsch-expansiven und gleichzeitig antisemitischen Sinn erhielt, um dessen Verbreitung sich später die Rassenideologen des Alldeutschen Verbandes bemühten. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnen die Ausführungen Wilhelm Schacks anläßlich der Umbenennung des DHV am 1. Dezember 1895, daß »der Begriff deutschnational doch nicht einseitig antisemitische Bestrebungen ausdrückt¹²«, grundsätzliche Bedeutung. Wie die Jugendbünde wollte auch der DHV »deutschnational« im Sinne Schönerers sein, dessen Vorstellungen über die Jugendbünde in den Verband kamen, weil Schack und mit ihm ein großer Teil der Mitglieder aktiv in der Jugendbundbewegung standen. Welcher Wert im Norddeutschen Jugendbund auf die Erweiterung des Begriffs »deutschnational« gelegt wurde, geht aus den Anzeigen für Vorträge über das Thema »Deutschnational« hervor: »Die neuere tiefere Auffassung des nationalen Gedankens, wie sie namentlich die Schönererpartei und die Schriften Karl Prölls und Friedrich Langes vertreten, wird dabei eingehende Berücksichtigung erfahren¹³«. In Zusammenarbeit mit dem »Verein der Deutschsozialen Reformpartei« richtete der Norddeutsche Jugendbund eine »Redeschule« ein¹⁴, »um die Mitglieder in den Stand zu setzen, auch dem Gegner gegenüber den deutschnationalen Standpunkt zu wahren«. Auch »nationale Feiern«, wie Bismarck-Kommerse und Schönerer-Ver-

¹¹ Ebenda.

¹² »DHW«, 3. Jg., Nr. 1 v. 1. 1. 1896, S. 6.

¹³ »Deutsches Blatt«, Nr. 5 v. 29. 4. 1895 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343).

¹⁴ Flugblatt des Norddeutschen Jugendbundes zu Hamburg, März 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343).

sammlungen, hielten beide Vereine gemeinsam ab. Da Jugendbund und Parteiverein in Richtung und Ziel übereinstimmten, der Jugendbund aber »vorzugsweise die Aufklärung über unsere Brüder außerhalb des Reiches als seine wichtigste Aufgabe ansah«, überließ der politische Parteiverein dem »unpolitischen« Jugendbund häufig die Veranstaltung derartiger Feiern.

Wie in Hamburg und Hessen waren seit 1890 in den meisten Gegenden Deutschlands entsprechende Jugendbünde entstanden. Um zwischen ihnen eine Verbindung zu schaffen, wurde Pfingsten 1892 ein Treffen der Jugendbünde in Eisenach veranstaltet. Zwei Jahre später, bei ihrem dritten Treffen, kam es zu einem engeren Zusammenschluß. Die Vorstandsmitglieder der einzelnen Bünde bildeten den »Wartburgbund« mit dem Sitz in Eisenach¹⁵. Vorsitzender wurde Carl Müller, Dresden, der Geschäftsführer der Deutschen Reformpartei in Sachsen¹⁶. Die Jugendbundbewegung erlebte damit ihren Höhepunkt fast gleichzeitig mit der antisemitischen Partei. Auch während des nächsten Jahres breitete sie sich noch stark aus, so daß ihr 1895 etwa 70 Vereine – einer davon in Wien – angehörten¹⁷.

Seit der Gründung des Wartburgbundes bezeichnete sich die Tageszeitung der Deutschen Reformpartei in Leipzig, die »Deutsche Wacht«, auch als »Bundesorgan der Deutschen Jugendbünde«, während die aktiven Hamburger Jugendbündler eine selbständige Zeitschrift gründeten, die »Deutschnationale Warte«. Sie erschien am 16. Oktober 1894 zum erstenmal als Halbmonatsschrift für die deutsche Jugendbundbewegung unter der Redaktion von H. Muthorst und J. Golle¹⁸. Dies war das Unternehmen, mit dessen Herausgebern der nur wenige Wochen vorher gegründete DHV das Übereinkommen getroffen hatte, ihrer Zeitschrift alle 14 Tage ein vom Vorstand des DHV herausgegebenes Beiblatt unter dem Titel »Mitteilungen des Deutschen Handlungsgewerkschaften-Verbandes zu Hamburg« beizulegen und an alle Mit-

¹⁵ »Deutsches Blatt«, Nr. 117 v. 22. 5. 1894 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343).

¹⁶ »Deutsches Blatt«, Nr. 105 v. 6. 5. 1895 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4343); Georg Schönerer, Bd. IV, S. 480.

¹⁷ »Die Nord-Wacht«. Zeitschrift des Gau's Nordmark im DHV, 8. Jg., Nr. 6 v. 1. 6. 1907 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013, Vol. 2). Über die Zahl der Mitglieder waren keine Angaben zu finden.

¹⁸ Nach Georg Schönerer, Bd. IV, S. 484, wurde der »Deutschnationalen Warte«, »deren erste drei Folgen in Troppau beschlagnahmt und wegen deren Bezug einige dortige Mittelschüler bestraft wurden, wegen mehrfachen Hochverrats und Störung der öffentlichen Ordnung' der Postvertrieb für Österreich und . . . Ungarn entzogen«.

glieder zu versenden. Über die Auflagenhöhe der Deutschnationalen Warte gibt es keine Angaben. Sie kann aber nicht groß gewesen sein, weil die Zeitung finanziell so schlecht stand, daß sie ihr Erscheinen schon nach zwei Monaten wieder einstellte. Diese publizistischen Unternehmen zeigen die Querverbindungen zwischen der antisemitischen Partei und der Jugendbundbewegung einerseits, der Jugendbundbewegung mit dem DHV andererseits besonders deutlich.

Die »Deutschnationale Warte« brachte vorwiegend Aufsätze über Fragen der Jugendbundbewegung, des Volkstums und der Ostmark. Von österreichischer Seite waren Karl Iro und Josef Karl Kernreuter Mitarbeiter und bahnten die engen persönlichen Kontakte zwischen den österreichischen Schönerianern und den Hamburger Jugendbündlern an. Die erste Nummer erschien unter dem Motto Schönerers »Durch Reinheit zur Einheit«. Was damit gemeint war, erläuterte der Leitartikel. Er forderte die Reinigung des deutschen Volkstums von fremden Elementen als Voraussetzung für die Vereinigung in einem Staatsgefüge: »Ein Zusammenschluß verseuchter Staaten, deren Volkstum durchsetzt ist von fremden Bestandteilen, würde mehr schaden als nützen, würde das Unheil nur weiter verbreiten. Die innere Läuterung führe uns zur Allumfassung der Deutschen, und das Alldeutschtum und Allgermanentum sei der Lichtgedanke, der uns über alle Fährnisse und Leiden, die den Weg der Reinigung begleiten, hinweghebt¹⁹«. Das zukünftige Alldeutschland werde dafür sorgen, so hieß es, »daß sich alle germanischen Völker, die Alldeutschen sowohl wie die Skandinavier, Dänen und Engländer im allgermanischen Völkerbund« zusammenfinden, der, »einig in Abstammung und Rechtsauffassung, das beste Bollwerk dauernden Friedens würde²⁰«.

Wenn der Antisemitismus im Programm der Deutschsozialen Reformpartei als Mittel zur Wiederherstellung deutschnationaler, monarchischer und christlicher Traditionen gefordert wurde, so begnügten sich die Jugendbündler nicht mit diesen Zwecken. Sie gingen weiter: Antisemitismus »zur Reinigung des deutschen Volkstums« wurde Voraussetzung zur Errichtung Großdeutschlands, wurde *conditio sine qua non* des Pangermanismus. Damit war der Antisemitismus Bestandteil einer radikal völkischen, nach innen revolutionären, nach außen expansiven Ideologie geworden. Vor diesem Hintergrund voll-

¹⁹ »Deutschnationale Warte«, 1. Jg., Nr. 1 v. 16. 10. 1894.

²⁰ Ebenda.

zog sich der Bedeutungswandel des Wortes »national«. Der Begriff schloß in allen völkischen Konzeptionen bis hin zu Hitlers Ideologie großdeutsch-antisemitische Ziele ein. Hitler selbst lernte den »nationalen Gedanken« in dieser Bedeutung in seinen Wiener Jahren kennen. Er setzte sich zwischen 1909 und 1913 mit der alldeutschen Bewegung Schönereers und der christlichsozialen Partei Luegers auseinander und widmete ihnen in »Mein Kampf« ein Kapitel²¹. Wenn Hitler mit den von ihm rezipierten und mit anderen Ideologieelementen verschmolzenen Gedanken später so schnell in Deutschland Anklang fand, dann beruhte das mit darauf, daß Schönereers Vorstellungen schon durch die Jugendbundbewegung und den DHV in Deutschland eingeführt und auf die deutschen Verhältnisse übertragen worden waren. Hitler studierte die besonderen österreichischen Verhältnisse und das Scheitern von Schönereer und Lueger. In Deutschland dagegen wurde ein Versagen ihrer Bestrebungen nicht wahrgenommen, weil kleinere Gruppen junger Leute das Gedankengut der Österreicher in die Vereine der völkischen Bewegung trugen, wo es in größere Zusammenhänge eingeordnet wurde. So wirkte es namentlich auch in der Bildungsarbeit des DHV. Da die soziale und gesellschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich anders als im Habsburger Staat verlief, wurde dieses Problem hier erst im Weltkrieg und in der Revolution politisch relevant.

Die großdeutsche Tendenz und die Betriebsamkeit trugen dem Norddeutschen Jugendbund die Anerkennung rechtsstehender Kreise ein. Die Zeitschrift »Das Zwanzigste Jahrhundert« stellte in ihrem Septemberheft von 1894 einen »Aufschwung im Hamburgischen Antisemitismus« fest und schrieb: »... der alldeutsche und allgermanische Gedanke und besser noch: die Schaffung eines mitteleuropäischen Bundes- und Wirtschaftsgebietes, der Hinweis auf den Osten als die einzig richtige Stätte für unsere Auswanderung, der Hinweis auf die panslawistische Gefahr usw. liegt auch nicht ein Schrittchen vom Wege einer sozialen Gesundung. Judenfeindschaft allein ist kein Ideal... In Hamburg scheint etwas von diesem Geiste aufzuleuchten. Nicht wenig scheint K. H. Wolf mit seiner Rede im Norddeutschen Jugendbund nachgeholfen zu haben... Wenn der Hamburger Antisemitismus in dieser Weise sich weiterentwickelt, so kommt ihm

²¹ Adolf Hitler, »Mein Kampf«, 3. Kapitel. »Allgemeine politische Betrachtungen aus meiner Wiener Zeit«, S. 71–137.

ein Ehrenplatz zu in der Geschichte der Deutschbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts: er wird unter den Antisemiten des Reiches die erste Gruppe sein, die sich vertieft und vergeistigt hat²²«.

Tatsächlich nahm der Hamburger Antisemitismus dieser Jahre mit seiner großdeutschen Ausrichtung eine besondere Stellung ein, die durch den Norddeutschen Jugendbund bewußt gepflegt wurde. Hatte Georg Ritter von Schönerer, der »Führer« der deutschnationalen Partei Österreichs, Hamburg 1892 zum ersten Mal besucht, so wurde dieser Kontakt 1897 wieder aufgenommen. Das »Deutsche Blatt« vom 30. Juni dieses Jahres kündigte einen Vortrag Schönerers in Hamburg zum Thema »Die Lage des Deutschtums in der Ostmark« an und bemerkte dazu, daß Schönerer, »seit seiner Wiederwahl zum österreichischen Reichsrat nach längerer Kerkerhaft jetzt zum ersten Male wieder in Deutschland sprechen wird²³«. Anlässlich dieses Besuches und nach der Wahl Schönerers zum Ehrenmitglied legte sich der Hamburger Jugendbund den Namen »Norddeutscher Jugendbund Schönerer« zu. Nach dem Tod Bismarcks im folgenden Jahr machten es sich Schönerer und seine engsten Parteianhänger Iro, Stein, Kernreuter und Wolf dann zur Gewohnheit, alljährlich zwischen Bußtag und Totensonntag nach Hamburg zu kommen, um eine Wallfahrt zum Grabe Bismarcks in Friedrichsruh zu unternehmen. Ihre Besuche, die bis zum ersten Weltkrieg regelmäßig stattfanden, wurden Tradition und führten zur Bildung einer »Schönerischen Gemeinde²⁴« in Hamburg. Zweck der Gemeinde war es, den großdeutschen Gedanken Schönerers zu verbreiten und ihm auch politisch Geltung zu verschaffen. Die Novemberveranstaltungen verliefen bald nach einem bestimmten Ritus, zu dessen festen Bestandteilen der Vortrag eines »Ostmärkers«, die Kranzniederlegung im Mausoleum zu Friedrichsruh und ein geselliger Bismarck-Kommers gehörten. An diesen Feiern war nicht nur der Jugendbund beteiligt, der als Veranstalter zeichnete. Die Mitglieder der befreundeten Vereine, des DHV, des Alldeutschen Verbandes, des Deutschbundes, der deutschsozialen Bürgervereine, des Verbandes Nordmark der Deutschsozialen Partei und der Jugendbünde von Pinneberg und Altona

²² »Das Zwanzigste Jahrhundert«, 4. Jg., H. 12, 1894, S. 581/82.

²³ »Deutsches Blatt«, Nr. 52 v. 30. 6. 1897 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 2911).

²⁴ Der Ausdruck wurde von Hermann Muthorst geprägt, »DSBl.«, 27. Jg., Nr. 58 v. 20. 7. 1912.

waren stets eingeladen²⁵. So konnten die »Hamburger Nachrichten« am 27. November 1899 von der feierlichen Kranzniederlegung durch die Abordnung der deutschvölkischen Ostmärker in der Gruftkapelle zu Friedrichsruh und der Kranzspende des DHV berichten²⁶. Bei der Festversammlung zu Schönerers siebzigstem Geburtstag im Jahre 1912 führte der Vorsitzende des Jugendbundes, Hermann Muthorst, aus, daß es Schönerer durch die Erhaltung der Kontakte mit Hamburg erreicht habe, »in Österreich, dem Bismarck doch so schwere Wunden schlagen mußte, nicht nur das Empfinden auszulösen, daß die Trennung 1866 nötig war zur Gesundung des Deutschen Reiches«, sondern daß es ihm darüber hinaus gelungen sei, »dort in weiten Kreisen Bismarck geradezu zum Liebling des Volkes zu machen²⁷«. Schönerers Bismarck-Kult ging so weit, daß er in seinem Testament bestimmte, in Friedrichsruh beerdigt zu werden. An Bismarcks Geburtstag im Jahre 1922 wurde er in Aumühle bei Friedrichsruh beigesetzt²⁸.

Während der Hamburger Jugendbund noch wuchs und sich der Anerkennung durch die anderen nationalen Vereine erfreute, kam es in der Dachorganisation, dem Wartburgbund, zu Auseinandersetzungen, die schließlich zum Ende der Jugendbundbewegung führen sollten. Es handelte sich dabei um einen alten Konflikt, der schon bei der Ausarbeitung der Satzung eine Rolle gespielt hatte. Damals wünschte der Vertreter des Berliner Jugendbundes die mehrfach auftretende Bezeichnung »christlich« durch »Pflege germanischen Wesens« zu ersetzen, »da im Christentum sehr viele jüdische Überlieferungen enthalten seien²⁹«. Der Antrag, zwar vom Hamburger und Dortmunder Jugendbund unterstützt, wurde aber nicht angenommen. Als der Vorstand des Wartburgbundes 1896 erneut einen entsprechenden Antrag ablehnte, kam es zu Abspaltungen und Austritten³⁰. Damit begann die allmähliche Auflösung der Jugendbundbewegung. Je nach den örtlichen Verhältnissen, der sozialen Zusammensetzung und den ideologischen Verbindungen ihrer Wortführer schlossen sich die Mitglieder anderen nationalen Vereinen an und gingen langsam in ihnen auf. Über den

²⁵ »Deutsches Blatt«, Nr. 93 v. 21. 11. 1900 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 2911).

²⁶ »Hamburger Nachrichten«, Nr. 278 v. 27. 11. 1899.

²⁷ »DSBl.«, 27. Jg., Nr. 58 v. 20. 7. 1912.

²⁸ Georg Schönerer, Bd. VI, S. 499. Schönerer starb am 14. 8. 1921 auf seinem Gut Rosenau in Österreich. Er wurde im nächsten Jahr nach Aumühle bei Friedrichsruh überführt und dort am 1. 4. 1922 beigesetzt.

²⁹ »Deutschnationale Warte«, 1. Jg., Nr. 2 v. 1. 11. 1894, S. 16.

³⁰ »Die Nord-Wacht«, 8. Jg., Nr. 6 v. 1. 7. 1907 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013, Vol. 2).

Verbleib eines Teiles der Abtrünnigen berichtete Albert Zimmermann ein Jahrzehnt später: »Damals schon begann der kurz zuvor an die Öffentlichkeit getretene DHV die Jugendbünde langsam aber sicher aufzusaugen. Wohl erschien es mir damals fast eine Entheiligung zu sein, als mich ein rheinischer Kollege aufforderte, dem Wartburgbunde zugunsten des so entsetzlich praktischen DHV den Rücken zu kehren. Trotzdem aber schlossen sich immer mehr Jugendbündler dem DHV an. In Rheinland-Westfalen ging der bisherige Jugendbundsführer Elberding ins DHV-Lager über, in Mannheim folgte Rich. Heinrich Müßig, in Magdeburg Wilke, in Kassel Schaumburg und Klönne, in Stettin Steinke und Stire, in Braunschweig Schneider, in Würzburg Deppisch usw., kurz, der Kern der Jugendbundbewegung wurde in den Jahren 1896/1898 nicht gerade zum Kern, aber doch zu einem sehr wichtigen Bestandteil der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Bewegung³¹«.

Wenn im vorigen Kapitel gezeigt wurde, daß der DHV seine Ausbreitung der Unterstützung der antisemitischen Parteivereine verdankte, so gilt das in gleichem Maße für die Jugendbundbewegung. Der Zustrom aus dieser Richtung rechtfertigte die Behauptung des Verbandsvorstehers von 1895, »daß unsere ganze außerhalb Hamburgs liegende Organisation ausschließlich eine Folge unseres stramm nationalen Standpunktes ist³²«. Nach der Auflösung der Jugendbünde am Ende der neunziger Jahre kamen die jungen kaufmännischen Angestellten ohne diesen Umweg zum DHV. Sie fanden, wie Zimmermann 1907 selbstbewußt betonte, im DHV den Verein, der ihre »deutsche Sehnsucht stillte«, der ihnen aber auch »praktische Hilfe und Vorteile versprach und tatsächlich verschaffte³³«. Gerade in dieser Hinsicht erwies sich der DHV den zahlreichen anderen Organisationen der völkischen Bewegung gegenüber als überlegen.

Der Wartburgbund hat noch einige Zeit weiterbestanden. Aber der Verfall war nicht aufzuhalten; auch nicht, als man auf einem Treffen

³¹ Ebenda.

³² »DHW«, 3. Jg., Nr. 1 v. 1. 1. 1896, S. 6. Zu den Verwaltungsmitgliedern, die den gleichen Weg gingen, gehörte auch Alfred Roth. Er schreibt in seinem »Rückblick auf 45 Jahre Kampf ums Deutschtum«, S. 5: »Ich trat nach einem Vortrage seines damaligen Verbandsvorstehers, W. Schack, in Stuttgart am 7. 2. 1897 dem DHV bei . . . Da ich kurz zuvor mich dem Deutschen Jugendbund angeschlossen hatte, der den Kampf gegen das Judentum auf seine Fahne geschrieben hatte und der DHV die Aufnahme von Juden satzungsgemäß ausschloß, so war seine Anziehungskraft für mich um so stärker.«

³³ »Die Nord-Wacht«, 8. Jg., Nr. 6 v. 1. 7. 1907 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013, Vol. 2).

in Goslar 1898 das Wort »christlich« in der Satzung strich. Im folgenden Jahr löste er sich auf. Seine Nachfolgeorganisation wurde der »Jungdeutsche Bund« mit dem Sitz in Berlin. Als Bundeszeitschrift gab Hans Heenemann³⁴ in Berlin »Jungdeutschland« heraus. Nach der Reorganisation erlebten einige Bünde, wie die in Berlin, Hamburg³⁵ und Kassel einen vorübergehenden Aufschwung. Politische Faktoren waren diese Gruppen nicht. Sie haben weder für die entstehende Jugendbewegung eine Bedeutung gehabt noch zur Politisierung der bürgerlichen Jugend Deutschlands beigetragen.

2. Völkische Orientierung im DHV

Bei der Herkunft eines großen Teiles der führenden DHV-Mitglieder aus den antisemitischen Parteivereinen einerseits und der Jugendbundbewegung andererseits ist es verständlich, daß die Verbandsleitung der Pflege des Volkstums und der Deutschtumsideologie einen entscheidenden Platz innerhalb des Verbandslebens einräumte. Damit spielte der Erziehungsgedanke von Anfang an eine wesentliche Rolle im DHV. Der Grund dafür ist offensichtlich. Der Verband war von jungen Leuten gegründet worden, die der Schule entwachsen waren, sich aber weiterbilden wollten. In den neunziger Jahren – vor der pädagogischen Bewegung des 20. Jahrhunderts – wurde ihrem Bildungsstreben von seiten des Staates keine Rechnung getragen. So waren sie auf sich selbst angewiesen. Als sie dem deutschnationalen Programm der Antisemiten und den großdeutschen Vorstellungen der Jugendbundbewegung begegneten, gerieten sie so vollständig in deren Bann, daß sie neben der Förderung der kaufmännischen Ausbildung auch die Entwicklung und Verbreitung der völkischen Ideologie zum erklärten Ziel ihres Verbandes erhoben. Die Bildungsarbeit des DHV wird im einzelnen in einem gesonderten Kapitel behandelt. Hier soll zunächst die politische und ideologische Prägung der Verbandsarbeit geschildert werden.

³⁴ Nach Willi Buch, »50 Jahre antisemitische Bewegung«, S. 24, kamen Hans Heenemann, Gustav Simons, der Ernährungs- und Lebensreformer, und Paul Förster aus dem »Sozialitären Bund«, der die Dühringschen Gedanken vertrat und hauptsächlich junge Akademiker und Kaufleute umfaßte. Heenemann war der Gründer des »Jungdeutschen Bundes«.

³⁵ Der »Norddeutsche Jugendbund Schönerer« nahm am 12. 7. 1901 die Bezeichnung »Jungdeutscher Bund« an (Staatsarchiv Hamburg, Aufschrift der Akte 4343).

In der ersten Verbandssatzung vom 7. September 1893 war ein »Arierparagraph« enthalten, der Juden von der Mitgliedschaft im DHV ausschloß. Von dieser Stellung den Juden gegenüber ist der Verband niemals abgewichen. Entgegen der Meinung, daß er nur im ersten Jahrzehnt seines Bestehens eine antisemitische Organisation gewesen sei, muß festgestellt werden, daß der Arierparagraph im Jahre 1909 noch eine besondere Verankerung in der Verbandssatzung erhielt. Auf dem 11. Verbandstag am 14. Juni 1909 in Stuttgart wurde eine Satzungsänderung beschlossen, die am 1. Oktober des gleichen Jahres in Kraft trat. Danach erhielt § 7 folgende Neufassung: »Juden und in einem bewußten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen können keinerlei Mitgliederrechte erwerben³⁶«. Wenn es in der ersten Satzung geheißen hatte »jeder unbescholtene Handlungsgehilfe« könne Mitglied werden, jedoch seien »Juden und nachweislich von Juden abstammende Personen« ausgeschlossen, so fällt die völkisch-nationalistische Erweiterung der Neufassung auf. Außerdem zeigen die Formulierungen von 1909, daß die »neuere tiefere Auffassung des nationalen Gedankens« im Sinne Schönerers nun ganz im Gedankengut des DHV aufgegangen war. Entscheidend aber war die Sicherung, mit der § 7 durch den § 57 in der Satzung von 1909 versehen wurde. Dieser bestimmte in Absatz 2: »Zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung enthält oder der die Auflösung des Verbandes bezweckt, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Abgeordneten erforderlich, abgesehen von den §§ 7 und 57, für deren Abänderung außerdem die einstimmige Zustimmung der Verwaltung und des Aufsichtsrates erforderlich ist³⁷«. Seit 1909 war es also einfacher, den Verband aufzulösen, als den § 7 abzuschaffen. Dieser war – auch formal – der wesentlichste Artikel der DHV-Verfassung. Mit ihm stand oder fiel nach dem Selbstverständnis seiner Mitglieder und Führungsgremien die Existenz des Verbandes. »Deutsch-national« konnte man nur auf völkischer und rassischer Grundlage sein. Diese Bestimmungen blieben in Kraft, bis der DHV in der Deutschen Arbeitsfront aufging.

Im Kapitel über die Jugendbundbewegung ist gezeigt worden, daß sich unter dem Einfluß Schönerers das Bismarckbild veränderte. Das war ein Symptom für den Wandel der politischen Vorstellungen, der sich

³⁶ »DHV«, 16. Jg., Nr. 18 v. 15. 9. 1909.

³⁷ Ebenda.

seit dem »Neuen Kurs« in weiten Kreisen des deutschen Volkes vollzog. Für sie war Bismarck nicht nur der Reichskanzler, der das Deutsche Reich gegründet, die Monarchie der Hohenzollern neu gefestigt und die der Habsburger erhalten hatte. Vielmehr sah man in ihm einen »Reformator«. Die »Deutsch-Sozialen Blätter« schrieben 1906 zu Bismarcks Geburtstag: »Dem religiösen Reformator Luther folgte der politische Reformator Bismarck und diesem muß der nationale Reformator ‚der Kaiser der Zukunft‘ folgen, dann erst ist das deutsche Volk das herrlichste von allen³⁸«. Bismarck hatte mit der Reichsgründung den ersten Schritt auf dem Wege zur Einigung des deutschen Volkes getan. Schon 1895 hieß es in den Mitteilungen des DHV, daß sich das deutsche Volk damals »zu seinem Recht die Macht erkämpfte, in der Entwicklung der Nationen Europas die Führerrolle zu übernehmen«. Gleichzeitig aber wurden die Nachfolger Bismarcks kritisiert, weil sie die »Führerrolle« des Reichs nicht erkannt hätten, denn »der Bau, der auf dem in den Jahren 1870/71 gelegten Grunde aufgeführt ist, entspricht nicht dem Ideal des germanischen Staates und durchgreifender Verbesserungen bedarf es, ihn einem solchen näher zu bringen³⁹«. Das neue Bismarckbild wirkte auf die Anhänger des DHV so anziehend, weil es dem Selbstverständnis der bürgerlichen Jugend im damaligen Deutschland entsprach. Der DHV stellte den Handlungsgehilfen den bewußt einseitig interpretierten Bismarck als Vorbild hin: »Für uns ist Bismarck der kraftvolle Förderer deutscher Einheit, ein Mann, der unserem Volke das entschwundene Nationalgefühl wiedergab und es lehrte deutsch zu denken⁴⁰«. Diese Art der Bismarck-Verehrung fand in »Bismarckfeiern« und Kranzniederlegungen Ausdruck, die alljährlich zum Geburtstag des Reichskanzlers am 1. April und zur Erinnerung an die Schlacht von Sedan am 2. September veranstaltet wurden. Die Wirkung derartiger Gemeinschaftsveranstaltungen darf nicht unterschätzt werden. Das zeigt die Schilderung eines Gehilfen, der sich nach Abschluß seiner Lehre mit 18 Jahren dem DHV anschloß. Einige Jahre nach seinem Eintritt in den Verband berichtete er, daß er ein »unbeschriebenes Blatt« gewesen sei, als er für den DHV geworben wurde. Erst der Verband habe seiner Weltanschauung ihre Ausrichtung gegeben. Bei der ersten Sitzung, an der er teilnahm, handelte es sich

³⁸ »DSBl.«, 21. Jg., Nr. 26 v. 31. 3. 1906.

³⁹ »Mitteilungen«, 2. Jg., Nr. 14 v. 1. 8. 1895.

⁴⁰ »DHV«, 5. Jg., Nr. 16 v. 15. 8. 1898. Nachruf zum Tode Bismarcks.

um eine Bismarckfeier seiner Ortsgruppe. Dann heißt es wörtlich: »Eine Begeisterung herrschte hier, wie ich es nur von unseren Sedanfeiern in der Schule her noch in verblassender Erinnerung hatte. Mein Herz wurde mitgerissen, und hoch über den Alltag hinaus trugen mich die Wogen vaterländischer Begeisterung, als wir gemeinsam am Denkmal des großen Meisters einen Kranz niederlegten. Gleich an diesem ersten Tage wußte ich, daß ich hier gefunden hatte, was ich brauchte und eine neue hohe Pflicht hatte ich kennengelernt: die Pflege des Nationalgefühls⁴¹«. Zeugnisse dieser Art beweisen, daß der DHV mit seiner nationalpolitischen Erziehung einem Bedürfnis unter den kaufmännischen Gehilfen entgegenkam, für das diese sonst nirgends Verständnis fanden. Die Verbandsleitung aber stellte den Bildungswillen und die Bildungsfähigkeit der jungen Gehilfen und der Lehrlinge in Rechnung – sie richtete 1904 eine Lehrlingsabteilung ein – und fand dadurch starken Zulauf der Jugend.

Die Berufung auf eine patriotisch-völkische Tradition – wie sie der Verband verstand und interpretierte – wurde in der Zusammenlegung des Verbandsgründungstages mit dem der Schlacht von Sedan besonders deutlich. Das sozialdemokratische »Handlungsgehülfen-Blatt« wies schon 1909 in einem Artikel »Der verlegte Gründungstag⁴²« auf diese Tatsache hin. Seinem Bericht zufolge hatte der Kasseler Verbandstag 1899 noch bestimmt, daß sich die Mitglieder in allen Ortsgruppen am 23. September zu versammeln haben, um die Gründung des DHV zu feiern. Der Verbandsvorsteher schrieb zu diesem Tage jeweils den Leitartikel in der »Deutschen Handels-Wacht⁴³«.

Drei Jahre später aber beschloß der Verbandstag von 1902 in Magdeburg, den Gründungstag als Ausdruck der »nationalen und vaterländischen Gesinnung« der Mitglieder am 2. September zu feiern. Seitdem schrieb Wilhelm Schack seinen Artikel alljährlich »Zum 2. September⁴⁴«. Sein Nachfolger Hans Bechly übernahm diese Gewohnheit.

⁴¹ »DHW«, 19. Jg., Nr. 22 v. 20. 11. 1912, S. 427/29. »Auf den Schultern des DHV« von Wilhelm Hoppe, Mitgl. Nr. 98 447.

⁴² »Handlungsgehülfen-Blatt«, Nr. 19 v. 22. 9. 1909 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013, Vol. 2). Vgl. dazu S. 25. Die Angaben über den Gründungstag des Verbandes schwanken zwischen dem 7. und dem 23. September 1893.

⁴³ So von 1899 bis 1901. Vgl. »DHW«, 6. Jg., Nr. 18 v. 15. 9. 1899; 7. Jg., Nr. 19 v. 1. 10. 1900; 8. Jg., Nr. 38 v. 22. 9. 1901.

⁴⁴ Von 1902 bis 1909. Vgl. »DHW«, 9. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1902; 10 Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1903; 11. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1904; 12. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1905; 13. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1906; 14. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1907; 15. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1908; 16. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1909.

Im September 1912 legte er die Motive dieser Maßnahme der Verbandsleitung dar: »Wie viele andere Bestrebungen in unserem Volke, ist auch der DHV ein Schutzwall gegen die wachsende Entartung unserer Zeit, gegen das Überwuchern materialistischer Weltanschauung. Der zweite September als Gründungstag ist uns der Markstein. Wir feiern am Sedantage Sedan und unser Gründungsfest, weil wir gewillt sind, die Heldenüberlieferung unserer Vorfahren und ihre idealistische Lebensanschauung unserm Volke und Stande zu bewahren⁴⁵«. Weitere Anlässe zur Bekundung seiner patriotischen Einstellung waren für den Verband der Reichsgründungstag sowie die Erinnerungstage an die soziale Botschaft des Kaisers von 1881 und die Februarerlasse von 1890. Zusammen mit den verbandsinternen Veranstaltungen, den Verbandstagen zu Ostern und den Jugendtagen zu Pfingsten, zu denen dann noch Sonnwendfeiern und die Feste der einzelnen Ortsgruppen hinzukamen, war auf diese Weise innerhalb des Verbandslebens ein Jahreszyklus von Festtagen entstanden, der dem doppelten Zweck der Gemeinschafts- und Gesinnungsbildung in »deutschnationalem« Sinne diente. Dazu wurde dem einzelnen Mitglied schon 1897 ein Liederbuch in die Hand gegeben, das bis 1931 23 Auflagen erlebte, und dem Wilhelm Schack bei seinem ersten Erscheinen folgende Worte mit auf den Weg gab: »Einen breiten Raum nehmen mit Recht die vaterländischen Gesänge ein . . . Keine Zusammenkunft deutschnationaler Handlungsgehilfen sollte hingehen ohne Gesang wenigstens eines dieser Lieder. Begeisterung schafft die Tat, und was könnte mehr zu edler Begeisterung für die hohen Ziele der deutschnationalen Bewegung entflammen, als z. B. die eindrucksvollen Worte der Sänger aus den Befreiungskriegen und anderer?⁴⁶«.

3. Rassentheorie und »Deutsche Bewegung«

Der DHV pflegte nicht nur die im kaiserlichen Deutschland allgemein übliche »nationale Gesinnung«. Sein antisemitischer Ursprung und die alldeutschen Vorstellungen der Jugendbundmitglieder drückten den Verbandsveranstaltungen so sehr den Stempel auf, daß der DHV zu

⁴⁵ »DHV«, 19. Jg., Nr. 16 v. 20. 8. 1912.

⁴⁶ »Liederbuch für deutschnationale Kaufmannsgehilfen«, 23. Aufl., 1931, S. 3.

den frühesten Vertretern der »deutschen Bewegung« zu rechnen ist. Zur Verbreitung ihrer Ideen entwickelte er eine in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg keineswegs allgemein übliche Aktivität, die in seiner Bildungsarbeit zum Ausdruck kam. Das Gedankengut setzte sich in erster Linie aus antisemitischen, pan-germanischen und deutschvölkischen Elementen zusammen. Was aber noch fehlte, war die Berufung auf Autoritäten und eine wissenschaftliche Rechtfertigung. So ist es zu verstehen, daß der DHV und die anderen Vereine der »deutschen Bewegung« die Rassenlehren und Rassentheorien der Jahrhundertwende mit Begeisterung übernahmen. Auf diesem Wege verbanden sich die ursprünglich aus Ressentiments gespeisten Vorstellungen der alten Antisemiten mit den alldeutschen Idealen Schönerers und der Rassentheorie und Rassenhygiene des 20. Jahrhunderts langsam zu einer Ideologie. Sie wurde vom DHV und den zahlreichen nationalen Vereinen im deutschen Mittelstand vorbereitet. Um den letzten Schritt der Vereinigung von Rassenlehren und Deutschtumsvorstellungen zu verdeutlichen, sollen hier die bekanntesten Propagandisten der Rassentheorie behandelt werden.

In den Jahren 1853 und 1855 erschienen die vier Bände des «*Essai sur l'inégalité des races humaines*» des Grafen Arthur de Gobineau. Sie brachten die Abwendung ihres Verfassers, des ehemaligen Kabinettschefs im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, von der monarchisch-konstitutionellen Konzeption seines Ministers, Alexis de Tocqueville, zum Ausdruck. Unter dem Eindruck des Jahres 1848 lehnte Gobineau Republik und Liberalismus ab und erwartete vom Bonapartismus die Wiederherstellung der Ordnung. Er schloß sich dem neuen Machthaber an und übernahm diplomatische Missionen in Bern, Hannover und Frankfurt. Seinem Biographen zufolge hat das Militär in Hannover »jene stark germanischen Eindrücke« in ihm hervorgerufen, die sich im Essay niederschlugen⁴⁷. Gobineau entwarf, seiner politischen Einstellung entsprechend, ein aristokratisches Rassenideal als Ordnungsprinzip der Gesellschaft, das über der von ihm postulierten Ungleichheit der Rassen die Überlegenheit der Germanen weltanschaulich begründete. Das Werk rief in Frankreich keine besondere Wirkung hervor. In Deutschland dagegen wurden Richard Wagner, Friedrich Nietzsche und Houston Stewart Chamberlain seine

⁴⁷ Ludwig Schemann, »Gobineau«, Bd. I, S. 378.

Vermittler. Besonders Wagner stand Gobineau auch persönlich nahe, und der Graf besuchte in seinen letzten Lebensjahren wiederholt Bayreuth⁴⁸. Hier, im Kreis um Wagner, wurde das Rassenwerk gelesen, denn Wagner hatte in Gobineau den adäquaten Geist getroffen. Hans von Wolzogen schuf der Wagner-Gemeinde mit seiner Artikelserie »Die Ungleichheit der menschlichen Rassen nach des Grafen Gobineau Hauptwerk« in den »Bayreuther Blättern« 1882/83 einen ersten Wegweiser durch den Essay⁴⁹. Auch der Historiker Ludwig Schemann wurde von Richard Wagner auf das Rassenwerk aufmerksam gemacht; möglicherweise ging die Anregung, Gobineaus Werk ins Deutsche zu übersetzen, auf Richard Wagner zurück⁵⁰.

Ludwig Schemann hatte Geschichte und klassische Philologie studiert und war von 1875 bis 1891 Universitätsbibliothekar in Göttingen, wo ihm eine enge Freundschaft mit Paul de Lagarde Anregung und Förderung brachte⁵¹. Schemanns Initiative ist es zuzuschreiben, daß Gobineau breiteren Kreisen in Deutschland zugänglich gemacht wurde. Er selbst berichtete, daß er bei seiner Werbung für Gobineaus Rassenwerk zu Beginn der neunziger Jahre wenig Gegenliebe fand, da »vier deutsche Verlagsfirmen die Übernahme jenes Werkes ablehnten mit der Motivierung, daß dasselbe veraltet und aussichtslos sei⁵²«. Schemann gründete daher am 12. Februar 1894 die »Gobineau-Vereinigung« in Freiburg i. Br., um die Mittel für die Herausgabe seiner Schriften zu beschaffen. In dieser Vereinigung dominierte jahrelang der Bayreuther Kreis unter der Förderung Cosima Wagners, die auch ihr erstes Mitglied war. Später hat der Bayreuther Kreis die Führung an die nationalen Vereine abgegeben⁵³. Schemann bezeugt, daß die wichtigsten Vereine der »deutschen Bewegung« Mitglieder der Gobineau-Vereinigung waren, an der Spitze der Alldeutsche Verband, in dessen Reihen alle die Männer standen, die für die Verbreitung der Rassenlehren wirkten, wie Otto Ammon, Ludwig Wilser und Houston Stewart Chamberlain⁵⁴. Auch verschiedene Deutschbundgemeinden, der Deutsche Ostmarkenverein, der Deutsche

⁴⁸ Ebenda, Bd. II, S. 550 ff.

⁴⁹ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 242.

⁵⁰ Ebenda, S. 244.

⁵¹ Wilhelm Kosch, »Deutsches Literatur-Lexikon«, Bd. 3, S. 2442. Schemann verfaßte 1919 eine Lagarde-Biographie.

⁵² Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 137.

⁵³ Ludwig Schemann, »Gobineau und die deutsche Kultur«, S. 146.

⁵⁴ Alfred Kruck, »Geschichte des Alldeutschen Verbandes«, S. 131.

Schulverein, der Jungdeutsche Bund, der Verein Deutscher Studenten und der DHV gehörten der Vereinigung an⁵⁵. Sie förderten ihre Ziele mit reger Propaganda, »aber auch mit zum Teil namhaften Beiträgen⁵⁶«. Daher konnte die Vereinigung in wenigen Jahren die Herstellungskosten für die deutsche Ausgabe des Essays zusammenbringen, die 1898/99 in der Übersetzung von Ludwig Schemann unter dem Titel: »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen« erschien; 1907 folgte bereits die dritte Auflage⁵⁷. Schemann machte sich außerdem durch seine Gobineau-Biographie (1913/16) und verschiedene Schriften zur Interpretation der Gobineauschen Gedanken in nationalen und völkischen Kreisen einen Namen.

Seit der Jahrhundertwende bemühte sich der DHV zunehmend darum, seine Mitglieder auf rassentheoretische Werke aufmerksam zu machen. Der Verbandsvorsteher, Wilhelm Schack, wies 1903 auf dem Parteitag der Deutschsozialen Partei auf den »für wissenschaftliche Bücher beispiellosen buchhändlerischen Erfolg« der Schriften von Gobineau und Chamberlain hin, den er als Beweis dafür wertete, daß die »gebildeten Schichten« sich mit diesen Werken beschäftigten, »denn andere können sie nicht lesen . . . Es wäre zu wünschen«, fuhr er fort, »daß sich recht bald Männer finden, die diese Gedanken den breiten Schichten durch volkstümliche Gestaltung näher bringen⁵⁸«. Diesem Wunsch entsprachen die Gobineau-Vereinigung und die anderen nationalen Vereine. Um die Jahreswende 1903/04 schenkte die Gobineau-Vereinigung dem Alldeutschen Verband hundert Exemplare der neuen Auflage des Rassenwerkes unter der Bedingung, die eine Hälfte davon innerhalb des Verbandes zu verteilen, die andere an die genannten Vereine zu überweisen⁵⁹. 1905 schenkte Schemann sämtlichen Gymnasien und Realgymnasien des Reiches und Deutschösterreichs je ein Exemplar von Gobineaus »Renaissance«, »nachdem von hier und da berichtet war, daß im Geschichtsunterricht höherer Lehranstalten mit der Verlesung einzelner Szenen aus diesem Werke die stärksten Wirkungen erzielt waren«. Auch in diesem Jahr wurden durch die Vermittlung des Alldeutschen Verbandes hundert Exemplare des Rassenwerks an die

⁵⁵ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 252/53.

⁵⁶ Ludwig Schemann, »Gobineau und die deutsche Kultur«, S. 146.

⁵⁷ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 138.

⁵⁸ Wilhelm Schack, »Die Nationalsozialen und der neue Liberalismus«, S. 39.

⁵⁹ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 253.

nationalen Vereine verteilt⁶⁰. Der DHV schließlich widmete der Gobineau-Vereinigung und der Biographie des Grafen 1913 in seinem »Jahrbuch für deutschnationale Handlungsgehilfen« einen Artikel, der mit der Hoffnung auf den »deutschen Völkerfrühling« unter Gobineau als Leitstern ausklang⁶¹.

Das gleiche Jahrbuch widmete auch dem Wiener Schriftsteller Guido von List einen Artikel⁶². List beschäftigte sich seit Jahrzehnten mit der germanischen Vergangenheit, besonders mit der Interpretation der Runen. Aufsätze aus seiner Feder erschienen in verschiedenen deutschen Zeitungen, u. a. in den »Hamburger Nachrichten«. Auch die Deutschsozialen wiesen in ihrer Zeitung⁶³ auf die Arbeiten Lists und die Bedeutung der vom ihm verkündeten »ariogermanischen« Renaissance hin. In dem genannten Jahrbuch empfahl Karl Herzog⁶⁴, der Leiter der Geschäftsstelle Mannheim des DHV, den Kaufmannsgehilfen, sich in die Schriften der »Guido-von-List-Gesellschaft« zu vertiefen, die über die Buchhandlung des DHV zu beziehen waren. Die Gesellschaft war im Winter 1907/08 in Wien gegründet worden, um die Schriften Lists zu veröffentlichen und zu verbreiten. Unterzeichner des Gründungsaufrufs der Gesellschaft⁶⁵ waren neben anderen der Wiener Bürgermeister Dr. Karl Lueger, der Leiter des Harzer Bergtheaters in Thale, Dr. Ernst Wachler, der Vorsitzende der Ortsgruppe Elberfeld im DHV, Friedrich Wieggershaus, und das Vorstandsmitglied der Deutschsozialen Partei Dr. Franz Winterstein, Kassel. Auch der Gründer des Reichshammerbundes, Oberst Carl Hellwig, gehörte zu den ersten Mitgliedern der Gesellschaft. Aus Hamburg stammten die als »Stifter« bezeichneten Kaufleute Eduard Lorenz Lorenz-Meyer und Hermann Tietgens. Dieser Überblick über die Zusammensetzung der Guido-von-List-Gesellschaft und die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu anderen völkisch-nationalen Verbänden war symptomatisch für das große Interesse, das man in diesen Jahren in vielen Kreisen der Bevölkerung rassentheoretischen Fragen entgegenbrachte.

⁶⁰ Ludwig Schemann, »Gobineau und die deutsche Kultur«, S. 154; »DSBl.«, 20. Jg., Nr. 37 v. 10. 5. 1905, S. 505.

⁶¹ Karl Herzog, Gobineau. In: »Jb. 1913«, S. 198—202.

⁶² Karl Herzog, Guido von List. In: »Jb. 1913«, S. 203—207.

⁶³ »DSBl.«, 26. Jg., Nr. 60 v. 29. 7. 1911. Leitartikel von Ph. Stauff, S. 705—707.

⁶⁴ Karl Herzog fiel im ersten Weltkrieg. Das »Jb. 1918«, S. 202, druckte einen gereimten Nachruf aus dem Jahrbuch der Guido-von-List-Gesellschaft ab.

⁶⁵ Mitgliederverzeichnis der Guido-von-List-Gesellschaft zu Wien. In: Guido List, »Gesammelte Werke«, 2. Reihe, 2. Bd., Die Rita der Ario-Germanen, S. 112—118.

Lists Werke sollten die Grundlage einer Deutschtumsideologie bilden und alle Gebiete des kulturellen Lebens mit germanischem Geist erfüllen. List wollte die Kenntnis der Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkstums in das Zentrum der Bildung stellen. Seine Anhänger meinten, er habe den Nachweis erbracht, »daß wir im eigenen Lande, in den heiligen Überlieferungen unseres eigenen Volkes das Gold urarischer Weisheit und die Elemente einer Weltanschauung zu finden vermögen, die geeignet sein wird, die so lange vergebens erstrebte Versöhnung zwischen Wissen und Glauben herbeizuführen⁶⁶«.

Die Guido-von-List-Gesellschaft war nicht nur wegen der Verbreitung der Schriften Lists von Bedeutung; erst ihre personellen Verbindungen zeigen ihren Einfluß. Wilfried Daim hat in seinem Werk über Georg Lanz von Liebenfels (eigentlich: Adolf Lanz)⁶⁷ die enge Verzahnung zwischen dem im Jahre 1900 gegründeten Neutemplerorden des Lanz und der Guido-von-List-Gesellschaft nachgewiesen. Lanz selbst gehörte der letzteren sowohl als Ehrenmitglied als auch als ordentliches Mitglied an, während umgekehrt Guido von List dem Neutemplerorden im Range eines »Familiars« angehörte⁶⁸. Auch eine Reihe weiterer Personen besaß die Mitgliedschaft in beiden Körperschaften. Nach Daim hat der um 26 Jahre ältere Guido von List den ehemaligen Zisterziensermönch Adolf Lanz stark beeinflußt. Gerade die Listschen Interpretationen des germanischen Brauchtums, vor allem seine Deutung des Hakenkreuzes, sind in die Lanzasche Ideologie eingeflossen. Sie führten zusammen mit seiner Auffassung vom Katholizismus als einer Religion, die von Anfang an auf Rassenreinheit abzielte – von der die Kirche aber durch »Verjudung« abgefallen sei – zu einer Synthese, wie sie der Neutemplerorden verkündete. Beide, List und Lanz, hatten eine große Ausstrahlung. Es sei nur darauf hingewiesen, daß Adolf Hitler, der damals in Wien lebte, Lanz im Jahre 1909 aufsuchte, um seine Sammlung von Heften der »Ostara, Bücherei der Blondenen«, des Organs des Lanz, durch ihn komplettieren zu lassen⁶⁹. Was die konkreten Beziehungen zwischen diesen österreichischen Gruppen und dem DHV angeht, so sind sie in bezug auf die Guido-von-

⁶⁶ »Mitteilungen der Guido-von-List-Gesellschaft«, ebenda, S. 110.

⁶⁷ Wilfried Daim, »Der Mann, der Hitler die Ideen gab.«

⁶⁸ Ebenda, S. 85/86.

⁶⁹ Ebenda, S. 20/21.

List-Gesellschaft eindeutig erfassbar und dargelegt worden; der Einfluß des Lanz wird sich wahrscheinlich nur auf dem Umweg über die Guido-von-List-Gesellschaft ausgewirkt haben⁷⁰.

Die österreichischen Gruppen und die deutsche Gobineau-Vereinigung blieben mit ihren Bemühungen um die Verbreitung und Popularisierung der Rassenlehren nicht allein. Unter dem Einfluß des Sozialdarwinismus griffen Rassenforschung und Rassentheorie um sich. Durch Entwicklungslehre und Biologie gefördert, war eine Schule von Anthropologen entstanden, die dem Werk Gobineaus vielfältige Anregungen entnahm und es zur Richtlinie ihrer eigenen Arbeiten machte. Ludwig Wilser und Otto Ammon gehörten zu ihnen; besonders aber wurde Ludwig Woltmann, der in seiner »Politischen Anthropologie« (1903) den Menschen als primär von der Rasse bestimmt deutete, zum Fortsetzer Gobineaus. Er gründete 1902 die »Politisch-Anthropologische Revue«, die die Thesen der sozialanthropologischen Schule in weiteren Kreisen bekannt machen sollte. Schemann meinte, daß man diese Schule »recht eigentlich als die Schule Gobineaus bezeichnen dürfe« und daß die Zeitschrift eine bei ihm noch vorhandene Lücke durch die Verbindung von Rassenlehre und Darwinismus geschlossen habe⁷¹. Was bisher nur in wenigen schwer zugänglichen »wissenschaftlichen« Abhandlungen geschehen war, den Darwinismus vom Individuum auf die Gesellschaft zu übertragen und den ‚Sozialdarwinismus‘ auf allen menschlichen Lebensgebieten anzuwenden, machte sich die »Politisch-Anthropologische Revue« zur Aufgabe. Ihre Funktion war es, zu vermitteln und zu popularisieren. Dabei wurden Biologie und Medizin, Psychologie und Pädagogik, Recht und Politik zu Hilfswissenschaften der Anthropologie. In einem Prospekt, der bei der Gründung der Zeitschrift an die Mitarbeiter versandt wurde, hieß es programmatisch: »Die ‚Politisch-Anthropologische Revue‘ will eine Monatsschrift für das soziale und geistige Leben sein und zwar derart, daß sie die biologischen und anthropologischen Grundlagen in der Entwicklung der Völker zur Darstellung bringt und von diesem Gesichtspunkte aus die ganze Kulturgeschichte des Menschengeschlechts zu beurteilen versucht. Sie will, kurz gesagt, die Prinzipien

⁷⁰ Oder auch über die antisemitischen Parteivereine. In den »DSBl.«, 26. Jg., Nr. 11 v. 8. 2. 1911, findet sich ein Hinweis auf: J. Lanz-Liebenfels, »Rassen-Psychologie des Erwerbslebens« mit der Bemerkung »besonders lesenswert sind seine Erläuterungen des wahren Wesens der Banken und Börsen«.

⁷¹ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. XXV.

der natürlichen Entwicklungslehre in kritischer und folgerichtiger Weise auf die soziale, politische und geistige Entfaltung der Rassen und Staaten zur Anwendung bringen . . . Erst der Darwinismus hat die notwendige allseitige Grundlage geschaffen, von welcher aus die Aufgabe mit Erfolg angegriffen werden kann⁷²«. Das Ziel war demnach, eine »Wiedervereinigung der isoliert umsonst arbeitenden Fakultäten der Universitas litterarum⁷³« im Dienste der von Gobineau und den Sozialdarwinisten postulierten Rassenthesen zu schaffen und »die Nicht-Fachgelehrten und die weiteren Kreise des wissenschaftlich interessierten Publikums über den Stand, die Fortschritte und die Tragweite der natürlichen Entwicklungslehre zu orientieren⁷⁴«. Das Ziel sollte nicht Selbstzweck sein, sondern der »wissenschaftlichen« Fundierung einer neuen, einheitlichen Welt- und Lebensanschauung dienen: »Im Kampf um die geistige Weltanschauung und die politische Macht von großen naturgeschichtlichen Gesichtspunkten aus theoretisch, historisch und praktisch zu orientieren, ist . . . das wissenschaftliche Ziel unseres Unternehmens⁷⁵«. Auch Woltmann ging es also um die neue rassistisch begründete Weltanschauung, obgleich er – im Gegensatz etwa zu den Anhängern Guido von Lists mit ihren metaphysischen Spekulationen – Anspruch auf eine wissenschaftliche Diskussion der Rassenfragen erhob. Er knüpfte Verbindungen zu den anderen Persönlichkeiten an, die sich in ähnlichem Sinn um die rassistisch-völkische Erneuerung bemühten. Otto Ammon vermittelte zu diesem Zweck im November 1905 die Bekanntschaft zwischen Woltmann und Friedrich Lange, dem Gründer und Leiter des betont antisemitischen »Deutschbundes«; desgleichen stand Woltmann mit Lanz Liebenfels im Briefwechsel⁷⁶.

Angesichts dieser Tendenzen fehlte es auch unter den Zeitgenossen nicht an kritischen und warnenden Stimmen, die aber von den Völkischen und Antisemiten nicht ernst genommen wurden. Der Soziologe Robert Michels schrieb 1907, daß »die ‚Politische Anthropologie‘, so Bedeutsames Woltmann durch sie geschaffen hat, und so beachtenswert ihre Resultate auch zweifellos sind, in Methode und Zielsetzung ernste

⁷² »PAR«, 1. Jg., 1902, S. 78.

⁷³ Ebenda, S. 497.

⁷⁴ Ebenda, S. 1.

⁷⁵ Ebenda, S. 2.

⁷⁶ »PAR«, 6. Jg., 1907, S. 35.

Gefahren in sich zu bergen scheint und, wie ich fest überzeugt bin, entgegen der rein wissenschaftlichen leidenschaftslosen Absicht ihrer Bekenner, durch die ganz wesentliche Hervorhebung des Rassedankens im allgemeinen und die Theorien von dem Vorherrschen der nordisch-germanischen Rasselemente in den oberen Gesellschaftsschichten und geistigen Spitzen sämtlicher übriger Kulturnationen im besonderen, dem Todfeind aller wahren Kultur, dem Chauvinismus, neue Nahrung zugeführt und die Gelehrtenwelt des Auslandes zum Teil mit Mißtrauen erfüllt hat⁷⁷«.

Robert Michels hob mit Recht die Gefahren hervor, die in der Betonung des Rassedankens und der Hervorhebung der nordisch-germanischen Rasse in der Geschichte lagen. Denn die Vorstellung, einer bevorzugten Rasse anzugehören, stärkte nicht nur das Selbstbewußtsein der sozial abhängigen mittelständischen Kreise, sondern gab ihrem Antisemitismus neuen Auftrieb. Das zeigen auch die Verlautbarungen des DHV aus dieser Zeit. 1913 erklärte zum Beispiel ein führender Verbandsangestellter auf dem 13. Deutschen Handlungsgehilfenitag in Frankfurt am Main, daß an die Entfaltung deutschen Wesens in der Welt nicht zu denken sei, wenn der deutsche Geist den jüdischen Geist nicht überwinde: »An der Überwindung des jüdischen Geistes hat der deutsche Geist den Befähigungsnachweis darüber zu erbringen, ob er die Kraft besitzt, sich die Geltung in der Welt zu verschaffen, die ihm gebührt⁷⁸«.

Welche Anziehungskraft die Synthese von Antisemitismus und Nationalismus ausübte, beweist auch die Entwicklung der »Politisch-Anthropologischen Revue«. Nach dem Tode Woltmanns wurde sie mehr und mehr zu einem politischen Blatt. Vom 1. Oktober 1911 an gab Dr. Otto Schmidt-Gibichenfels die Zeitschrift heraus, der sein Programm in einem neuen Untertitel niederlegte. Die »Politisch-Anthropologische Revue« sollte jetzt eine »Monatsschrift für praktische Politik, für politische Bildung und Erziehung auf biologischer Grund-

⁷⁷ Ebenda, S. 47/48. Dort kennzeichnete Eduard Bernstein Woltmanns Anliegen folgendermaßen: »Denn daß seine scharfen Ausfälle auf die offizielle sozialistische Doktrin keine grundsätzliche Abwendung vom Sozialismus waren, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Sie waren so wenig eine Abwendung vom Sozialismus, wie seine Anerkennung eines Rassenproblems ein Übergang in das Lager der Rassentheoretiker im Sinne Ammons war. Was er suchte, war vielmehr, eine Verbindung zwischen Sozialismus und Rassentheorie herzustellen, worin ihn aber meines Erachtens sein synthetisches Streben zu weit trieb.«

⁷⁸ »DHV«, 20. Jg., Nr. 13 v. 5. 7. 1913, S. 260.

lage⁷⁹« sein. Nach dem ersten Weltkrieg nahm der »Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund« die Zeitschrift in seine Obhut⁸⁰. Ihre Tendenz entsprach der des Bundes, wie aus den Leitartikeln hervorgeht, die Otto Schmidt-Gibichenfels schrieb. Zwischen 1920 und 1922 beschäftigten sich nicht weniger als sechs davon mit der völkischen Bewegung und Politik, mit ihren Grundbegriffen und Grundsätzen und den Möglichkeiten ihrer Verwirklichung. Nach dem Verbot des »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes« stellte die Zeitschrift ihr Erscheinen im Herbst 1922 ein⁸¹.

Im Jahre 1904 war eine zweite Zeitschrift, die sich vorwiegend Rassenfragen widmete, der »Politisch-Anthropologischen Revue« an die Seite getreten: das »Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie«. Ihr Herausgeber, Alfred Ploetz, war, ebenso wie Ludwig Woltmann, praktischer Arzt, und wie dieser hatte er sich ursprünglich zum Sozialismus bekannt. Ein mehrjähriger Amerika-Aufenthalt aber brachte ihn zu der Überzeugung, daß die sozialistischen Ideale nicht realisierbar seien, weil nicht alles Übel – wie vom historischen Materialismus behauptet – umweltbedingt sei, sondern daß seine Wurzeln in den Mängeln der Erbmasse lägen⁸². Ploetz' Erkenntnis von der Bedeutung der Erbmasse und der sie bedingenden Rasse wurden der Anstoß zu seiner Lebensarbeit. Er hat sie zuerst in seinem Buch »Grundlinien einer Rassenhygiene« (1895) dargestellt⁸³. Seine Zeitschrift, obwohl im Ton wissenschaftlicher gehalten als die »Politisch-Anthropologische Revue«, würdigte Gobineau wie die Mitarbeiter der Revue als Bahnbrecher der Rassenkunde⁸⁴. In der Ankündigung des Archivs hieß es, daß die zu behandelnden Probleme »nicht nur einem großen Interesse begegnen, sondern infolge ihres pseudowissenschaftlichen Charakters auch einen großen Einfluß ausüben⁸⁵«, so daß es an der Zeit sei, die strenger wissenschaftlichen Arbeiten in einer Zeitschrift einem breiteren Leserkreis zugänglich zu machen. Das war ein Vorwurf gegen die »Politisch-Anthropologische Revue«. Schon im ersten Jahrgang des Archivs setzte sich ein bedeutender Vertreter der deut-

⁷⁹ »PAR«, 10. Jg., 1911.

⁸⁰ Alfred Roth, »Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes«, S. 21.

⁸¹ »Deutsche Zeitung«, 27. Jg., Nr. 542 Abendausgabe v. 2. 12. 1922.

⁸² Fritz Lenz, Alfred Ploetz zum 70. Geburtstag, »Archiv«, 24. Bd., 1930, S. XIV.

⁸³ Näheres über das Werk und seine Thesen bei Hedwig Conrad-Martius, »Utopien der Menschengeschichte«, S. 124 ff.

⁸⁴ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 148.

⁸⁵ »Archiv«, 1. Bd., 1904, S. III.

schen Vorgeschichtsforschung, Gustaf Kosinna, mit Ludwig Wilsers Werk »Die Germanen« kritisch auseinander⁸⁶.

Im Leitartikel der ersten Nummer des Archivs über »Die Begriffe Rasse und Gesellschaft und die davon abgeleiteten Disziplinen« machte der Herausgeber seinen Standpunkt klar; er schrieb: »Die alte dualistische Anschauung, in unserem Körper wohne ein freier Geist, der wenig gehemmt durch das körperliche Leben seine Schwingen entfaltet . . . hat keinen Raum mehr in modernen Köpfen . . . Heute stellen wir uns mehr und mehr auf den Boden des Monismus, der Einheitlichkeit geistigen und physischen Geschehens . . . Auf Grund dieser Anschauung, bei der wir noch ein wenig verweilen müssen, weil von ihr unsere allgemeine biologische Forschungsmethode abhängt, sehen wir heute alle geistigen Güter der Menschheit starr verbunden mit dem lebendigen körperlichen, und ebenso wie hier das eiserne Gesetz der Notwendigkeit herrscht, herrscht es auch in der geistigen Welt. Daraus folgt, daß alle geistige Entwicklung eng zusammengehen wird mit unserer körperlichen Entwicklung⁸⁷«. Ploetz stellte sich damit auf den Boden des Haeckelschen Monismus. Seine Überlegungen von der Bedingtheit der geistigen Entwicklung durch die körperliche Entwicklung des Menschen gewannen ihr Schwergewicht erst im Hinblick auf die Rassenlehre: einerseits war hier ein Kriterium für den Wert einer Rasse durch ihre kulturelle Höhe gefunden, andererseits ergab sich auf diesem Hintergrund mit logischer Konsequenz die Forderung der »Rassenpflege«. Tatsächlich hat Ploetz die Rassenlehre um ein wesentliches Moment bereichert: Er führte die Eugenik in Deutschland unter der Bezeichnung »Rassenhygiene« ein, d. h. in seiner Formulierung »die Lehre von den Bedingungen der optimalen Erhaltung und Entwicklung einer Rasse⁸⁸«. Um die Rassenhygiene auch praktisch vorwärtszubringen, unternahm Ploetz 1905 mit der Gründung der »Gesellschaft für Rassenhygiene⁸⁹« den Versuch, einen Bund zu organisieren, dessen Mitglieder nach den Grundsätzen der Rassenhygiene lebten. Die Gesellschaft übte starken Einfluß auf die Entwicklung der

⁸⁶ Ludwig Wilsers »Die Germanen« erschien 1904. Besprechung: »Archiv«, 1. Bd., 1904, S. 772—87; Wilsers Erwiderung darauf: ebenda, S. 896—902.

⁸⁷ »Archiv«, 1. Bd., 1904, S. 2/3.

⁸⁸ Ebenda, S. 15.

⁸⁹ Eugen Fischer, Aus der Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene. »Archiv«, 24. Bd., 1930, S. 2. Fischer gibt an (S. 4.), daß der Gesellschaft im Jahre 1930 1300 Personen angehörten.

Vererbungslehre, der Anthropologie und Eugenik aus, nicht zuletzt durch ihre Verbindungen zu den Vertretern der gleichen Disziplinen in England, Amerika und Skandinavien. Durch diese Organisation hatte auch die Zeitschrift einen gewissen Rückhalt. Sie erschien seit 1922 als »Wissenschaftliches Organ der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene« und konnte die Klippe der Inflation dadurch überwinden, daß sie von dem alldeutschen J. F. Lehmann Verlag, München, übernommen wurde⁹⁰. Auf diese Weise war es Ploetz möglich, das Archiv ununterbrochen bis zu seinem Tode im Jahre 1940 zu leiten.

Was die Rolle der hier geforderten und gepflegten Rassenhygiene als objektive Wissenschaft betraf, so hatte Ploetz schon 1895 erklärt, daß »die Hygiene der gesamten menschlichen Rasse zusammenfällt mit derjenigen der arischen Rasse«, die »die Culturrasse par excellence darstellt, die zu fördern gleichbedeutend mit der Förderung der allgemeinen Menschheit ist⁹¹«. Dieser Ansatz entsprach so sehr den Vorstellungen Gobineaus, daß ein Kritiker der Rassenhygiene 1926 zu Recht auf ihre Belastung »mit dem affektstarken Dogma der arischen Rassenlehre Gobineauscher Herkunft⁹²« hinwies. Politisch hat die Rassenhygiene bis 1932 nur auf die Kreise gewirkt, die Rassenlehre und Antisemitismus schon aufgrund ihrer völkischen Einstellung bejahten⁹³. Bevor die auf der Gobineauschen Behauptung vom Primat der germanischen Rasse fußenden Vereine der »deutschen Bewegung« hier dargestellt werden, ist ein weiterer Theoretiker zu nennen, ohne den diese These keine so umfassende Resonanz gefunden hätte. Während auf dem Gebiet der Sozialanthropologie vornehmlich Woltmann die Vorstellungen Gobineaus weiterentwickelte, war es Houston Stewart Chamberlain, der sie auf den Bereich der Kulturgeschichte übertrug. Mit seinem Werk »Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts« (1898/99) wollte er die Rassenlehre zur Weltanschauung erweitern, indem er die Rasse zum »Brennpunkt der Kulturgeschichte⁹⁴« erhob. Woltmann

⁹⁰ »Archiv«, 14. Bd., 1922.

⁹¹ »Archiv«, 24. Bd., 1930, S. XIII.

⁹² Ebenda.

⁹³ Nach 1933 erfuhr sie stärkere Verbreitung, wie Hans Günter Zmarzlik in seinem Aufsatz über die Entwicklung des Sozialdarwinismus in Deutschland nachweist. (In: »Vj.Zg.«, 11. Jg., 1963, S. 246 ff.) Auch Hans F. K. Günther, der Verfasser der für die nationalsozialistische Rassentheorie grundlegenden »Rassenkunde des deutschen Volkes«, gehörte zu den Vertretern der rassenhygienischen Richtung.

⁹⁴ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 272. Er vertritt dort die Meinung, daß die Rasse für Chamberlain nur sekundären, mittelbaren Wert habe. Nicht sie sei sein Forschungsobjekt, sondern die von ihr abhängige Kulturgeschichte.

meinte, Chamberlains Werk stelle vom kulturgeschichtlichen Standpunkt aus betrachtet eine vorbildliche Leistung dar, weil darin die Erkenntnis zur Geltung komme, daß eine Weltanschauung nicht nur Sache der Wissenschaft sei, sondern daß vielmehr Wille und Gefühl noch wichtigere Quellen für ihre Ausgestaltung seien. »Der neue Gedanke, den Chamberlain hinzufügt, besteht darin, daß es die angebotene Rasseeigenart ist, welche die in der Weltanschauung entscheidenden Sentiments zur Gestaltung treibt⁹⁵«. Da die »Grundlagen« der Zeitströmung so stark entsprachen, fanden sie große Verbreitung. Chamberlains optimistische Auffassung von der zukünftigen Rolle der Germanen kam dem ausgreifenden wilhelminischen Imperialismus stärker entgegen als Gobineaus pessimistische Spekulationen über das Aussterben der germanischen Rasse. Denn der Engländer Chamberlain verkündete, daß der germanische Gedanke heute vor allem durch die Deutschen verkörpert werde »und daß somit in einem höchsten Sinne die Zukunft des Deutschtums mit der der ganzen gesitteten Menschheit zusammenfalle⁹⁶«.

Bei Chamberlain ging die Rassenlehre ihre populärste Verbindung mit den alldeutschen Ideen ein. In dieser Form machte der »germanische Gedanke« Schule. Eine Anzahl zweitrangiger Schriftsteller und skurriler Phantasten propagierten ihn. Zu ihnen gehörten sowohl Heinrich Driesmanns mit seinem Buch »Rasse und Milieu« als auch Willibald Hentschel mit »Varuna«, der aus Sorge um die germanische Rasse vorschlug, sie durch Polygamie zu verbessern.

In Mode gekommen, fanden Rassenlehre und Sozialdarwinismus den Weg zu den nationalen Antisemiten, die sie nun als angeblich wissenschaftliche Rechtfertigung ihrer eigenen Thesen aufgriffen. Dabei kam es zu jener – schon bei der Jugendbundbewegung beobachteten – unentwirrbaren Mischung von rassisch-völkischen und deutsch-völkischen, von nationalen und pangermanischen Bestrebungen, angesichts derer Schemann 1910 die Frage stellte, ob denn das Rassenbewußtsein überhaupt etwas anderes als vergeistigter Patriotismus sei⁹⁷? Die von Schemann geforderte enge Verbindung zwischen Rassenbewußtsein und Patriotismus war einer der Gründe für die schnelle und mühelose Re-

⁹⁵ »PAR«, 2. Bd., 1903, S. 550.

⁹⁶ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerke«, S. 274, referiert die Begrüßungsworte Chamberlains an den dritten deutschen Erziehungstag in Weimar, 3. 10. 1906.

⁹⁷ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerke«, S. 252.

zeption dieser Gedanken im Mittelstand und in Angestelltenkreisen. Für sie, die sich stets zum Patriotismus bekannt hatten, bildete Rassenbewußtsein im Zeitalter des Imperialismus eine Steigerung ihres Selbstbewußtseins und eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Überzeugungen. Das aristokratische Rassenbewußtsein entsprach der antiinternationalen und antisozialistischen Einstellung des DHV.

4. DHV und »Deutsche Bewegung«

Der DHV wollte die berechtigten sozialen Forderungen der Handlungsgehilfen vertreten. Seine Satzung enthielt eine detaillierte Liste dieser Forderungen. Es erhebt sich daher die Frage, wie die sozialpolitische Tätigkeit mit der vom Verband geforderten und geförderten Pflege der völkischen Ideologie zu vereinbaren war. Eine Organisation, die radikale ideologische Tendenzen vertrat, lief Gefahr, daß ihre sozialen Forderungen von Regierung, Parlament und Parteien nicht ernst genommen oder aus politischen Gründen abgelehnt wurden. Außerdem waren die Prinzipale nach wie vor konservativ oder nationalliberal eingestellt und verachteten das öffentliche Auftreten der »deutschnationalen« Gehilfen. Unter dieser Einstellung litten nicht nur einzelne Verbandsmitglieder, sondern teilweise auch die Ortsgruppen in den Kleinstädten. Was konnten die DHVer schließlich erreichen, wenn sie bei den politisch einflußreichen Kreisen in Verruf kamen? Gerade von den Mitgliedern und Ortsgruppen, denen die Radikalität des Verbandes die Antipathie der politisch und gesellschaftlich Bestimmenden eintrug, wurde in Hamburg immer wieder Beschwerde über die »parteilpolitische« Betätigung des DHV geführt. Es verging kaum ein Verbandstag, auf dem die Verbandsleitung diesen Vorwurf nicht zu entkräften hatte. Er spielte bei dem »Regierungswechsel« Schack – Bechly eine Rolle und verschwand seitdem nicht mehr aus der verbandsinternen Politik.

Unter diesem Aspekt gewannen die engen Verbindungen des DHV zu den Verbänden der »deutschen Bewegung« ihre entscheidende Bedeutung. In Gemeinschaft mit dem Alldeutschen Verband und anderen völkischen Vereinigungen konnte man sich politisch exponieren. Es ist aber symptomatisch, daß sich Schack und die führenden DHVer im Rah-

men der engeren Verbandsarbeit extrem völkischer und antisemitischer Äußerungen enthielten und die »Handels-Wacht« als Quelle für die Verbindungen des DHV zur »deutschen Bewegung« unergiebig ist. Der Anspruch des DHV, gleichzeitig »Interessenverband« und »Gesinnungsgemeinschaft« zu sein, führte zu einer Kollision seiner sozialpolitischen und seiner völkischen Ziele. Daß aus der Kollision kein Bruch wurde, lag daran, daß der DHV seinen Mitgliedern durch die engen Verbindungen zur »deutschen Bewegung« die Möglichkeit bot, sich in antisemitischen Parteivereinen und nationalen Verbänden zu betätigen. Viele DHVer waren daher in der völkischen Bewegung aktiver als in der gewerkschaftlichen Verbandsarbeit. Sie setzten sich dort für die völkischen Bestrebungen ein und nahmen die Rassenvorstellungen auf, die auf diesem Wege in die Bildungsarbeit des Verbandes eindringen und deren völkischen Charakter prägten.

Zu den nationalen Vereinen, in denen sich auch DHVer betätigten, gehörte der Alldeutsche Verband, der Gobineaus Rassenwerk sofort nach der Übersetzung in den eisernen Bestand seiner Literatur aufnahm. Der DHV unterstützte die Ziele des Alldeutschen Verbandes wie die der Gobineau-Vereinigung und des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins durch seine korporative Mitgliedschaft⁹⁸. Die Wahl des Verbandsvorstehers Wilhelm Schack in den Vorstand des Alldeutschen Verbandes im Winter 1902/03 brachte die enge Verbindung der beiden Organisationen zum Ausdruck⁹⁹. Die gemeinsamen großdeutschen und alldeutschen Ideen führten die beiden Vereine zusammen. Der Alldeutsche Verband erstrebte nach § 1 seiner bis 1903 gültigen Satzung, die der DHV 1901 in seinem Jahrbuch abdruckte, »Belebung der deutsch-nationalen Gesinnung auf der ganzen Erde, Erhaltung deutscher Art und Sitte in Europa und über See und Zusammenfassung des gesamten Deutschtums¹⁰⁰«. Ähnliche Ziele propagierte die »Handels-Wacht«, die sich 1899 für eine gemeinsame Organisation der Deutschen des Reiches, Österreichs, der Schweiz, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs

⁹⁸ »Bericht und Abrechnung des DHV für das Jahr 1898, erstattet auf dem Verbandstag am 2. 4. 1899 zu Kassel«, S. 31 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4013). Entsprechende Verbindungen bestanden auch zu den Vereinen, die soziale Bestrebungen vertraten. So war der DHV 1898 Mitglied des »Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichts-wesen« und des »Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise«. Auf diese Verbindungen kann im Rahmen der Fragestellung dieser Arbeit nicht eingegangen werden.

⁹⁹ »DHW«, 10. Jg., Nr. 1 v. 1. 1. 1903.

¹⁰⁰ Abgedruckt in »Jb. 1901«, S. 235. Im »Jb. 1906«, S. 37—41, findet sich ein Aufsatz von Ernst Hasse über den Alldeutschen Verband.

durch Gründung eines mitteleuropäischen Zollbundes aussprach. Das Deutschtum könne seine weltgeschichtliche Mission nur unter Wahrung der nationalen Eigenart und reinlicher Scheidung von fremden Elementen erfüllen. Nur unter dieser Voraussetzung könne »am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen¹⁰¹«. In der Verknüpfung des alldeutschen mit dem antisemitischen Gedanken war der DHV dem Alldeutschen Verband allerdings voraus. Erst nach dem Tode des langjährigen ersten Vorsitzenden, Professor Ernst Hasse, drängte sein Nachfolger, der aus dem Deutschbund kommende Justizrat Heinrich Claß¹⁰², den Verband in diese Richtung. In der Weimarer Republik bekannte sich der Alldeutsche Verband offen zum Antisemitismus und zur völkischen Ideologie. Zu diesem Zeitpunkt aber distanzierte sich der DHV von den Verbänden der völkischen Bewegung. Die Entfremdung wurde dadurch verstärkt, daß der Alldeutsche Verband mit einem eigenen sozialpolitischen Programm hervortrat.

Die öffentliche Zusammenarbeit der Verbände bezog sich auf den gegenseitigen Besuch der Verbandstage¹⁰³ und die gemeinsame Veranstaltung nationaler Feiern¹⁰⁴, an denen sich häufig auch die anderen Verbände der »deutschen Bewegung« beteiligten. Im Zeichen der Affinität der Vorstellungen begrüßten die »Alldeutschen Blätter« 1905 Schacks Wahl in den Reichstag mit der Bemerkung: »Zu den treuesten Mitstreitern des Alldeutschen Verbandes in allen Ortsgruppen zählen wir immer die Mitglieder des DHV... Wenn der DHV doch stets

¹⁰¹ »DHW«, 6. Jg., Nr. 23 v. 1. 12. 1899, S. 343/44.

¹⁰² Heinrich Claß schreibt in seinem autobiographischen Werk »Wider den Strom«, S. 88, daß er, vom grundsätzlich judengegenrischen Deutschbund kommend, den Weg zum Alldeutschen Verband gefunden habe. »Der Alldeutsche Verband zur Zeit seiner Gründung und unserer beginnenden Arbeit, ja eigentlich bis zu meiner Wahl zum Vorsitzenden (1908) war ebensowenig antisemitisch wie seine Führer. Mit meiner Wahl in die Hauptleitung (1902) kam der erste entschiedene Antisemit in diese Körperschaft.« Erst in seiner Sitzung am 30. 8. 1924 in Stuttgart nahm der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes einen »Arierparagrafen« in seine Satzung auf.

¹⁰³ Ernst Hasse nahm an dem Leipziger Verbandstag des DHV von 1898 teil. Vgl. »DHW«, 5. Jg., Nr. 9 v. 1. 5. 1898. Für die Teilnahme von DHV-Vertretern auf alldeutschen Verbandstagen, s. »Alldeutsche Blätter«, 21. Jg., Nr. 37 v. 16. 9. 1911, und ebenda 22. Jg., Nr. 37 v. 14. 9. 1912.

¹⁰⁴ Aus der Flut derartiger Veranstaltungen sei ein Beispiel herausgegriffen: Die »Alldeutschen Blätter«, 28. Jg., Nr. 20 v. 18. 5. 1918, berichten von einer Kranzniederlegung zu Bismarcks 103. Geburtstag. Daran beteiligten sich: die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes sowie dessen Ortsgruppen Hamburg und Mainz, der Deutsche Ostmarkenverein, die Hamburgisch-Konservative Vereinigung, der Verein für das Deutschtum im Ausland, der Nordmark-Verein, die Nationalen Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, der Allgemeine Deutsche Sprachverein, der Weinheimer Alte-Herren-Verband, das Korps Deutscher Technischer Hochschulen, der DHV und der Verband der Kriegsfreiwilligen von 1870/71.

das nationale Panier in alldeutschem Sinne hochgehalten hat, so ist dies mit in erster Reihe das Verdienst seines Ersten Vorsitzenden Schack¹⁰⁵«.

Neben den Verbindungen des DHV zum Alldeutschen Verband bestanden Beziehungen zu den übrigen Gruppen und Vereinen der »deutschen Bewegung«. Viele von ihnen verdanken ihr Entstehen der Initiative der beiden vielseitigen Organisatoren der »deutschen Bewegung«, Dr. Friedrich Lange in Berlin und Theodor Fritsch in Leipzig. Ein Rückblick auf das Lebenswerk dieser beiden Männer macht deutlich, in welcher Fülle von völkischen Verbänden mit jeweils ähnlicher Zielsetzung sich die Mitglieder des DHV betätigten.

Friedrich Lange, ehemaliger Redakteur der »Täglichen Rundschau«, propagierte als geistiger Schüler Paul de Lagardes ein rassistisch-biologisch verstandenes Deutschtum. Seine Programmschrift »Reines Deutschtum« war aber auch Gobineau verpflichtet, wenn sie sich das Ziel setzte, »den Nationalgeist auf dem Grunde des Rassegedankens auf jederlei Weise zu heben¹⁰⁶«. Was andere durch Propaganda in Wort und Schrift taten, wollte Lange, ebenso wie Fritsch, durch die Bildung von Gruppen und Zellen für die »deutsche Bewegung« tun. So gründete er 1894 aus dem Leserkreis der »Täglichen Rundschau« den »Deutschbund¹⁰⁷«, dessen führende Vertreter es unternahmen, die deutschvölkische Ideologie auf allen Gebieten des kulturellen und des politischen Lebens anzuwenden: Friedrich Lange in Mittelstandsfragen und Wirtschaftspolitik, Max Robert Gerstenhauer als Kolonialpolitiker und Adolf Bartels als Literaturhistoriker. Auch in die realpolitische Sphäre griff Lange mit seinem Deutschbund ein. Er gründete im April 1896 die »Deutsche Zeitung«, die 1917 in den Besitz des Alldeutschen Verbandes überging, und 1902 den »Nationalen Reichswahlverband«, der für das Zusammengehen aller nationalen Parteien bei den Reichstagswahlen wirken sollte. Er ging 1905 in dem von alldeutscher Seite gegründeten »Reichsverband gegen die Sozialdemokratie« auf¹⁰⁸.

Der DHV warb in seinem Jahrbuch von 1901 für den Deutschbund. Unter der Rubrik »Nationale Vereine« druckte er die Satzung des

¹⁰⁵ Abgedruckt in »DHV«, 12. Jg., Nr. 24 v. 15. 12. 1905.

¹⁰⁶ Ludwig Schemann, »Gobineaus Rassenwerk«, S. 258.

¹⁰⁷ Heinrich Claß, »Wider den Strom«, S. 31. Die Gründungstagung fand am 18. 10. 1894 in Berlin statt.

¹⁰⁸ »Deutsche Zeitung«, Nr. 73 v. 28. 12. 1917.

Deutschbundes ab, die das »Streben zu immer reinerem Deutschtum« als Zweck des Bundes nannte. Erklärend hieß es: »Für diesen Zweck scheuen wir auch den Krieg nicht; denn solch ein Krieg bedeutet uns nicht ein Unrecht, sondern eine heilige Pflicht und ein höchstes Opfer für Volkstum und Menschheit¹⁰⁹«. Die völkischen Vorstellungen von der Exklusivität des deutschen Volkstums waren hier bereits eine so enge Verbindung mit darwinistischen Thesen eingegangen, daß einen Krieg zu beginnen nicht als Aggression anderen Völkern gegenüber aufgefaßt wurde, sondern als eine »heilige Pflicht«. Es gehörte zu den Pflichten der »Deutschbund-Brüder« und zu ihrem Dienst »am reinen Deutschtume, den schädlichen Einfluß des Judentums« abzuwehren. »Jüdisches Blut« wurde im Deutschbund nicht geduldet. So ist verständlich, daß die Ziele des Deutschbundes vom DHV propagiert wurden und daß dessen Verwaltungsmitglieder Richard Döring, Alfred Roth und Albert Zimmermann »Deutschbund-Brüder« waren. Ebenso reichten die Beziehungen des Deutschbundes in den Alldeutschen Verband. Das gilt in erster Linie für dessen Vorsitzenden, Heinrich Claß. In den neunziger Jahren erlangten einige der lokalen Deutschbundgemeinden eine Bedeutung als Urzellen des Alldeutschen Verbandes¹¹⁰.

Der zweite Wegbereiter der völkischen Bewegung, Theodor Fritsch, kam aus dem antisemitischen Parteileben der achtziger Jahre. Er gab die »Antisemitische Correspondenz« – seit 1890 »Deutsch-Soziale Blätter« – heraus und betätigte sich in der Deutsch-Sozialen Partei, um Anhänger für den Antisemitismus zu gewinnen. Aber schon auf dem Parteitag der Deutsch-Sozialen Partei im Mai 1893 zeigte es sich, daß er den meisten Mitgliedern zu radikal war, so daß er mit dem gemäßigteren Liebermann von Sonnenberg zusammenstieß. Der Konflikt endete im September 1894¹¹¹ mit dem Besitzwechsel der Zeitung: die »Deutsch-Sozialen Blätter« gingen an Liebermann über, der als Vorsitzender der Partei die Mehrheit hinter sich hatte und die Zeitung zu einem reinen Parteiorgan ausbaute. Fritsch schrieb später über den Kurswechsel bei den »Deutsch-Sozialen Blättern«, daß Liebermanns

¹⁰⁹ »Jb. 1901«, S. 236/37.

¹¹⁰ Heinrich Claß, »Wider den Strom«, S. 33.

¹¹¹ Kurz vor der endgültigen Vereinigung der beiden antisemitischen Parteirichtungen in der »Deutschsozialen Reformpartei« am 7. 10. 1894.

»schlagfertige Redeweise« zwar in jeder Versammlung den Beifall der Zuhörer gewonnen, daß er aber nicht das gleiche Geschick als Artikelschreiber gehabt habe. »Über einige gut patriotische, nationale, königstreue und kirchenfromme Wendungen brachte er es gewöhnlich nicht hinaus . . . Den tieferen Problemen der Rassenfrage, ebenso wie der religiösen Frage ging er aus dem Wege¹¹²«. Was Fritsch Liebermann vorwarf, war nicht geistiges Unvermögen sondern die taktischen Rücksichten auf die Stimmung der Parteianhänger. Von solchen Rücksichten war Fritsch als Sektierer frei. Er vollzog die Trennung zwischen Politik und Weltanschauung, Partei und Gemeinde und arbeitete unabhängig von der Partei. Trotz mehrfacher Bitten lehnte er es ab, Kandidaturen zu übernehmen¹¹³, um statt dessen die rein rassistisch verstandene völkische Ideologie zu propagieren. 1901 gründete er die Zeitschrift »Hammer« mit den Untertiteln »Parteilose Zeitschrift für nationales Leben« und »Blätter für deutschen Sinn«, die in 10 000 Exemplaren pro Nummer versandt wurde¹¹⁴. Um Zeitschrift und Verlag wollte er die überzeugten Anhänger der Rassenlehre sammeln. Zur gleichen Zeit schrieb sein alter Mitarbeiter Willibald Hentschel an »Varuna. Das Gesetz des aufsteigenden und sinkenden Lebens in der Völkergeschichte«, einer Welt- und Geschichtsbetrachtung vom Standpunkt des »Ariers« aus. Das Buch erschien im Hammer-Verlag und konnte nach Theodor Fritsch »in gewissem Sinne als Programmschrift des ‚Hammer‘ gelten¹¹⁵«. 1903 wandte sich Fritsch mit »Vertraulichen Mitteilungen« an den Mitarbeiterkreis seiner Zeitschrift, um ihn für eine größere Einheitlichkeit der geistigen Einstellung zu gewinnen. »Aus diesen ‚Vertraulichen Mitteilungen‘, die mehrere Jahre hindurch in größeren Zwischenräumen erschienen und gewissermaßen den Ansatz zu der oft geforderten völkischen Führerschule bildeten, erwuchs die Idee einer Deutschen Erneuerungsgemeinde¹¹⁶«.

Sie wurde bald in die Tat umgesetzt. Aus dem Mitarbeiterkreis und den Lesern des Hammer bildeten sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts »Hammer-Gemeinden«. Nachdem schon in Berlin, Leipzig und Stuttgart solche Vereinigungen bestanden, wurde der Hammerbund

¹¹² Theodor Fritsch, Aus der Entstehungszeit des Hammer. In: »Hammer-Festschrift«, S. 8.

¹¹³ Willi Buch, Als Lehrling in der Hammer-Schmiede. In: »Hammer-Festschrift«, S. 67.

¹¹⁴ Theodor Fritsch, Aus der Entstehungszeit des Hammer. In: »Hammer-Festschrift«, S. 14.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ »Hammer-Festschrift«, S. 50.

Hamburg am 13. November 1909¹¹⁷ gegründet. Von hier soll auch der Aufruf zur Theodor-Fritsch-Spende von 1912 ausgegangen sein, die zur Gründung des »Reichshammerbundes« führte¹¹⁸. Unter diesem Namen schloß der Oberst a. D. Carl Hellwig, Kassel, die lokalen Hammer-Gemeinden am 24. Mai 1912 zusammen¹¹⁹. Er fungierte als Bundeswart der neuen Organisation, während die Hauptgeschäftsstelle unter der Leitung des DHVers Walter Otto nach Hamburg gelegt wurde, weil hier unter den Mitgliedern des DHV ein starker Anhang vorhanden war. Wie eng die Beziehungen zwischen DHV und Reichshammerbund wirklich waren, wurde nach dem Tod Hellwigs sichtbar. Am 14. Juni 1914 wählte ein außerordentlicher Bundestag in Weimar Alfred Roth, der der Verwaltung des DHV seit 1901 angehörte, zum Bundeswart des Reichshammerbundes¹²⁰. Der »Hammer« begrüßte diese Wahl, weil Hauptgeschäftsstelle und Bundeswart jetzt in Hamburg – dem Sitz des DHV – vereinigt waren. Für den Geist, der in diesem Bund herrschte, soll hier exemplarisch nur der Aufruf Ottos zum Kriegsbeginn 1914 zitiert werden. Darin hieß es unter anderem: »Durch unsere Arbeit im Reichshammerbund haben wir es längst erkannt – es ist kein Nationalitätenkampf, es ist der große Rassekampf gegen uns heraufbeschworen. Im Osten die Slawen, im Westen die jüdisch durchsetzten Romanen, dazu die kühl berechnende Krämerseele des Engländers, getragen von eben demselben Orientalegeist – so ist der Ring gegen die Germanen geschlossen¹²¹«. Diese »Philosophie« wurde nach dem ersten Weltkrieg vom »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund« vertreten. Jetzt war es der Alldeutsche Verband, der seit seiner Bamberger Tagung im Februar 1919¹²² die Initiative in der Organisation der Judengegner ergriff. Dabei konnte er sich auf die Erfahrungen eines so eifrigen Agitators und Organisators wie Alfred Roth stützen, die dieser im DHV und im Reichshammerbund gesammelt hatte. Denn Roth, der seit 1913 auch

¹¹⁷ Die »DSBl.«, 24. Jg., Nr. 92 v. 17. 11. 1909, erläuterten dazu: »Der Hammerbund ist eine Vereinigung von deutschen Männern und Frauen, die ein Geistesleben und eine Gesellschaftsordnung erstrebt, welche der Eigenart des deutschen Volkes als dem Ergebnis seiner geschichtlichen Entwicklung und rassischen Herkunft entspricht«.

¹¹⁸ Willibald Schulze, Aus den Jugendtagen des Reichshammerbundes, Hamburg. In: »Hammer-Festschrift«, S. 71.

¹¹⁹ »DSBl.«, 27. Jg., Nr. 44 v. 1. 6. 1912, S. 526.

¹²⁰ »Hammer«, 13. Jg., Nr. 289 v. 1. 7. 1914.

¹²¹ »Hammer«, 13. Jg., Nr. 294 v. 15. 9. 1914.

¹²² Alfred Kruck, »Geschichte des Alldeutschen Verbandes«, S. 131/132.

dem Vorstand des Alldeutschen Verbandes angehörte, wurde zum Hauptgeschäftsführer des neuen Tochterverbandes, des »Deutschen Schutz- und Trutzbundes«, ernannt. Er überführte den Reichshammerbund in den Deutschen Schutz- und Trutzbund, so daß er gewissermaßen den Grundstock für den neuen Bund bildete, der dadurch sofort mit einer Mitgliederzahl von einigen Tausend an die Öffentlichkeit treten konnte¹²³. Ein halbes Jahr später, am 1. Oktober 1919, erfolgte der Zusammenschluß mit dem »Deutschvölkischen Bund¹²⁴«, der sich nach der Vereinigung der »Deutschvölkischen Partei« (so nannten sich die beiden antisemitischen Parteien seit ihrem Zusammenschluß von 1914) mit der DNVP aus den ehemaligen Mitgliedern der Deutschvölkischen Partei gebildet hatte. Seit dieser Fusion bis zu seinem Verbot nach der Ermordung des Reichsministers Rathenau führte der Verband den Namen »Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund«. Alfred Roth war es in kürzester Zeit gelungen, den neuen Verband zur größten überparteilichen Organisation der Judengegner in Deutschland zu machen, indem er die Völkischen des DHV, des Alldeutschen Verbandes, des Reichshammerbundes und der alten antisemitischen Parteien darin vereinigte.

Wenn der DHV bei seinen Mitgliedern das »völkische Bewußtsein« geweckt hatte, gingen sie in die Verbände der »deutschen Bewegung« und wirkten dort – organisatorisch und propagandistisch – für die Verbreitung des völkischen und antisemitischen Geistes. Die einzelnen, die hier namentlich erwähnt wurden, waren keine Ausnahmereisnerungen. Vielmehr muß betont werden, daß das Quellenmaterial, um in der Terminologie der Völkischen zu sprechen, nur die »in vorderster Linie kämpfenden Gesinnungsgenossen« erfaßt, daß sich dagegen die große Menge der in zweiter Linie Stehenden selten namentlich nachweisen läßt. Es ist vielfach bezeugt, daß Mitglieder des DHV oft den zahlenmäßig stärksten, zumeist auch den aktivsten Mitgliederstamm der Organisationen der »deutschen Bewegung« stellten. Neben Wilhelm Schack und Alfred Roth, Richard Döring und Albert Zim-

¹²³ Alfred Roth, »Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes«, S. 13.

¹²⁴ Vorsitzender: Professor Ferdinand Werner, MdR.; zweiter Vorsitzender: Friedrich Wiegnerhaus, Stadtverordneter in Elberfeld, ehemaliger DHVer; Schriftführer: Johann Henningsen; Geschäftsführer: Arthur Götting und H. Thams. Über den Zusammenschluß der verschiedenen Bünde im »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund« s. Werner Jochmann, »Nationalsozialismus und Revolution«, Anmerkungen zu den Dokumenten 1 und 3.

mermann, Johann Henningsen, Walter Otto und Friedrich Wiegershaus sei hier stellvertretend ein ungenannter DHVer zitiert. Er teilte der Redaktion der »Handels-Wacht« 1917 mit, daß er folgenden Vereinigungen als Mitglied angehöre: DHV, »mein Erzieher«; Germanen-Orden (eine deutschvölkische Loge), Reichsverband der Deutschvölkischen Partei, Verband gegen die Überhebung des Judentums, Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, Fichte-Gesellschaft von 1914, Deutscher Bund gegen die Frauenemanzipation, Schutzbund fürs deutsche Weib, Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung, Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden, Deutscher Sonntagsbund¹²⁵.

Welche Folgen sich aus der ideologischen Prägung der Handlungshelfen durch den DHV ergaben, wurde in der Weimarer Republik sichtbar. Unter dem Zwang des Weltkrieges und der Revolution mußte der Verband zu einer intensiveren gewerkschaftlichen Interessenpolitik übergehen. Das widerstrebte den völkischen DHVern, die ihre Mitgliedschaft im DHV zwar aus wirtschaftlichen Gründen aufrechterhielten, ihre radikalen politischen Vorstellungen aber in anderen Organisationen verwirklichen wollten. Sie gingen in den »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund« und in die Parteien der extremen Rechten, während sich eine andere Gruppe innerhalb des Verbandes im »Ring der Getreuen« zusammenschloß, um gegenüber der Interessenpolitik der Verwaltung die völkische Grundtendenz des Verbandes aufrechtzuerhalten.

Die völkische Zielsetzung des DHV wurde 1909 in einer Artikelserie der »Handels-Wacht« umrissen. Die Artikel, die unter dem Titel »Völkische Hochziele¹²⁶« erschienen, waren nicht gezeichnet, können aber als Meinungsäußerung von Schriftleitung und Verbandsführung gewertet werden. Sie wurden von den Deutsch-Sozialen Blättern nach-

¹²⁵ »DHW«, 24. Jg., Nr. 3 März 1917, S. 42. Es handelt sich um einen »Verbandskollegen aus Leipzig« mit der Mitgliedsnummer 103 860.

¹²⁶ 1. »DHW«, 16. Jg., Nr. 11 v. 1. 6. 1909, S. 209—11.
Völkische Hochziele. Das Erwachen des Rassegedankens.
2. »DHW«, 16. Jg., Nr. 12 v. 15. 6. 1909, S. 225—27.
Völkische Hochziele. Erziehung zur Rasse.
3. »DHW«, 16. Jg., Nr. 15 v. 1. 8. 1909, S. 291/92.
Völkische Hochziele. Das deutsche Heer.
4. »DHW«, 18. Jg., Nr. 15 v. 5. 8. 1911, S. 298/99.
Völkische Hochziele.

gedruckt¹²⁷ und fanden auch außerhalb des DHV Resonanz. Dafür war entscheidend, daß die »Völkischen Hochziele« Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dem Rassegedanken unterordneten. Die ersten drei Artikel vom Sommer 1909 trugen die Untertitel: »Das Erwachen des Rassegedankens« – »Erziehung zur Rasse« – »Das deutsche Heer« – und lassen in der Reihenfolge der behandelten Themen die Tendenz erkennen.

Die »Rasseinstinkte« seien die Quelle der Vaterlandsliebe, hieß es im ersten Artikel, »das jauchzende Bekenntnis der gleichen Blutgemeinschaft, des gleichen Rhythmus des Blutes«. England, das »rassebewußteste, rassenstolze und darum rassenstärkste Volk unserer Zeit« wurde den Deutschen als Vorbild hingestellt. Die Amerikaner wurden zitiert, weil sich in ihrem Staat trotz des Völkergemisches die Erkenntnis durchsetze, »daß ein kultureller Konzentrationsprozeß dem politisch-expansiven vorausgehen müsse¹²⁸«. Damit war die Funktion der »deutschen Bewegung« angesprochen: Sie sollte den völkischen Konzentrationsprozeß im deutschen Volk hervorrufen und unterstützen. Denn die rassische Einheit, deren Erkennungsmerkmale der Verfasser in der gemeinsamen Abstammung und dem gemeinsamen Schicksal des zusammenlebenden Volkes sah, wurde für die Deutschen bejaht. Gleichzeitig aber stellte der Verfasser einen bedauerlichen Mangel an »Rassenbewußtsein« in Deutschland fest und legte in seinem zweiten Artikel dar, weshalb die »Erziehung zur Rasse« erforderlich sei. Er zeigte die »völkische Verkommenheit« der Deutschen, die er darauf zurückführte, daß Heer und Ehe – die »beiden Grundpfeiler der germanischen Rasse« – nicht die Rolle im Volksleben spielten, die ihnen zukomme. Ihre Bedeutung wurde im dritten und vierten Artikel behandelt und bildet die thematische Klammer, die den vierten Artikel von 1911 mit den drei vorausgehenden verbindet. Die Abhandlung über das deutsche Heer ging davon aus, daß in den deutschvölkischen Kreisen mit Recht immer wieder auf den Krieg als den Schöpfer alles Großen, Starken und Heldenhaften hingewiesen werde. Daher komme es auf eine Erziehung zum Kriege an. Die Deutschen seien nicht mehr das Volk der Dichter und Denker, sie seien zu einem Volk der Tat

¹²⁷ »DSBl.«, 24. Jg., Nr. 49 v. 19. 6. 1909, S. 582–84.

2. Fortsetzung der »Völkischen Hochziele«.

»DSBl.«, 24. Jg., Nr. 63 v. 7. 8. 1909, S. 750/51.

3. Fortsetzung der »Völkischen Hochziele«.

¹²⁸ »DHW«, 16. Jg., Nr. 11 v. 1. 6. 1909, S. 211.

geworden. Der Gedankengang gipfelte in folgender Schlußfolgerung: »Man überlege sich doch nur: kann es eine höhere Lebensbejahung geben, als daß man das Leben anderer zugunsten des eigenen verneint? Und ist der Krieg etwas anderes, wie eine solche Lebensbejahung? Und Lebensbejahung ist eben der neue Geist unserer Zeit¹²⁹«. Dem praktischen Exerzieren im Heer kam ein besonderer Wert zu, weil es lehre, »daß der einzelne Mann gar nichts bedeutet gegenüber der Gesamtheit«. Das Einzelwesen habe zu lernen, seinen Willen, seine leiblich-seelische Existenz zu opfern, wenn es um das Vaterland gehe. Das sei die beste Erziehung zur Rasse, vorausgesetzt, daß Rasse und Vaterland identisch seien. »Wo dies aber nicht der Fall ist, wo sich, wie bei uns z. B. die Semiten, Fremdkörper befinden, da sollte die Erziehung zum Kriege mehr denn anderswo auch Erziehung zur Rasse sein¹³⁰«. Sie sei aber undenkbar, ohne »daß man seine eigene Rasse als die erste Rasse bejaht«. Das deutsche Volk sollte zum »Herrenbewußtsein« kommen durch Erziehung zur Rasse und Rückkehr zur »germanischen Ehe«.

Diese Forderung leitete der Verfasser aus zwei Beobachtungen ab: Erstens führe das Zweikinder-System bei den besser Situierten auf die Dauer zu einer Verminderung der Durchschnittsqualität der Rasse; zweitens achte man bei Pferden, Hunden, Hühnern und Gänsen auf Abstammung und wisse, was bewußte Züchtung vermag. Von sich selbst aber wisse es der Mensch offenbar nicht. Er habe bisher nicht das Geringste unternommen, »Mißgeburten des Körpers und der Seele zu verhindern oder gar die natürliche Zuchtwahl mit der festen Hand seines bewußten Willens zu lenken¹³¹«. Diesen Mängeln müsse abgeholfen werden. Es seien solche materiellen Verhältnisse zu schaffen, daß auch der Gebildete in jüngeren Jahren heiraten könne; die Heiratskandidaten müßten körperlich die Gewähr bieten, daß ihre Nachkommen gesund seien, und sollten bewußt den Rasseinstinkten bei der Wahl des Partners folgen. Dann wäre die deutsche Ehe wieder der frische Born der Rasse, und das deutsche Wesen könne entstehen, »an dem einmal noch die ganze Welt genesen wird«.

Die »Völkischen Hochziele« spiegeln die Vorstellungswelt der »deutschen Bewegung« wider. Zur Zeit ihres Erscheinens gehörte der DHV

¹²⁹ »DHW«, 16. Jg., Nr. 15 v. 1. 8. 1909, S. 291.

¹³⁰ Ebenda, S. 292.

¹³¹ »DHW«, 18. Jg., Nr. 15 v. 5. 8. 1911, S. 299.

bereits zu ihren maßgeblichen Repräsentanten. Hier waren die Gobineauschen Rassengedanken vorhanden, erweitert durch die Rassenlehren der Jahrhundertwende; hier wurden die vom Darwinismus inspirierten Deutungen des Krieges vertreten, die der Deutschbund in seiner Satzung propagierte; hier waren schließlich die Gedanken der Rassenhygiene lebendig – wenn auch in simplifizierter Form. Dieser Geist und die personellen und organisatorischen Querverbindungen zwischen DHV, Gobineau-Vereinigung, Alldeutschem Verband, Deutschbund und Reichshammerbund rechtfertigen es, von einer Bewegung zu sprechen, die die Entwicklung und Verbreitung der völkischen Ideologie zu ihrem Ziel gemacht hatte. Darin zeichneten sich der DHV und seine einzelnen Mitglieder durch besondere Aktivität aus.

5. Die Entwicklung des DHV und sein Verhältnis zur Antisemitenpartei (1900–1914)

Die betont nationale Haltung des DHV entsprach der Zeitströmung. So fand er unter den Handlungsgehilfen stetigen Zulauf. Im Jahre 1900 nahm er mit 40 205 Mitgliedern neben den 60 960 Mitgliedern des 58er Vereins und den 55 966 Mitgliedern des Leipziger Verbandes bereits eine beachtliche Position unter den Handlungsgehilfenorganisationen ein¹³². Er gehörte wegen seiner ideologischen Orientierung zur »Deutschen Bewegung« und konnte es sich bei seiner wachsenden wirtschaftlichen Kraft leisten, die antisemitische Partei, der er seine Existenz verdankte, vor dem Untergang zu bewahren. Denn auf dem Parteitag der »Deutschsozialen Reformpartei« am 9. und 10. September 1900 in Magdeburg¹³³ zerfiel die Partei wieder in die Bestandteile, aus denen sie sich 1894 gebildet hatte: in die Deutschsozialen Liebermanns, die sich auf den »Verband Nordmark für Schleswig-Holstein und Hamburg« stützten, und die Reformer Zimmermanns, bei denen die alten Stammgebiete des Antisemitismus, das Großherzogtum Hessen und das Königreich Sachsen, blieben. Der DHV nahm sich nun der »Deutschsozialen Partei« an, die auf Anregung von Wilhelm Schack neu organisiert wurde. Um die Leistungs-

¹³² Hermann Schuon, »Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband zu Hamburg«, S. 241: »Mitgliederbewegung in den drei großen Handlungsgehilfen-Organisationen«.

¹³³ »Deutsches Blatt«, 8. Jg., Nr. 72 vom 12. 9. 1900 (Staatsarchiv Hamburg Akte 4296, F. 4).

fähigkeit der Parteipresse zu erhöhen, übernahm die Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt¹³⁴ – das 1893 gegründete Unternehmen der Deutschsozialen – die »Deutsch-Sozialen Blätter« Liebermanns, die, mit dem »Deutschen Blatt« vereinigt, ab Oktober 1903 als Parteiorgan der Deutschsozialen in Hamburg erschienen¹³⁵. Nach W. Giese, dem Geschäftsführer der Deutschsozialen Reformpartei, lebte die »Hanseatische« wesentlich vom Druck der »Deutschen Handels-Wacht« und der zahlreichen Formulare, die der DHV brauchte. So ermöglichte der Verband indirekt den Druck der »Deutsch-Sozialen Blätter« und wurde zum finanziellen Rückhalt der Partei. Das Verhältnis zwischen Handlungsgehilfenverband und Partei kehrte sich damit um. Hatte die Partei den Verband bisher durch ihre Presse, ihre Parteivereine und Reichstagsabgeordneten unterstützt und seine Ausbreitung ermöglicht, so erschien die Deutschsoziale Partei in der Folgezeit als ein »Anhängsel des DHV«, da zahlreiche Mitglieder aus den Parteiver-einen nach und nach in den Handlungsgehilfenverband übergegangen waren. Giese folgerte daraus, »daß Herr Schack in jeder Richtung der neuen Partei seinen Willen diktieren kann¹³⁶«. Diese Folgerung war nicht aus der Luft gegriffen, denn die Parteileitung wurde 1903 von Berlin nach Hamburg verlegt, wo sie bis 1908 im Hause des DHV untergebracht war¹³⁷.

Auf parlamentarischer Ebene realisierte Liebermann seinen Plan eines engeren Zusammengehens der seiner Partei nahestehenden Gruppen und bildete im Dezember 1903 die Fraktion der »Wirtschaftlichen Vereinigung«, zu der sich die Abgeordneten der Deutschsozialen Partei, der Christlich-Sozialen Partei, der Mittelstandsvereinigung und des Bundes der Landwirte zusammenschlossen¹³⁸. Gleichzeitig wurde der

¹³⁴ Vorstand (1) und Aufsichtsrat (2) der Hanseatischen Druck- und Verlagsanstalt eGmbH, Hamburg, setzten sich nach den »DSBl.«, 19. Jg., Nr. 26 v. 30. 3. 1904, S. 362, folgendermaßen zusammen:

(1) A. M. Jacobsen, W. Schack, Th. Mumm;

(2) F. Raab, G. Weber, E. Krüß, L. Voges, R. Nitzsche, J. Irwahn, Edm. Jacobsen, F. Preuß.

¹³⁵ »DSBl.«, 18. Jg., Nr. 793 v. 29. 10. 1903, ist die erste in Hamburg erschienene Nummer der »DSBl.«.

¹³⁶ W. Giese, »Die Herren Raab und v. Liebermann in der Deutschsozialen Reformpartei«, S. 108. Er war sogar der Meinung, »daß man vielleicht Herrn Schack als die eigentlich treibende Kraft bei dem ganzen Konflikt und bei der Sezession betrachten muß«.

¹³⁷ »Deutsche Blätter«, Nr. 80 v. 3. 10. 1908 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 4296 F. 2).

¹³⁸ »DSBl.«, 18. Jg., Nr. 800 v. 17. 12. 1903, S. 60. Zur »Wirtschaftlichen Vereinigung« zählten die Abgeordneten: Liebermann (1. Vors.), Bachmeier (Stellv. Vors.), Dr. Wolf (Schriftführer), Graf Reventlow, Lattmann, Mittenmeier, Hilpert, Vogt-Crailsheim, Vogt-Hall, Zindler, D. Stöcker, Dr. Burckardt, Stauffer, Nauck.

Sekretär der Deutschsozialen Partei und Vorsteher des Gaues Nordmark im DHV, Johann Henningsen, mit der Bildung einer Zentralorganisation des »Reichsverbandes der Deutschsozialen Partei« beauftragt, als »straffe Zusammenfassung der bisher lockeren örtlichen Parteigeilde, nach dem bewährten Muster des DHV und ebenfalls mit Hamburg als Mittelpunkt¹³⁹«.

Der DHV setzte sich für diese Organisation so stark ein, weil er nach Schacks vergeblicher Kandidatur bei den Reichstagswahlen von 1898 auf diese Weise versuchen wollte, ein Reichstagsmandat für seinen Verbandsvorsteher zu erlangen. 1905 war der Aufbau des »Reichsverbandes der Deutschsozialen Partei« abgeschlossen¹⁴⁰, der die finanzielle und organisatorische Grundlage für den Reichstagswahlkampf Wilhelm Schacks im Wahlkreis Eisenach-Dermbach bildete. Dieser Wahlkreis, ursprünglich im Besitz der Nationalliberalen, war durch den Tod des Abgeordneten Otto Fries im Sommer 1905 frei geworden¹⁴¹, so daß eine Nachwahl notwendig wurde. Die Vertrauensmänner der »Wirtschaftlichen Vereinigung« hatten Wilhelm Schack als ihren Kandidaten nominiert, und Deutschsoziale und DHVer entfalteten im Herbst 1905 eine starke Agitation im Wahlkreis. Dabei unterschieden sich die Methoden der Antisemiten in ihrem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nicht von denen der neunziger Jahre. Die Leitung des DHV und der Deutschsozialen Partei verlegten in diesen Monaten ihre Tätigkeit nach Eisenach und hielten in alter Weise Reden und Versammlungen in den umliegenden Dörfern.

Den Erfolg dieser Aktivität bewies der Ausfall der Hauptwahl am 7. November. Die Stimmen verteilten sich folgendermaßen:

Sozialdemokratie	6 799 Stimmen
Wirtschaftliche Vereinigung	4 049 Stimmen
Nationalliberale	2 782 Stimmen
Freisinn	2 692 Stimmen ¹⁴² .

Trotz der eindeutigen Führung der Sozialdemokraten war es gelungen, Wilhelm Schack in die Stichwahl zu bringen. Daß er dann in der

¹³⁹ So das Mitglied der Parteileitung Franz Winterstein, Kassel (»DSBl«, 22. Jg., Nr. 20 v. 9. 3. 1907).

¹⁴⁰ »Hamburger Nachrichten«, Nr. 712 v. 9. 10. 1905. Vom 3. 1. 1906 (21. Jg. Nr. 1) an erschienen die »DSBl« im Verlage des »Reichsverbandes der Deutschsozialen Partei«. Zu dieser Zeit hatte der »Reichsverband« ca. 5200 Mitglieder.

¹⁴¹ »Aufklärungsschriften des Reichsverbandes der Deutschsozialen Partei«, Nr. 10, Oktober 1905.

¹⁴² »DHW«, 12. Jg., Nr. 23 v. 1. 12. 1905.

Stichwahl am 17. November mit 10 325 Stimmen gegen 8 621 Stimmen des Sozialdemokraten Leber¹⁴³ als klarer Sieger durchs Ziel ging, hat seinen Grund in den Vorgängen des 15. November bzw. in deren geschickter propagandistischer Ausnutzung durch die Deutschsozialen. An diesem Abend war eine Versammlung der Wähler aller bürgerlichen Parteien ins »Tivoli« einberufen worden¹⁴⁴, um zur Stichwahl Stellung zu nehmen. Vor dem Lokal kam es trotz des starken Polizeiaufgebots zu Massendemonstrationen der Sozialdemokraten, in deren Verlauf die Saaltüren eingedrückt und Fenster zerschlagen wurden. Daraufhin verbreiteten die Deutschsozialen noch in der gleichen Nacht ein Flugblatt über die »Revolution in Eisenach«, das per Eilgut in alle Dörfer versandt wurde. Die freisinnige »Eisenacher Tagespost« berichtete, daß sich daher bei den Behörden die unbegründete Meinung verbreitet habe, in Eisenach seien ernstere Unruhen geplant, so daß Gendarmerie von außerhalb hinzugezogen wurde¹⁴⁵. Auch die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung¹⁴⁶ in einzelnen ländlichen Ortschaften, die in der Stichwahl plötzlich Majoritäten für Schack brachte, erklärte die Zeitung aus der Propaganda der vereinigten Bündler und Antisemiten, denen es gelungen sei, »weite Kreise der Wählerschaft in den Wahn zu versetzen, als ob die Antisemiten das ‚Vaterland, das in Gefahr‘ sei, retten müßten¹⁴⁷«. Schacks Wahlkampf führte nicht allein die schon aus den neunziger Jahren bekannte Frontstellung zwischen Deutschsozialen und Sozialdemokraten vor Augen. Mit diesem Wahlkampf hatte auch das parteipolitische Engagement des DHV seinen Höhepunkt erreicht und überschritten.

Neben dem Nutzen, den der DHV aus seiner parteipolitischen Aktivität zog, gewann er auch Mitgliederzulauf durch seine Kontakte zu den großdeutschen Gruppen Österreichs. Die häufigen Besuche der österreichischen Antisemiten hatten das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt. So entsprach es der »deutschnationalen« Konzeption des Verbandes, sich – nachdem seine Organisation im Reich aufgebaut war – um den Zusammenschluß der deutsch-österreichischen Handlungshelfen zu bemühen.

¹⁴³ »DSBl«, 20. Jg., Nr. 94 v. 25. 11. 1905.

¹⁴⁴ »DSBl«, 20. Jg., Nr. 91 v. 18. 11. 1905.

¹⁴⁵ Abgedruckt in »DSBl«, 20. Jg., Nr. 93 v. 22. 11. 1905.

¹⁴⁶ Nach der »DHW«, 12. Jg., Nr. 23 v. 1. 12. 1905, wurden bei der Stichwahl im Jahre 1903 16 395 Stimmen abgegeben, während es 1905 über 2 500 Stimmen mehr waren.

¹⁴⁷ »DSBl«, 20. Jg., Nr. 93 v. 22. 11. 1905.

In Österreich gab es neben sozialdemokratischen Vereinigungen bereits volksparteiliche, christlich-soziale und alldeutsche Vereine für kaufmännische Angestellte. Versuche, die bürgerlich eingestellten Vereine zusammenzufassen, waren wiederholt gescheitert¹⁴⁸. Seit der Jahrhundertwende machte sich der Einfluß des DHV in Österreich geltend. Handlungsgehilfen aus Deutschösterreich, die in Deutschland Mitglieder des DHV geworden waren, kehrten bei dem regen Grenzverkehr zwischen den beiden Staaten in ihre Heimat zurück. Dort bildeten sie, dem deutschen Vorbild entsprechend, eigene Ortsgruppen. Gablonz, Karlsbad, Reichenberg und Bielitz waren die ersten Gründungen, Wien folgte¹⁴⁹. Der DHV faßte zuerst in den industriell entwickelten Grenzgebieten Fuß, wo es schon »Angestellte« gab und wo enge Kontakte zum Reich bestanden. Am 15. August 1903 konstituierte sich die Ortsgruppe Aussig; am 1. September 1903 wurde aufgrund eines Antrags der Ortsgruppe Wien der »Gau Ostmark im DHV« mit dem Sitz in Wien gegründet¹⁵⁰. Vorsitzender wurde Karl Gründahl, der eine Schulung als DHV-Angestellter in Hamburg durchlaufen hatte. Die Ausbreitung des DHV in Österreich erfolgte in ähnlichen Formen wie im Reich. Es gab eine Gauzeitung, die »Soziale Handelsrundschau«, öffentliche Versammlungen, Gautage usw. Hier kam es noch häufiger als im Reich zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit politisch anders orientierten Handlungsgehilfenverbänden. Im Anschluß an die Hamburger Wohlfahrtseinrichtungen wurden in Wien eine besondere Stellenvermittlung, Auskunftsteil und Rechtsschutzabteilung eingerichtet. Im September 1904 besuchte der Verbandsvorsteher Wilhelm Schack Österreich und sprach in einigen Ortsgruppen. Im März 1907 war der Gau Ostmark mit rund 5000 Mitgliedern der stärkste Verband der österreichischen Angestelltenorganisationen¹⁵¹.

Wie im Reich beschränkte sich seine Tätigkeit nicht auf rein gewerkschaftliche Belange, die »deutschnationale Gesinnungspflege« stand vielmehr auch dort im Mittelpunkt des Wirkens. Der Gauvorsteher sprach 1908 im DHV-Jahrbuch von der »ewigen germanischen Sehnsucht nach einem einigen Alldeutschland«, die die deutschnationalen Handlungsgehilfen in Österreich erfülle¹⁵².

¹⁴⁸ Karl Gründahl, Kämpfe und Siege in der Ostmark. In: »Jb. 1908«, S. 55.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 56.

¹⁵⁰ »DHW«, 35. Jg., Nr. 17 v. 10. 9. 1928, S. 350/51.

¹⁵¹ Karl Gründahl, a. a. O., S. 64.

¹⁵² Ebenda, S. 66.

Mit der Arbeit im Gau Ostmark, der es bis 1914 auf 15 000 Mitglieder brachte, erschöpfte sich die großdeutsche Betätigung des DHV nicht. Er setzte sich vielmehr für die Bemühungen aller im gleichen Sinne wirkenden Vereine ein, so für den Deutschen Ostmarkenverein (1894 gegründet) und den Allgemeinen Deutschen Schulverein (1881 gegründet; seit 1908 »Verein für das Deutschtum im Ausland« VDA). Um ein Beispiel für die vielfältige Zusammenarbeit zwischen den genannten Verbänden anzuführen, sei auf die öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Berlin des DHV am 10. Dezember 1908 hingewiesen. Dort sprach der Gauvorsteher Oskar Thomas in Anwesenheit des Generalsekretärs des Vereins für das Deutschtum im Ausland – der zum Eintritt in seinen Verein aufforderte – vor Vertretern des Alldeutschen Verbandes und des Vereins Deutscher Studenten über »Deutsches Volkstum im Kampf mit tschechischem Pöbel¹⁵³«. »Wenn diese Kundgebung über den Rahmen der Gewerkschaftsaufgaben hinausgeht«, führte er aus, »so tun wir das, weil das gesamte deutsche Volk zusammengehört, weil das Volkstum nicht an den Grenzpfählen haltmacht. Wir pflegen dasselbe und fühlen uns eins mit unseren ostmärkischen Brüdern«. In seinem Schlußwort betonte Thomas, daß es bei dem Kampf gegen die »tschechische Minderkultur« um die Jugend gehe. Sei diese deutschvölkisch gesinnt, so brauche »uns um die Zukunft nicht bange zu sein¹⁵⁴«.

Der Ausbau seiner Organisation auch jenseits der Reichsgrenzen und die durch Schacks Wahl in den Reichstag bedingte parteipolitische Initiative fielen in eine Zeit, in der durch die ersten Kaufmannsgerichtswahlen ganz neue Fragen an den »Interessenverband« DHV herantraten. Der DHV hatte sich seit seiner Gründung für die Schaffung kaufmännischer Schiedsgerichte eingesetzt und diese Forderung immer wiederholt, da die gewerblichen Arbeiter die Möglichkeit hatten, bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber die Gewerbeberichte anzurufen, für die kaufmännischen Gehilfen eine solche Institution aber fehlte¹⁵⁵. Der dritte Deutsche Handlungsgehilfentag, der zu Ostern 1898 in Leipzig stattfand, hielt die Errichtung von Kaufmannsgerichten in Angliederung an die bestehenden Gewerbeberichte für die beste Lösung, eine billige und schnelle Rechtsprechung für den Kaufmannsstand

¹⁵³ »DSBl«, 23. Jg., Nr. 103 v. 23. 12. 1908.

¹⁵⁴ Ebenda.

¹⁵⁵ Näheres über die Kaufmannsgerichte bei Hermann Schuon, a. a. O., S. 149–61.

zu schaffen. Auch auf seiten der Behörden beschäftigte man sich seit dieser Zeit mit der Frage kaufmännischer Schiedsgerichte, aber erst am 16. Juni 1904 wurde das Gesetz verabschiedet¹⁵⁶, das die Kaufmannsgerichte bis zum Ende der Weimarer Republik etablierte.

Der Arbeitsaufnahme der Gerichte gingen die Wahlen der Beisitzer voraus. Der DHV wollte möglichst viele Stimmen auf seine Listen vereinigen, um seine Position unter den drei großen Handlungsgehilfenorganisationen zu verbessern. Er veranstaltete im ganzen Reich einen Werbefeldzug, bei dem er seine sozialpolitische Aktivität und seine sozialen Leistungen in den Mittelpunkt der Propaganda stellte, um auch die nichtorganisierten Gehilfen für sich zu gewinnen. Dabei war die einseitige Bindung an die Deutschsoziale Partei hinderlich und gab zu Beschwerden Anlaß. Die Sozialpolitik des DHV wirkte gegenüber der der anderen Verbände jedoch so überzeugend, daß der Wahlausgang die Führung des DHV vor den anderen kaufmännischen Vereinen bestätigte. 1905 konnte der DHV einen Zuwachs von 19 569 Mitgliedern erzielen, so daß er die beiden »alten« Verbände am Ende des Jahres überflügelte und mit 75 695 Mitgliedern zum größten kaufmännischen Verein der Welt wurde¹⁵⁷. Solche Werbefeldzüge wurden bei den zweiten (1907/08) und dritten (1910/11) Kaufmannsgerichtswahlen jeweils wiederholt, wobei es in den großen Städten verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen dem DHV und dem sozialdemokratischen Zentralverband der Angestellten kam. Anlaß dazu bildete auch die Beteiligung des DHV an dem von alldeutscher Seite gegründeten »Reichsverband gegen die Sozialdemokratie«. Einen Überblick über die Ergebnisse der Kaufmannsgerichtswahlen vermittelt folgende Tabelle:

	1905 ¹⁵⁸	1907/08 ¹⁵⁹	1910/11 ¹⁶⁰	
DHV	621	959	1035	Beisitzer
Leipziger Verband	432	492	574	„
58er Verein	219	261	299	„

¹⁵⁶ »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, Ihr Werdegang«, S. 60.

¹⁵⁷ Hermann Schuon, a. a. O., S. 241.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 63. Der Erfolg des DHV bei den ersten Kaufmannsgerichtswahlen war um so erstaunlicher, als nur Handlungsgehilfen über 25 Jahre wahlberechtigt waren und das passive Wahlrecht erst mit dem 30. Lebensjahr ausgeübt werden konnte. Da ein großer Prozentsatz der DHV-Mitglieder aber jünger war, müssen auch viele der nichtorganisierten Handlungsgehilfen die Liste des DHV gewählt haben.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 67.

¹⁶⁰ »DHW«, 18. Jg., Nr. 9 v. 5. 5. 1911.

1905 1907/08 1910/11

Verein der Deutschen			
Kaufleute	*)	116	110 Beisitzer
Sozialdemokratischer			
Zentralverband	94	93	108 „
Verschiedene örtliche			
Vereinigungen	939	742	603 „

*) Unter »Verschiedene Vereinigungen« mitgezählt

Hatte sich der Widerstand einzelner Verbandsmitglieder gegen eine zu weitgehende Verquickung von antisemitischer Partei- und gewerkschaftlicher Interessenpolitik bei den ersten beiden Kaufmannsgerichtswahlen noch verschleiern lassen, so trat er 1909 beim Wechsel in der Verbandsführung offen zutage.

Die Krise wurde durch den unerwarteten Rücktritt Wilhelm Schacks von seinem exponierten Posten als Verbandsvorsteher ausgelöst. Zu diesem Schritt wurde Schack am 7. September 1909 aus persönlichen Gründen veranlaßt¹⁶¹. Als Nachfolger übernahm der bisherige stellvertretende Verbandsvorsteher Hans Bechly die kommissarische Leitung des Verbandes, dem das Verwaltungsmitglied Richard Döring als Stellvertreter zur Seite stand.

Mit Hans Bechly war an die Spitze der »deutschnationalen Handlungsgehilfenbewegung« ein Mann getreten, der sich erheblich von ihrem bisherigen Leiter Schack unterschied. Albert Krebs schildert Schack als einen Mann, der viel vom Volkstribunen an sich hatte und eine Prise Demagogie weder entbehren konnte noch wollte. Dagegen verglich er Bechly mit einem demokratischen Patrioten von 1848¹⁶². Am 20. November 1872 als drittes Kind des Inhabers des Porzellan- und Haushaltsgeschäfts David Bechly in Neubrandenburg geboren, verbrachte der spätere Verbandsvorsteher seine Schul- und Lehrzeit in Mecklenburg¹⁶³. Über die folgenden Wanderjahre schrieb er selbst: »Daß mich das Schicksal nach . . . Berlin verschlug, sollte für

¹⁶¹ Wie aus den der Personalakte Wilhelm Schack (Staatsarchiv Hamburg, Akte 5260) als Belegmaterial beigelegten Briefen hervorgeht, hatte Schack, der verheiratet war, einer jungen Dame »eine Ehe zu dritt« vorgeschlagen. Auf Betreiben des Vaters der Dame sollte die Angelegenheit vor den Staatsanwalt kommen, wurde aber aufgrund von ärztlichen Gutachten, niedergeschlagen, die Schack bescheinigten, »daß die inkriminierten Handlungen einem Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit entsprungen sind, durch den die freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 StGB aufgehoben war«. (»DHW«, 17. Jg., Nr. 10 v. 15. 5. 1910.)

¹⁶² Albert Krebs, »Max Habermann, eine biographische Studie«, S. 6.

¹⁶³ Albert Zimmermann, Hans Bechly. In: »Jb. 1926«, S. 23/24.

meine Lebensrichtung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es war Anfang der neunziger Jahre . . . Mit aller Gewalt zog es mich ins öffentliche, ins politische Leben . . . Die antisemitische Welle ergriff auch mich, und es dauerte nicht lange, da wirkte ich in Kneipen, Vereins- und öffentlichen Versammlungen viele Sonntage und Nächte als Redner, Vorstandsmitglied u. dergl. in der sogenannten ‚Berliner Bewegung‘¹⁶⁴«. Von Berlin aus ging Bechly nach Lübeck »in Stellung« und lernte dort sowohl das Leben der damaligen Handlungsgehilfen als auch den DHV kennen. Ein Flugblatt hatte ihn veranlaßt, eine Versammlung zu besuchen, bei der Johannes Irwahn aus Hamburg sprach. Bechly berichtete später, daß diese Versammlung großen Eindruck auf ihn gemacht habe, weil eine öffentliche Handlungsgehilfenversammlung etwas vollkommen Neues für ihn war, ebenso wie ein kaufmännischer Verband, der keine Juden aufnahm. »Bisher in all den vielen Versammlungen, die ich früher mitgemacht hatte, war das Wort Handlungsgehilfe nicht einmal gefallen, diesmal waren alle Besucher gerade in ihrer Eigenschaft als Handlungsgehilfen dort und zum ersten Male sprach . . . ein wirklicher Handlungsgehilfe von der Not der kaufmännischen Angestellten und von dem Willen, durch die Macht der Organisation die Übelstände zu beseitigen. Der kräftige völkisch-nationale Einschlag der Rede verstärkte ihre Wirkung¹⁶⁵«. Am 19. März 1896 trat Bechly dem DHV bei. Ausgangspunkt seiner Politik war der Wille, »die Macht der Organisation« für die Interessen der Handlungsgehilfen einzusetzen. Das schloß in seinen Augen die enge Bindung seines Vorgängers an die Deutschsoziale Partei aus. Bechly war in der Verbandshierarchie aufgestiegen. Stufen auf diesem Weg waren seine ehrenamtliche Tätigkeit als Gauvorsteher in dem von ihm eingerichteten Gau Schlesien des DHV (seit November 1898), sein Eintritt in die Verbandsdienste am 1. Juli 1900 als berufsmäßiger Redner des DHV und die Berufung zum Mitglied der Verwaltung am 16. September 1901. Im September 1904 schied er wieder aus der Verwaltung aus und übernahm die Leitung der Landesgeschäftsstelle Berlin. Aber schon im August 1908 kehrte Bechly endgültig nach Hamburg zurück, um als stellvertretender Vorsteher neben Schack an die Spitze des Verbandes zu treten¹⁶⁶.

¹⁶⁴ Hans Bechly, Aus der Jugendzeit. In: »Jb. 1926«, S. 12/13.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 16/17.

¹⁶⁶ Albert Zimmermann, Hans Bechly. In: »Jb. 1926«, S. 27.

Die Gegensätze, die der »Agitator« Schack und der »Gewerkschaftspolitiker« Bechly verkörperten, reichten bis in die Verbandsgliederungen hinab. Zwischen 1909 und 1911 standen sich im DHV eine primär völkisch und eine mehr gewerkschaftlich ausgerichtete Fraktion gegenüber, so daß es zeitweilig unklar war, ob Bechly die Nachfolge Schacks antreten würde. Der stellvertretende Verbandsvorsteher und betont deutschsoziale Richard Döring hatte als beliebter DHV-Redner eine Reihe von Anhängern, die ihn im Frühjahr 1911 in Flugblättern als ersten Verbandsvorsitzenden forderten¹⁶⁷. Aber der gewerkschaftlich orientierte Flügel erwies sich als stärker. Hier sammelten sich nicht allein diejenigen Mitglieder, die die Parteiarbeit der Verbandsleitung kritisiert hatten, weil sie die reale Interessenpolitik behinderte. Vor allem die seit 1905 in großer Zahl neu in den DHV strömenden Mitglieder legten keinen Wert auf antisemitische Parteipolitik, sondern auf die Sozialpolitik, die sie schließlich zum Eintritt in die Gehilfenorganisation veranlaßt hatte. Wenn sich der 12. Deutsche Handlungsgehilfenitag im Juni 1911 in Breslau für Hans Bechly entschied und Richard Döring zu seinem Stellvertreter berief, so brachte die Wahl die Distanzierung von der antisemitischen Parteipolitik zum Ausdruck. Sie wurde dadurch verstärkt, daß der DHV gleichzeitig aus allen Vereinen austrat, denen er bisher als körperschaftliches Mitglied angehört hatte, das heißt, auch seine Bindung zum Alldeutschen Verband löste¹⁶⁸.

Bei den sachlichen und persönlichen Unterschieden zwischen den beiden Verbandsvorstehern leitete der Wechsel in der Verbandsführung einen politischen Wechsel ein, dessen Folgen erst nach dem ersten Weltkrieg sichtbar wurden. Aber die größere Sachlichkeit und Rationalität in der Argumentation bedeutete nicht die Preisgabe der antisemitisch-deutschnationalen Vorstellungen. Diese wurden – als ideologische Voraussetzung der Bildungsarbeit – die Grundlage, auf der in Zukunft deutschnationale Gewerkschaftspolitik getrieben wurde. Den Beweis dafür trat der neue Verbandsvorsteher mit seiner programmatischen Rede auf dem 12. Deutschen Handlungsgehilfenitag am 18. Juni 1911 in Breslau an. Er sprach zum Thema: »Die deutschnationale Handlungsgehilfenbewegung und die politischen Parteien«

¹⁶⁷ DAK T 101/1/3. Die Forderung wurde besonders im Gau Brandenburg und im Gau Königreich Sachsen erhoben.

¹⁶⁸ DAK 5592. 671. Sitzung der Verwaltung v. 6. 9. 1910.

und erklärte unter Berufung auf Ernst Moritz Arndt und Houston Stewart Chamberlain, daß sich nicht nur das Offizierkorps von Juden freizuhalten suche, sondern auch die deutschen Studentenverbindungen, und daß selbst »der Senat der freien Hansestadt Hamburg Juden den Eintritt in seine Körperschaft verwehrt¹⁶⁹«. Mit diesem Kunstgriff wollte der Verbandsvorsteher die Haltung seines Verbandes den Juden gegenüber rechtfertigen und für neue Mitglieder richtig und zweckmäßig erscheinen lassen. In bezug auf die Gewerkschaften führte er aus, daß der DHV die nationale Weltanschauung zur Grundlage seiner Arbeit mache, weil er gegründet wurde, »um der sozialdemokratischen und internationalen, also kosmopolitischen Gewerkschaftsbewegung den Gedanken der nationalen Gewerkschaftsbewegung gegenüberzustellen¹⁷⁰«. Die nationale Gewerkschaftsbewegung mache nicht nur im Handlungsgehilfenstand, sondern auch bei der aufblühenden christlich-nationalen Arbeiterbewegung Fortschritte. Was die Stellung der deutschnationalen Handlungsgehilfen zu den politischen Parteien im engeren Sinne betraf, so wies Bechly darauf hin, daß erst das Auftreten des DHV die politische Betätigung in den Handlungsgehilfenstand hineingetragen habe. Man brauche gar nicht zu bestreiten, »daß die ersten Jahre der Entwicklung des DHV parteipolitischen Einschlag in ziemlich starkem Maße zeigten«, ja, in so starkem Ausmaß, daß viele Mitglieder und Außenstehende glauben konnten, eine antisemitische Parteigründung vor sich zu haben¹⁷¹. Was aber die Zukunft angehe, so komme es darauf an, daß der Verband in allen den Fragen strengste Neutralität bewahre, die parteipolitische Gegensätze im deutschen Volk hervorzurufen geeignet seien. Würde der Verband nämlich – die SPD immer ausgenommen – für oder gegen eine bestimmte politische Gruppe Stellung nehmen, so wären die Folgen nach zwei Richtungen hin bedenklich: »erstens gerieten wir damit in schärfsten Gegensatz zu einzelnen politischen Parteien, auf die wir unseren Einfluß verlören, des weiteren aber kämen wir in höchst unerwünschte Abhängigkeit von den Parteien, deren Ansichten wir zu den unseren gemacht hätten. Das würde aber bedeuten, daß wir nur auf eine ganz beschränkte Mehrheitsbildung im Parlament mit der Durchsetzung

¹⁶⁹ Hans Bechly, »Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung und die politischen Parteien«, S. 8.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 7.

¹⁷¹ Ebenda, S. 5/6.

unserer Forderungen angewiesen wären¹⁷²«. Mit diesen Äußerungen auf dem Handlungsgehilfentag von 1911 stellte Bechly sein »politisches Programm« vor. Die Absage an die Parteipolitik und die Forderung nach Neutralität war seine entscheidende Neuerung. Sie stand im Gegensatz zur Ära Schack. Der neue Verbandsvorsteher war nicht mehr Mitglied der Deutschsozialen Partei, und er hat auch nicht bei Reichstagswahlen kandidiert. Damit distanzierte sich der DHV von einseitiger Parteipolitik. Dem einzelnen Mitglied stand es allerdings nach wie vor frei, sich in der Deutschsozialen Partei oder anderswo politisch zu betätigen. Die Deutschsoziale Partei wurde in den Reichstagswahlen von 1912, ebenso wie die andere antisemitische Richtung der Deutschen Reformpartei, erheblich geschwächt. Die beiden Gruppen schlossen sich nach dem Tode ihrer langjährigen Vorsitzenden Liebermann (1911) und Zimmermann (1910) am 25. März 1914 unter dem Namen »Deutschvölkische Partei« zusammen¹⁷³. In dieser Form blieb die Partei während des Krieges bestehen. 1919 gingen ihre Mitglieder in die DNVP und den »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund« über.

Die Forderung nach der parteipolitischen Neutralität des DHV, die Hans Bechly 1911 zum erstenmal ausgesprochen hatte, war Voraussetzung für die Gewerkschaftspolitik des Verbandes. Sie wurde in der Weimarer Republik zum ersten Grundsatz seiner Politik. Bechly hat sich bis 1932 daran gehalten.

Neben der Verbandspolitik im engeren Sinne fand Bechly einen zweiten großen Wirkungsbereich in der Bildungsarbeit des Verbandes. Denn das völkische Gedankengut mußte für die Bildungsarbeit der Ortsgruppen und der Lehrlingsabteilung erschlossen werden. So begann Bechly schon vor dem ersten Weltkrieg das Bildungswesen des Verbandes systematisch aufzubauen. Dabei konnte er sich in Max Habermann¹⁷⁴ auf einen Mitarbeiter stützen, der wie er selbst die

¹⁷² Ebenda, S. 13.

¹⁷³ »DSBl«, 29. Jg., Nr. 24 v. 25. 3. 1914.

¹⁷⁴ Max Habermann (1885—1944) trat dem DHV im Herbst 1904 bei. Am 2. 1. 1907 nahm er die berufsmäßige Tätigkeit als Dezernent in der Sozialpolitischen Abteilung auf und wurde nach kurzer Arbeit beim Vorstand des Gaus Nordmark auf dem Verbandstag am 16. 6. 1913 in die Verwaltung berufen. Von 1913—19 Schriftleiter der »DHW«, gab er seit 1922 die Zeitschrift »Der Kaufmann in Wirtschaft und Recht« heraus und war seit 1923 Leiter des Bildungswesens im DHV. Er wurde im Juni 1928 zum politischen Beauftragten des DHV ernannt, gehörte zu den maßgeblichen Vertretern der »Volkskonservativen Vereinigung« und starb am 30. 10. 1944 im Widerstand gegen das Dritte Reich. Albert Krebs bezeichnet ihn als den »politisch führenden Kopf in der Leitung des Verbandes«.

Verbandshierarchie durchlaufen hatte. Als Leiter des verbandseigenen Bildungswesens erschien Habermann in den zwanziger Jahren neben Bechly als Repräsentant des DHV. Je mehr diese beiden Männer und die späteren Reichstagsabgeordneten Walther Lambach, Otto Thiel und Otto Gerig die Verbandspolitik bestimmten, desto schneller nahm der Einfluß der Gründungsmitglieder ab. Schack war 1909 ausgeschieden; Richard von Pein und Richard Döring starben 1912 und 1918, während eine andere Gruppe mit Alfred Roth an der Spitze nach dem Krieg ganz in die völkische Politik ging, weil sie der Meinung war, daß der DHV ihre Belange in der Republik nicht nachdrücklich genug vertrete. Die viel bewußtere Interessenvertretung bedingte einen langsamen Wechsel in den Führungsgremien des Verbandes. Nach dem ersten Weltkrieg bestimmte der neue Kurs die Verbandspolitik.

DRITTES KAPITEL

Die Bildungsarbeit des DHV

»Wir glauben an die Mission des Deutschtums und sehen in unserem DHV einen der Träger dieser Mission und damit eine wahrhaft völkische Erziehungsbewegung¹«, erklärte Max Habermann 1924. Als Träger dieser Mission sammle der DHV eine gesellschaftstragende Bildungsschicht, die eine kulturelle Aufgabe im geistigen Haushalt des deutschen Volkes zu erfüllen habe. Der DHV wollte mit seiner Bildungsarbeit eine Erziehungsbewegung auslösen, die von einer im Entstehen begriffenen Schicht im gesellschaftlichen Strukturgefüge ausging und diese zum Wirkungsbereich erwählte. Die Erzieher kamen zuerst ebenso aus Angestelltenkreisen wie die zu Erziehenden. Was hier erstrebt wurde, war die Selbsterziehung einer sozialen Gruppe zum Bewußtsein ihrer selbst, zum »Standesgefühl«, wie es in der DHV-Terminologie hieß. Es erfüllte den einzelnen mit Selbstbewußtsein und ließ die Summe der einzelnen zu einer Gemeinschaft, dem Stand, zusammenwachsen. Als »Stand« grenzten sich die Angestellten des DHV bewußt – nach oben sowohl als auch nach unten – von anderen Gruppen ab. Die Leistung des DHV auf diesem Gebiet war erstaunlich, weil er sich seit der Jahrhundertwende nicht mehr an eine homogene Gruppe wandte, wie es die »Handlungsgehilfen« der neunziger Jahre gewesen waren, sondern an einen differenzierten Personenkreis, der vom Prokuristen im Großbetrieb bis zum Verkäufer im Einzelhandelsgeschäft reichte.

Die Bildungsarbeit des DHV beschränkte sich aber nicht nur auf die »Selbsterziehung« einer sozialen Gruppe. Seine Erzieher waren Einflüssen ausgesetzt, die außerhalb der Angestelltenwelt und des Verbandslebens lagen und ihre politischen oder kulturellen Vorstellungen prägten. Diese übertrugen sie auf die Handlungsgehilfen.

¹ Max Habermann, »Die Erziehung zum deutschen Menschen«, S. 19.

Solche Vorläufer, die die politische und weltanschauliche Konzeption des DHV beeinflußt hatten, waren die antisemitischen Jugendbünde und Parteivereine gewesen. Neue Impulse wurden von der Jugendbewegung übernommen, die zusammen mit den Erfahrungen des ersten Weltkrieges die neue Richtung der Bildungsarbeit inspirierten. Mit der »Fichte-Gesellschaft von 1914« gründete der DHV ein Unternehmen, dessen Zweck ausdrücklich die »Volksbildungsarbeit« sein sollte. Auf der erweiterten Grundlage des Bildungswesens zog der DHV nun führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vor allem Akademiker, für seine Bildungsarbeit und seine wachsende Verlagsproduktion heran. Die »Volksbildungsarbeit« wirkte über die engeren Schranken des Verbandslebens hinaus.

Die Bildungsarbeit sprach die Mitglieder in dreifacher Hinsicht an: als »Arbeitnehmer, als Kaufleute und nationale Volksbürger²«. Sie erstreckte sich auf alle Seiten der Verbandstätigkeit, die gewerkschaftliche, die kulturelle und die politische. Auf gewerkschaftlichem Gebiet ging es darum, den einzelnen zu der auf dem Standesbewußtsein beruhenden Interessengemeinschaft zu erziehen. Im kulturellen Bereich stand die Besinnung auf das »deutsche Volkstum« und die Verbreitung der völkischen Ideologie im Vordergrund. Zusammen mit der Erziehung zum Stand vermittelte sie das Bewußtsein vom gliedhaften Dasein in einer über den Ständen stehenden deutschen Volksgemeinschaft. Der 14. Deutsche Handlungsgehilfentag von 1919 erkannte deshalb »die Pflege einer dem völkischen Bewußtsein entsprungener begeisterten Berufsgesinnung, die den ganzen Menschen erfaßt, ihn auch in seinen gewerkschaftlichen Kämpfen trägt und mit seinem Volke innig verknüpft, als das geistige Ziel der deutsch-nationalen Handlungsgehilfenbewegung: Alles für den Stand – und der Stand im Dienste des Volkes³«. Auf dem politischen Sektor schließlich sollten die Mitglieder dazu erzogen werden, ihre Macht für die Anerkennung der Grundsätze ihres Verbandes und die Erreichung seiner Ziele einzusetzen. Die deutschnationalen Handlungsgehilfen wurden aufgefordert, rege in den Parteien mitzuarbeiten. Die Aufforderung erging unabhängig von der parteipolitischen Neutralität des Verbandes und schloß nur die politische Linke aus.

² Ebenda, S. 18.

³ »DHW«, 26. Jg., Nr. 14 v. 4. 11. 1919, S. 183.

1. Deutsches Volkstum und Fichte-Gesellschaft

Im ausgehenden 19. Jahrhundert war das kaufmännische Bildungswesen eine Domäne der örtlichen kaufmännischen Vereine. Als diese Vereine durch den raschen Aufstieg des DHV zurückblieben, nahm der neue Verband die Bildungsarbeit auf. Aus kleinen Anfängen baute der DHV systematisch ein Bildungswerk auf, das neben der kaufmännischen auch die allgemeine Fortbildung der Angestellten umfaßte. Seine Arbeit auf diesem Gebiet läßt sich mit den Arbeiterbildungsbestrebungen der Gewerkschaften vergleichen. Aber die Tendenz des DHV war auch hier gegen den Sozialismus gerichtet und sollte die Angestellten gegen dessen Parolen immun machen.

Die Anfänge der Bildungsbestrebungen im DHV gingen von der Initiative einzelner Mitglieder aus. Einige »Vertrauensmänner« sammelten in den Ortsgruppen die Erfahrungen, die dann allgemein nutzbar gemacht wurden. Im April 1905 forderte die DHV-Verwaltung zum erstenmal alle »Vertrauensmänner« auf, Unterrichts- und Fortbildungskurse einzurichten⁴. So bildete das Ortsgruppennetz die Grundlage der DHV-Bildungsarbeit. Es wurden Kurse in Fremdsprachen, Buchführung, Kurzschrift und Maschineschreiben veranstaltet. In der Ortsgruppe Hamburg faßte Karl Bott⁵ die zunächst nur lose aneinandergereihte Folge der Lehrgänge 1907 zusammen und baute sie zur »Handelsschule des DHV« und später zur »Kaufmannsschule des DHV« aus. In dieser Anstalt wurden die Lehrpläne entwickelt, die der gesamten beruflichen Fortbildungsarbeit des Verbandes zugrunde lagen. Am 1. April 1908 wurde der neue Arbeitsbereich als »Abteilung für Bildungswesen« in die Verbandsverwaltung eingegliedert und erhielt durch die Berufung des Leipziger Gauvorstehers Friedrich Frahm eine zentrale Leitung.

Parallel zu der beruflichen Fortbildung der Mitglieder förderte der DHV ihre allgemeine Bildung und ihre »deutsch-nationale Gesinnung«. Schon Ende 1898 empfahl die »Handels-Wacht« die Einrich-

⁴ »Jb. 1927«, S. 25.

⁵ Karl Bott trat dem DHV 1901 bei, wurde zweiter Vorsitzender der Ortsgruppe Frankfurt a. M. und gründete am 19. 5. 1906 die Frankfurter Lehrlingsabteilung. 1907 kam er nach Hamburg und übernahm unter Alfred Roth das Dezernat für das kaufmännische Fortbildungsschulwesen in der sozialpolitischen Abteilung des Verbandes. Seit dieser Zeit wirkte er, hauptamtlich im Dienst des DHV, führend auf dem Gebiete der kaufmännischen Berufsausbildung. Er trat als Herausgeber des fünfbandigen »Handwörterbuch des Kaufmanns«, des »Großen Bott«, hervor.

tung von Büchereien in den Ortsgruppen⁶, und auf Anregung Albert Zimmermanns beschloß die Verwaltung am 7. Juli 1902 die Errichtung einer Verbandsbuchhandlung⁷, die 1904 unter dem Namen »Deutschnationale Buchhandlung« ins Leben trat. Sie ermöglichte der Verbandsleitung, die Lektüre der Mitglieder durch Empfehlungen zu leiten. Gleichzeitig wurde ein Vortragswesen über alle Wissensgebiete aufgebaut. Den Leitbildern des DHV entsprechend ließ sich dessen Aufgabe wie die der Buchhandlung in den Satz zusammenfassen: »Kampf für deutsche Ideale, Ablehnung des fremdgeistigen Einflusses in der deutschen Kultur«⁸. Für einzelne Wissensgebiete – z. B. Wirtschaftspolitik, Nationalpolitik, Geschichte, Kunst und Literatur – wurden Vortragsreihen zusammengestellt, die sich über mehrere Abende erstreckten. Lichtbilder und Anschauungsmaterial wurden beschafft. Im Winter 1909 reisten einige Dutzend Redner durch die Ortsgruppen des DHV. Dabei begann die Zusammenarbeit mit Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten, die sich dem DHV neben den eigenen Rednern als Vortragende zur Verfügung stellten⁹.

Schon vor dem ersten Weltkrieg hatte es die Verbandsleitung bedauert, »daß in Deutschland keine Zeitschrift vorhanden sei, die . . . auf dem Gebiet der Literatur, der Deutschtumskunde, usw. ähnliche völkische Ziele verfolge, wie der DHV es innerhalb der ihm gesteckten Grenzen tut«¹⁰. Der Verband griff daher sofort zu, als der Hanseatischen Druck- und Verlagsanstalt, die ihm durch enge personelle Beziehungen nahestand und im Verbandshaus untergebracht war, die literarische Zeitschrift »Bühne und Welt« angeboten wurde. Die 1898 gegründete »Zeitschrift für Theaterwesen, Literatur und Musik« war durch den Tod ihres Verlegers verwaist und ging am 1. Oktober 1913 in den Besitz der »Hanseatischen« über¹¹. Wilhelm Kiefer übernahm die Schriftleitung und im Auftrage der Ver-

⁶ »DHW«, 5. Jg., Nr. 11 v. 1. 6. 1898.

⁷ »DHW«, 39. Jg., Nr. 10 v. 28. 6. 1932.

⁸ »25 Jahre DHV«, S. 13.

⁹ »Jb. 1927«, S. 28/29.

¹⁰ »DHW«, 24. Jg., Nr. 4/5 April/Mai 1917.

¹¹ Ebenda. Und: »Bühne und Welt«, 15. Jg., II, September 1913, S. 513. Die Zeitschrift war von E. und G. Elsner und Heinrich Stümcke begründet worden. 1908 gliederte Ferdinand Lomnitz, der Inhaber der Verlagsbuchhandlung Georg Wigand in Leipzig, »Bühne und Welt« seinem Verlag an. Nach dem Tode von Lomnitz, am 20. 8. 1913, ging sie wegen finanzieller Schwierigkeiten des Verlages an die Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt über.

bandsleitung die Aufgabe, aus dieser »farblosen« eine »völkische« Zeitschrift zu machen¹². Die Arbeit wurde durch den Krieg unterbrochen, aber 1917 bereits wieder mit neuer Initiative aufgenommen. Auf Vorschlag des Schriftleiters änderte der Verlag den Namen der Zeitschrift, die ab 1. Januar 1917 unter dem Titel »Deutsches Volkstum« erschien. Ein grundlegender Aufsatz von Wilhelm Kiefer zum neuen Titel leitete die »Monatsschrift für das Kunst- und Geistesleben« ein¹³, um die sich in den folgenden Jahren nationale und völkische Dichter, Schriftsteller und Gelehrte sammelten. Zu ihrem Mitarbeiterkreis gehörten sowohl Artur Dinter und Dietrich Eckart als auch Houston Stewart Chamberlain und Ludwig Schemann, Adolf Bartels und Wilhelm Kotzde, Heinrich Pudor und Ernst Wachler, Werner Jansen, Eberhard König, Friedrich Lienhard, Adalbert Luntowski, Hans von Wolzogen, Fritz Bley, Hermann Burte und Richard Schaukal¹⁴.

Das »Deutsche Volkstum« wurde 1917 von der »Handels-Wacht« als »die« deutschvölkische Zeitschrift begrüßt und allen deutschnationalen Handlungsgehilfen mit literarischen Interessen empfohlen¹⁵. Um so auffälliger war der Wandel, den das »Deutsche Volkstum« zwei Jahre später durchlief. Es wurde nicht nur ein neuer Herausgeber verpflichtet, der den Mitarbeiterkreis entscheidend veränderte, sondern die ganze Zeitschrift bekam ein neues Gesicht. Dieser Wandel hing mit der veränderten Bildungspolitik zusammen, die die Verbandsleitung nach dem Kriege verfolgte. Er hing aber auch mit der Persönlichkeit Wilhelm Stapels zusammen, der als Nachfolger Wilhelm Kiefers von 1919 bis 1938 das »Deutsche Volkstum« zu einer beachteten kulturpolitischen Zeitschrift mit einer ganz bestimmten geistigen Ausrichtung machte.

Wilhelm Stapel hatte 1917 in zwei Vorträgen vor dem »Hamburger Volkshaus« die Idee einer Erziehung entwickelt, in deren Mittelpunkt nicht die freie Persönlichkeit, sondern das Volk mit seinem »Volks-

¹² »DHW«, 24. Jg., Nr. 4/5 April/Mai 1917.

¹³ »DV«, 1917, Januar, S. 1—10.

¹⁴ »DV«, 1917 und 1918.

¹⁵ »DHW«, 24. Jg., Nr. 4/5 April/Mai 1917. Die »Deutschvölkischen Blätter« begrüßten das »DV« im gleichen Sinne. Sie druckten bereits 1915 den Artikel »Patriotisch und National« von Wilhelm Kiefer aus »Bühne und Welt« ab (Nr. 83 v. 17. 11. 1915, S. 650—52). In den folgenden Jahrgängen wiesen sie fortlaufend auf die neu erscheinenden Hefte des »DV« hin.

tum« stehen sollte¹⁶. Die Vorträge erschienen gedruckt unter der Überschrift »Volksbürgerliche Erziehung«. Der Titel war vom Verfasser polemisch gemeint und richtete sich gegen die übliche »staatsbürgerliche« Erziehung. Stapel verstand unter dem Volksbürger soviel wie Volksglied: »den einzelnen als Teil seines Volkes (nicht seines Staates). Wenn der Begriff Bürger . . . seinen Umfang von der Stadtgemeinde auf die Staatsgemeinschaft erweitert hat, so mag er nun, um der Antithese willen, auch für die andersartige Gemeinschaft des Volkes gelten¹⁷«. Trotzdem lehnte Stapel den Staat nicht ab. Aber er wollte ihm nehmen, »was ihm nun einmal nicht zukommt«, indem er die Wesensverschiedenheit von Staat und Volk darlegte und ein »naturgemäßes« Verhältnis zwischen beiden erstrebte. In dieser Hinsicht erhob Stapel nicht den Anspruch, »Neues« zu bringen. Er betonte vielmehr im Vorwort zur ersten Auflage seiner Schrift, daß seine Gedanken über hundert Jahre alt seien und an Johann Gottlieb Fichte anknüpfen. Sie seien aber bisher nicht »Wirklichkeit gestaltend« geworden.

Als Redakteur an dem von Ferdinand Avenarius herausgegebenen »Kunstwart« hatte Stapel Kontakte zu den führenden Männern des Verbandes aufgenommen. Berührungspunkte ergaben sich nicht allein durch Avenarius' »Dürerbund«, dem der DHV seit 1913 angehörte¹⁸, sondern hauptsächlich durch die Jugendbewegung. Die Verbindung lief über die »Fahrenden Gesellen«, den »Bund für Wanderpflege im DHV«, der seit 1909 in der Jugendbewegung stand und Beziehungen zu deren völkischem Flügel – den späteren »Jungdeutschen« – unterhielt. Als der DHV im ersten Weltkrieg vor der Frage stand, sein Bildungswesen zu erweitern und dessen Grundlagen neu zu durchdenken, wurden ihm von Stapel und seinen Freunden Weg und Ziel gewiesen.

Der Wunsch nach einem völkisch bestimmten Kultur- und Staatsleben führte 1916 völkische Literaten – die Mitarbeiter des »Deutschen Volkstums« von 1917/18 – und DHV'er in der »Fichte-Gesellschaft« zusammen. Zu den 46 Persönlichkeiten, die sich für die neue Gründung einsetzten, gehörten Adolf Bartels, Fritz Bley und Ernst Wachler. Der Bayreuther Kreis war durch Houston Stewart Chamberlain, Siegfried Wagner und Hans von Wolzogen vertreten. Aus

¹⁶ »DV«, 1938, Dezember, S. 795.

¹⁷ Wilhelm Stapel, »Volksbürgerliche Erziehung«, 3. Aufl., S. 7.

¹⁸ »Jb. 1913«, S. 60.

dem DHV kamen Christian Krauß, Alfred Roth und Albert Zimmermann sowie der damalige Herausgeber von »Bühne und Welt«, Wilhelm Kiefer¹⁹. Veranlaßt wurde die Gründung der Fichte-Gesellschaft durch die Kriegssituation und die beginnende Kriegsmüdigkeit. In einem programmatischen Artikel der Gesellschaft von 1916 hieß es: »Wir müssen auf der Höhe des Erlebnisses bleiben, das im August 1914 wie eine heilige Glaubenserwartung über die Deutschen kam. Jenes Erlebnis, wie es sich tausendfach im Kriege erhärtet hat, muß Befehl sein für die künftige Friedensarbeit²⁰«. Der volle Name der Vereinigung, »Fichte-Gesellschaft von 1914«, brachte die erstrebte Verbindung des deutschen Idealismus mit dem Volkserlebnis von 1914 zum Ausdruck.

Aber erst nach dem Krieg wurden die Fichte-Gesellschaft und das DHV-Bildungswesen mit dem Geist erfüllt, der in den zwanziger Jahren für sie kennzeichnend wurde. Stapel schrieb 1919: »Sollen nun die äußeren Formen nicht nur Zufallsgebilde sein, sondern dem tiefsten Wesen des deutschen Geistes entsprechen, so müssen wir an die Zeiten Kants und Fichtes wieder anknüpfen. Anders können wir dem Weltkrieg überhaupt keinen Sinn für uns abgewinnen. Fortan wird demnach deutsche Politik deutsche Erziehung sein müssen und Weltpolitik Welterziehung²¹«. Im gleichen Aufsatz erklärte er: »Ein Deutschland, das nicht bloß der Form, sondern auch der Gesinnung nach neu ist, wird nur aufgebaut werden können von solchen, denen das Volkserlebnis zur Aufgabe geworden ist. Diese Aufgabe ist nicht durch Organisation, sondern, wenn überhaupt, allein durch Erziehung zu lösen²²«.

Das Programm dieser zentralen Bildungsaufgabe hatte Stapel in seiner »Volksbürgerlichen Erziehung« entworfen. Fichte-Gesellschaft und DHV unternahmen es nun, in ihrem Sinne zu wirken. Die Verbandsleitung des DHV teilte ihre Abteilung Bildungswesen 1919 in die Abteilungen 16 »Fachbildungswesen« und 17 »Kultur- und Nationalpolitik« und legte der Arbeit der neuen Abteilung 17 Stapels Schrift zugrunde²³. Auch das »Deutsche Volkstum« wurde in den

¹⁹ »Bühne und Welt«, 18. Jg., Januar 1916, S. 5.

²⁰ »Bühne und Welt«, 18. Jg., Januar 1916, S. 2.

²¹ »DV«, 1919, Januar, S. 3.

²² Ebenda, S. 2.

²³ Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten der NSDAP«, S. 15.

Dienst der Volksbildungsarbeit gestellt. Die Fichte-Gesellschaft sollte darüber hinaus nach § 2 ihrer Satzung den missionarischen Absichten des DHV dienen und »im Glauben an den Eigenwert des deutschen Volkes« alle Kräfte »in den Dienst der Volkserziehung stellen. Sie will alle, in denen völkische Kraft und Verantwortlichkeit lebendig ist, zusammenschließen und so den deutschen Geist zur beherrschenden Macht unseres gesamten Volkslebens machen, insbesondere auch den deutschen Staat aus dem deutschen Geist heraus gestalten helfen²⁴«.

Diese Tochtergründung des DHV entwickelte sich bald zu einem organisatorischen Mittelpunkt, in dem Fäden von DHV und Jugendbewegung, aus evangelischen und katholischen kirchlichen Kreisen, nationalen und jungsozialistischen Gruppen zusammenliefen. In den zwanziger Jahren verschob sich die Zusammensetzung immer mehr vom Völkischen zum Konservativen, so daß die Politische Polizei Preußens 1930 feststellen konnte: »Die politische Richtung der Fichte-Gesellschaft wird dadurch bestimmt, daß der größte Teil der Vorstandsmitglieder der Deutschnationalen Volkspartei angehört oder ihr nahesteht²⁵«. Zu dieser Zeit hatte die Gesellschaft etwa 3200 Mitglieder²⁶. Den Hauptvorstand bildeten jetzt Kurt Woermann als erster Vorsitzender und Wilhelm Stapel als Stellvertreter; dem geschäftsführenden Vorstand gehörten Landrat Herbert von Bismarck, Pfarrer Dr. Karl Bernhard Ritter, der Kaufmann Adolfo Bundies, Max Habermann und Benno Ziegler vom DHV, Rittergutsbesitzer Hans von Wedemeyer-Pätzig, Dr. med. Johannes Thiess und Dr. Werner Pleister vom Johannesstift in Spandau an. Der Gesamtvorstand der Fichte-Gesellschaft umfaßte 58 Personen, zu denen Mitglieder der DNVP wie von Keudell und Brunstäd gehörten, aber auch Angehörige der Familien von Kleist und von Stauffenberg, sowie verschiedene Universitätsprofessoren und ein bekannter Vertreter der völkischen Richtung, Max Robert Gerstenhauer aus dem Deutschbund²⁷. Finanziell trug der DHV die Fichte-Gesellschaft bis 1920 fast vollständig²⁸, und er hat auch später, nach der Konstituie-

²⁴ Satzung der Fichte-Gesellschaft e. V.

²⁵ »Mitteilungen LKPA Berlin«, Nr. 15 v. 1. 8. 1930 (Hann. Des. 80/11/773).

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Hans Gerber, Das Wesen und die Ziele der Fichte-Gesellschaft. In: »Deutsche Volkserziehung«, S. 21.

rung der Fichte-Stiftung²⁹, stets für seine Tochtergesellschaft gesorgt, indem er ihr zum Beispiel Räume zur Verfügung stellte.

Mit dieser Gründung, die ganz aus der praktischen Arbeit der »Gesinnungsbildung« des DHV hervorging, unternahm der Verband den Versuch, »nicht nur in seinen eigenen Reihen, sondern auch darüber hinaus, den deutschen Volksgedanken zur Anerkennung zu bringen³⁰«. Er hatte eine Organisation ins Leben gerufen, die ihrer eigenen Aufgabenstellung nach »die Werkzeuge einer völkischen Erziehung: Schule, Hochschule, Bühne, Presse, Volksbildungs- und Vortragswesen, für ihre Aufgabe tüchtig machen will, die einen geistigen Generalstab bilden will, durch den alle bestehenden völkischen Einrichtungen, Verbände und Organisationen für ein einheitliches Ziel, das Ringen um die innere Einheit des Deutschtums und für ein gemeinsames Wirken im völkischen Sinne klare und weitgesteckte Richtungspunkte vorgezeichnet erhalten³¹«. Der hier geforderte »geistige Generalstab« setzte sich aus führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und aus Vertretern des DHV zusammen. Es entstand eine Wechselwirkung, die im Rechenschaftsbericht des DHV 1924 folgendermaßen dargestellt wurde: in einer Reihe von größeren Städten seien die Ortsgruppen des DHV zu organisatorischen Ansatzpunkten für die Arbeit der Fichte-Gesellschaft geworden. Überall, wo sich ehrenamtliche oder berufsamtliche Mitarbeiter des DHV der Fichte-Gesellschaft zur Verfügung stellten, fand eine gegenseitige Unterstützung statt, die sich für den DHV so auswirkte, daß »gesinnungsverwandte Persönlichkeiten« aus anderen Berufskreisen als Helfer für seine Arbeit gewonnen wurden³².

Die Fichte-Gesellschaft gliederte sich in fünf Gaue: Nordmark, Ostmark, Sachsen-Thüringen, Hessen und Bayern, in denen verschiedene Ortsgruppen bestanden. Die Reichsgeschäftsstelle befand sich zunächst in Hamburg, wurde aber 1926 in das Johannesstift bei Spandau

²⁹ Die Gründung der »Fichte-Stiftung« fand am 18. 2. 1920 in Berlin statt. Zweck der Stiftung war es, ein tragfähiges Fundament für die Finanzierung der Fichte-Gesellschaft zu schaffen. Über die Stifter bestimmte § 5 der Satzung: »Jeder Stifter leistet einen einmaligen Anteil von 3000 M. zum Stiftungsvermögen und führt für je 1000 M. eine Stimme im Kuratorium. Ein Stifter kann auch mehrere Anteile zu 3000 M. dem Stiftungsvermögen zuführen.« Das Kuratorium der Fichte-Stiftung setzte sich fast ausschließlich aus Rittergutsbesitzern zusammen.

³⁰ Hans Gerber, *Das Wesen und die Ziele der Fichte-Gesellschaft*, a. a. O., S. 19.

³¹ »Verhandlungsbericht über die Gründungstagung der Fichte-Stiftung am 18. 2. 1920 in Berlin.«

³² »DHV-Rechenschaftsbericht für 1924«, S. 86.

verlegt, wo auch der DHV sein »Berufsständisches Seminar« unterhielt. Hier wurden die verschiedensten Bevölkerungskreise in Kursen, Vorträgen, Weltanschauungswochen und Arbeitsgemeinschaften mit allen Gebieten des Wissens vertraut gemacht, stets aber unter dem Gesichtspunkt der Nationalerziehung. Von den im Rahmen der Fichte-Gesellschaft gehaltenen Vorlesungen und Referaten verlangte Wilhelm Stapel, sie hätten »deutsche Missionspredigten³³« zu sein. Der Nationalerziehung dienten außerdem die Fichte-Hochschulen in Bergedorf, Hamburg, Kassel und Leipzig. Bei ihrer Errichtung ging es darum, der sozialdemokratischen Volkshochschulbewegung etwas Entsprechendes auf völkischer Grundlage gegenüberzustellen; mit der »Deutschen Bühne e. V. Hamburg« wurde der gleiche Versuch als Gegenründung zur Volksbühne unternommen.

Grundsätzliche Bedeutung hatten die »Tagungen für Deutsche Nationalerziehung«, die die Fichte-Gesellschaft 1924 über »Volkstum und Staatsgedanke«, 1925 über »Christentum und Nationalerziehung«, 1927 über »Großstadt und Volkstum« und 1928 über Fragen der nationalen Bildung veranstaltete. Auf diesen Tagungen wurden, meist von den Mitgliedern des Gesamtvorstands der Gesellschaft, Referate gehalten, »deren Ergebnisse für die Bildungsarbeit des DHV stets ausgewertet, zum Teil, wie bei der Tagung über das Thema ‚Großstadt und Volkstum‘, richtungweisend geworden sind³⁴«.

Wie die Fichte-Gesellschaft warb auch das »Deutsche Volkstum« für den »Eigenwert des deutschen Volkes« im kulturellen und politischen Raum. Die Zeitschrift erhielt ihr neues Gesicht, als Wilhelm Stapel im Januar 1919 vom DHV mit der Herausgabe betraut wurde. Seine Anschauungen waren von einem Mann geprägt worden, dessen Tätigkeit ganz aus dem Geist der Jugendbewegung entsprang³⁵: von Ferdinand Avenarius, einem Neffen Richard Wagners³⁶. Avenarius hatte

³³ Hans Gerber, Die praktische Arbeit der Fichte-Gesellschaft. In: »Deutsche Volkserziehung«, S. 37.

³⁴ Albert Krebs, »Max Habermann, eine biographische Studie«, S. 33/34.

³⁵ Karl Otto Paetel weist in seinem Buch »Jugendbewegung und Politik«, S. 32, darauf hin, daß der Dürerbund von Avenarius an der Tagung der Freideutschen Jugend vom 11.—13. 10. 1913 auf dem Hohen Meißner teilgenommen habe.

³⁶ Sein Vater, Eduard Avenarius, hatte 1837 mit den Brüdern Heinrich und Fritz Brodtkhaus in Berlin eine Buchhandlung gegründet. Er heiratete die jüngste Stiefschwester Richard Wagners, Cäcilie Geyer, während deren ältere Schwester Louise mit Fritz Brodtkhaus vermählt war. Nach der Trennung von den Brüdern Brodtkhaus gründete Eduard Avenarius einen eigenen Verlag, in dem u. a. das »Literarische Zentralblatt« erschien.

sich mit seiner seit 1887 erscheinenden Zeitschrift »Der Kunstwart« von 1898 an fortschreitend für eine neue Kunsterziehung, für deutsche Hausmusik und die Verbreitung volkstümlichen Schrifttums eingesetzt, wobei Paul Schultze-Naumburg³⁷ sein Mitarbeiter für »bildende und angewandte Künste« war. Aus dem Mitarbeiterkreis des Kunstwart gründete Avenarius 1902 den »Dürerbund« als einen »Bund von Vereinen und einzelnen zur Pflege ästhetischen Lebens«, dem auch der DHV angeschlossen war. Im Rahmen dieser ästhetischen Bestrebungen machte der »Kunstwart« mit dem Jugendstil ernst, dessen Ausdrucksformen auch das äußere Erscheinungsbild der Zeitschrift bestimmten.

Als Herausgeber des »Deutschen Volkstums« übertrug Wilhelm Stapel die ihm von »Dürerbund« und »Kunstwart« her geläufigen geistigen, kulturellen und ästhetischen Maßstäbe auf die DHV-Zeitschrift, nicht ohne sie – besonders im Hinblick auf die politische Tendenz – mit seinen persönlichen und höchst eigenwilligen Vorstellungen zu verbinden. Die daraus resultierende Synthese von Jugendbewegung und Konservatismus, von unpolitisch-ästhetischen Reformbestrebungen und politisch-kulturellem Machtstreben gab der Zeitschrift ihr neues Gepräge. Stapels Einfluß war dabei so dominierend, daß das »Deutsche Volkstum« von einem Verbandsblatt immer mehr zu »seiner« Zeitschrift wurde.

Der sich selbst gestellten Aufgabe einer »volksbürgerlichen« Erziehung des deutschen Volkes entsprechend schrieb Stapel in den ersten von ihm herausgegebenen Heften des »Deutschen Volkstums« noch viel selbst und versammelte erst allmählich einen neuen Mitarbeiterkreis um die Zeitschrift, deren Aufmachung weitgehend der vom Jugendstil geprägten des »Kunstwarts« entsprach. Die früheren Mitarbeiter übernahm Stapel nicht. Nur Hans von Wolzogen und Ludwig Schemann aus dem Bayreuther Kreis steuerten noch gelegentlich Artikel bei. Neu hinzu kamen aus dem Hamburger Volks-

³⁷ Der Architekt und Schriftsteller Paul Schultze-Naumburg war seit 1902 Professor. Angeregt durch seine grundlegenden Aufsätze im »Kunstwart« wurde 1903 der Bund »Heimatschutz« gegründet. Als auf dem 3. Reichsparteitag der NSDAP im Jahre 1929 der »Kampfbund für deutsche Kultur« unter Alfred Rosenberg gegründet wurde, setzte sich Schultze-Naumburg durch die Unterzeichnung des Gründungsauftrufs für dessen Bestrebungen ein und wurde 1930 von dem thüringischen Innen- und Volksbildungsminister, Dr. Frick, an die Spitze der Weimarer Vereinigten Kunstlehranstalten berufen. Er trat auf der Westdeutschen Tagung des »Kampfbundes für deutsche Kultur« vom 7.—11. 7. 1932 mit einer Rede über »Zeit- und blutgebundene Kunst« hervor.

heim Walther Classen, Heinz Marr und Alfred Pfarrer, vom »Kunstwart« Hermann Ullmann, Georg Kleibömer, Eugen Kalkschmidt, Leopold Weber und Karl Söhle. »Jüngere Mitarbeiter kamen aus dem nationalen und völkischen Flügel der Jugendbewegung, so Heinz Dähnhardt, Karl Bernhard Ritter, Werner Pleister, Hjalmar Kutzleb, Hans Teske³⁸«. Hervorzuheben ist Albrecht Erich Günther, ehemaliger »Bahrenfelder Zeitfreiwilliger« und wie sein Bruder Gerhard Mitarbeiter des »Deutschen Volkstums«. Er war Stapel sachlich und menschlich eng verbunden und wurde 1926 Mitherausgeber der Zeitschrift.

Mit diesen Mitarbeitern setzte sich Stapel die Aufgabe, über die DHV-Kreise hinaus die »deutsche Bildungsschicht« im Sinne des deutschen Volkstums aufzuklären. Dabei schälten sich ganz bestimmte Themenkreise heraus: Stapel zog das deutsche Bildungsgut vom Hildebrandslied und Nibelungenlied bis zu Raabe, Gotthelf und Stifter für die Nationalerziehung heran. Er stellte die ihm künstlerisch wertvoll erscheinenden Werke und Künstler der Gegenwart in seiner Zeitschrift heraus. Er kämpfte gegen die »defaitistischen und zersetzenden Mächte in Volk und Reich« und wollte sie durch den »Gedanken einer deutschen Sitte, eines deutschen Rechtes, einer deutschen Erziehung, eines deutschen Glaubens und einer deutschen Ordnung« ersetzen. Auf religiösem Gebiet förderte er das »germanisch-protestantische Wesen«. Stapels kulturpolitisches Programm sollte neben der Volksbildung einem politischen Zweck dienen: er wollte dazu aufrufen, »die Sklavenketten von Versailles« zu zerreißen. Stapel und sein Kreis erkannten – in Übereinstimmung mit der Verbandsleitung des DHV – den Vertrag von Versailles nicht an und vertraten die Meinung, durch die Erweckung des »deutschen Volkstums« auch Kräfte gegen die Weimarer Republik zu aktivieren. So hatte die Bildungspolitik des DHV nach dem ersten Weltkrieg eine deutlich erkennbare Wandlung durchlaufen. Ihre vulgär-völkische Ausrichtung, die noch im »Deutschen Volkstum« von 1917 und der ursprünglichen Fichte-Gesellschaft erkennbar war, wurde unter dem Einfluß der Jungdeutschen und in erster Linie durch Wilhelm Stapel überwunden. Der DHV aber hatte seine Jahrzehnte alte geistige Haltung durch die Wahl Stapels nicht aufgegeben. Vielmehr

³⁸ »DV«, 1938, Dezember, S. 798.

wurde die »deutschnationale« Konzeption von ihm neu durchdacht und intellektuell geklärt. Das wird am Beispiel des von Stapel vertretenen Antisemitismus in einem besonderen Abschnitt dargelegt.

2. Deutsche Hausbücherei und Verlagstätigkeit

Es erhebt sich die Frage, was ein so umfassendes Erziehungsprogramm und Bildungswesen wie das des DHV überhaupt mit den Zielen der Gewerkschaftsarbeit zu tun hatte. Die Antwort auf diese Frage gab Max Habermann in seinem Vortrag »Die Erziehung des deutschen Menschen« auf dem 19. Verbandstag 1924 in Königsberg. Dort führte er aus, daß die Gewerkschaftsarbeit nur auf ganz kurze Sicht Erfolge haben könne, wenn sie nicht tief im Wesen des deutschen Volkstums verankert sei. Die Kampforganisation zur Erreichung wirtschaftlichen Nutzens sei immer nur Mittel zum Zweck. »Der Stand ist für uns . . . ein Spiegelbild unseres ganzen Volkes. Darum kann die Standesbewegung wie unser Verband sie zusammenfaßt, für sich in Anspruch nehmen, allen Suchenden unter unsern Berufsgenossen eine geistige Heimat zu sein³⁹«. Diese Argumentation zeigt, daß sich das ständische Denken im DHV nicht auf die wirtschaftlich-politische Gliederung des Staates allein beschränkte, sondern als das dem Dasein des Gesamtvolkes im Staat zugrunde liegende Ordnungsprinzip galt. Im Rahmen eines so organisch verstandenen Staatsgefüges konnte der einzelne Stand beanspruchen, »geistige Heimat« für seine Angehörigen zu sein. Dieser Aufgabe widmete sich der DHV mit besonderer Hingabe, denn sie war die zentrale Voraussetzung der von ihm geforderten und praktizierten »Nationalpolitik« und zugleich das Mittel, die von ihr Beeinflussten immun zu machen gegen die »liberalistische, sozialistische und internationale« Vorstellungswelt.

Im Dienst der Nationalpolitik standen die Gründung der ersten deutschen Buchgemeinschaft und die zielbewußte Verlagsarbeit des DHV. Auch persönliches Interesse mag für die außerordentliche Aktivität des Verbandes auf diesem Gebiet eine Rolle gespielt haben; denn Max Habermann, Albert Zimmermann und Wilhelm Stapel waren gelernte Buchhändler, Karl Bott und Emil Schneider hatten sich im

³⁹ Max Habermann, »Die Erziehung zum deutschen Menschen«, S. 11.

ersten Weltkrieg durch ihre Arbeit in von der Heeresleitung eingerichteten Verlagsbuchhandlungen in dieser Richtung ausgebildet. Schon 1904 verwirklichte der Verband den Gedanken, eine eigene Buchhandlung einzurichten. Die »Deutschnationale Buchhandlung« entstand mit der ausgesprochenen Absicht, die Mitglieder zum Lesen guter Literatur anzuhalten. Im Laufe der Zeit hatte die Verbandsleitung die Beobachtung gemacht, daß es meist dem Zufall überlassen blieb, welche Bücher in die Hände der Handlungsgehilfen kamen. Hier wollte die Deutschnationale Buchhandlung Abhilfe schaffen. Sie gab Listen mit Empfehlungen ihr geeignet erscheinender Werke heraus, und aus dem Helfen und Beraten entstand der Plan des Zusammenschlusses der Leser in einer möglichst großen Beziehergemeinschaft, die dem einzelnen Gelegenheit geben sollte, eine Reihe wertvoller Bücher für sich und seine Familie preiswert anzuschaffen. Damit aber erschöpfte sich der Zweck der am 2. Februar 1916 gegründeten »Deutschnationalen Hausbücherei« nicht. Walther Lambach erklärte in einem Artikel zur Einführung der Hausbücherei, daß er in ihr – neben »Fichte-Gesellschaft« und »Deutschem Volkstum« – ein Mittel zur Ausbreitung deutschnationaler Gedanken erblicke; denn jede, auch die kleinste Bücherei, beeinflusse die Gedankenwelt eines ganzen Kreises von Menschen. »In einem Hause, in dem die heranwachsenden Kinder, die Geschwister und die Freunde in Heinrich Heines Spottgedichten lesen, macht sich ein anderer Geist breit, als da, wo man voll Ehrfurcht in den Zeugnissen wahrhaft deutschen Geistes Erholung und Belehrung sucht. Die Deutschnationalen Hausbüchereien sollen Trutzburgen werden gegen das Eindringen undeutscher Art⁴⁰«. Nach solchen Gesichtspunkten wählte der Vorstand der Hausbücherei, Hans Bechly, Eugen Clauß und Albert Zimmermann, jährlich sechs Bücher der deutschen Literatur für die Festbezieher aus, wobei ihnen der Beirat der Hausbücherei zur Seite stand. Ihm gehörten 1916 Adolf Bartels, Wilhelm Kiefer, Adalbert Luntowski, Wilhelm Stapel, Gorch Fock (bis zu seinem Tode am 31. 5. 1916), Hans Gloy, Wilhelm Eberhard, Walther Lambach, Christian Krauß und Ed. Lanzenberger an⁴¹. Irwahn schrieb später, die Gründung der Deutschnationalen Hausbücherei sei weder als ein Geschäftsunternehmen noch als ein Akt von Menschenfreund-

⁴⁰ »DHW«, 23. Jg., Nr. 12 v. 5. 12. 1916, S. 179.

⁴¹ Ebenda.

lichkeit zu verstehen; sie sei vielmehr »bewußtes Eindringen in einen Bereich der politischen Beeinflussung unseres Volkes, der bis dahin . . . vom nationalen Bürgertum vernachlässigt und vom Judentum bevorzugt behandelt worden war. Sie war das Eindringen der politischen Willensbildung in das Reich des schöngeistigen Schrifttums⁴²«. Das Moment der Meinungsbildung der Mitglieder hat bei dem für die Hausbücherei verantwortlichen Auswahlkomitee eine wesentliche Rolle gespielt. Sie bestimmten für die erste Jahresreihe (1916) folgende Werke:

1. Tacitus, »Germanien«. Herausgegeben von Ludwig Wilser;
2. Hermann Muthesius, »Der Deutsche nach dem Kriege«;
3. Börries von Münchhausen, »Balladen und Lieder«;
4. Helmut von Mücke, »Emden und Ayesha«;
5. Gorch Fock, »Seefahrt ist Not«;
6. Heinrich Lersch, »Herz aufglühe dein Blut«;
7. Charles de Coster, »Ulenspiegel«;
8. »Jahrbuch für Deutschnationale Handlungsgehilfen«, 1917.

In den nächsten Jahren wurden vorwiegend folgende Schriftsteller mit ihren Werken in die Deutschnationale Hausbücherei aufgenommen: der antisemitische Literaturhistoriker Adolf Bartels mit seiner zweibändigen »Geschichte der deutschen Literatur« und den Romanen »Die Dithmarscher« und »Dietrich Sebrand«; Wilhelm von Polenz mit dem Roman »Der Büttnerbauer«, der den Antisemitismus belletristisch gestaltete; der »germanomane« Werner Jansen mit »Das Buch Treue«, »Gudrun« und »Firdusis Königsbuch«; der durch seine vorge-schichtlichen Untersuchungen über die Runen und das Symbol des Hakenkreuzes hervorgetretene Ludwig Wilser mit dem Werk »Deutsche Vorzeit«. Außer Adolf Bartels und Wilhelm von Polenz waren eine Reihe weiterer Dichter und Schriftsteller des Dürerbundes in der Hausbücherei vertreten. Hier ist in erster Linie Wilhelm Raabe zu nennen, der mit seinen Romanen »Der Hungerpastor«, »Der Schüdderumps«, »Das Odfeld« und »Die Leute aus dem Walde« zu den am Stärksten vertretenen Autoren zählte. Das frühe und mittlere 19. Jahrhundert war durch Heinrich von Kleist, Eduard Mörike, Gustav Freytag und Viktor von Scheffel vertreten. Daneben erschienen in der

⁴² Irwahn, 20 Jahre Kampf für deutsches Schrifttum. In: »Herdfeuer«, Monatsschrift der Deutschen Hausbücherei, 10. Jg., Nr. 5, 1935. Zitiert nach: »Hanseaten Feldposte«, Nr. 17 v. 1. 2. 1941, S. 3/4.

Hausbücherei Werke der deutschen Heimatdichter Heinrich Sohnrey, Hermann Löns und Albert Petersen und der Schweizer Jeremias Gott-helf und Gottfried Keller⁴³.

Die Zahl der Mitglieder der Deutschnationalen Hausbücherei war anfangs recht klein. Im April 1919 wurde von 600 festen Beziehern berichtet. Sie zahlten 60 Mark jährlich und erhielten dafür sechs Bücher. Damals beschränkte sich die Hausbücherei noch auf die Herausgabe verbilligter Sonderausgaben bereits erschienener Werke. Um nicht mit der Deutschnationalen Volkspartei in Verbindung gebracht zu werden, änderte sie am 1. Januar 1923 ihren Namen in »Deutsche Hausbücherei⁴⁴«. Als nach der Inflation ein neuer Jahresbeitrag von 24 Mark festgesetzt wurde, erlebte die Hausbücherei einen starken Aufschwung. Sie wuchs über ihren ursprünglichen Mitgliederkreis hinaus und zog nun auch Leser anderer Berufe, nationaler Vereine und Verbände an. Ende 1926 hatte sie 6458 Bezieher, Ende 1927 13 998, Ende 1928 23 174 und Ende 1930 39 390 Bezieher⁴⁵. Daher ging der Verlag dazu über, die Bücher in besonderen Auflagen selbst zu drucken. Gleichzeitig wurde eine Auswahlreihe geschaffen, so daß die Möglichkeit bestand, für einige Bände der Jahresreihe wahlweise andere Werke zu erhalten. Allerdings berichtete die Monatsschrift der Hausbücherei 1931, daß davon bezeichnenderweise wenig Gebrauch gemacht werde, weil, »wie es immer wieder in Zuschriften betont wird, bei der Deutschen Hausbücherei die Führung zum Buch gesucht und gewünscht wird⁴⁶«.

1926 hatten sich dem Auswahlkomitee der Deutschen Hausbücherei eine Reihe angesehener Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt, zu denen Friedrich Baltrusch, der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Hans Bechly, der Verbandsvorsitzende des DHV, Otto von Bismarck und Professor Friedrich Brunstäd von der DNVP, Otto Gerig, DHV-Gauvorsteher und Zentrumsabgeordneter, General Paul von Lettow-Vorbeck sowie die

⁴³ Eine Zusammenstellung sämtlicher Werke, die zwischen 1916 und 1933 in die Jahresreihen der Deutschen Hausbücherei aufgenommen wurden, befindet sich im Besitz der Forschungsstelle.

⁴⁴ »Herdfeuer«, Monatsschrift der Deutschen Hausbücherei, 6. Jg., Nr. 11, November 1931, S. 2/3.

⁴⁵ Diese Zahlen verdanke ich Herrn Emil Schneider, der als einer der Direktoren der Hanseatischen Verlagsanstalt für die Deutsche Hausbücherei zuständig war.

⁴⁶ »Herdfeuer«, Monatsschrift der Deutschen Hausbücherei, 6. Jg., Nr. 11, November 1931, S. 2/3.

Schriftsteller Hans Grimm, Ernst Jünger, Erwin Guido Kolbenheyer, Wilhelm Schäfer, Wilhelm Stapel, Hermann Ullmann und August Winnig gehörten⁴⁷. Die »Handels-Wacht« erklärte, diese Namen kennzeichneten mehr als alles andere die Richtung, die die Deutsche Hausbücherei bei der Auswahl ihrer Werke einzuhalten bemüht sei. Dabei war die gleiche Tendenz zu beobachten, die in der Entwicklung der Fichte-Gesellschaft und des »Deutschen Volkstums« aufgezeigt wurde: die ausschließlich völkische Orientierung von 1916 wurde nach und nach zu einer breiten deutsch-volksbewußten Richtung ausgebaut. Der DHV konnte aber auch hier nicht ganz auf den Antisemitismus verzichten, wie ein Werbeprospekt von 1931 zeigt, der folgende Punkte als besonders werbend für die Deutsche Hausbücherei hervorhob: »Nicht jedes in deutscher Sprache geschriebene Buch ist ein deutsches Buch! – Wir wollen Förderung des auf dem Boden des deutschen Volkstums stehenden Dichters und Schriftstellers. – . . . Wir bringen keine artfremden Autoren. Deutschen kann nur von Deutschen geholfen werden. – Wir wehren uns dagegen, wenn volksfremde Bücherschreiber mit unseren deutschen Werten Schindluder treiben und versuchen, die Grundlagen unserer Sittlichkeit, Gesellschaft, unseres Glaubens verächtlich zu machen. – Die Deutsche Hausbücherei ist die Bücherei der deutschen Familie, in der noch der Wille zur deutschen Kultur lebendig ist, die sich gegen die drohende Verflachung und Vermassung des persönlichen Lebens wehrt und in der edle Häuslichkeit noch eine Pflegestätte hat⁴⁸«.

Den organisatorischen und wirtschaftlichen Hintergrund des »Deutschen Volkstums«, der Fichte-Gesellschaft und der Deutschen Hausbücherei bildete die Verlagspolitik des DHV. Mit dem Erwerb des »Deutschen Volkstums« und der Errichtung der Deutschen Hausbücherei sah sich der Verband vor die Frage gestellt, diesen Unternehmen eine gesicherte finanzielle Basis zu geben und ihnen einen leistungsfähigen Verlag zur Verfügung zu stellen. Es wurde schon erwähnt, daß der DHV seit 1904 in der »Deutschnationalen Buchhandlung« über eine eigene Buchhandlung verfügte. Gleichzeitig war er mit der »Hanseatischen Druck- und Verlagsanstalt« eng verbunden, jenem antisemitischen Parteiunternehmen von 1893, das im Laufe der Jahre mit

⁴⁷ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1926«, S. 254–55.

⁴⁸ Deutsche Hausbücherei, Hamburg. Werbeprospekt 1931 »Im Kampf für das deutsche Schrifttum«.

dem Rückgang der Deutschsozialen Partei immer mehr zur Druckanstalt des DHV geworden war⁴⁹. Beiden Unternehmen an die Seite stellte sich am 7. April 1917 die »Deutschnationale Verlagsanstalt« zur Herausgabe von Büchern und Zeitschriften sowie »zur Pflege des völkischen Geistes in Schrifttum, Kunst und Bühne«. Das Grundkapital der Verlagsanstalt betrug 350 000 Mark und war in 350 auf den Namen lautende Aktien zu 1000 Mark aufgeteilt. Jeder der fünf Gründer übernahm 70 Aktien, die jeweils mit 25 % in bar von der Sparkasse des DHV bezahlt wurden. Zum Vorstand gehörten Carl Meier, Max Habermann und Christian Winter, während Professor Carl Langhein, Christian Krauß, Alfred Roth, Otto Stuth und Albert Zimmermann den Aufsichtsrat bildeten. Um die Zusammenarbeit der verschiedenen DHV-Unternehmen zu gewährleisten, bestimmte der Gesellschaftsvertrag, daß zwei von den Vorstandsmitgliedern dem Vorstand der Hanseatischen Druck- und Verlagsanstalt, das dritte Vorstandsmitglied der Fichte-Gesellschaft anzugehören haben⁵⁰. Die erste Aufgabe des Verlags war der Ausbau des »Deutschen Volkstums«. Außerdem hatte er für die Veröffentlichungen der Fichte-Gesellschaft zu sorgen. 1919 kam als zweite Zeitschrift die von Walther Lambach herausgegebene »Kultur des Kaufmanns« hinzu. Um die beiden Zeitschriften gruppieren sich dann Bücher, die dazu bestimmt waren, »die von den Zeitschriften gesammelten Leserkreise mit umfassender und tiefeschürfender Kost zu versorgen.«

1920 erhielt das Verlagsunternehmen seine endgültige Gestalt. Am 8. Juli des Jahres führte Christian Winter in der Generalversammlung der »Deutschnationalen Verlagsanstalt« aus, »daß die Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland die Gesellschaft durch die Gründung der Deutschnationalen Volkspartei beim Publikum in das Ansehen eines Parteiverlages gebracht hat, was für sie als publizistisch unabhängiges Verlagsunternehmen in ihrer Entwicklung hinderlich ist⁵¹«. Die Tatsache, 1920 von der Öffentlichkeit mit der DNVP in

⁴⁹ Wie stark das Unternehmen mit dem DHV liiert war, geht aus der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat hervor. 1917 gehörten zum Vorstand der Hanseatischen Druck- und Verlagsanstalt: C. H. A. Meier, Max Warming (DHV), Christian Winter (DHV). Aufsichtsrat: Friedrich Raab, Victor Blobel (DHV), August Erle (DHV), A. Götting, A. Jacobsen, E. Koppelt, Herm. Korff (DHV), Oberleutnant Roth (DHV), A. Zimmermann (DHV). (»DtVBl«, Nr. 19 v. 11. 5. 1917.)

⁵⁰ Amtsgericht Hamburg, Abt. Handelsregister, Akte Nr. B 1951, Bd. I.

⁵¹ Ebenda, Protokoll der Generalversammlung vom 8. 7. 1920.

Verbindung gebracht zu werden, aber widersprach der Gewerkschaftspolitik des DHV. Um das zu verhindern, mußte der Name des Verlags geändert werden. Das gleiche galt für die »Deutschnationale Hausbücherei«, die sich 1923 umbenannte. Hinzu kam, daß sich die Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt zu dieser Zeit in Liquidation befand. Der DHV hatte somit Gelegenheit, durch den Erwerb der Druckerei in Zukunft sämtliche Bücher und Zeitschriften selbst zu drucken und die Herstellungskosten zu senken. Zu diesem Zweck erhöhte er das Grundkapital seines Verlages um 650 000 Mark auf insgesamt eine Million. Das neue Verlagsunternehmen trug den Namen »Hanseatische Verlagsanstalt AG« und faßte die alten Unternehmen: Deutschnationale Buchhandlung, Deutschnationale Verlagsanstalt und Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt zusammen⁵². Die »Hanseatische« verlegte außer den beiden Zeitschriften vorwiegend handelswissenschaftliche Literatur, u. a. das fünfbändige »Handwörterbuch des Kaufmanns«, nach seinem Herausgeber der »Große Bott« genannt, daneben die belletristischen Werke der Deutschen Hausbücherei sowie Schriften der Fichte-Gesellschaft und der Jugendbewegung. Durch die starke Ausweitung des Verlages in allen seinen Sparten erwies sich eine Gliederung des Unternehmens bald als notwendig. Schon Ende 1925 wurde unter der Leitung des Verlagsbuchhändlers und deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Otto Rippel eine Zweigniederlassung in Berlin gegründet, deren Aufgabe in der Pflege politischer Literatur lag. Dieser Abteilung gelang es, den zweiten Band der politischen Dokumente des Großadmirals von Tirpitz unter dem Titel »Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg« herauszubringen. Außerdem erschienen dort die aus seinen Erfahrungen im Reichstag entstandene Arbeit Walther Lambachs »Die Herrschaft der Fünfhundert« sowie Werke von Rolf Brandt, Wilhelm Stapel, Hermann Ullmann, Werner Sombart und August Winnig.

Gleichzeitig mit der politischen Abteilung wurde eine Volkstumsabteilung innerhalb der Hanseatischen Verlagsanstalt geschaffen. Sie war für die kulturpolitischen Belange zuständig, so daß das »Deutsche Volkstum« in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rückte. Mit Wilhelm Stapel, der zum Leiter der Abteilung ernannt wurde, trat eine Personalunion zwischen diesem Teil des Buchverlages und der Zeitschrift ein. Dadurch

⁵² Ebenda, »Geschäftsbericht der Hanseatischen Verlagsanstalt für 1920«.

wurde ein stärkerer Zusammenhalt zwischen Verlag und Autoren erreicht und die Übereinstimmung der neu erscheinenden Bücher mit den Bestrebungen des »Deutschen Volkstums« gesichert.

Im Jahre 1926 stellte die Volkstumsabteilung der Hanseatischen Verlagsanstalt ein Zehn-Punkte-Programm auf, in dem der »volkskonservative« Gedanke als Grundlage ihrer Arbeit formuliert wurde. Darin hieß es: »In der Weltanschauung soll die eigentümlich deutsche Linie, die durch die Jahrhunderte des deutschen Denkens zu verfolgen ist, herausgearbeitet werden . . . Auf dem Gebiete der Geschichte pflegen wir nicht die rein wissenschaftliche Geschichte Rankescher Prägung, so sehr wir deren Bedeutung anerkennen. Es liegt uns daran, daß in den Geschichtswerken das Volk als ein lebendiges Ganzes betrachtet wird, so daß die Einheit des politischen Lebens mit dem kulturellen, das Zusammenwirken der Führerpersönlichkeit mit Volk und Volksart deutlich wird⁵³«. Eine Zusammenfassung dieser Bestrebungen gab Punkt 10: »So gefaßt stellt uns der volkskonservative Gedanke zwei allgemeine Aufgaben: erstens die sorgsame Erkenntnis der Wesensart unseres Volkes, zum anderen die Erziehung unseres Volkes zu sich selbst. Daraus ergibt sich für die Arbeit des Verlages eine Mittlerstellung zwischen Wissenschaft und Volksleben, und es gilt, beide zu kennen und beide zu verbinden, aus welcher Verbindung sowohl der Wissenschaft wie dem Volke immer neues Leben erwächst⁵⁴«. Stapels Verwendung des Wortes »volkskonservativ« zur Kennzeichnung des kulturpolitischen Programms der Hanseatischen Verlagsanstalt zeigt, daß der DHV in der Mitte der zwanziger Jahre ideologisch von den Völkischen abgerückt war. Zwar war die völkische Wurzel des Begriffs erkennbar; aber die Kombination »volks-konservativ« umfaßte mehr: Stapels Volkstheorie und eine neue Staatsidee. Damit war der Begriff nicht allein für die Abgrenzung gegenüber den Völkischen entscheidend, sondern galt gerade auch für die Abgrenzung gegenüber weiten Kreisen der Konservativen. So wirkte sich der Gegensatz zum Alldeutschen Verband und zur DNVP auch auf der kulturpolitischen Ebene aus, der unter seinen politischen Aspekten im letzten Kapitel untersucht wird. Stapel hat allerdings den Gebrauch des Begriffs »volkskonservativ«

⁵³ »DV«, 1926, Dezember, S. 909. Die Reorganisation des Verlags stand im Zusammenhang mit dem Umzug der Hanseatischen in ihr neues Gebäude in Wandsbek.

⁵⁴ Ebenda.

im politischen Raum mißbilligt und sich von der gleichnamigen Parteigründung distanziert⁵⁵.

Gegen Ende der zwanziger Jahre gewann die Verlagsarbeit des DHV eine neue Ausweitung durch die Verbindung mit den Verlagen Georg Müller und Albert Langen in München. Die Aktienmehrheit des Georg-Müller-Verlages ging nach dem Tode seines Gründers durch verschiedene Hände. 1927 war das Unternehmen finanziell nicht mehr gesichert. Da dieser Verlag nach Meinung Wilhelm Stapels eine Anzahl »unserer besten Dichter« verlegte, wie Erwin Guido Kolbenheyer, Paul Ernst und Wilhelm Schäfer, wandte er sich an die Hanseatische Verlagsanstalt und den DHV, »um das kostbare Gut der Nation davor zu bewahren, unter den Hammer zu kommen⁵⁶«. Der DHV entsprach diesem Vorschlag und erwarb den Georg-Müller-Verlag Ende 1927. Durch die Vermittlung Kolbenheyers gewann man in dem früheren Kapitänleutnant Gustav Pezold, der aus der Osiander'schen Buchhandlung in Tübingen kam, einen neuen Verlagsleiter. Drei Jahre später wurde, jetzt über Pezold, Stapel und Kolbenheyer, der ebenfalls in finanzielle Schwierigkeiten geratene Albert-Langen-Verlag vom DHV erworben und mit dem Georg-Müller-Verlag vereinigt⁵⁷. Im Herbst 1931 übernahm Benno Ziegler die Leitung der Hanseatischen Verlagsanstalt. Der Gesamtkonzern wurde so geordnet, daß der Münchner Doppelverlag die schöne Literatur herausbrachte, während in Hamburg historisch-politische und kulturpolitische Schriften erschienen⁵⁸. Ein erster Erfolg der Hanseatischen war es, Friedrich Brunstädts »Deutschland und der Sozialismus« und Moeller van den Brucks »Das Dritte Reich« von anderen Verlagen zu übernehmen. Außerdem ver-

⁵⁵ »DV«, 1938, Dezember, S. 809. Der Begriff »volkskonservativ« wurde von Stapel zuerst 1926/27 benutzt. Neben dem Gebrauch zur Kennzeichnung von Aufgaben der Volkstumsabteilung der Hanseatischen Verlagsanstalt trug die 3. Aufl. der »Volksbürgerlichen Erziehung« (1927) den Untertitel »Versuch einer volkskonservativen Erziehungslehre«. Demzufolge löste Stapel den Begriff »volksbürgerlich« durch den Begriff »volkskonservativ« ab, wobei beide Begriffe in etwa synonym waren. Das geht auch daraus hervor, daß Stapel den Begriff »volksbürgerlich« antithetisch zu »staatsbürgerlich« bildete, den Begriff »volkskonservativ« antithetisch zu »staatskonservativ« und »jungkonservativ«, wie er im Vorwort zur 4. Aufl. der »Volksbürgerlichen Erziehung« (1942, S. 8) ausführte. Auch an dieser Stelle betonte er, daß der Begriff dann für eine politische Parteigründung gebraucht wurde, die er bedauerte und an der er sich nicht beteiligte. Wörtlich schrieb er: »Dadurch ist dieses Wort für mich unmöglich geworden. Aber die Sache bleibt dieselbe: die Bewahrung des Volkes.«

⁵⁶ Ebenda, S. 806.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Amtsgericht Hamburg, Abt. Handelsregister, Akte Nr. B 1951, Bd. III. »Geschäftsbericht der Hanseatischen Verlagsanstalt für 1931.«

legte sie Wilhelm Stapels »Christlichen Staatsmann«, Ernst Jüngers »Arbeiter« und Hans Blühers »Erhebung Israels gegen die christlichen Güter«.

Die auf Betreiben des DHV erfolgte Vereinigung der beiden Münchner Verlage mit dem Hamburger Haus wurde in der Presse stark beachtet. Das »Berliner Tageblatt« sprach am 19. Juni 1931 von der »literarischen Diktatur der deutschnationalen Handlungsgehilfen« und bedauerte, daß zwei so renommierte Verlage »zu Unternehmungen reaktionärer Interessengruppen degradiert werden⁵⁹«. Dadurch sei an die Stelle zweier kulturvoll geleiteter bodenständiger und freiheitlicher Verlagshäuser der allmächtige und seelenlose Konzern, das Verlagswarenhaus, getreten. Gegen diesen Artikel, der von vielen Provinzzeitungen übernommen wurde, polemisierte der DHV heftig. Albert Zimmermann, als Antisemit in der Verbandsleitung bekannt, bemerkte, der DHV werde es nicht dulden, »daß der geistige Besitz unseres Volkes von Volksfremden, ob sie nun Mosse oder Ullstein heißen, verwaltet wird⁶⁰«. Repräsentativer war Wilhelm Stapels offizielle Stellungnahme. Er antwortete sowohl in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung⁶¹« als auch in der »Deutschen Handels-Wacht⁶²« auf den Vorwurf der literarischen Diktatur des DHV und erklärte, daß es sich für den DHV nicht um eine erstrebte Herrschaft über die Literatur schlechthin handle, sondern um das Bemühen, die Literatur einer bestimmten geistigen Richtung in einer Front zu versammeln. »Der DHV, der seine Kraft an den Aufbau dieser Front setzte«, schrieb Stapel, »hat keinen Grund zu verbergen, daß es ihm nicht um eine Anhäufung von allerlei mehr oder weniger gut gehenden Literaturgeschäften, sondern vielmehr um die Aufrichtung einer geistigen Macht zu tun gewesen ist, und daß er die Aufrichtung dieser Macht zielbewußt geplant und durchgeführt hat⁶³«. Dabei berief sich Stapel auf die Namen der Autoren, die hier verlegt wurden. Neben den Schriftstellern, die zum Stamm der

⁵⁹ Der Artikel wurde von der »DHW« abgedruckt, 38. Jg., Nr. 12 v. 25. 6. 1931, S. 229/30.

⁶⁰ »Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Buchhandlungsgehilfen-Verbandes«, 30. Jg., Nr. 7, Juli 1931, »Rudolf Mosse gegen DHV«, S. 185—88.

⁶¹ Sein Aufsatz »Die große Aufregung. Was geht der Albert-Langen-Verlag die deutschnationalen Handlungsgehilfen an?« (»DAZ«, Nr. 299/300 v. 5. 7. 1931) erschien, nachdem sich Paul Fedter (»DAZ«, 21. 6. 1931) bereits mit dem Artikel des »Berliner Tageblatts« auseinandergesetzt hatte, nicht ohne zu bemerken: »Wir haben hier immer den Standpunkt vertreten, daß der lebendige Geist der Nation schon seit Jahren im wesentlichen auf der rechten Seite zu finden ist.«

⁶² »Literarische Diktatur« des DHV? »DHW«, 38. Jg., Nr. 12 v. 25. 6. 1931, S. 217—19.

⁶³ Ebenda, S. 217.

Hanseatischen gehörten und den bereits genannten Erwin Guido Kolbenheyer, Paul Ernst und Wilhelm Schäfer handelte es sich um Strindberg, Wedekind, Hamsun und die Lagerlöf, Björnson, Gunnar Gunnarsson und Ludwig Thoma, wozu sich nach der Übernahme der Verlage durch den DHV noch Emil Strauß mit seinem Gesamtwerk und Hans Heinrich Ehrler gesellten. Daneben verlegte Albert Langen schon vor dem Krieg Hans Grimm und später Hanns Johst⁶⁴.

Der DHV beabsichtigte mit seiner Verlagstätigkeit nicht mehr und nicht weniger, als »die großen deutschen und nordischen Dichter . . . zu einer geistigen Gesamtwirkung⁶⁵« zu vereinigen. Er verfuhr entsprechend dem 10. Programmpunkt der Volkstumsabteilung der Hanseatischen Verlagsanstalt von 1926, in dem er die »Erkenntnis der Wesensart unseres Volkes« – wie sie die Verbandspublizisten verstanden – vertiefte und gleichzeitig durch die Verbreitung dieser Literatur für »die Erziehung unseres Volkes zu sich selbst« sorgte. In der Erneuerung und Erziehung des deutschen Volkes lag der Kern der kulturpolitischen Arbeit des DHV. Daß sie 1916 aus »völkischem«, 1926 aber aus »volkskonservativem« Geist erfolgen sollte, veranschaulicht den Wandel, den das Bildungswesen des DHV in diesen zehn Jahren erfahren hatte. Es wandte sich nicht mehr ausschließlich an Verbandsmitglieder, an die Angehörigen eines »Standes«, sondern an das ganze Volk, sofern es auf dem Boden des »deutschen Volkstums« stand.

3. Jugendarbeit und Jugendbewegung

Junge Leute hatten den DHV gegründet, ihm Weg und Ziel gewiesen und ihn zu ihrem geistigen Mittelpunkt gemacht. Daher lag es nahe, auch die neuen und vor allem die jugendlichen Mitglieder so früh wie möglich in diese Einflußsphäre hineinzuziehen. Der junge Handlungsgehilfe sollte nicht nur seine wirtschaftlichen und sozialen Interessen vertreten lernen, er sollte auch dazu erzogen werden, im kulturellen und politischen Bereich den »materialistischen Geist« des Zeitalters und die »zersetzenden Einflüsse« innerhalb des Volkslebens zu »bekämpfen«. Nach Emil Schneider wollte der Verband dabei »weniger

⁶⁴ »DAZ«, Nr. 299/300 v. 5. 7. 1931.

⁶⁵ »DHW«, 38. Jg., Nr. 12 v. 25. 6. 1931, S. 219.

eine Erzieher-, sondern mehr eine Führerrolle⁶⁶« im Leben seiner jugendlichen Mitglieder spielen. Aus diesem Grund errichtete er am 1. September 1904 eine Lehrlingsabteilung und wirkte damit bahnbrechend für die Jugendarbeit der berufsständischen Gruppen. Die »Handels-Wacht« erklärte, der Zweck einer solchen Jugendorganisation sei »das Wecken und Pflegen der Empfindung für deutsches Volksbewußtsein und die Ehre des deutschen Kaufmannsstandes unter der heranwachsenden kaufmännischen Jugend und Fürsorge für die Mitglieder durch besondere Wohlfahrtseinrichtungen⁶⁷«. Durch die Errichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen hat der DHV Vorbildliches für die fachliche Qualifikation der kaufmännischen Angestellten geleistet. Im Zusammenhang dieser Arbeit soll aber die Betrachtung der Jugendarbeit im Rahmen der deutsch-nationalen Erziehungsbestrebungen des Verbandes im Vordergrund stehen. Darüber hieß es bei der Gründung der Abteilung: »Sie soll der Jungbrunnen werden, aus dem wir immer neue Kräfte für unsere Bewegung schöpfen⁶⁸«. Gleichzeitig wurde betont, daß der Jugendliche nicht in den gewerkschaftlichen Tageskampf hineingezogen werden solle, denn die »sozialpolitischen Aufgaben sind ein Gebiet, dem der Lehrling nach wie vor fernstehen soll und muß⁶⁹«. Die Verbindung von weltanschaulicher und fachlicher Schulung brachte der Jugendabteilung unter dem »Lehrlingsvater« Emil Schneider einen so starken Zuwachs, daß sie bis zum ersten Weltkrieg schon zu einer 16 296 Mitglieder umfassenden Organisation wurde, während die Bemühungen um »das Wecken und Pflegen der Empfindung für deutsches Volksbewußtsein« den Verband bald in Verbindung zum Wandervogel führte, der in gleicher Richtung wirkte.

»Wandervogel« nannte der Primaner Karl Fischer am 4. November 1901 seine seit etwa fünf Jahren am Steglitzer Gymnasium bestehende Schülerwandergruppe. Dieses Datum bezeichnete den Beginn der deutschen Jugendbewegung, jener geistigen und kulturellen Reformbestrebungen, die ihren Impuls aus der Ablehnung der als unecht und erstarrt empfundenen Lebensformen des saturierten wilhelminischen Bürgertums erhalten hatten. Die Jugendbewegung wollte ihre Angehörigen

⁶⁶ »DHW«, 28. Jg., Nr. 16 v. 4. 5. 1921, S. 145.

⁶⁷ »DHW«, 11. Jg., Nr. 17 v. 1. 9. 1904, S. 315.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda.

zur Begegnung mit der Natur, mit altem Volksgut, Sagen, Liedern und Tänzen führen und ihnen auf Wanderfahrten und Heimabenden ein neues Lebens- und Gemeinschaftsgefühl vermitteln. Der Wandervogel breitete sich schnell aus und gewann 1907 nach verschiedenen Spaltungen und Zusammenschlüssen seine endgültige bündische Organisationsform. Diese Entwicklung blieb nicht ohne Einfluß auf den DHV. Unter Mitwirkung von Christian Krauß und Max Habermann, der betonte, daß viele DHVer die Wandervögel »zum Teil aus langjähriger eigener Erfahrung⁷⁰« kannten, gründete eine Gruppe von DHVern am 18. Juli 1909 auf dem Falkenberg in der Lüneburger Heide die »Fahrenden Gesellen« als »Bund für Wanderpflege im DHV«. Sie wählten den Leiter der Lehrlingsabteilung, Emil Schneider, zu ihrem Bundesvorsitzenden⁷¹. Über den Zweck der Vereinigung hieß es in der Satzung: »Die Fahrenden Gesellen wollen unter den deutschen Handlungsgehilfen und Lehrlingen die Wanderfreudigkeit wecken und vertiefen, sie für edlen Naturgenuß reif werden lassen und das Wandern selbst zu einer Quelle höchster Lebensfreude gestalten⁷²«. Während es der Wandervogel mit Schülern bis zum 18. Lebensjahr zu tun hatte, waren die Fahrenden Gesellen wesentlich älter und standen zumeist wirtschaftlich auf eigenen Füßen. Nach Habermann haben die Fahrenden Gesellen aber trotzdem viel vom Wandervogel gelernt: »Das Wesentlichste ist da die Unabhängigkeit vom Wirtshaus und im Zusammenhang damit die völlige Alkoholenthaltbarkeit für die Dauer der Wanderung⁷³«. Gerade in diesem Grundsatz habe der starke Reiz gelegen, den man brauchte, um die kaufmännische Jugend der Großstädte für die Beschäftigung mit der Natur zu gewinnen. Infolge der Übereinstimmung mit dem Wandervogel und der ganzen Jugendbewegung konnten sich die Fahrenden Gesellen auch das Bekenntnis der Freideutschen Jugend zu eigen machen, wie es im Oktober 1913 auf dem Hohen Meißner formuliert worden war. Das Bekenntnis gab dem Willen der Freideutschen Jugend Ausdruck, das persönliche Leben »vor eigener Verantwortung mit innerer Wahrhaftigkeit nach

⁷⁰ »Des Fahrenden Gesellen Zunftbüchlein«, S. 8. Das Zunftbüchlein kam unter Mitarbeit der Wandervögel Hans Breuer (Herausgeber des »Zupfgeigenhansl«, 1908) und Hans Lissner zustande. Auch auf dem ersten Gesellentag am 16. 10. 1910 in Goslar war der Wandervogel vertreten (»DHV«, 17. Jg., Nr. 21 v. 5. 11. 1910).

⁷¹ Albert Zimmermann, »Der DHV«, S. 63.

⁷² »Des Fahrenden Gesellen Zunftbüchlein«, S. 99.

⁷³ Ebenda, S. 8.

eigener Bestimmung⁷⁴« zu gestalten. Die Fahrenden Gesellen schlossen sich 1917 der Freideutschen Jugend an⁷⁵.

Der Bund der Fahrenden Gesellen fand im DHV starken Anklang. 1914 hatte er rund 6000 Mitglieder, die, der »Handels-Wacht« zufolge, »ein gewaltiges Stück völkischer Erneuerungarbeit⁷⁶« leisteten. Innerhalb des DHV war dieser in den Formen der Jugendbewegung organisierte Bund zur Nachwuchsauslese für die leitenden Verbandspositionen und für die Führungsstellen in den Jugendgruppen der Lehrlingsabteilung bestimmt.

Die von den Fahrenden Gesellen betriebene »völkische Erneuerungsbewegung« beschränkte sich nicht auf Wanderungen und lebensreformerische Bestrebungen, sondern setzte sich für eine bewußte Gemeinschaftspflege als Dienst an Stand und Volk ein. Die Fahrten wurden in straffer Disziplin durchgeführt; aus Wanderungen wurden Märsche und aus Spielen Gefechtsübungen. Von 1908 bis 1912 führten die Pfingstfahrten der DHV-Jugend in Norddeutschland, meist von den Ortsgruppen Hamburg, Altona, Harburg und Bremen gemeinsam veranstaltet, in die Lüneburger Heide. Dabei übernahmen die Fahrenden Gesellen und teilweise aktive Feldwebel die Führung der Kaufmannsjugend und die Leitung ihrer Kriegsspiele⁷⁷. Im Gegensatz zu den Bestrebungen des Wandervogels, der seine Fahrten als in sich zweckerfüllt ansah, stand hinter der DHV-Jugendarbeit gleichzeitig der Gedanke der Wehrrertüchtigung. In diesem Gedanken traf sich der Verband mit dem 1911 von dem Generalfeldmarschall Colmar von der Goltz gegründeten »Bund Jungdeutschland⁷⁸«, der eine Zusammenfassung der Jugend von der Schulentlassung bis zum Antritt der militärischen Dienstpflicht zu einer Art vormilitärischer Wehrerziehung bezweckte. Aufgrund der gemeinsamen Ziele schloß sich der DHV dem Jung-

⁷⁴ »Flugblatt der Arbeitsgemeinschaft der Freideutschen Jugend e. V.«

⁷⁵ Günther Ehrenthal, »Die deutschen Jugendbünde«, S. 140.

⁷⁶ »DHW«, 21. Jg., Nr. 9 v. 5. 5. 1914.

⁷⁷ »DSBl«, 23. Jg., Nr. 48 v. 13. 6. 1908.

»DSBl«, 24. Jg., Nr. 45 v. 5. 6. 1909.

»DSBl«, 25. Jg., Nr. 43 v. 28. 5. 1910.

»DSBl«, 26. Jg., Nr. 56 v. 15. 7. 1911:

»Nächtliches Kriegsspiel in der Heide. In der Nacht vom 8./9. 7. rückte die Lehrlingsabteilung Hamburg-Altona in Gemeinschaft mit den Ortsgruppen Hamburg-Altona und Bremen der 'Fahrenden Gesellen' hinaus nach Klecken, um eine Nachtgefechtsübung abzuhalten. Über 200 Teilnehmer, die von 2 aktiven Feldwebeln des Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 76 'Hamburg' geführt wurden, nahmen daran teil.

»Hamburger Fremdenblatt«, Nr. 44 v. 22. 2. 1912.

⁷⁸ »Mitteilungen LKPA Berlin«, Nr. 8 v. 15. 4. 1930 (Hann. Des. 80/11/771).

deutschlandbund an und erhielt Sitz und Stimme in der Bundesleitung. Alfred Roth kommentierte den Anschluß in der »Handels-Wacht« mit der Bemerkung: »Die Schriften und Vorträge seines Gründers, des Generalfeldmarschalls von der Goltz . . . zeigen uns, daß es Geist von unserem Geist ist, in dem der Bund wirken soll: auch er dient der Weckung des vaterländischen Bewußtseins in der deutschen Jugend. Deshalb sind der Bund und unser Verband natürliche Bundesgenossen in diesem Kampf⁷⁹«. Neben seiner Mitarbeit im Jungdeutschlandbund, der 1914 35 Verbände mit etwa 500 000 Mitgliedern umfaßte⁸⁰, beteiligte sich der DHV an den staatlichen Ausschüssen für Jugendpflege und setzte sich für die staatsbürgerliche Erziehung der kaufmännischen Lehrlinge in den Fortbildungsschulen ein⁸¹.

Gleichzeitig setzte sich der DHV die Aufgabe, die ihm anvertrauten Jugendlichen der nationalen Sache »für Kaiser und Reich« zuzuführen. Mittel zum Zweck war die Veranstaltung vaterländischer Feste und Gedenkfeiern. Nach den deutschnationalen Jugendtagen für Kaufmannslehrlinge von 1913 berichteten die konservativ-alldeutschen »Hamburger Nachrichten« von nicht weniger als 35 solcher Tagungen, die über Pfingsten des Jahres im ganzen Deutschen Reich stattgefunden hatten. Die Wahl der Tagungsorte war von entscheidender Bedeutung. Die Zeitung nannte Körners Grab bei Wöbbelin, die Schlachtfelder Großbeeren, Möcken und Katzbach, das Grab der Schillschen Offiziere in Wesel, das Hermanns-Denkmal und Moltkes Ruhestätte Kreisau⁸².

Mit seiner Jugenderziehung bewirkte der Verband schon in der Kaiserzeit eine Beeinflussung seiner jugendlichen Mitglieder, die durch ihre Bezugnahme auf die irrationalen Kräfte des Volkstums und des Gemüts, verbunden mit einer militanten und bewußt nationalen, an den

⁷⁹ »DHW«, 19. Jg., Nr. 21 v. 5. 11. 1912. Aus dem Artikel geht hervor, daß es aber auch erhebliche Differenzen zwischen dem Jungdeutschlandbund und dem DHV gab. Der Jungdeutschlandbund in Baden hatte ein Aufnahmegesuch des DHV abgelehnt mit der Begründung, daß der DHV aufgrund seiner Satzung Juden ausschließe, während der Jungdeutschlandbund eine »Unterscheidung nach Konfessionen« aufgrund des § 3 seiner Satzung ablehne.

⁸⁰ »Mitteilungen LKPA Berlin«, Nr. 8 v. 15. 4. 1930 (Hann. Des. 80/II/771). Auch in der Weimarer Republik erhielt der DHV seine Mitgliedschaft im Jungdeutschlandbund aufrecht, sowohl für die Kaufmannsjugend als auch für die Fahrenden Gesellen, und traf sich darin mit großen Teilen der bündischen Jugend. Die enge Verbindung der Organisationen läßt sich auch daran ablesen, daß der DHV das Johannesstift bei Spandau für Führerlehrgänge des Bundes Jungdeutschland zur Verfügung stellte (Hann. Des. 80/II/779).

⁸¹ Friedrich Frahm, »Die staatsbürgerliche Erziehung des jungen Kaufmanns.«

⁸² »Hamburger Nachrichten«, Morgenblatt, Nr. 203 v. 3. 5. 1913.

»historischen Großtaten« des eigenen Volkes orientierten Einstellung, die unmittelbare Voraussetzung für eine ganz bestimmte politische Haltung war, wie sie dann in der Republik offenbar wurde.

Der erste Weltkrieg beschleunigte diese Entwicklung. Die akademischen Jugendgruppen des Wandervogels und die berufsständische Jugend des DHV blieben von den Eindrücken des Krieges nicht verschont. Sie erwiesen sich in Verbindung mit der wachsenden Politisierung als Katalysator, der die schon in der Vorkriegszeit vorhandenen latenten Spannungen innerhalb der Freideutschen Jugend zwischen einer sozialistischen und einer völkischen Grundeinstellung nun zur vollen Entfaltung brachte. War es 1913 noch möglich gewesen, die auseinanderstrebenden Elemente unter der Meißnerformel zu vereinigen, so hatten sich die Gruppen im Laufe des Krieges so weit voneinander entfernt, daß sie sich 1919 trennten. Die Freideutsche Jugend hatte sich in den Augen ihrer nach rechts tendierenden Vertreter mehr und mehr nach links gewandt, so daß sich die völkisch eingestellten Gruppen im August 1919 auf Burg Lauenstein in Thüringen zur Gründung eines neuen Bundes versammelten. Zu den hier anwesenden 300 »Jungdeutschen« gehörten der Schriftsteller Wilhelm Stapel, der Jurist Hans Gerber, Frank Glatzel und Christian Krauß von den Fahrenden Gesellen sowie die Pastoren Emil Engelhardt und Karl Bernhard Ritter⁸³. Das Bestreben der jungdeutschen Bewegung ging dahin, von den vagen Zielen der Vorkriegsjugendbewegung »zum Klaren und Zielstrebigen und damit zur Herausarbeitung der positiven Werte der Jugendbewegung für die Jugenderziehung und für das Bewußtwerden der Volksgemeinschaft zu gelangen⁸⁴«. Aus der Volksgemeinschaft heraus sollten dann Staat und Wirtschaft entwickelt werden, wie es das auf Burg Lauenstein abgelegte Bekenntnis zum Ausdruck brachte: »Wir Jungdeutschen wollen aus der Kraft unseres Volkstums eigenwüchsige Menschen werden, unter Überwindung der äußeren Gegensätze eine wahrhaftige Volksgemeinschaft aller Deutschen schaffen und ein Deutsches Reich als Grundlage und Gestalt unseres völkischen Lebens aufbauen helfen⁸⁵«. Damit hatten sich die Jungdeutschen und mit ihnen die Fahrenden Gesellen von der unpolitischen Haltung der Freideutschen

⁸³ Wilhelm Stapel, »Volksbürgerliche Erziehung«, S. 142.

⁸⁴ Frank Glatzel, Jugendbewegung. In: Fichte-Stiftung. »Verhandlungsbericht«, S. 59.

⁸⁵ Ebenda.

Jugend abgewandt. Sie forderten von sich und ihren Anhängern politisches Engagement.

Auf Burg Lauenstein erläuterte Frank Glatzel, welche Vorstellungen die Jungdeutschen mit den in dieser Darstellung so wesentlichen Begriffen »Volkstum«, »Volksgemeinschaft« und »völkisches Leben« verbanden. Der Jungdeutsche Bund sollte »Tatgemeinschaft der völkischen Jugendbewegung« und »Gesinnungsgemeinschaft« sein. Die Jungdeutschen wollten Verkünder und Vermittler des neuen Volksebewußtseins werden. Ihre zweite Aufgabe sahen sie in der sozialen Neuordnung der Gesellschaft, von der sie sich die Schaffung der Volksgemeinschaft versprachen. Ihre dritte Aufgabe lag auf politischem Gebiet. Hier galt es nach dem Lauensteiner Bekenntnis für »ein deutsches Reich als Gestalt einer uns innewohnenden Idee, die noch nie ganz Wirklichkeit wurde« zu wirken. Die Jungdeutschen empfanden sich als völkische Bewegung, die alle Deutschen in einer »wahrhaften Volksgemeinschaft« verbinden und ein Gemeinwesen schaffen sollte als »die unserem Wesen gemäße Gliederung unserer Kräfte«. Dazu sollte der Wandervogel den »aristokratischen Gedanken« beisteuern. Es sei unmöglich, erklärte Glatzel, »daß wir in unserem Gemeinschaftsleben einfach den zahlenmäßigen Beschluß einer Mehrheit anerkennen«. Die Jungdeutschen beseele vielmehr die Idee, daß der Führer aus der gegliederten Gemeinschaft hervorgehen werde. Das Eintreten für diese Gedanken mache es den Jungdeutschen zur Pflicht, nicht vor der Politik haltzumachen. Doch könne man sich weder mit einer der bestehenden Parteien gleichsetzen noch selbst zur Partei werden. »Jungdeutsch« müsse mehr sein als Parteizugehörigkeit. Mit dieser Auffassung sei das Parteiwesen innerlich überwunden. Die Zukunft werde nicht von Parteien bestimmt; vielmehr sei das ganze Parteiwesen »nur eine Angelegenheit des politischen Tageskampfes⁸⁰«.

Mit ihrer Wendung zu den Problemen der Volkserziehung, zur Gestaltung der sozialen und politischen Gegenwartsfragen verließen die Jungdeutschen die ursprünglich unpolitische Ebene von Wandervogel und Jugendbewegung. Da sie von vornherein auf eine feste Organisation verzichteten, wurde die 1916 gegründete »Fichte-Gesellschaft« geistiges Zentrum der Jungdeutschen. Sie gab die Wochen-

⁸⁰ Frank Glatzel, Der Jungdeutsche Bund. In: »Grundschriften der deutschen Jugendbewegung«, S. 226.

schrift »Jungdeutsche Stimmen, Rundbriefe für den Aufbau einer wahrhaften Volksgemeinschaft« heraus, um ihre Gedanken auch in die Politik hineinzutragen. Sie wollte erreichen, daß die deutsche Politik »mit Recht den Namen Nationalpolitik⁸⁷« verdiene. So liefen in der Fichte-Gesellschaft die Fäden vom DHV, den Jungdeutschen und dem »Deutschen Volkstum« zusammen. Von hier aus hat die DHV-Bildungsarbeit Impulse bekommen; von hier aus wurde aber auch die DHV-Bildungsarbeit in der Form der »Volksbildungsarbeit« über den Verband hinaus in immer neue bürgerliche Kreise getragen.

Ebenso eng waren die Jungdeutschen mit der Jugendarbeit des DHV verbunden. Die Bundesführer der Fahrenden Gesellen hatten sich in hervorragendem Maße an der Gründung des Jungdeutschen Bundes beteiligt. So wandelte sich auch die Jugendarbeit des DHV in der Nachkriegszeit. Der äußeren Entwicklung von der »Abteilung für Lehrlinge« über die »Jugendabteilung des DHV« zum »Bund der Kaufmannsjugend« (B. d. K.) auf dem Verbandstag in Essen von 1921⁸⁸ entsprach ein innerer Strukturwandel, der sich nach und nach vollzog. Karl Hahn, der Reichsjugendführer des DHV, schrieb: »An die Stelle des väterlichen, fürsorglichen, treu waltenden Obmannes trat der frische, bewegtere, leidenschaftlichere junge Führertyp⁸⁹«. Das Vereinsmäßige wurde überwunden und machte der Gruppe Platz. Das Wandern, nach wie vor wichtigstes Bindemittel des Gemeinschaftslebens, nahm härtere Formen an. Die Romantik des Naturerlebens wurde vom Gleichschritt gegliederter Gruppen immer mehr übertönt. Man strebte nach dem eigenen Zelt und nach einheitlicher Kleidung für die Gruppe⁹⁰. Das Geländespiel rückte mehr und mehr in den Mittelpunkt des größer werdenden Fahrtbetriebes, der einzelne ging in der Gemeinschaft auf.

Welche Anziehungskraft der Bund der Kaufmannsjugend auf die Lehrlinge ausübte, geht aus der ständig steigenden Mitgliederzahl hervor. Hatte der Bund 1912 24 685 Mitglieder umfaßt, so verdoppelte sich die Zahl bis 1927, und 1931 gehörten ihm insgesamt 71 878 Mitglieder an. Bei einer so großen Organisation hing viel von der Schulung der Führer ab. Sie erfolgte durch eine Fülle von Bildungs- und

⁸⁷ »DHW«, 26. Jg., Nr. 7 v. 10. 7. 1919, S. 108 (Ausgabe für Bayern).

⁸⁸ »DHW«, 36. Jg., Nr. 17 v. 7. 9. 1929, S. 323.

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1928«, S. 186.

Jugendtagen, von Schulungswochen und Wochenendtagungen sowohl auf Kreis- als auch auf Gauebene. Diese Veranstaltungen wurden von den »Reichsjugendtagen« des DHV gekrönt. In den Jahren 1921 (Leipzig), 1925 (Heidelberg), 1927 (Hamburg), 1929 (Danzig) und 1931 (Innsbruck) waren sie Demonstrationen der Gemeinschaft und Größe des DHV. Durch die Wahl der Tagungsstätten knüpfte der Verband bewußt an großdeutsche Vorstellungen – Danzig und Innsbruck – oder an Helden und Heldentaten des deutschen Volkes – Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, Bismarckmausoleum in Friedrichsruh bei Hamburg – an. Worauf es dabei ankam, sagt der »Rechenschaftsbericht des DHV für 1929«: »Uns kommt es auf das letzte innerste Verhältnis des heranreifenden Menschen zu seinem Volke und Staat an. Für uns ist undenkbar, daß die Jugend ohne Achtung vor der Geschichte und ohne die Forderung, bereit zu sein, für die Freiheit der Väter Erbe, alles, Gut und Blut zu geben, erzogen wird. Wir wollen eine in den Werken des Volkstums verwurzelte Bildung und einen wehrfähigen und wehrbereiten Staat. Wir wollen den humanen Europäer erst über den in seinem volklichen und staatlichen Eigenleben geachteten Deutschen. So setzten wir dem Schulpatriotismus der Vorkriegszeit den Begriff des deutschen Volkstums als einen der entscheidendsten Erziehungsfaktoren entgegen⁹¹«. Dieser Forderung entsprechend lag der Sinn der Reichsjugendtage nicht in Diskussionen und im Erfahrungsaustausch über die Jugendarbeit; vielmehr sollte der Jugend ein unvergeßlicher Eindruck von der Gemeinschaft »ihres« Verbandes, »ihres« Standes und darüber hinaus »ihres« Volkes vermittelt werden. So hieß es über den Hamburger Reichsjugendtag: »Jeder der etwa 15 000 jugendlichen Teilnehmer wurde von irgendeiner Stunde der Tagung ergriffen, aus dem Normalen, Üblichen und nur Teilnehmenden herausgerissen, um irgendwie das Erhabene . . . auf sich wirken zu lassen⁹²«. Dieser Eindruck wurde durch Aufmärsche und Fackelzüge, Uniformen, Fahnen und Wimpel vertieft und nicht zuletzt durch Redner wie den Generalmajor a. D. Paul von Lettow-Vorbeck, der die Kaufmannsjugend auf dem Heidelberger Reichsjugendtag durch seine Ansprache mitriß.

Es erhebt sich die Frage, warum es dem DHV trotz aller Bemühungen in der Jugendarbeit nicht gelang, die Jugend für sich einzunehmen.

⁹¹ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1929«, S. 230.

⁹² »DHV-Rechenschaftsbericht für 1927«, S. 190.

Weshalb war diese Jugend 1930/31 zum größten Teil bei der NSDAP? Max Habermann ließ den Hamburger Reichsjugendtag in Friedrichsruh, am Grabe Bismarcks, mit den Worten ausklingen: »Die unserer Zeit gestellte Frage gilt nicht der Form des Staates, sondern seinem Inhalt; die Frage gilt seiner Führung und den Kräften, die den Staat tragen sollen⁹³«. Zu den Trägern des zukünftigen Staates zählten sich die jungen Mitglieder des DHV; dazu zählten sich aber auch die Gruppen der Vaterländischen Verbände und der Wehrjugend, die extrem rechts orientierten Parteien und hier in erster Linie die NSDAP und ihre Hitlerjugend. Da die von allen diesen Gruppen und Parteien verwendete Terminologie sich immer nur in Nuancen unterschied, war es trotz gravierender Differenzen in den politischen Auffassungen für das einzelne Mitglied kaum möglich, Unterschiede der Zielsetzung überhaupt zu erkennen.

Die Verbandsleitung des DHV aber hatte die Trennung von der völkisch-nationalistischen Politik spätestens 1928 vollzogen. Diese Tatsache wurde angesichts des revolutionären Zuges der Zeit und der jahrzehntelangen völkischen Erziehungsarbeit des Verbandes nicht nur von den Mitgliedern erkannt, sondern – wenn sie ins Bewußtsein drang – als Taktik oder Inkonsequenz der Verbandsgeschichte gegenüber empfunden. Im Zusammenhang des Schlußkapitels wird dieses Problem unter seinen politischen Aspekten zu untersuchen sein; im Bereich der Jugendarbeit aber wirkte es sich besonders folgenreich aus. Denn der DHV trat nach wie vor gegen den Versailler Vertrag und die Republik auf – für Volksgemeinschaft, Volkstum und Führerstaat, wie die NSDAP. Trotzdem identifizierte er sich keineswegs mit der Partei Hitlers, sondern bemühte sich mit dem Anwachsen der Nationalsozialisten in seinen eigenen Reihen zunehmend um Distanzierung. Aber er konnte seinen jugendlichen Mitgliedern keine Alternative bieten. So zeigen die beiden letzten Reichsjugendtage die Problematik der Verbandserziehung besonders deutlich. Im Anschluß an den Danziger Reichsjugendtag von 1929 ging die Leitung des Bundes der Kaufmannsjugend mit 6000 Teilnehmern auf Fahrt. Das Erlebnis des deutschen Ostens war bei allen Beteiligten besonders tief, weil die Veranstalter zuvor in den »Blättern für junge Kaufleute« sechs Monate hindurch die einzelnen Fragen des

⁹³ Ebenda.

Ostens von wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gesichtspunkten aus behandelt hatten. Durch diese Vorbereitung erhielten nicht nur die 6000 Teilnehmer, sondern alle 60 000 Leser der »Blätter für junge Kaufleute« eine gründliche Einführung in die Fragen der Ostgebiete⁹⁴. Was den Erfolg der Tagung betraf, so seien dafür zwei Stimmen von jungen Teilnehmern zitiert, die zeigen, wie nahe die DHV-Jugend gefühlsmäßig bereits der NSDAP stand: »Während sich die Schatten der Abenddämmerung in Danzigs Gassen und Winkel senken, nimmt hinter den alten Festungsbollwerken auf dem Hagelsberg Gau auf Gau Aufstellung. Die Fackeln werden ausgegeben . . . Es ist zehn Uhr. Harte Kommandos zerreißen plötzlich die abendliche Stille und lassen die Kolonnen erstarren. Eine Kapelle schmettert den Hohenfriedberger; sechstausend Jungen recken sich zu straffer Haltung. Der Rhythmus dieser männlichen Musik läßt die Pulse im Takte schlagen. – Im Gleichschritt – marsch! – Und dann setzen sich die endlosen, schweigenden Kolonnen in Marsch. Tausende von Fackeln flammen auf und werfen ihren lodernen Feuerschein zum Nachthimmel empor . . . Alle Fenster sind mit tücherschwenkenden Menschen besetzt . . . Blumen werden von Mädchenhänden geworfen . . . Alte Männer grüßen entblößten Hauptes die marschierende Mannesjugend, Kinder werden von ihren Vätern in die Höhe gehoben, auf daß sich ihnen das Gesicht eines neuen freiheitsliebenden und wehrhaften deutschen Geschlechtes einpräge. Das Bild einer sieghaft marschierenden Volksjugend haftet fest in den Herzen der Danziger . . .⁹⁵«. Ein anderer Teilnehmer schrieb: »Hart und klar ist der Anschauungsunterricht, den uns die Bundesleitung mit der Danziger Tagung angedeihen läßt. Nur zu sehr und mächtig lernen wir die Grenzlandnot unserer Brüder erkennen und müssen doch ohnmächtig zusehen, wie slawische Söldnerscharen urdeutsches Land, deutsche Kultur und Zivilisation dem Ruine zuführen; können nur die Zähne zusammenbeißen und hoffen, hoffen auf den Tag der Freiheit und der Rache⁹⁶«. Angesichts dieser Zeugnisse, der Produkte jahrzehntelanger »deutschnationaler« Erziehung des DHV, war es kein Wunder, wenn sich die meisten Mitglieder der DHV-Jugend der NSDAP anschlossen und den 30. Januar 1933 begrüßten als »den Tag der Freiheit und der Rache«.

⁹⁴ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1929«, S. 233.

⁹⁵ Ebenda, S. 234/35.

⁹⁶ Ebenda, S. 236.

Um so schwieriger ist es, die Motive und Antriebe der Verbandsführung zu erkennen und zu interpretieren. Sowohl Hans Bechly als auch Max Habermann hielten auf dem 5. Reichsjugendtag 1931 in Innsbruck Reden, die den Verband in keiner Richtung festlegten. Max Habermann stellte in seiner Ansprache auf dem Berg Isel das Gemeinschaftsleben im Bund der Kaufmannsjugend, bei den Fahrenden Gesellen und in den Turnergilden des DHV als das allen Mitgliedern offene Feld der »Selbstvollendung« dar. Bei dem Dienst an der Gemeinschaft käme es aber immer darauf an, daß sich jeder auch der letzten und höchsten Werte bewußt sei, der Werte, »die wir als Gott, Volk und Staat begreifen⁹⁷«. Die Rangordnung dieser Begriffe zeigt eine ethische Verpflichtung, die auch Hans Bechly zum Ausdruck brachte, als er über die Aufgabe des deutschen Volkes sprach. Diese sei und bleibe, die Führerstellung unter den Völkern der Welt zu erringen. Niemals aber, führte er aus, »wird das deutsche Volk danach streben, andere Völker sich materiell dienstbar zu machen und ihnen die Freiheit zu nehmen . . . Es muß herrschen, nicht allein durch die Kraft seines Armes, sondern vornehmlich durch die Kraft seines Gemütes und Geistes . . . Die Welt ist krank, seit das deutsche Volk seine Macht verlor, denn kein Volk hat die sittliche Kraft des deutschen. Auf der Achtung fremden Rechts, und nicht zum wenigsten fremden Geistesrechtes, beruht die deutsche Weltherrschaft im Gegensatz zur romanischen⁹⁸«. Bechlys zwar sittlich begründete, aber auf der alten völkischen Idee der Überlegenheit der deutschen Kultur beruhende Rede schloß mit einem Bekenntnis zum nationalen Gedanken: »Sein Sinn, sein Wesen, sein Inhalt ist keine Sache des nüchternen Verstandes, er ist das Ideal, das im Herzen getragen wird. Niemals wird er ganz verwirklicht, aber er ist uns im Innern die leuchtende Sonne, . . . die unser Leben umkreist⁹⁹«. Diese Worte zeigen, daß das Wollen der Verbandsleitung und die Wirkung auf die Teilnehmer auseinandergingen. Die Reden und Proklamationen der Verbandsleitung enthielten die gleichen Argumente, die sich zwischen 1929 und 1933 auch in Hitlers Reden fanden, und wenn Bechly meinte, der nationale Gedanke werde »niemals ganz verwirklicht«, so glaubten viele seiner

⁹⁷ »DHW«, 38. Jg., Nr. 14 v. 31. 8. 1931, S. 268.

⁹⁸ Ebenda, S. 270.

⁹⁹ Ebenda.

Zuhörer doch den Mann zu kennen, der ihn würde verwirklichen können. Es fragt sich, ob die Verbandsführung es bewußt unterließ, einen Trennungsstrich zu ziehen, obwohl sie die Notwendigkeit dazu erkannt hatte. Sollte das der Fall sein, erhebt sich die Frage nach den Gründen. Lavierte der Verband taktisch – und hier in seiner Jugend- und Bildungspolitik ganz besonders – um seine Position zu behaupten? Denn eine klare Stellungnahme hätte nicht allein die Abgrenzung von der NSDAP bedeutet, sondern innerhalb des Verbandes zu Austritten, wahrscheinlich aber zur Spaltung geführt.

Es bleibt offen, ob es sich bei den Versuchen weltanschaulicher Formulierungen auf den Reichsjugendtagen um Spekulationen handelte, denen das Einschätzungsvermögen der konkreten Zeitsituation fehlte, oder ob die Verbandsleitung bewußt die politische Unklarheit verdecken wollte. Der DHV hat seine Mitglieder von Anfang an politisch erzogen. Am Ende der zwanziger Jahre waren sie politisiert und wurden es durch die Tagesereignisse immer mehr. Der DHV mußte nun einen klaren politischen Standpunkt beziehen, wenn er seine Mitglieder nicht allein lassen wollte. Da die Verbandsleitung dies mit Rücksicht auf die Überparteilichkeit des Verbandes unterließ, schlossen sich die Mitglieder vorwiegend der NSDAP an, weil sie glaubten, daß ihre Forderungen und Ideale dort klar und konsequent vertreten würden.

4. Antisemitismus im Wandel

Im Zusammenhang der Jugend- und Bildungsarbeit des DHV stellt sich die Frage des Antisemitismus von neuem: nach der Rolle, die er während der Weimarer Republik im DHV und seinen Organisationen und Institutionen gespielt hat. Um diese Frage zu beantworten, muß noch einmal zurückgegriffen werden auf die Diskussion über die Judenfrage, die der »Kunstwart« in seinem 25. Jahrgang veranstaltete. Die Reichstagswahlen von 1912 hatten den Rückgang des parteipolitischen Antisemitismus augenfällig gemacht¹⁰⁰. Um so mehr hatte er in

¹⁰⁰ Bei den Reichstagswahlen von 1912 wurden nur noch vier Antisemiten gewählt. Die Abgeordneten der Deutschen Reformpartei: Wilhelm Bruhn (Arnswalde-Friedeberg), Emil Heinrich Gräfe (J. Sachsen, Baurzen-Kamenz), Ludwig Werner (Rotenburg-Hersfeld-Hünfeld) und Dr. Ferdinand Werner (Gießen-Grünberg-Nidda) für die Deutschesoziale Partei.

kulturpolitischer Hinsicht zugenommen, zumal in der Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Zionismus. Im ersten Märzheft 1912 des »Kunstwart« schrieb Moritz Goldstein einen Leitaufsatz unter dem Titel »Deutschjüdischer Parnass«. Er forderte darin eine reinliche Trennung der Kulturkreise, denn »immer mehr gewinnt es den Anschein, als sollte das deutsche Kulturleben in jüdische Hände übergehen¹⁰¹«.

Mit dieser zionistischen These gab Goldstein den Vorstellungen der deutschvölkischen Kreise neuen Auftrieb, hatte doch Friedrich Raab schon ein Jahr vorher im Reichstag erklärt, ihm seien, weil er »ein Verständnis für völkische Auffassung habe, die Zionisten am liebsten von den Juden, weil sie es schmerzlich empfinden, daß ihr Volk keine Heimat mehr hat«. Ihren Versuchen, ein eigenes Staatswesen zu schaffen, wünschte er den besten Erfolg¹⁰². Die Übereinstimmung in der Argumentation bei Antisemiten und Zionisten bestätigt auch der Präsident der Zionistischen Vereinigung in Deutschland, Kurt Blumenfeld, in seinen 1962 erschienenen Memoiren. Er berichtet dort, Goldstein sei kein Zionist gewesen und nachträglich habe es ihm leid getan, den Artikel geschrieben zu haben. »In Wahrheit aber war er eine erhellende Tat und sagte das aus, was wir fühlten, aber bisher nie so gut hatten ausdrücken können¹⁰³«. Wie entschieden nun von beiden Seiten Positionen bezogen wurden, die in Zukunft die Diskussion beherrschen sollten, zeigte sich sehr bald. Zunächst wurde der »Reichshammerbund« im Anschluß an die »Kunstwart«-Diskussion gegründet, und auch in den anderen nationalen Vereinen erhielt der Antisemitismus neuen Auftrieb.

Goldsteins Vorwurf galt – und darin stimmte er mit den Antisemiten überein – den deutschen Juden, die seit Generationen in Deutschland lebten und sich nach der Emanzipation mit Selbstverständlichkeit nicht nur in Handel und Gewerbe und verschiedenen Zweigen der Wissenschaft, sondern auch auf dem kulturellen Sektor als Schriftsteller und Journalisten, als Schauspieler und Theaterdirektoren, als Musiker, Kritiker und Verleger betätigten. Goldstein scheute sich nicht vor der Behauptung: »Wir Juden verwalten den geistigen Besitz

¹⁰¹ »Kunstwart«, 25. Jg., H. 11, März 1912, S. 283.

¹⁰² Reichstagsitzung v. 25. 2. 1911, »DSBl«, 26. Jg., Nr. 18 v. 4. 3. 1911, S. 202.

¹⁰³ Kurt Blumenfeld, »Erlebte Judenfrage«, S. 58.

eines Volkes, das uns die Berechtigung und die Fähigkeit dazu abspricht¹⁰⁴«.

Avenarius hatte diesen Aufsatz bereits mit der Bemerkung eingeleitet, er »scheint uns ganz ungewöhnlich geeignet als Ausgangspunkt einer Erörterung¹⁰⁵«; im ersten Aprilheft erklärte er dann, daß er die »lebhafteste Besprechung in der rechtsstehenden sogenannten ‚anti-semitischen‘ Presse« ausgelöst habe¹⁰⁶. Die »Deutsche Handels-Wacht« druckte ihn auszugsweise ab¹⁰⁷. Im »Kunstwart« stellte Avenarius angesichts der etwa neunzig Zuschriften, die ihm bis auf ein halbes Dutzend von jüdischen Verfassern zugegangen waren¹⁰⁸, zweimal einen »Sprechsaal« zur Verfügung¹⁰⁹ und schloß die Aussprache mit einer Erörterung, die ihn trotz des betont akademisch-sachlichen Tons in bedenkliche Nähe zu den Antisemiten brachte, eine Tatsache, die er weit von sich wies. Die »Deutschsozialen Blätter¹¹⁰« dagegen zögerten nicht zu betonen, Avenarius schreibe nur das, was sie selbst seit Jahr und Tag behaupteten, daß nämlich die Juden die Herrschaft in der Presse an sich gerissen hätten, daß es ein »Akt nationaler Notwehr« sei, sie aus dem Offizierskorps auszuschließen und daß die Taufe nichts am jüdischen Wesen ändere. Avenarius sei selbst ein Gegner des Assimilationsjudentums, wenn er sage: »Es ist so häufig das Gemischte, Halbe, das Nichtgewagte, das Versteckte, das ‚Deutschelnde‘, was uns im jüdischen Schrifttum abstößt¹¹¹«. Avenarius glaubte sich durch den Hinweis von den Antisemiten abgrenzen zu können, daß nicht ein Volkstum allein auf allen Gebieten die Höchstleistung der menschlichen Gesamtkultur entwickeln, daß aber jedes Volkstum nichts Wertvolleres dazu beitragen könne als sein Eigenes. Er schloß die Überlegung mit der Bemerkung: »Uns stellt sich demnach die Auf-

¹⁰⁴ »Kunstwart«, 25. Jg., H. 11, März 1912, S. 283. Mit Recht stellt Ernst Lissauer (ebenda II, H. 13, April 1912, S. 9) fest: »Goldsteins Meinungen beruhen auf dem Dogma von der Unveränderlichkeit der semitischen Rasse, mit diesem Dogma arbeitet er ebenso leichtfertig wie die antisemitischen Gegner.«

¹⁰⁵ Ebenda, S. 281.

¹⁰⁶ »Kunstwart«, 25. Jg., H. 13, April 1912, S. 6.

¹⁰⁷ »DHW«, 19. Jg., Nr. 6 v. 20. 3. 1912, S. 113—14. Unter dem Titel: »Deutsches Volk und deutsches Wesen. Die Judenfrage von der anderen Seite gesehen.«

¹⁰⁸ »Kunstwart«, 25. Jg., H. 22, August 1912, S. 225.

¹⁰⁹ »Kunstwart«, 25. Jg., H. 13, April 1912, S. 6—15, und ebenda H. 22, August 1912, S. 236—61. Es kamen deutschjüdische Schriftsteller wie Ernst Lissauer und Jakob Loewenberg mit kritischen Äußerungen zu Worte, aber auch ein Antisemit, der »Hammer«-Mitarbeiter Philipp Stauff.

¹¹⁰ »DSBl«, 27. Jg., Nr. 73 v. 11. 9. 1912, S. 865—66.

¹¹¹ »Kunstwart«, 25. Jg., H. 22, August 1912, S. 231.

gabe so: die Arbeit von Juden und Nichtjuden derart zu organisieren, daß beide ihre, der menschlichen Gemeinschaft nützlichen Vorzüge höchstmöglich entwickeln können, während sie sich gegenseitig mindestmöglich hemmen¹¹²«. Die Dialektik dieser Ausführungen lag in der Verschwommenheit der Begriffe. Einerseits ging Avenarius von a priori gegebenen rassischen Unterschieden aus, andererseits wechselte er die Begriffe »Volkstum« und »Rasse«, so daß eine Differenz zwischen ihm und den Antisemiten der Intention nach freilich bestand, de facto aber nicht zum Ausdruck kam.

Die »Kunstwart«-Diskussion beeinflusste den damaligen Mitarbeiter der Zeitschrift, Wilhelm Stapel, entscheidend. Seiner eigenen Aussage nach war er damals frisch von der Universität gekommen und hatte »den liberalen und philosemitischen Geist der deutschen Hochschulen« in sich aufgenommen: »Als ich den großen Stoß von Zuschriften, die an den ‚Kunstwart‘ gekommen waren, in Händen hielt und durchsah, gingen mir zum ersten Male die Augen auf über die moralische und politische Wirklichkeit der Judenfrage in Deutschland¹¹³«. Auch Max Habermann, der spätere Leiter der Abteilung »Kultur- und Nationalpolitik« im DHV, hatte die Judenfrage auf literarischem Gebiet entdeckt. Er ging um die Jahrhundertwende bei einer Hamburger Buchhandlung in die Lehre und berichtete in seinen Erinnerungen, daß alles, was »durch den Verlag S. Fischer in Berlin an jüdischen Geistesgrößen auf das deutsche Volk losgelassen wurde«, durch seine Hände ging. Wörtlich fuhr er dann fort: »Entscheidend für meine innere Entwicklung aber sollte neben der Verehrung für Ferdinand Avenarius . . . die viel verlästerte ‚Geschichte der deutschen Literatur‘ von Adolf Bartels werden. Durch sie wurde mir zum erstenmal der Blick für das Ganze der deutschen Geistesentwicklung geschärft und in meinem Herzen der Stolz auf die geistigen Leistungen unseres Volkes entfacht. Adolf Bartels zog aber auch den Schleier fort von dem Einbruch des Judentums in die deutsche Geisteswelt, angefangen bei Heine, Börne, Rahel Levin und endigend mit den Allerneuesten aus dem ‚modernen‘ Verlag S. Fischer. Als ich anfang, selbst zu denken, wurde ich gleich auf das Judentum als ‚Ferment der Dekomposition‘ gestoßen¹¹⁴«. Für den Antisemitismus von Habermann und Stapel

¹¹² Ebenda, S. 230.

¹¹³ Wilhelm Stapel, »Die literarische Vorherrschaft der Juden«, S. 12.

¹¹⁴ Max Habermann, Wie ich zum Verbannde kam. In: »Jb. 1927«, S. 51. Was die Formulierung von den Juden als einem »Ferment der Dekomposition« betrifft, so war dieses

galt demnach der gleiche Ausgangspunkt: ein auf ihrer bewußt deutsch-völkischen Einstellung beruhender antisemitischer Affekt. Um diesen zu rationalisieren und vor sich selbst zu rechtfertigen, sprach Stapel dann von dem »deutsch-jüdischen Kulturproblem unserer Zeit¹¹⁵«. In diesem Zusammenhang war die Persönlichkeit des Literaturhistorikers Adolf Bartels nicht ohne Bedeutung, wie Habermann oben ausführte. Als Mitglied des Dürerbundes, als Mitarbeiter an »Kunstwart« und »Deutschem Volkstum«, an den »Deutschsozialen Blättern« und der »Politisch-Anthropologischen Revue« gehörte er zu denjenigen, die gerade die Bildungsschichten besonders nachhaltig beeinflussten. Auch der unpolitische »Dürerbund« war nicht ohne Wirkungen geblieben. 1924 schrieb Stapel in einem Artikel über Avenarius, daß er kein politischer Mensch gewesen sei. »Dennoch wirkte er politisch nicht unbedeutend . . . Er hat durch seine Arbeit wie kein anderer zu seiner Zeit den Deutschen ein gefestigtes Kulturbewußtsein gegeben . . . Wenn wir zurückblicken, erkennen wir, daß ohne seine Arbeit die unsrige nicht möglich wäre¹¹⁶«.

Stapel stand in der »Kunstwart«-Tradition, als er im Juniheft 1919 des von ihm herausgegebenen »Deutschen Volkstums« zum erstenmal über »Antisemitismus« schrieb. Der Artikel erschien 1922 in überarbeiteter Form als Broschüre und galt »gerade in jenen Kreisen, die sich von der Ungezogenheit und Unerzogenheit der antisemitischen Tagesliteratur fernhalten, als das Beste und Unangreifbarste, was sich über diesen Gegenstand sagen läßt¹¹⁷«. Stapel ging davon aus, daß es

Mommsen-Zitat — aus seinem ursprünglichen Zusammenhang herausgerissen — ein beliebtes Schlagwort der Völkischen. Mommsen hatte in seiner »Römischen Geschichte« (Bd. III. 12. Aufl. 1920, S. 550 ff) geschrieben: »Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition«. Diesen Gedanken griff er in seiner gegen Treitschke gerichteten Schrift »Auch ein Wort über unser Judentum« (»Reden und Aufsätze«, Berlin, 1905, S. 410—26) wieder auf und schrieb: »Ohne Zweifel sind die Juden, wie einst im Römischen Staat, ein Element der nationalen Dekomposition, so in Deutschland ein Element der Dekomposition der Stämme, und darauf beruht es auch, daß in der deutschen Hauptstadt, wo diese Stämme faktisch sich stärker mischen als irgendwo sonst, die Juden eine Stellung einnehmen, die man anderswo ihnen beneidet. Dekompositionsprozesse sind oftmals notwendig, aber nie erfreulich und haben unvermeidlich eine lange Reihe von Übelständen im Gefolge . . . Daß die Juden in dieser Richtung seit Generationen wirksam eingreifen, halte ich keineswegs für ein Unglück und bin überhaupt der Ansicht, daß die Vorsehung weit besser als Herr Stoecker begriffen hat, warum dem germanischen Metall für seine Ausgestaltung einige Prozent Israel beizusetzen waren«.

¹¹⁵ Wilhelm Stapel, »Antisemitismus und Antigermanismus«, S. 7.

¹¹⁶ »DV«, 1924, Februar, S. 71.

¹¹⁷ Julius Goldstein, »Deutsche Volks-Idee und Deutsch-Völkische Idee«, S. 8.

sich nicht mehr um den Antisemitismus alten Schlages handle. »Was weite Kreise der gebildeten Deutschen heute beunruhigt«, führte er aus, »ist . . . die Durchsetzung und Zersetzung des deutschen Volkstums durch jüdisches Volkstum. Man fühlt Wesentliches und Bestes der deutschen Kultur bedroht dadurch, daß ein fremder Geist unter der äußeren Form deutscher Sprache und deutschen Gebarens sich aufdrängt und eindringt¹¹⁸«. Zur Definition der Begriffe erläuterte Stapel auf der ersten Seite: »Weder die Juden noch die Deutschen sind ‚Rassen‘, sondern beide sind Völker, die aus mehreren Rassen . . . hervorgegangen sind. Es handelt sich vielmehr um verschiedenes Volkstum¹¹⁹«. Von diesem Axiom ausgehend, schrieb er: »Es ist mir unerträglich, die Geschicke meines Volkes von Juden geleitet zu sehen. Ich empfinde darin zwar keine staatliche, wohl aber eine völkische Fremdherrschaft. Völkische Souveränität aber ist wichtiger als staatliche Souveränität¹²⁰«. Seine Auffassung der Judenfrage hat Stapel mit einer metaphysischen Theorie vom Wesen des Volkes¹²¹ begründet, die auf der einseitig biologischen Interpretation von Fichtes achter »Rede an die deutsche Nation« beruhte. Eine kritische Untersuchung seiner Begriffe würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen; für uns ist die Feststellung maßgeblich, daß Stapel die Begriffe »Rasse« und »Volkstum« scheinbar logisch gegeneinander abgrenzt und Volkstümer als homogene Gebilde darstellt, daß er sowohl Deutschen als auch Juden ein eigenes Volkstum zuspricht und daß für ihn die Zugehörigkeit zum Volkstum durch die Geburt bedingt ist. In der Überzeugung von der Unvereinbarkeit der Volkstümer bekämpfte Stapel von 1919 bis 1933 in seiner Zeitschrift alle deutschjüdischen Schriftsteller und Kritiker, in erster Linie Kurt Tucholsky, Arthur Schnitzler und Alfred Kerr. Unermüdlich setzte er sich für die »Aufklärung« der Öffentlichkeit über die Judenfrage ein, unter anderem mit dem Hinweis, dem abwehrenden Antisemitismus, der aus dem gesunden Rasseninstinkt des deutschen Volkes entspringe, stehe auf jüdischer Seite ein angreifender »Antigermanismus« gegenüber¹²².

¹¹⁸ »DV«, 1919, Juni, S. 168.

¹¹⁹ Ebenda, S. 165.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Wilhelm Stapel, »Volk. Untersuchungen über Volkheit und Volkstum.« 4. Aufl. der »Volksbürgerlichen Erziehung«.

¹²² So A. E. Günther in einer Besprechung über Stapels Schrift »Antisemitismus und Antigermanismus«. »DHW«, 35. Jg., Nr. 8 v. 25. 4. 1928, S. 155.

In seiner ersten großen Rede nach dem Krieg kam der Verbandsvorsteher des DHV auf dem Leipziger Handlungsgehilfentag von 1919 auf den Antisemitismus zu sprechen. Er war der Meinung, es handle sich nicht um Angriffe gegen das Judentum, »sondern in Wirklichkeit um den rücksichtslosen, mit allen Mitteln geführten Kampf der deutschen Assimilations-Juden gegen die völkisch gesinnten Kreise«. Bechly ging so weit zu behaupten: »Es handelt sich also gar nicht um eine antisemitische Bewegung der Deutschen, sondern um eine anti-völkische Bewegung eines Teiles des Judentums«. Ihr gegenüber könne keine »Anti-Bewegung«, sondern nur eine »starke deutsche Gesinnung« Abhilfe schaffen. Es käme nicht darauf an, »deutsch zu reden, sondern deutsch zu handeln¹²³«. Was das in der Praxis bedeutete, ging aus einem Schreiben der DHV-Geschäftsstelle an ein Mitglied hervor, das seinen Austritt mit der judenfeindlichen Tendenz einiger Artikel der »Handels-Wacht« begründet hatte. In diesem Schreiben hieß es: »Die Judenfrage ist nach unserer Ansicht eine der Fragen, an denen man vom völkischen Standpunkt aus nicht vorübergehen kann«. Bei ihrer Beurteilung kämen aber nur sachliche Erwägungen in Betracht. »Mit einer Hetze gegen das Judentum wollen wir nichts zu tun haben. Wir glauben grundsätzlich, daß es mehr darauf ankommt, die Deutschen zur Treue eigenen Wesens zu erziehen, als auf die fremden Völker mit Keulen loszuschlagen . . . Wenn wir die eigenen deutschen Formen unseres Lebens durchsetzen, so werden wir gleichzeitig den Einfluß fremden Wesens vernichten. Dazu aber ist es erforderlich, daß das Judentum in unseren eigenen Reihen keinen Einfluß ausüben kann¹²⁴«.

Seine persönliche Auffassung von dem Verhältnis der Deutschen zu den Juden hat Wilhelm Stapel 1932 in dem »Versuch einer praktischen Lösung der Judenfrage« in der von Albrecht Erich Günther herausgegebenen Sammlung »Was wir vom Nationalsozialismus erwarten« und 1936 in dem Vortrag »Die literarische Vorherrschaft der Juden in Deutschland 1918–1933« niedergelegt. Über diesen Vortrag schrieb der Rezensent der »Nationalsozialistischen Monatshefte«, Matthes Ziegler, daß er die »rassische Geschichtsbetrachtung« vermisse, ja, daß das Wort »Rasse« nicht an einer einzigen Stelle genannt werde. Er folgerte daraus: »Die Stapel'sche ‚Geistigkeit‘ verfügt über eine

¹²³ Hans Bechly, »Der nationale Gedanke nach der Revolution«, S. 36–44.

¹²⁴ Abgedruckt in: »CV-Zeitung«. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V., 1. Jg., Nr. 13 v. 3. 2. 1922, S. 178.

Begriffssprache, die es gestattet, haarscharf an den nationalsozialistischen Fragestellungen vorbeizureden. So weiß es Stapel zu vermeiden, Assimilation und Zionismus trotz ihrer Verschiedenheit als zwei verschiedene Seiten des gleichen Weltjudentums zu erkennen zu geben. Er bezeichnet sie vielmehr in seiner betont theologisierenden Sprache als ‚zwei Wege eines säkularisierten Messianismus‘ – und ist damit auf die sicherste Art und Weise der Gefahr entronnen, am Ende doch von der Rassenfrage sprechen zu müssen¹²⁵«. Seinem Volkstumsbegriff entsprechend vermied Stapel auch im »Versuch einer praktischen Lösung der Judenfrage« von 1932 die nationalsozialistische Terminologie, obgleich sich seine Forderungen in bezug auf manche Einzelheiten kaum von denen der Nationalsozialisten unterschieden¹²⁶. Von der Feststellung ausgehend, daß die Judenfrage aus dem Bereich der Propaganda in den der praktischen Politik übergehen werde, erklärte Stapel: »Der konservative Deutsche faßt, nach seiner Art zu denken, das Judentum innerhalb des Reiches als einen Stand auf¹²⁷. Dabei sei zu bedenken: »Weder eine Nationalität noch ein Stand ist ‚fest‘. Der Übergang von einer Nationalität zur andern, von einem Stand zum andern ist ein nicht aus der Welt zu schaffender Lebensvorgang¹²⁸«. Auch der Übertritt vom Judentum zum Deutschtum und umgekehrt müsse daher möglich sein. Es käme nur darauf an, den Übertritt für die Gemeinschaft ungefährlich zu gestalten. Die Gewähr dafür sah Stapel darin, den Übertritt vom Individuum zu lösen und zu einer Sache der Generation zu machen. Nach einer Karenzzeit von drei Generationen sei die Aufnahme in die andere Gemeinschaft endgültig zu vollziehen. In bezug auf diese Punkte bemerkte der Nationalsozialist Matthes Ziegler: »Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die Unbekümmertheit, mit der Wilhelm Stapel hier der praktischen Politik des Nationalsozialismus Vor-

¹²⁵ Matthes Ziegler: Wilhelm Stapel und die Judenfrage. In: »Nationalsozialistische Monatshefte«, H. 86, Mai 1937, S. 32.

¹²⁶ Abgesehen von teilweise skurril anmutenden Einschränkungen erwartete Stapel vom Nationalsozialismus folgendes: Den jüdischen Schriftstellern, die das Reich und das Deutschtum schmähen, ist die Publizität zu entziehen; die beiden »hierarchischen Funktionen« des Richtens und Erziehens sind den Juden für den Bereich des Deutschtums verschlossen; der deutsche Staat wird je nach der Lage die Einwanderung beschränken, kontingentieren, sperren oder die Aufenthaltsdauer begrenzen.

¹²⁷ Wilhelm Stapel, Versuch einer praktischen Lösung der Judenfrage. In: »Was wir vom Nationalsozialismus erwarten«, S. 189.

¹²⁸ Ebenda, S. 190.

schriften zu machen wagt oder über die Undiskutierbarkeit dieser Vorschläge selbst¹²⁹«.

Im größeren Wirkungsbereich des DHV machte die Stellung zur Judenfrage einen Prozeß durch, an dessen Ende sich der kulturelle Antisemitismus als eine Art des Judenhasses herausgebildet hatte, die Julius Goldstein als »Bastard aus Rassentheorie und romantischem Volksbegriff¹³⁰« bezeichnete. Diese Form des Antisemitismus war Bestandteil der Vorstellungswelt, in der die Führungsgremien wie die Mitglieder des DHV lebten. Und gerade die Tatsache, daß sich der DHV vom Radauantisemitismus der Frühzeit abgewandt hatte und nun eine gemäßigte Judenfeindschaft vertrat, trug zur Infizierung der gebildeten Volksschichten bei. Nicht zuletzt lag der Grund für die weite Verbreitung des Antisemitismus nach dem ersten Weltkrieg auch, darin, daß er von Kreisen vertreten wurde, die für sich in Anspruch nahmen, Repräsentanten des geistigen Deutschland zu sein, und die sich weitgehend »volksbildend« betätigten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Unterschied zwischen dem von den Nationalsozialisten vertretenen rassistisch-biologischen und dem völkisch-kulturellen Antisemitismus bestand. Joseph Goebbels sprach das deutlich aus, als er sagte: »Die nationalsozialistische Bewegung ist antisemitisch, und zwar verfißt sie einen Antisemitismus, der mit dem Stoeckerscher und Kunzescher Prägung nur noch sehr wenig zu tun hat¹³¹«. Die judengegnerische Haltung der Nationalsozialistischen Partei resultiere aus grundsätzlichen Erwägungen. Sie sehe im Juden den »typischen Repräsentanten des Verfalls« und ein »parasitäres Lebewesen¹³²«. Auch politische Gewaltmaßnahmen lagen nicht im Vorstellungsbereich der Vertreter des völkisch-kulturellen Antisemitismus. Stapel führte im zweiten Satz seines »Versuchs einer praktischen Lösung der Judenfrage« aus, daß gerade die Realpolitik erweisen werde, »daß man die Juden weder ‚totschlagen‘ noch ‚austreiben‘ kann¹³³«.

¹²⁹ Matthes Ziegler, a. a. O., S. 28.

¹³⁰ Julius Goldstein, a. a. O., S. 7.

¹³¹ Joseph Goebbels, »Kampf um Berlin«, S. 138.

¹³² Ebenda.

¹³³ Wilhelm Stapel, »Versuch einer praktischen Lösung der Judenfrage«, a. a. O., S. 186. Allerdings schränkt er den Satz bedenklich ein, wenn er fortfährt: »erstens, weil es schwer ist festzustellen, wer denn nun wirklich Jude sei und wer nicht, zweitens, weil die außenpolitischen Wirkungen in Betracht zu ziehen sind«.

Carl von Ossietzky hat 1932 die Gefahren aufgezeigt, die von dem im DHV vertretenen Antisemitismus ausgingen. Er schrieb: »Hans Blüher und Wilhelm Stapel beschwören beide emphatisch, weder die physische noch geistige Mißhandlung der Juden zu versuchen, auch nicht deren bürgerliche Entrechtung. Die Herren vergessen den Zeithintergrund und welche Resonanz sie finden können. Heute braucht sich kein schwachnerviger Skribler selbst zu bemühen. Ein gut gezieltes Wort genügt, um Hände in Bewegung zu bringen. In dieser Zeit liegt viel Blutgeruch in der Luft. Der literarische Antisemitismus liefert nur die immateriellen Waffen zum Totschlag. Das Weitere mögen dann die wackern und ehrlichen Hansen mit ihrer gottgesegneten Kraft besorgen¹³⁴«. Mit diesen Sätzen hat Ossietzky aber nicht allein auf die Gefahren des literarischen Antisemitismus hingewiesen. Er hat auch ein Kriterium für die Beurteilung der Bildungsarbeit des DHV und ihrer Auswirkungen geliefert. Die Motive der Volkspädagogen des DHV mögen gut gewesen sein; da sie aber den Zeithintergrund übersahen, fand ihre Arbeit eine Resonanz, die sie nicht erwartet hatten: Die Mehrheit der durch den DHV geprägten jungen Menschen wandte sich dem Nationalsozialismus zu, in dem sie ihre geistige und politische Heimat gefunden zu haben glaubte.

¹³⁴ Carl von Ossietzky, Antisemiten. In: »Die Weltbühne«, 28. Jg., Nr. 29 v. 19. 7. 1932, S. 96.

VIERTES KAPITEL

Auf dem Weg zur nationalen Gewerkschaft

1. Gewerkschaftspolitische Orientierung des Verbandes

Der erste Weltkrieg beeinflusste die Entwicklung der Arbeitnehmerorganisationen Deutschlands entscheidend und begründete ihre Stellung im politischen Leben der Weimarer Republik¹.

Bei Kriegsausbruch gingen die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften und in den Berufsverbänden der Angestellten zunächst zurück. Die Aufgaben, die die Gewerkschaften im Krieg übernahmen, und die Anforderungen der Kriegswirtschaft steigerten ihre Bedeutung im öffentlichen Leben. Dieser Entwicklung trugen die Arbeitgeberorganisationen nach Ausbruch der Revolution Rechnung: mit dem Abkommen vom 15. November 1918 erkannten sie die Gewerkschaften als offizielle Vertretung der Arbeitnehmer an. Das Abkommen galt sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden und bildete nun die »Magna Charta der deutschen Arbeiter²«. Während der Revolution wirkte die Mehrheit der in den sozialistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter hemmend auf radikale Strömungen ein und trug in der Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte zur Stabilisierung der Verhältnisse bei. Ihr Einsatz ermöglichte der Republik den politischen Neubeginn. Die staatliche Anerkennung des Abkommens durch die Tarifvertragsordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 zeigte schon wenige Wochen nach der Revolution, daß die nun bestimmenden politischen Kräfte den Gewerkschaften einen Teil der wirtschaftlichen und politischen Mitverantwortung zu übertragen gedachten. Die steigenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften aller Richtungen brach-

¹ Eine prägnante Darstellung dieser geistigen und politischen Entwicklung gibt Rudolf Hilferding, Probleme der Zeit. In: »Die Gesellschaft«, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, 1. Jg., 1924, S. 1 ff.

² »Correspondenzblatt«, 28. Jg., Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 425/26. »DHW«, 26. Jg., Nr. 1 v. 10. 1. 1919, S. 6, und »Correspondenzblatt«, 28. Jg., Nr. 49 v. 7. 12. 1919, S. 453.

ten ihre veränderte Stellung im gesellschaftlichen und staatlichen Gefüge zum Ausdruck.

Gleichzeitig wurde deutlich, daß sich auch die nichtsozialistischen Arbeitnehmervereinigungen – wollten sie von dieser Entwicklung profitieren – zum Gewerkschaftsgedanken bekennen mußten. Der DHV erkannte diese Notwendigkeit frühzeitig: er schloß sich am 20. November 1918 mit den Christlichen Gewerkschaften im »Deutschen Gewerkschaftsbund« zusammen, um den sozialistischen Freien Gewerkschaften eine gewerkschaftliche Organisation auf christlicher und deutschnationaler Grundlage entgegenzustellen.

Zu Anfang des Krieges hatte der DHV alle gerichtlichen Auseinandersetzungen mit anderen Handlungsgehilfenorganisationen eingestellt. Im Zeichen des Burgfriedens kam es am 22. Mai 1915 zwischen den beiden größten Handlungsgehilfenverbänden, dem DHV und dem 58er Verein, zu einem Waffenstillstand. Ziel des Abkommens war, »die Art der aus den teilweise abweichend gerichteten Anschauungen und Bestrebungen entspringenden Auseinandersetzungen zwischen den Verbänden . . . so zu beeinflussen, daß der Boden der sachlichen Auseinandersetzungen nicht verlassen wird, damit das Gemeinschaftsgefühl der deutschen Handlungsgehilfen als Glieder eines Volkes und eines Standes nicht verlorengeht³«. Zu dieser Zeit unterhielt der 58er Verein bereits mit dem Leipziger Verband und dem Deutschen Verband kaufmännischer Vereine eine »Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine« und dehnte den Kartellgedanken jetzt auf den DHV aus. Damit sollte die kaufmännische Sozialpolitik, die seit dem Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904 stark unter den Gegensätzen und der Uneinigkeit der Verbände gelitten hatte, in positivere Bahnen gelenkt werden. Ein Jahr später wurden auch der Leipziger Verband und der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine in das Abkommen vom 22. Mai 1915 einbezogen⁴. Im gleichen Jahr gründeten die genannten Vereine eine »Gemeinnützige kaufmännische Stellenvermittlung«. Durch den Zusammenschluß wurde die Stellenvermittlung der kaufmännischen Verbände in Deutschland einheitlich organisiert, um die reibungslose Rückführung der von der Front zurückkehrenden Angestellten in das Berufsleben zu gewährleisten. Die Zentralstelle der kaufmännischen Stellenvermittlung wurde am 1. Juli 1916 in Ber-

³ »DHW«, 22. Jg., Nr. 7 v. 5. 7. 1915, S. 105.

⁴ »DHW«, 23. Jg., Nr. 10 v. 5. 10. 1916, S. 145.

lin eröffnet⁵. Die Verständigungsbemühungen zwischen den kaufmännischen Verbänden gipfelten am 8. Oktober 1916 in der Gründung der »Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände« (AKV), zu der sich elf Vereine mit insgesamt 600 000 Mitgliedern zusammenschlossen⁶. Damit war ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung der sozialpolitischen Arbeit zugunsten der kaufmännischen Angestellten und zur Stärkung des Einflusses ihrer Berufsverbände getan. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft war zunächst Dr. Köhler aus der Leitung des 58er Vereins. Er wurde am 15. Oktober 1917 von Hans Bechly abgelöst⁷.

Der Zusammenfassung der kaufmännischen Berufsverbände zu einer zentralen Arbeitsgemeinschaft lag der Gedanke zugrunde, den Massenorganisationen der Arbeitergewerkschaften eine einheitliche Vertretung der Angestellteninteressen gegenüberzustellen. Gleichzeitig war sie auch eine Reaktion auf den Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände. Bis zur Jahrhundertwende waren die Beziehungen zu den Gewerkschaften in Deutschland fast ausschließlich durch die Fachgruppen der Industrieverbände wahrgenommen worden. Ihre Spitzenvertretungen, der »Zentralverband deutscher Industrieller« (1876 gegründet) und der »Bund der Industriellen« (1895 gegründet) fanden sich 1914 im Kriegsausschuß der deutschen Industrie zusammen und bildeten 1919 den »Reichsverband der Deutschen Industrie«. Die Gründung der Arbeitgeberorganisation war die Antwort der Industrieverbände auf die zu Macht und Einfluß kommenden Gewerkschaften. Sie entwickelten sich seit 1903 aus regionalen Antistreikvereinen und schlossen sich zehn Jahre später zur »Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände« zusammen⁸. Die Politik der Angestelltenorganisationen vollzog sich daher in der Folgezeit in dem durch die Massengewerkschaften der Arbeiter und die Kapitalmacht der Arbeitgeber abgesteckten Feld.

⁵ »DHW«, 23. Jg., Nr. 6 v. 1. 6. 1916, S. 81.

⁶ »DHW«, 23. Jg., Nr. 12 v. 5. 12. 1916, S. 177.

⁷ »DHW«, 25. Jg., Nr. 5/6 Mai/Juni 1918, S. 38.

⁸ Joseph H. Kaiser, »Die Repräsentation organisierter Interessen«, S. 99.

»Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 1309: »Am 3. und 4. Februar 1919 wurde auf einer gemeinsamen Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen in Jena der Industrie im Reichsverband der Deutschen Industrie die einheitliche Spitzenvertretung gegeben . . . Die formale Gründung und der satzungsgemäße Ausbau des Reichsverbandes erfolgten nach mehrwöchiger Vorarbeit am 12. April 1919 in Berlin.«

⁹ Ebenda, S. 107/108.

Als Vorsitzender der »Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände« umriß Hans Bechly in seiner Eröffnungsrede der ersten öffentlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft am 10. März 1918 in Berlin die Lage der kaufmännischen Angestellten¹⁰. Er ging von der Feststellung aus, daß der Krieg für die Mittelschicht des deutschen Volkes schwere Gefahren gebracht habe und daß das Verständnis für die Angestellten, die eine große Gruppe dieser Mittelschicht darstellen, in der Öffentlichkeit noch immer fehle. Den Grund dafür sah Bechly in der Entwicklung des Angestelltenstandes, »der in den letzten Jahrzehnten erst aus der modernen Wirtschaft herausgewachsen ist«. Der Staat erkenne wohl die Organisationen der Arbeiter als politischen Machtfaktor an, trage den Interessen der Angestellten aber nicht genügend Rechnung. Diese seien daher einer doppelten Frontstellung ausgesetzt: auf der einen Seite stehe die Sozialdemokratie mit ihrer Massenmacht, die ständig bestrebt sei, »uns in die Masse hineinzuziehen. Wir sollen ein Teil der Masse werden, wir sollen auf die eigene politische und wirtschaftliche Stellung in unserem Vaterlande verzichten«. Auf der anderen Seite stehe das organisierte Unternehmertum mit seiner Kapitalmacht, das die scharfe Ablehnung der Arbeiterorganisationen gleichermaßen auf die Angestellten übertrage, ohne zu berücksichtigen, daß die Angestellten sonst als die Mitarbeiter der Prinzipale bezeichnet würden. Die Angestellten nähmen zwar eine Mittelstellung zwischen Arbeiter und Prinzipal ein, seien aber ein Stand, »der seiner Sonderorganisation bedarf und dessen wirtschaftliche Entwicklung durch seine wirtschaftliche Organisation gefördert werden muß«. Welchen Weg die Angestelltenorganisationen in Zukunft gehen sollten, hing nach Bechly im wesentlichen davon ab, welche Stellung die Arbeitgeber und der Staat ihnen gegenüber einnehmen würden und ob »die Arbeitgeberverbände uns wenigstens die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung in den Organisationen zuerkennen¹¹«.

Was die Gewerkschaften schon seit den Zeiten des Sozialistengesetzes gefordert hatten, beanspruchten unter dem Zwang der Kriegereignisse nun auch die organisatorisch geschlossen auftretenden Angestellten. Ihre Forderung wurde sechs Tage nach Ausbruch der Revolution in der großen Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am 15. November

¹⁰ »DfW«, 25. Jg., Nr. 5/6 Mai/Juni 1918, S. 34.

¹¹ Ebenda, S. 35.

1918 erfüllt. Die Vereinbarung enthielt die grundsätzliche Anerkennung der Gewerkschaften durch die Arbeitgeberverbände. Sie erhielten eine Rechtsstellung, die sie zu Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen und zum Abschluß von Tarifverträgen legitimierte. Außerdem sah das Abkommen die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft der Sozialpartner vor, die am 4. Dezember 1918 als »Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer« ins Leben trat¹². Die Vereinbarung wurde von den Freien Gewerkschaften als ein »gewerkschaftlicher Sieg von seltener Größe« gefeiert und als »die völlige Preisgabe des Herrn-im-Hause-Prinzips, gegen das so viele und erbitterte gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden mußten¹³«. Die Weimarer Reichsverfassung erweiterte in Art. 165 Abs. 1 Satz 2 die Verhandlungs- und Vertragsfähigkeit auf alle Berufsvereine und gab ihr die endgültige Sicherung.

Für die Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft hatten sich seitens der Arbeitgeber Hugo Stinnes, der spätere Reichswirtschaftsminister Hans von Raumer, Carl Friedrich von Siemens und Ernst von Borsig besonders eingesetzt. Sie wurden von den Arbeitnehmervertretern Karl Legien (Freie Gewerkschaften), Adam Stegerwald (Christliche Gewerkschaften), Siegfried Aufhäuser (Freier Angestelltenbund) und Otto Thiel (DHW) in ihrem Bemühen unterstützt, den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft möglichst reibungslos zu gestalten. Nach dem Vorbild des paritätisch zusammengesetzten Zentralaussschusses wurden entsprechende Arbeitsgemeinschaften für das Verkehrswesen, den Handel und die Landwirtschaft geschaffen, in denen die eigentliche Arbeit geleistet wurde. Schon am 14. Dezember 1918 kam ein Vertrag zur Milderung wirtschaftlicher Notstände während der Übergangswirtschaft zwischen Großhandel, Einzelhandel und deren Angestellten zustande¹⁴ und am 10. November 1919 gründeten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des Handels eine Arbeitsgemeinschaft¹⁵.

Der Vertrag vom 14. Dezember 1918 wurde für die Arbeitnehmer durch den »Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände« unterzeichnet. Damit übernahm der neue Gewerkschaftsbund den

¹² Joseph H. Kaiser, a. a. O., S. 187/88.

¹³ »Correspondenzblatt«, 28. Jg., Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 425.

¹⁴ »DHW«, 26. Jg., Nr. 1 v. 10. 1. 1919, S. 7.

¹⁵ »DHW«, 26. Jg., Nr. 17/18 v. 3. 12. 1919, S. 217.

gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Aufgabenkreis der »Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände« von 1916. Ihr hatten neben reinen Angestelltenorganisationen auch noch paritätische Vereine angehört, dagegen trat der neue Verband als streng gewerkschaftliche Vereinigung dem »Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund« körperschaftlich bei¹⁶. Diese Spitzenorganisation war unmittelbar nach dem Zustandekommen der großen Vereinbarung und der Anerkennung der Gewerkschaften als ein Zusammenschluß aller nicht-sozialistischen Arbeitnehmerverbände am 20. November 1918 in Berlin entstanden¹⁷ und nannte sich bald darauf »Deutscher Gewerkschaftsbund«, um nicht als eine Gewerkschaft der Deutschen Demokratischen Partei angesehen zu werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund umfaßte zur Zeit seiner Gründung die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die Christlichen Gewerkschaften und die im »Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände« zusammengeschlossenen Angestelltenorganisationen. Es war der breit angelegte Versuch, der Millionenmacht der Freien Gewerkschaften eine einheitliche Arbeitnehmerfront auf christlich-nationaler Ebene entgegenzustellen. Der Plan war aber infolge der politischen und organisatorischen Gegensätze zwischen Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Gewerkschaften einerseits, 58er Verein und DHV andererseits, zum Scheitern verurteilt. Schon im Sommer 1919 zerschlugen sich die Einigungsverhandlungen zwischen den im »Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände« föderativ zusammengeschlossenen Vereinen. Am 25. Mai 1919 lehnten Verwaltung und Aufsichtsrat des DHV den Beitritt zu einem Einheitsverband der Angestellten ab, weil der DHV: »1. Eine kaufmännische Standesorganisation bleiben will, der neue Verband aber Angestellten aus allen Berufen Aufnahme gewähren wird; 2. Eine Männerorganisation bleiben will, der neue Verband aber weibliche Angestellte aller Berufe aufnehmen wird; 3. In der neuen Zusammensetzung des Verbandes keine genügende Gewähr für die Bildung eines einheitlichen Verbands-Charakters, der unbedingten Voraussetzung für den organisatorischen Erfolg, erblickt¹⁸«.

¹⁶ »DHW«, 26. Jg., Nr. 1 v. 10. 1. 1919, S. 7.

¹⁷ »Staatslexikon«, hg. v. d. Görres-Ges., Bd. VII, Sp. 673/74.

¹⁸ »DHW«, 26. Jg., Nr. 6 v. 10. 6. 1919, S. 95, Ausgabe für den Gau Niedersachsen.

Die Gaurage von Brandenburg und Niederrhein-Westfalen hatten zuvor in Entschließungen gegen den Einheitsverband Stellung genommen. Besonders scharf war die Ablehnung des Gaurvorstehers in der Ostmark, Gröndahl, der in der Sitzung am 25. 5. 1919 erklärte, »daß

Daher verfolgten der weniger nach rechts tendierende 58er Verein und der Leipziger Verband von nun an ihre eigene Politik. Sie verließen im August 1919 den »Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände¹⁹« und gründeten den »Gewerkschaftsbund der Angestellten« (GdA), um den Zustrom technischer und weiblicher Angestellter auffangen zu können. Am 21. November 1920 gaben die einzelnen Verbände des GdA ihre Sonderexistenz auf²⁰. Neben den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen bildete der GdA nun die Angestelltengruppe innerhalb des freiheitlich-nationalen »Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände« – eine der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Weimarer Republik.

Im »Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände« verblieben der DHV, der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten und der Deutsche Bankbeamten-Verein. Sie waren als kaufmännische Gruppe im »Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften« (Gedag) vertreten, der in Parallele zum GdA die Angestelltengruppe in der Spitzenorganisation des christlich-nationalen »Deutschen Gewerkschaftsbundes« bildete. Dieser hatte sich nach der Trennung von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und der Spaltung des »Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände« am 22. November 1919 eine neue Satzung gegeben und umfaßte nun die drei Gruppen des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, des Gedag und des Gesamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften²¹. Damit hatten die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919 ihre für die Weimarer Republik charakteristische Gliederung in drei weltanschaulich-politische Richtungen erhalten. Der sozialistische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war die bei weitem stärkste Arbeitergewerkschaft. Auf der Seite der Angestelltengewerkschaften aber lag die Führung zu Anfang der Republik bei dem sozialistischen Allgemeinen Freien Angestelltenbund, an deren Ende bei dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband.

der Gau Ostmark, falls sich der DHV an den Einheitsverband anschließen sollte, aus dem Verbände ausscheiden müßte; der Gau Ostmark könne nur in einer arischen Organisation existieren«.

¹⁹ »DHW«, 27. Jg., Nr. 15 v. 28. 4. 1920, S. 130.

²⁰ »DHW«, 27. Jg., Nr. 44 v. 1. 12. 1920, S. 373.

²¹ »DHW«, 26. Jg., Nr. 19 v. 10. 12. 1919, S. 221/22.

ARBEITERVERBÄNDE

	ADGB	Verband d. dt. Gewerkvereine	Gesamtverb. d. Christl. Gew.
1918	1 664 991	113 792	404 682
1919	5 479 073	189 831	858 283
1922	7 895 065	230 612	1 049 406
1930	4 821 832	163 302	658 707

ANGESTELLTENVERBÄNDE

	Afa	GdA	DHV
1918	94 032		147 698
1919	366 051		207 802
1921	313 081	300 357	264 367
1931	203 489	327 742	409 022 ²²

Max Habermann schrieb im Juli 1919: »Ein großes gemeinsames Interesse verbindet uns heute selbstverständlich mit der Gesamtheit aller Arbeitnehmer: die rasche Aufrichtung der deutschen Volkswirtschaft. Die zu diesem Zweck am 15. November 1918 ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern findet unsere restlose Unterstützung [Otto Thiel war Mitglied des Zentralvorstands], und wir anerkennen rückhaltlos die Arbeit, die so bewährte Arbeiterführer wie Legien und Stegerwald da leisten. Wir gehen eine weite Wegstrecke gemeinsam, ohne daß wir bisher ein einflußloses Anhängsel der Arbeiterbewegung geworden sind, was uns bei der Besonderheit unserer beruflichen und standespolitischen Interessen wesentlich ist²³«. Damit berücksichtigte der DHV die im November 1918 geschaffene neue Stellung der Gewerkschaften im Staat und nahm die Mitarbeit am Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit auf. Ein Schritt auf dem gewerkschaftlichen Weg war der Beschluß von Verwaltung und Aufsichtsrat am 25. Mai 1919, der Verbandsbezeichnung »Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband« den Untertitel »Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter« hinzuzufügen und § 2 Abs. 2

²² »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 1732—42.

²³ »DHW«, 26. Jg., Nr. 7 v. 10. 7. 1919, S. 101, Ausgabe für Bayern.

der Satzung neu zu formulieren. § 2 Abs. 2 bestimmte nun ausdrücklich, daß »die gewerkschaftlichen Machtmittel, insbesondere Verhandlungen und Verträge mit den Unternehmern oder ihren Verbänden, Arbeitsniederlegung (Streik) und Verruf, wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnisse führen«, dem Verbandszweck zu dienen hätten²⁴. Aber schon vor der schriftlichen Fixierung dieser Bestimmung hatte der DHV von dem gewerkschaftlichen Machtmittel des Streiks Gebrauch gemacht. Vom 21. bis 26. März 1919 kam es in Lübeck zum ersten bedeutenden Angestelltenstreik in Deutschland. Unter der Leitung des DHV-Gauvorstehers Hermann Miltzow legten die kaufmännischen und technischen Angestellten von 25 industriellen Betrieben die Arbeit nieder, um sie erst nach Abschluß eines neuen Tarifvertrages wieder aufzunehmen²⁵. Dem ersten Streik folgten im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen im ganzen Reich lokale Arbeitsniederlegungen: in der Berliner Metallindustrie, in Köln, in den Thyssen-Werken in Mülheim a. d. Ruhr, in Ulm und im Leipziger Buchhandel. Im Verlauf der gleichfalls in das Jahr 1919 fallenden Streiks in Königsberg, Dresden, Mannheim und Gelsenkirchen erkannte der DHV die Bedeutung ausreichender Geldmittel für solche Auseinandersetzungen. Die Folge war der Aufruf der Verbandsleitung für einen gewerkschaftlichen »Kampfschatz« vom 3. März 1920²⁶. Durch die Erhebung eines einmaligen Sonderbeitrags aller Mitglieder in Höhe von einhundert Mark sollte eine Reserve von 20 Millionen Mark zur Sicherung der gewerkschaftlichen Arbeit des Verbandes angelegt werden.

Während in der Vorkriegszeit für den DHV solche Fragen der Sozialpolitik im Vordergrund standen, die alle kaufmännischen Angestellten betrafen, wie die Sonntagsruhe, die Regelung der Arbeitszeit, die Kaufmannsgerichte oder die Angestelltenversicherung, bedeutete die Vereinbarung vom 15. November 1918 auch hierin einen Wandel. Sie hatte die Tariffähigkeit der Berufsorganisationen grundsätzlich anerkannt, die ihre gesetzliche Grundlage durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 erhielt²⁷. Die Sozialpolitik der Angestelltenorga-

²⁴ »DHW«, 26. Jg., Nr. 6 v. 10. 6. 1919, S. 95, Ausgabe für den Gau Niedersachsen.

²⁵ »DFW«, 26. Jg., Nr. 4 v. 10. 4. 1919, S. 33. Hermann Miltzow, Aus der Zeit des großen Übergangs. In: »Jb. 1926«, S. 77—89.

²⁶ »DHW«, 27. Jg., Nr. 9 v. 3. 5. 1920, S. 73.

²⁷ Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Vom 23. Dezember 1918. »RGBl.« I, S. 1456.

nisationen wurde daher in der Nachkriegszeit, ebenso wie die der Arbeitergewerkschaften, bis zu einem gewissen Grade Tarifvertrags- und Lohnpolitik, die von Geschäfts-zweig zu Geschäfts-zweig verschieden aussah. Der DHV berücksichtigte den Wandel, indem er seine Mitglieder seit dem Frühjahr 1919 nach Fachgruppen gliederte²⁸, wie es die Verschiedenartigkeit von Industrie und Handel und die dadurch bedingte Differenzierung der von ihm vertretenen Berufsgruppe erforderte. Er richtete bis zum September 1920 39 Fachgruppen ein, in denen die eigentlich gewerkschaftliche Arbeit geleistet wurde²⁹.

Die Entwicklung, die der DHV in den Jahren 1917 bis 1919 in die Richtung einer immer stärkeren Betonung des Gewerkschaftsgedankens nahm, wurde auch von den Freien Gewerkschaften erkannt. Das »Correspondenzblatt« schrieb 1921, daß der DHV, »vor fast 30 Jahren zur Abwehr gegen das Eindringen sozialistischer Ideen in die Kreise der kaufmännischen Angestellten von ausgesprochenen Partei-antisemiten gegründet, . . . bis zum Kriegsausbruch kaum etwas anderes als eine neutral schillernde Filiale der Antisemiten war. Mit der Staatsumwälzung vor drei Jahren erfolgte auch in diesem Verband eine Umstellung: ‚er wurde Gewerkschaft‘³⁰«. Die Entwicklung des DHV zur Gewerkschaft bedeutete aber keine Abwendung von seinen Ursprüngen. Vielmehr betonte Max Habermann im Dezember 1919: »Wir Deutschnationalen stellen mit Stolz in dieser Zeit fest, daß die geistigen Grundlagen unserer Bewegung durch keine Entwicklung überholt, sich so zukunfts-trächtig wie nur je erwiesen haben³¹«. Die geistigen Grundlagen der deutschnationalen Handlungsgehilfenbewegung aber hatten diese bereits 25 Jahre zuvor in scharfen Gegensatz zur Sozialdemokratie gebracht³², die nach Max Habermann »nur eine soziale Gliederung anerkennen wollte: Kapitalisten und Proletarier. Wir waren aber beides nicht, und der Kampf um die Anerkennung unseres mittelständischen Charakters wurde uns als Standesdünkel angekreidet und für unsere Berufsgenossen in der sozialdemokratischen Presse jener . . . Schimpf-name der heringsbändigenden Stehkragenproletarier erzeugt³³«.

²⁸ »DHW«, 26. Jg., Nr. 5 v. 10. 5. 1919, S. 74/75.

²⁹ »DHW«, 27. Jg., Nr. 35 v. 22. 9. 1920, S. 289/90.

³⁰ »Correspondenzblatt«, 31. Jg., Nr. 49 v. 3. 12. 1921, S. 707/08.

³¹ »DHW«, 26. Jg., Nr. 19 v. 10. 12. 1919, S. 221.

³² Diesem Gegensatz verdankte der DHV — wie oben ausgeführt — überhaupt seine Existenz.

³³ »DHW«, 26. Jg., Nr. 7 v. 10. 7. 1919, S. 101, Ausgabe für Bayern.

Standen sich hier bereits in der Vorkriegszeit Fronten gegenüber, die durch die ideologischen Differenzen: Internationalismus – Nationalismus, Klassenkampfgedanke – ständischer Volksstaat, Gleichheit aller Bürger – Führungsanspruch für eine Elite noch versteift wurden, so führte die Revolution, d. h. die Übernahme der politischen Gewalt durch Demokraten und Sozialdemokraten im DHV zu einer Rückbesinnung auf die eigene ideologische Position, aufgrund der er den »pazifistischen, verjudeten und verspießerten Revolutionsnutznießern von der Linken³⁴« den Kampf ansagte. Die Entwicklung zur Gewerkschaft hatte den DHV nicht veranlassen können, seine Stellung in bezug auf die Sozialdemokratie, die Judenfrage, die Frauenarbeit oder die kaufmännische Standesorganisation zu revidieren. Nach wie vor enthielt die Satzung den Arierparagrafen, nach wie vor vertrat der Verband die Meinung, der Frau käme nur die Rolle als Mutter und Hausfrau zu, da »die Frauenarbeit im Handelsgewerbe, wie überhaupt in allen Männerberufen mit großen gesundheitlichen Gefahren verbunden ist und zur Rassenverschlechterung führt³⁵«. Und die Entscheidung gegen die Gründung eines Einheitsverbandes der Angestellten zeigte, daß der DHV es nach wie vor ablehnte, seinen Charakter als kaufmännische Standesorganisation aufzugeben. Diese Eigenheiten eines Berufsverbandes, der gleichzeitig beanspruchte, Gewerkschaft zu sein, wirkten nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, der Emanzipation der Frauen und der Anerkennung der Gewerkschaften als eines ausschlaggebenden Faktors im öffentlichen Leben anachronistisch.

Die reaktionäre gesellschaftspolitische Haltung des DHV, der auf der anderen Seite eine realistische Einstellung zur Sozialpolitik gegenüberstand, deutet die Schwierigkeiten an, die der Zusammenarbeit von Christlichen Gewerkschaften und DHV im Wege sein mußten, läßt aber auch erkennen, warum sie dennoch zustande kam: aus der nüchternen Einschätzung der eigenen Kräfte im gewerkschaftlichen Leben der Weimarer Republik. Weshalb der DHV trotz der ideologischen Differenzen zu den Christlichen Gewerkschaften die Zusammenarbeit erstrebte, geht aus den Ausführungen in der Sitzung von Verwaltung und Aufsichtsrat des DHV am 25. Mai 1919 hervor, die über den Anschluß an die Christlichen Gewerkschaften zu entscheiden hatten.

³⁴ So Hans Bedly, »DHW«, 36. Jg., Nr. 17 v. 7. 9. 1929, S. 322.

³⁵ »DHW«, 26. Jg., Nr. 6 v. 10. 6. 1919, S. 89, Ausgabe für den Gau Niedersachsen.

Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Verbandes und spätere Geschäftsführer des Gedag, Georg Brost, wies hier auf die Nachteile eines Kartells mit den Christlichen Gewerkschaften hin. Er war der Meinung: »Christliche Gewerkschaften und Zentrum sind eins; wir werden politisch gebunden und müssen Verpflichtungen übernehmen, die wir nicht erfüllen können«. Dagegen vertrat Hans Bechly den realistischen Standpunkt, die gegenwärtige politische Situation müsse den DHV auf irgendeiner Seite finden. Es sei notwendig, daß der Verband dort, wo Gesetze gemacht würden, Einfluß gewinne. Als Angestellten-Gruppe allein aber sei das nicht möglich. Er fuhr dann fort: »Wir würden uns bei einem Anschluß an die Christlichen Gewerkschaften auf keinen Fall auf eine Diskussion über unsere geistigen Grundlagen einlassen. Das einzige Bedenken gegen den Anschluß wäre der große Einfluß, den das Zentrum bei den Christlichen Gewerkschaften hat. Es gibt aber auch bei den Christlichen Gewerkschaften einen protestantischen Flügel, den wir dann stärken würden«. Gerade die letzte Bemerkung zeigt, daß der Verbandsvorsteher großen Wert darauf legte, seinen Mitarbeitern den aus politischen Gründen gebotenen Anschluß an die Christlichen Gewerkschaften nahezulegen. Darin wurde er durch das Aufsichtsratsmitglied Fritz Eimler unterstützt. Er stimmte mit Bechly überein, »daß wir uns über die drei Punkte: Frauenfrage, Judenparagraph und Verbandsname in keine Diskussion einlassen sollen⁸⁶«. Wenn es trotz der großen Differenzen zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Einschluß des vom DHV bestimmten Gedag kam, war das, um mit Albert Krebs zu sprechen, »ebenso auf die Einsicht aller Beteiligten wie auf das taktische Geschick des rechten Flügels der Christlichen Gewerkschaften zurückzuführen. Die Einsicht lehrte, daß man sich nur in Gemeinschaft gegen die Millionenübermacht der Freien Gewerkschaften würde behaupten können. Den Taktikern des rechten Flügels aber gereichten ihre guten persönlichen Beziehungen zu den Unterhändlern des DHV, Beziehungen, die bei Behrens, Gutsche, Kaiser, Stegerwald noch in die Vorkriegszeit zurückreichten, zum Vorteil⁸⁷«. Denn die Christlichen Gewerkschaften, deren Gesamtverband sich 1899 aus den seit 1894 entstehenden lokalen christlichen Arbeitervereinigungen des Rhein- und Ruhrgebiets gebildet hatte, waren schon 1903 in Kontakt zum DHV getre-

⁸⁶ Sitzungsberichte des Aufsichtsrats 1908—1932, DAK T 101/13.

⁸⁷ Albert Krebs, »Max Habermann, eine biographische Studie«, S. 14—16.

ten. In diesem Jahr fand der erste Deutsche Arbeiterkongress in Frankfurt am Main statt, der von dem Staatsminister Freiherr von Berlepsch und der »Gesellschaft für Soziale Reform« gefördert, Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, des DHV und anderer konfessioneller Arbeitervereine zu gemeinsamen sozialpolitischen Beratungen zusammenführte³⁸. Der Deutsche Arbeiterkongress, zu dem die »auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehenden Organisationen, welche die Notwendigkeit selbständiger Betätigung anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reformen erstreben«, eingeladen waren, wurde 1907, 1913 und 1917 wiederholt³⁹. Die hier geknüpften persönlichen Beziehungen zwischen den Führern der Christlichen Gewerkschaften und des DHV erleichterten die Verhandlungen, die schließlich zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes führten, ebenso wie »das enge Vertrauensverhältnis zwischen Dr. Brüning und Habermann, das sich sofort nach dem Krieg aus einer Art geistiger Verwandtschaft und dem gemeinsamen Fronterlebnis entwickelt hatte⁴⁰«. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen im Deutschen Gewerkschaftsbund kam in der Besetzung der Spitzenpositionen zum Ausdruck: während Adam Stegerwald und Heinrich Imbusch nacheinander den Vorsitz führten, waren Otto Thiel und Hans Bechly stellvertretende Vorsitzende, und Heinrich Brüning führte die Geschäfte. Seinen größten politischen Einfluß erreichte der Deutsche Gewerkschaftsbund während der Regierungszeit Brünings in den Jahren 1930 bis 1932.

In seiner programmatischen Rede »Der nationale Gedanke nach der Revolution« auf dem ersten »Deutschen Handlungsgehilfentag« nach Kriegsende vom 18. bis 20. Oktober 1919 in Leipzig bezeichnete Hans Bechly die Revolution als »allgemeine Umwertung aller Werte«. Von dieser Tatsache sowie der Stellung der nationalen Kreise im alten und neuen Staat ausgehend, unternahm Bechly eine Standortbestimmung seines Verbandes. Er hielt es für müßig, den letzten Hohenzollernkaiser allein für Zusammenbruch und Umsturz verantwortlich zu

³⁸ Eine Deputation des Deutschen Arbeiterkongresses wurde vom Reichskanzler Bülow empfangen. »Das kleine Journal«, Nr. 345 v. 14. 12. 1903 (Staatsarchiv Hamburg, Akte 5260). Auch Max Habermann, »Stand und Staat«, S. 23, weist auf die damals geknüpften Verbindungen zu den Christlichen Gewerkschaften hin.

³⁹ Adolf Weber, »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit«, S. 55.

⁴⁰ Albert Krebs, »Max Habermann, eine biographische Studie«, S. 14—16. Hans G. K. Sieh, »Der Hamburger Nationalistenklub«, S. 113.

machen, denn daß die kapitalistische Entwicklung unter seiner Herrschaft zur vollen Auswirkung gekommen sei, könne man nicht ihm zum Vorwurf machen, »wenn auch der persönliche Einfluß von Großindustriellen wie Stumm und Krupp nicht immer Gutes bewirkt hat. Daß aber die Ballin, Rathenau und Simon, also ausgesprochene Vertreter des internationalen Großkapitals, zum persönlichen Freundeskreis des Kaisers gehören konnten, ist für alle ehrlichen Volksfreunde eine bittere Enttäuschung gewesen. Die nationalen Kräfte, zu denen auch wir gehörten, fühlten sich fortwährend zurückgestoßen, wo immer sie das nationale Werk Bismarcks fortzusetzen wünschten. Sie hatten das offizielle Deutschland gegen sich, denn das höhere Beamtentum hatte . . . eine feine Witterung für die Windrichtung ‚oben‘ und hütete sich, sich mit völkischen Anschauungen ‚bloßzustellen‘⁴¹«. Bechly vertrat die Meinung, »daß uns die Revolution im kritischsten Augenblick des Krieges wehrlos dem Feinde ausgeliefert hat«. Sie beseitigte den alten Klassenstaat; was aber an seine Stelle trat, sei kein Volksstaat, »sondern ebenfalls ein einseitiger Klassenstaat, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft⁴²«. Mit Bedauern fuhr Bechly fort: »Den Weg zur Volksgemeinschaft hat uns auch die Revolution noch nicht geöffnet. Das Wirtschaften für den eigenen Vorteil der Klassen, die gerade die politische Macht haben, ist weit, weit schamloser wie früher. Gesetzgebung und Verwaltung scheinen noch mehr wie früher dazu da zu sein, dem Klasseninteresse zu dienen⁴³«. In den Augen des DHV-Vorstehers bestand die »Umwertung aller Werte« lediglich darin, daß eine kapitalistisch-materialistische Klassenherrschaft durch eine andere ersetzt worden war. Wiederum hatte der DHV das »offizielle Deutschland« gegen sich.

Aufgrund dieser Zeitanalyse kam ein Zurück für Bechly nicht in Frage, hätte es doch nur die Alternative eines »Feudal- oder kapitalistischen Klassenstaats« anstelle des »Klassenstaats der blinden Masseninstinkte« bedeutet⁴⁴. Im gleichen Sinne hatte Max Habermann im Januar 1919 die Restauration des deutschen Kaisertums abgelehnt. Er bekannte: »Wir haben ehrlich am deutschen Kaisertum gehangen«, aber die unblutige Beseitigung der Dynastien nahm er als Zeichen, »daß die alten politi-

⁴¹ Hans Bechly, »Der nationale Gedanke nach der Revolution«, S. 19.

⁴² Ebenda, S. 30/31. Zum Dolchstoß s. »DHW«, 27. Jg., Nr. 18 v. 26. 5. 1920, S. 157/58 »Deutschnationale Dolchstöße?»

⁴³ Ebenda, S. 31.

⁴⁴ Ebenda, S. 32.

sehen Formen solche ungeheuren Erschütterungen wie den Ausgang des Weltkrieges, nicht aushalten konnten. Wer sie zurückholen wollte . . . , wäre ein politischer Narr⁴⁵«. Wenige Äußerungen aus den Reihen des DHV zeigen so deutlich zukünftige politische Perspektiven auf, wie diese von Bechly und Habermann. Hier sind die späteren Differenzen mit der DNVP und dem Alldeutschen Verband ebenso angelegt wie die Geisteshaltung, die die Jugend des DHV das Opfer nationalsozialistischer Ideen werden ließ. Mit der gesamten deutschen Rechten hat der DHV – nimmt man die Analyse Bechlys zum Ausgangspunkt einer Betrachtung – die These vom Dolchstoß und die Ablehnung der Konsequenz der Revolution, den Machtgewinn der Sozialdemokratie, gemeinsam. Dagegen ist die Behauptung, die Revolution habe einen kapitalistisch-materialistischen Klassenstaat durch einen anderen ersetzt, nicht die der nationalkonservativen Rechten, sondern die der Nationalsozialisten. Auch in den von Bechly abgelehnten Tendenzen einer Restauration der Monarchie zeigt sich zur DNVP eine größere Kluft als zu den Anschauungen der NSDAP. Es ist bezeichnend, daß der spätere Konflikt zwischen dem DHV und den Deutschnationalen durch Lambachs Artikel über die Monarchie aufgelöst wird. Bechlys Rede macht klar, daß die Republik vom DHV als Faktum zwar hingenommen, als »sozialistischer Klassenstaat« aber vom ersten Tage an abgelehnt wurde. Sie bildete das negative Gegenbild zu dem von ihm seit den neunziger Jahren geforderten völkischen Staat, der sich – gleichzeitig national und sozial – über einer ständisch gegliederten Volksgemeinschaft erheben sollte. Die Ausgangsposition des DHV zu Beginn der Republik entsprach damit der einer oppositionellen Minderheit gegenüber der herrschenden Mehrheit. Die sich daraus ergebende Frage nach der Stellung zum Staat als demokratische oder außerparlamentarische Opposition wurde innerhalb des Verbandes und der ihm nahestehenden Kreise – entsprechend seines doppelten Charakters als Gewerkschaft und als völkischer Verband – verschieden beantwortet.

Wilhelm Stapel trat schon 1919 als Vertreter der Richtung hervor, die die eigene Stellung als »linkser als links und rechtser als rechts⁴⁶« bezeichnete und den DHV auf die Position einer überparteilich-antiparlamentarischen Bewegung festlegen wollte. Er schrieb im

⁴⁵ »DHV«, 26. Jg., Nr. 1 v. 10. 1. 1919, S. 2.

⁴⁶ »DV«, 1919, Oktober, S. 314.

»Deutschen Volkstum«: »In den Parlamenten sitzen die Parteigläubigen im Halbkreis um ihr Präsidium geschart . . . Draußen in der andern Hälfte des Bogens sammeln sich die, welche jenseits des linken und rechten Flügels der anerkannten politischen Parteien stehen . . . Draußen stehen alle die, welche das Heil des Vaterlandes nicht mehr vom Parteigetriebe erwarten⁴⁷«. Als ein Kriterium dessen, was diejenigen außerhalb des Halbkreises von denen innerhalb unterscheidet, sah Stapel die Forderung nach dem »Führer« an: »Wir wollen Führer, nicht Organisationstechniker«. Als solcher galt ihm der, »welcher die unmittelbaren Lebensbedürfnisse instinktiv erfaßt, welcher unbedürftlich um theoretische Doktrinen und Wertungen die Lebensnotwendigkeiten seines Volkes aus innerem Verbundensein mit der Volksseele« erfaßt⁴⁸. Stapel hat seine Kritik der Weimarer Republik in verschiedenen Aufsätzen im »Deutschen Volkstum« entwickelt und 1928 in der Broschüre »Die Fiktionen der Weimarer Verfassung« gesammelt vorgelegt. Es besteht kein Zweifel, daß Stapel mit seinen Auffassungen die politische Vorstellungswelt der Mittelstandsschichten und besonders der DHV-Mitglieder wiedergab: Mit seinen Thesen gab er ihrem Denken die theoretische Grundlage, so wenn er schrieb: »Die Demokratie, die von der Weimarer Majorität aufgebaut worden ist, ist infolge des formaljuristischen Denkens ihrer Väter nur eine fiktive Demokratie, nicht eine wirkliche Demokratie; denn ihre Grundlage ist nicht *natura populi*, sondern *ratio hominum*, nicht die eigentümliche Volksnatur, sondern ein abstrakter Rationalismus. Sie ist hervorgegangen aus dem sogenannten ‚rationalistischen‘ Denken, das seit dem achtzehnten Jahrhundert zunächst die gebildeten Kreise unseres Volkes überzog und von da durch Zeitungen und Volksreden in die Massen drang⁴⁹«. Diese staatsrechtliche Rechtfertigung der Ablehnung der Republik unter dem Stichwort der fiktiven oder formalen Demokratie wurde für den DHV entscheidend, denn sowohl Hans Bechly als auch Max Habermann griffen immer wieder auf Stapels Formulierungen zurück⁵⁰. Bechly war der Meinung, die Weimarer Republik befriedige aus dem Grunde nicht, »weil sie die mythischen Kräfte des Lebens überhaupt

⁴⁷ »DV«, 1919, Oktober, S. 314.

⁴⁸ Ebenda, S. 315.

⁴⁹ Wilhelm Stapel, »Die Fiktionen der Weimarer Verfassung«, S. 25.

⁵⁰ Z. B. Hans Bechly, »Die Führerfrage im neuen Deutschland«, S. 23 und 26. Max Habermann, »Stand und Staat«, S. 13 und 20.

und dann, weil sie insbesondere den Mythos der deutschen Seele, die ‚Kraft des nationalen Mythos‘ zu wenig berücksichtigt, ja diese Kräfte in ihrem letzten Wesen ausschließt⁵¹«. Vom nationalen Mythos aber erklärte Bechly unter Hinweis auf die Erfolge Mussolinis in seiner Rede vor dem Handlungsgehilfenstag am 10. Juni 1928 in Dresden: »Dieser unser nationaler Mythos und Glaube ist dem Mythos, dem Glauben der Massen an die Kraft des sozialen Gedankens *allein* überlegen. Er ist umfassend und tief – er wird nicht nur dem aufkommenden deutschen Staat seine Gestalt geben – er wird auch in diesem Staat die soziale Not lösen⁵²«. Die Realisierung eines solchen Staatswesens aber erwartete Bechly ebensowenig wie Stapel vom Parlamentarismus, sondern von einem kommenden Führer und von einer auf »Führerschaft« aufgebauten Volksgemeinschaft. Damit ergab sich für die geistigen Repräsentanten des DHV eine paradoxe politische Haltung: Sie nahmen die Tatsachen hin und nutzten die Chancen, die die neuen politischen Verhältnisse dem Verband boten, aber geistig lebten sie nicht für die Republik. Ihre Ideologie hatte sie so stark und nachhaltig geprägt, daß sie die parlamentarische Demokratie verwarfen und einen völkisch-sozialen Ständestaat ersehnten, über dessen Gestaltung sie aber nur unklare Vorstellungen hatten. Sie stellten sich durch die gewerkschaftliche Realpolitik auf den Boden der Weimarer Republik, die sie gleichzeitig zu überwinden trachteten.

Angesichts der vom DHV vertretenen »Opposition gegen die Pseudo-Demokratie« präzierte Wilhelm Stapel im Aprilheft 1926 des »Deutschen Volkstums« seine Stellung. Er antwortete öffentlich auf einige Ausführungen des Theologen Adolf von Harnack, die einem Schriftwechsel mit Stapel entstammten. Harnack hatte im Hinblick auf die Situation der Weimarer Republik geschrieben, man müsse sich »auf den Boden des Gegebenen stellen und nicht nur das Beste aus ihm zu machen suchen, sondern es selbst verbessern⁵³«. Aber Stapel war nicht zu konstruktiver Mitarbeit bereit; er hoffte vielmehr auf eine Erneuerung der Revolution: »Weil wir uns innerlich nicht mit dem Geschehen abfinden können, darum sind wir noch nicht zu Ende. Die Revolution steht uns noch bevor⁵⁴«. In Erwartung der kommenden

⁵¹ Hans Bechly, »Die Führerfrage im neuen Deutschland«, S. 23.

⁵² Ebenda, S. 27.

⁵³ »DV«, 1926, April, S. 250.

⁵⁴ Ebenda, S. 252.

Revolution bezog der Theoretiker Stapel außerhalb des realen Geschehens Position. »Unser Standpunkt«, erklärte er, »ist im eigentlichen Sinn ‚archimedisch‘: nämlich außerhalb des ‚Bodens‘, da wir diesen ‚Boden‘ ‚bewegen‘ wollen. Wir stehen legal unter der Verfassung und geben dem Staate, was des Staates ist. Moralisch aber fühlen wir uns als Bürger des ‚ewigen Volkes‘ und suchen nach der Staatsform, die dieses Volkes Wesensform ist . . . Rechtlich fühlen wir uns gebunden, moralisch aber frei⁵⁵«. Stapel gibt hier der Meinung vieler DHVer Ausdruck, die wohl gewillt waren, ihre materiellen Forderungen im neuen Staat anzumelden, nicht aber diesen Staat zu unterstützen. Sie träumten vom völkischen Staat, kritisierten und unterminierten die Demokratie und schließlich ging es ihnen wie dem Ideologen, von dem Harnack 1926 sagte, er »wird kein Vaterland mehr vorfinden, das er nach seinem Plane formen kann, wenn er sich aus der Gegenwart zurückzieht⁵⁶«.

Von einigen Gewerkschaftspolitikern des DHV wurde die Frage der Stellung zum Staat anders beantwortet. Nicht, daß sie die Ablehnung der Weimarer Republik aufgegeben hätten. Als Gewerkschaftler aber konnten sie nicht bei der ideologischen Negierung der gegebenen Verhältnisse stehen bleiben. Sie mußten zum politischen und gesellschaftlichen Geschehen Stellung nehmen, wenn sie die Interessen ihrer Mitglieder vertreten wollten. So schrieb Habermann in deutlichem Gegensatz zu Stapel: »Mit dem Sturz der Monarchie und der Stabilisierung einer Staatsmacht, die ihre Autorität aus Wahlen bezog, zu der zwei Drittel aller lebenden Deutschen berechtigt waren, mußten neue Wege beschritten werden, um sich innerhalb dieser Staatsmacht als Handelnder und nicht als Bittender zu behaupten⁵⁷«.

Die Behauptung als Angestelltengewerkschaft war in der Republik nur durch die Mitarbeit in Parteien und Parlamenten möglich. Hans Bechly wies auf den Doppelcharakter des DHV hin, der als völkischer Verband und »Gesinnungsgemeinschaft« das Parteiwesen ablehne, sich aber als Gewerkschaft zur Verfolgung seiner Gruppeninteressen der politischen Parteien zu bedienen habe. Nach Bechly schloß das eine das andere nicht aus, denn »Gesinnungsbewegung zu sein bedeutet . . . nicht etwa ängstlichen Abschluß von dem öffentlichen und politischen

⁵⁵ Ebenda, S. 254.

⁵⁶ Ebenda, S. 250.

⁵⁷ Max Habermann, »Stand und Staat«, S. 24.

Leben. Jede Gesinnungsbewegung ist letzten Endes in ihrer Auswirkung politische Bewegung. Gesinnungsbewegung muß ausstrahlen und versuchen, überall dort Einfluß zu erlangen, wo um die geistige Entwicklung unseres Volkslebens gerungen wird. Deutschnationale Kaufmannsgehilfen gehören in alle politischen Parteien und Verbände. Ihre Aufgabe ist überall dieselbe: den Geist des Hasses und der Schmähsucht zu bekämpfen und das Kommen der nationalen Volksgemeinschaft vorzubereiten. Das ist unsere im wahrsten Sinne *völkische Aufgabe*⁵⁸«.

Der völkischen Aufgabe und gleichzeitig dem neuen Charakter des Verbandes als Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten entsprechend, war unmittelbar nach Ausbruch der Revolution in den Kreisen des DHV über die Möglichkeit diskutiert worden, eine selbständige Angestelltenpartei ins Leben zu rufen. Solchen Anregungen aus den Ortsgruppen trat die Verwaltung am 10. Januar 1919 in der »Deutschen Handels-Wacht« mit der Begründung entgegen, daß eine kleine Angestelltenpartei, die aufgrund der Verhältniswahl denkbar wäre, auf sich allein angewiesen, einflußlos bleiben würde⁵⁹. Bedeutender waren Bestrebungen bei den Christlichen Gewerkschaften, eine Partei zu schaffen, in der evangelische und katholische Verbände gemeinsam vertreten sein und in der die nichtsozialistischen Arbeitnehmerschichten das Kernstück bilden sollten. Wenn sich auch diese Pläne zerschlugen, dann deshalb, weil die katholischen Verbände und Mitglieder am Zentrum festhielten⁶⁰. 1924 erklärte Bechly abschließend, daß mit der Gründung neuer Parteien das Ziel nicht zu erreichen sei, »denn eine Partei, die bei Parlamentswahlen um Wählerstimmen ringen muß, kann keine Gesinnungsarbeit treiben . . . Sie muß Mandate erringen und kann nicht ertragen, mehrere Wahlen hindurch Niederlagen zu erleiden. Der Parteigeist muß die neue Partei ebenso ergreifen wie die alten«. Parteigeist und Gesinnungsarbeit waren aber nach Bechlys Auffassung unvereinbar, weil »jede geistige Bewegung, die zur Parlamentspartei wird oder sich parteipolitisch einseitig orientiert«, ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet würde⁶¹. Die Überlegungen des Verbandsvorstehers gipfelten

⁵⁸ Hans Bechly, »Volk, Staat und Wirtschaft«, S. 20.

⁵⁹ »DHW«, 26. Jg., Nr. 1 v. 10. 1. 1919, S. 11.

⁶⁰ Hans Bechly in der Aufsichtsratssitzung des DHV am 9. 3. 1919. DAK T 101/13.

⁶¹ Hans Bechly, »Volk, Staat und Wirtschaft«, S. 19.

daher in der Feststellung: »Wir waren, wir sind auf dem richtigen Wege, denn nur durch Gesinnungsgemeinschaft außerhalb und unabhängig vom Parteileben kann die Volksgemeinschaft vorbereitet werden. Parteien sind notwendig, aber sie wirken ihrer ganzen Natur und Aufgabe nach trennend im Volkskörper. Wir würden für unsere Aufgabe unfähig werden, wenn wir uns auf bestimmte Parteien einstellen wollten, wir würden ... unsere geistige Unabhängigkeit und Eigenart, unsere Gesinnungsbewegung für immer verlieren⁶²«. Der DHV forderte daher keine nationale Arbeiterpartei, sondern Mitarbeit in allen bürgerlichen Parteien, um diese mit völkischem Geist zu durchdringen und so die Voraussetzungen zum Aufbau einer neuen Volksgemeinschaft zu schaffen.

Die aus diesen Erwägungen resultierenden Richtlinien für die praktische politische Arbeit des DHV wurden in Form von Entschlüssen auf den Verbandstagen von 1919, 1920 und 1924 angenommen. 1919 legte der Verbandstag in Leipzig ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zu völkischem Handeln ab: »Der 14. deutsche Handlungsgehilfenstag«, hieß es dort, »glaubt trotz des Zusammenbruchs des alten Deutschen Reiches an die Zukunft des deutschen Volkes und an die Wiederaufrichtung eines starken Staates, der alle abgetrennten Brüder umfassen wird ... Der 14. deutsche Handlungsgehilfenstag erkennt deshalb die Pflege einer dem völkischen Bewußtsein entsprungenen begeisterten Berufsgesinnung, die den ganzen Menschen erfaßt, ihn auch in seinen gewerkschaftlichen Kämpfen trägt und mit seinem Volke innig verknüpft, als das geistige Ziel der deutschnationalen Handlungsgehilfenbewegung: Alles für den Stand, – und der Stand im Dienste des Volkes!⁶³« Ein Jahr später auf dem Verbandstag am 15. und 16. Mai 1920 in Braunschweig – also kurz vor der Reichstagswahl – behandelte der Verbandsvorsteher dann das Verhältnis des DHV zu den politischen Parteien in Deutschland. Seine Rede über »Staat, Gesellschaft und Politik« ging von der strikten Ablehnung einer eigenen Parteibildung aus. Der DHV habe sich »an sämtliche Parteien mit Ausnahme natürlich der Sozialdemokratie gewandt« und Listenplätze für Verbandskandidaten verlangt⁶⁴. Für deren Arbeit sei die Frage der Staatsform gleichgültig. »Man kann eine kapitalistische Monarchie

⁶² Ebenda, S. 20.

⁶³ »DHV«, 26. Jg., Nr. 14 v. 4. 11. 1919, S. 183.

⁶⁴ Hans Bedly, »Staat, Gesellschaft und Politik«, S. 19.

haben und eine Volksstaatsrepublik, man kann aber auch eine Volksmonarchie haben und man kann eine kapitalistische Republik haben. Beides ist möglich⁶⁵«. Damit postulierte der Verbandsvorsteher schon 1920 den Primat einer ganz bestimmten Sozialordnung, eine Tatsache, die bei den Auseinandersetzungen des DHV mit den Parteien die entscheidende Rolle spielen sollte.

Bechlys Forderungen schlugen sich in den Richtlinien nieder, die auf dem Verbandstag als »EntschlieÙung« einstimmig Annahme fanden. Sie betrafen vornehmlich folgende Punkte: 1. Der DHV hält an der in seiner Satzung bestimmten parteipolitischen Neutralität fest und lehnt es ab, Wahlparolen für eine oder mehrere Parteien auszugeben. »Die Organe und Gliederungen des Verbandes haben als solche die gleiche Zurückhaltung zu üben, weil keine der bestehenden Parteien als Ausdruck der geistigen und zugleich der sozialen Kräfte gelten kann, die den DHV tragen«. 2. Aus diesem Grunde wurden die Mitglieder aufgefordert, »durch rege Mitarbeit in den Parteien als Mitglieder, Amtsinhaber, Wahlkandidaten oder Abgeordnete für die Anerkennung der Grundsätze des Verbandes zu wirken«. 3. Der Verbandstag billigte »die scharfe Absage der Handels-Wacht an die sozialdemokratischen Parteien wegen ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegenüber lebenswichtigen Forderungen unserer Standespolitik« und forderte die Mitglieder auf, »bei den Wahlen mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß das angestelltenfeindliche Verhalten der Sozialdemokratie bei der Stimmabgabe die gebührende Beachtung findet⁶⁶«. Die drei politischen Grundforderungen des DHV: parteipolitische Neutralität, Aktivität der einzelnen Mitglieder in den bürgerlichen Parteien und scharfe Ablehnung der Sozialdemokratie waren die Folge seiner Stellung als »Berufsorganisation mit nationaler Weltanschauung«. Als solche lehnte der DHV den Gedanken der internationalen Solidarität und den Klassenkampf im Sinne der Sozialdemokratie ab, betonte aber gleichzeitig die Notwendigkeit sozialer Kämpfe innerhalb der eigenen Volksgemeinschaft. Über diesen aber habe das gemeinsame Interesse an der Erhaltung und Entwicklung der nationalen Wirtschaft zu stehen. Zum Schutz der nationalen Wirtschaft forderte der DHV dann einen »wehrhaften und innerlich starken Staat«, dessen

⁶⁵ Ebenda, S. 16.

⁶⁶ »DHW«, 27. Jg., Nr. 18 v. 26. 5. 1920, S. 155/56.

Machtpolitik aber nicht für Klassen- oder Partei-Interessen mißbraucht werden dürfe, sondern die im Dienste des ganzen Volkes zu stehen habe. »Wollen wir ernstlich politische Macht erringen durch die Berufsorganisationsgruppierung«, damit schloß der Verbandsvorsteher 1920 seine Ausführungen, »dann müssen wir uns auch die Presse schaffen, ohne die eine große Bewegung nicht bestehen kann . . . Das letzte Ziel muß sein, in den großen Kampf der Tagesmeinungen auch mit Tageszeitungen eingreifen zu können⁶⁷«.

Der Braunschweiger Verbandstag des DHV mit seinen Proklamationen gewinnt erst im Zusammenhang mit dem ein halbes Jahr später in Essen abgehaltenen 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften seine grundlegende Bedeutung. Ein Vergleich der Rede Bechlys mit dem Vortrag »Deutsche Lebensfragen« von Adam Stegerwald zeigt, daß sich auf diesen beiden Tagungen eine neue Gruppenbildung der Öffentlichkeit vorstellte, die von nun an als wesentlicher Faktor im politischen Leben Deutschlands in Rechnung zu stellen war. Hatte Bechly vor der Schwierigkeit gestanden, seinen völkischen Verband von der Notwendigkeit einer Verbindung mit den Christlichen Gewerkschaften zu überzeugen, so stand Stegerwald vor der nicht geringeren Aufgabe, die konfessionell gespaltenen christlichen Arbeitnehmer zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen. Er lehnte daher mit dem gleichen Nachdruck wie Bechly eine besondere Partei der nationalen Arbeitnehmer ab und erklärte: »Was ich auf parteipolitischem Gebiete will, ist die Schaffung einer wenn auch nicht vollständig, so doch möglichst geschlossenen politischen Einheitsfront, umfassend die um den Gewerkschaftsbund gruppierten Kreise und die allerbreitesten Volksschichten in Stadt und Land, umfassend die gesamte schaffende Arbeit, umfassend alle Schichten, die sich auf den Boden der alten deutschen christlichen Kultur stellen. Diese Volkspartei muß stark und positiv genug sein, um die Dinge bergauf treiben und sozial und volkstümlich genug, um Eroberungen bei den breiten Massen machen zu können. Ich will also keine neue Klassenpartei. Ich will aber auch nicht die christlichen Gewerkschaften, nicht den Deutschen Gewerkschaftsbund etwa zu einer politischen Volkspartei zusammengestellt wissen. Wir können unsere Mitglieder nach wie vor nicht etwa durch Beschlüsse zwingen, dieser oder jener Partei anzugehören. Wenn aber

⁶⁷ Hans Bechly, »Staat, Gesellschaft und Politik«, S. 23.

die politisch tatsächlich zusammengehörigen Kräfte des deutschen Volkes in einer Partei zusammengefaßt werden, dann ist in den entscheidenden politischen Fragen die Idcengemeinschaft zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und einer solchen Partei ganz von selbst da⁶⁸«. Für die von ihm geforderte politische Einheitsfront gab Stegerwald die Losung aus: »Deutsch, christlich, demokratisch, sozial«. Zur praktischen Durchführung seiner Bestrebungen forderte er wie Bechly die Schaffung einer führenden Tageszeitung. Hauptaufgabe des Blattes sollte sein, »die marxistische enge, klassenpolitische und die seitherige kastenmäßige Denkweise im deutschen Volksleben mit Nachdruck zurückzudrängen und für ein starkes soziales und nationales Gemeinschaftsgefühl in den allerbreitesten Schichten des deutschen Volkes die Bahn freizumachen⁶⁹«. Am 1. April 1921 erschien die erste Nummer der Zeitung unter dem Namen »Der Deutsche. Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft und ein unabhängiges Deutschland« als gemeinsame Gründung der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände. Ein Jahr später übernahm Hermann Ullmann die Hauptschriftleitung. Unter seiner Redaktion sowie später unter der von Heinrich Brüning, Emil Dovifat und Alphons Nobel wurde »Der Deutsche« zum überparteilichen Sprachrohr der nichtsozialistischen Gewerkschaften.

Auf der Basis einer engen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund baute der DHV seit 1920 konsequent an seinem System der »Querverbindungen« zu den bürgerlichen Parteien. Dieses ermöglichte ihm nun, weitaus größere Gruppen zur Durchsetzung seiner Ziele zu gewinnen, als er durch seine Mitglieder allein zur Verfügung gehabt hätte. Er kompensierte so das Minus an gewerkschaftlicher Macht mit einem Plus an politischem Einfluß. Nach Berichten von Albert Krebs wirkte sich die DHV-Politik praktisch in Wahlabsprachen und finanzieller sowie publizistischer Unterstützung der Parteien bzw. der von ihnen aufgestellten DHV-Mitglieder aus⁷⁰. Und Max Habermann erklärte 1931 rückblickend: »Als wir unsere Braunschweiger Beschlüsse faßten, brauchten wir nicht an den Türen der Parteien um Einlaß zu betteln, diese wünschten Führer unseres Verbandes in ihrer Mitte. So ist das politische Spiel des DHV seit

⁶⁸ Adam Stegerwald, »Deutsche Lebensfragen, Vortrag, gehalten am 21. 11. 1920«, S. 50.

⁶⁹ Ebenda, S. 54.

⁷⁰ Albert Krebs, »Max Habermann, Eine biographische Studie«, S. 43/44.

1918 aufgebaut worden, indem wir angeknüpft haben an Fäden, die aus alter Zeit bei uns zusammenliefen⁷¹«. Für die tatsächliche politische Bedeutung aber sei der Verband als organisierte Wählergruppe mit 400 000 bis 500 000 Stimmen »nicht entscheidend ins Gewicht gefallen«. Viel wichtiger waren nach Habermann die geistigen und persönlichen Beziehungen des DHV. Er meinte, wenn die politische Geschichte der Nachkriegszeit einmal geschrieben werde, würden die politischen Querverbindungen des DHV darin eine beziehungsreiche Rolle spielen⁷². Bereits im Juni 1920 wurden die Verwaltungsmitglieder Walther Lambach für die Deutschnationale Volkspartei und Otto Thiel für die Deutsche Volkspartei in den Reichstag gewählt. 1923 folgte Otto Gerig, bisher Mitglied des Preußischen Landtages, als Zentrumsabgeordneter und 1924 Franz Stöhr für die Nationalsozialistische Freiheitspartei. Der Königsberger Verbandstag von 1924 bekannte sich erneut zu den drei politischen Grundsätzen von 1920. Er bestätigte »ausdrücklich die in den Braunschweiger Beschlüssen ausgesprochene Ablehnung der Parteien des internationalen Klassenkampfes⁷³« und begrüßte die wachsende Teilnahme von Verbandsmitgliedern an der politischen Arbeit in Reich, Ländern und Gemeinden.

1926 vertraten 1591 Mitglieder des DHV die Interessen ihres Verbandes in den Parlamenten des Reiches. Sie verteilten sich ihrer Parteizugehörigkeit nach folgendermaßen⁷⁴:

Völkische Parteien	101
Deutschnationale Volkspartei	302
Deutsche Volkspartei	291
Zentrum	98
Bayrische Volkspartei	9
Deutsche Demokratische Partei	37
Deutsch-Hannoversche Partei	8
Bürgerliche Einheitslisten	745

Der Rechenschaftsbericht des DHV bemerkte zu dieser Aufstellung, daß der größte Teil der Mitarbeiter in Kommunal- oder Landesvertretungen im Dienste der sozial- und kulturpolitischen Interessen des Angestelltenstandes wirke. Dabei habe die ständige Verbindung der

⁷¹ Max Habermann, »Stand und Staat«, S. 26.

⁷² Ebenda.

⁷³ »DHW«, 31. Jg., Nr. 19 v. 9. 7. 1924, S. 291.

⁷⁴ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1926«, S. 210.

DHV-Parlamentarier mit dem Verband und die Möglichkeit, von diesem Auskunft und Material zu erhalten, manchem der Abgeordneten dazu verholfen, sich in seiner Fraktion durch Spezialkenntnisse auf sozialpolitischen, versicherungstechnischen und arbeitsrechtlichen Gebieten eine führende Position zu schaffen⁷⁵.

Ende 1931 wurden 1088 DHV-Parlamentarier gezählt, davon 10 im Reichstag, 25 in Landtagen und 1053 in den verschiedenen Komunalvertretungen vom Provinziallandtag bis zur Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretung. Sie gehörten folgenden Parteien an⁷⁶:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	210
Volkskonservative und Christlich-Soziale	122
Deutsche Volkspartei	118
Zentrum	112
kleinere Parteien	75
Bürgerliche Einheitslisten u. ä.	451

Die beiden Übersichten geben trotz der leider nicht einheitlichen Aufschlüsselung einen Einblick in das sich wandelnde Verhältnis zwischen dem DHV und den Parteien. Auffällig ist zunächst der Rückgang der Gesamtzahl der parlamentarischen Mitarbeiter des DHV um etwa ein Drittel zwischen 1926 und 1931. Darin wirkten sich die laufenden Stimmenverluste der Parteien aus, die von jeher die Hauptstützpunkte für die parlamentarische Arbeit des DHV gebildet hatten. 1926 lag die Deutschnationale Volkspartei mit 302 DHV-Parlamentariern an der Spitze; 1931 wurde sie nicht mehr erwähnt. Diese Tatsache findet ihre Erklärung in dem »Fall Lambach« von 1928⁷⁷ und der Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden. Infolgedessen sagte sich der DHV von den Deutschnationalen los. Nutznießer dieser Entwicklung wurden die Volkskonservativen und die Nationalsozialisten, wobei die Volkskonservativen die in sie gesetzten Hoffnungen enttäuschten. Demgegenüber war der Anteil von 210 nationalsozialistischen DHV-Parlamentariern im Jahre 1931 um so höher zu bewerten, als der DHV Verbindungen zu dieser Partei seit 1926 erst aufbauen mußte, die ihm zu den anderen Parteien längst zur Ver-

⁷⁵ Ebenda, S. 211.

⁷⁶ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1931«, S. 20.

⁷⁷ Vgl. dazu S. 218 ff.

fügung standen. Daß die Deutsche Volkspartei fast 200 Abgeordnete einbüßte, war eine Spiegelung der rückläufigen Entwicklung der Partei in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Dieser Rückgang wurde noch durch den der größten Gruppe, der auf bürgerlichen Einheitslisten gewählten Abgeordneten, übertroffen, die von 745 auf 451 herabsank. Trotzdem hob der DHV-Rechenschaftsbericht von 1931 als bemerkenswert hervor, daß die größte Gruppe gerade von den parlamentarischen Mitarbeitern gebildet wurde, die keiner Partei angehörten, sondern aufgrund ihres persönlichen Ansehens auf dem Wege über kommunale Bürgervereine ein Mandat erworben hatten⁷⁸. Die starke Verminderung dieser Gruppe macht den Einbruch der Parteien auch auf kommunalem Gebiet spürbar, die im Zuge der allgemeinen Politisierung und Radikalisierung die unabhängigen Mandate immer mehr zurückdrängten.

2. Die zweite Front

Die durch den ersten Weltkrieg beschleunigte Entwicklung des DHV zur Gewerkschaft führte trotz aller Beteuerungen seitens der Verbandsleitung, keine Konjunkturpolitik zu treiben – Habermann: »Wir schwimmen gegen den Strom« – zu einer Angleichung an die neuen politischen Verhältnisse in Deutschland. Die Bindung an die Christlichen Gewerkschaften im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes tat ein übriges, die deutschvölkischen und antisozialistischen Resentiments, zumindest bei den für die politische Linie des DHV Verantwortlichen, zu mildern. Habermann stellte 1922 in einem Rückblick auf die dreijährige Tätigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes fest, daß man nicht bei der gemeinsamen Formulierung der ersten Ziele stehengeblieben sei, sondern daß gerade in der grundsätzlichen Auffassung von den wirtschaftlichen Forderungen des Sozialismus Übereinstimmung herrsche. Deshalb habe es der DHV den gewerkschaftlichen Verbündeten niemals übelgenommen, »wenn sie sich zur Sozialdemokratie parteitaktisch anders stellten als viele unserer Freunde es für richtig hielten⁷⁹«. Der Verbandsvorsteher ging noch weiter, als er

⁷⁸ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1931«, S. 20.

⁷⁹ »Führerbriefe«, 3. Folge, März 1922, S. 10.

im Mai 1921 erklärte, Ziel des Deutschen Gewerkschaftsbundes sei »eine Politik der Mitte und der Vermeidung der Extreme«. Die Verbandsführung könne deshalb auch »keine Politik der vorsätzlichen Ausschaltung der Sozialdemokratie gutheißen, wenn diese sich, wie bei der Krisis in Preußen, in Verfolgung rein parteitaktischer Bedürfnisse, nicht selbst ausschalte⁸⁰«. Hand in Hand mit der größeren Bereitschaft zur Tolerierung des einst so heftig bekämpften Gegners ging die Distanzierung von der deutschvölkischen Bewegung, allerdings mit der Einschränkung, daß diese Tendenz nur für die offizielle Verbandslinie galt, nicht aber für alle Untergliederungen und die Einzelmitglieder. Schon in der ersten Phase der Versachlichung der Verbandspolitik, als Hans Bechly die Geschäfte des Verbandsvorstehers übernahm, hatte der DHV seine Bindungen an die antisemitische Deutschsoziale Partei und zu den nationalen Vereinen gelöst. Jetzt trennte sich auch ein Verwaltungsmitglied wie Alfred Roth vom DHV⁸¹, der gerade in der deutschvölkischen Politik die vordringlichste Aufgabe des Verbandes sah. Wie Roth distanzierten sich nach 1918 zahlreiche Funktionäre und Mitglieder innerlich vom DHV. Je mehr der Verband gewerkschaftliche Interessenpolitik trieb, desto aktiver wurden sie als Gründer und Führer neuer völkischer Gruppen und Bünde.

Roth beschwerte sich 1919, daß die »Handels-Wacht« keine Anzeigen für den von ihm geleiteten »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund« aufnahme und vermutete, daß »die Zwitterstellung des jetzigen Verbandsvorstehers und seiner engeren Trabanten« daran schuld sei. »Wenn der Verband in dieser Zeit die Führung im Lübecker und Berliner Angestelltenstreik übernehmen konnte, so läßt er nach meinem Gefühl doch allzusehr die Verantwortlichkeit der Gemeinschaft gegenüber vermissen«. Roth trug sich daher mit dem Gedanken, seine lebenslängliche Mitgliedschaft im DHV zu lösen und konzentrierte sich darauf, in den Mitgliederkreisen – wie er selbst erklärte mit gutem Erfolg – für seinen Bund zu werben⁸². Andere führende Vertreter der

⁸⁰ Bechly in seiner Ansprache vor dem Ausschuß des Deutschen Handlungsgchilientages am 21. 5. 1921 in Friedrichsbrunn. »DHW«, 28. Jg., Nr. 21 vom 8. 6. 1921, S. 185.

⁸¹ Roth schied 1917 aus der Verwaltung des DHV aus. In seinem »Rückblick auf 45 Jahre Kampf ums Deutschtum« (Auf gerader Linie, S. 9–10) berichtet er, daß ihn »Gewissensgründe« zum Ausscheiden aus der Verwaltung genötigt hätten. Er befürchtete, der DHV könnte im Zusammenhang mit den damals laufenden Verhandlungen um den Einheitsverband der Angestellten seinen Arierparagrafen fallen lassen.

⁸² Alfred Roth an Christian Berlin. Schreiben vom 21. 4. 1919. Forschungsstelle, Fasc. Verbände / Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.

völkischen Bewegung, wie Johann Henningsen und Friedrich Wiegert, waren schon in der Vorkriegszeit aus den Reihen des DHV ausgeschieden. Wie weit die Distanzierung der Verbandsleitung vom »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund«, der überparteilichen Sammelorganisation der völkischen Kräfte ging, geht aus der Tatsache hervor, daß der DHV auf den »Deutschen Tagen« des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Weimar (1920), Detmold (1921) und Koburg (1922) offiziell nicht vertreten war⁸³.

Diese Zurückhaltung der Verbandsleitung ist in Kreisen der Mitglieder teilweise heftig kritisiert worden. Dem einzelnen stand die Trennung vom Verband frei und einige DHV'er mögen diese Konsequenz gezogen haben. Andererseits aber – und das war auch für das spätere Verhältnis zu den Nationalsozialisten ausschlaggebend – handelte es sich hier um keine Alternative. Jedem DHV-Angehörigen stand die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft in der nationalen Gewerkschaft und einer nationalen Partei oder den völkischen Bündnissen offen; sie wurde sogar vom Verband empfohlen. Weil die kaufmännischen Angestellten in den wirtschaftlichen Krisenzeiten der Nachkriegsjahre und der Inflation aber auf eine gewerkschaftliche Interessenvertretung angewiesen waren, konnte der DHV gerade in diesen Jahren einen starken Mitgliederzuwachs verbuchen und brauchte doch nicht auf seine völkischen Mitglieder zu verzichten.

34 von ihnen, die aus der antisemitisch-völkischen Vorkriegsbewegung kamen, traten am 1. Januar 1921 unter der Leitung des Verbandsgründers Johannes Irwahn zusammen, um angesichts des starken Zustroms neuer Mitglieder die Frage zu diskutieren, wie der DHV davor zu bewahren sei, lediglich ein Verband zur Erkämpfung höherer Gehälter zu werden. Sie kamen dahin überein, einen »Ring der Getreuen« zu gründen, der seiner Satzung nach »die Sammlung aller wahren Führer unserer Bewegung zur Vertiefung der Verbandsarbeit und zur Erziehung des Nachwuchses⁸⁴« bezweckte. Aufgenommen wurden nur solche Mitglieder, die dem DHV wenigstens fünf Jahre angehört und ein Jahr lang ein Ehrenamt in einer Ortsgruppe bekleidet hatten. Die Verbindung unter den »Getreuen« wurde durch die monatlich er-

⁸³ Der DHV wird in den Berichten der »Deutschen Zeitung« über die »Deutschen Tage« nicht erwähnt. Vgl. »Deutsche Zeitung«, 25. Jg., Nr. 463 v. 5. 10. 1920; 26. Jg., Nr. 512 v. 12. 11. 1921, und 27. Jg., Nr. 475 v. 24. 10. 1922.

⁸⁴ Satzung des Ringes der Getreuen. Forschungsstelle, Fasc. Verbände / DHV.

scheinenden »Führerbriefe« aufrechterhalten, deren erste Nummer vom Juli 1921 im Kopf das Hakenkreuz zeigte. In einem darauf Bezug nehmenden Artikel wurde erläutert, »weshalb wir dies uralte Zeichen unserer Rasse in das Abzeichen des Ringes der Getreuen aufgenommen haben«. Der DHV, hieß es dort, habe vom ersten Tag an die Pflege völkischen Geistes als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtet. Gerade diese Eigenart habe ihn groß werden lassen und nicht gewerkschaftliche und soziale Erwägungen. »Für uns also bedeutet das Hakenkreuz in unserem Abzeichen nichts anderes als das Bekenntnis, an diesen völkischen Überlieferungen festzuhalten, sie vertiefen und auf alle kommenden Mitgliedergeschlechter übertragen zu wollen⁸⁵«. Die Tatsache, daß es eine Gruppe von DHVern 1921 für notwendig hielt, die völkischen Traditionen des Verbandes zu betonen, zeigt, wie weit sich die offizielle Verbandspolitik vom alten Kurs des DHV entfernte. Der Verband war auf dem Weg zur Interessengemeinschaft, was mit Rücksicht auf die alten Mitglieder allerdings nicht offen eingestanden wurde. So gelang es dem »Ring der Getreuen« – er hatte 1925 3079 Mitglieder⁸⁶ – nicht, die Politik der Verbandsleitung zu beeinflussen. Vielmehr zeigen gerade die Beiträge in den »Führerbriefen«, daß auch die eingeschworenen Vertreter der völkischen Konzeption im DHV einsehen mußten, daß nur der gewerkschaftliche Kurs die Existenz des Verbandes unter den neuen politischen Verhältnissen zu gewährleisten imstande war.

Um diesen vor den Mitgliedern zu rechtfertigen, deutete Albert Zimmermann ihn zu »mustergültiger völkischer Arbeit« um. Er schrieb: »Alle die vielen Vereinigungen und Verbände, mit denen uns hin und wieder unsere völkische Arbeit zusammenführt, begeben sich zumeist der Möglichkeit, auf breitere Kreise zu wirken dadurch, daß sie sich von einem sektenhaft anmutenden Geist der Enge haben durchtränken lassen. Ein solcher Geist würde für den DHV Sprengpulver sein⁸⁷«. Zimmermanns Ausführungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Abgrenzung zwischen den nationalen Vereinen und dem DHV stattgefunden hatte. Sie resultierte aus den gewerkschaftlichen Bindungen des DHV und kam äußerlich durch das Verschwinden

⁸⁵ »Führerbriefe«, 1. Folge, Juli 1921, S. 5. Nach dem »Deutschvölkischen Katechismus«, H. II, 1931, S. 254, führte der DHV bereits 1915 eine Verbandsnadel mit dem Hakenkreuz ein.

⁸⁶ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1925«, S. 228/29.

⁸⁷ »Führerbriefe«, 4. Folge, April 1922, S. 14.

des Hakenkreuzes aus dem Kopf der »Führerbriefe des Ringes der Getreuen« zu Beginn des Jahres 1925 zum Ausdruck.

Der gewerkschaftspolitische Kurs mit mäßiger Rechtsorientierung bildete somit die Ausgangssituation für die Politik der Querverbindungen des DHV zu den Parteien der Weimarer Republik. Dabei wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund zur unentbehrlichen Grundlage, da er den Einfluß des DHV in allen bürgerlichen Parteien verstärkte. Die praktische Auswirkung dieser Zusammenarbeit trat bei der Verabschiedung von sozialpolitischen Gesetzen in Erscheinung. Darüber hinaus bildeten die Christlichen Gewerkschaften die Brücke zwischen DHV und Zentrum, zu dem seit 1923 durch den Reichstagsabgeordneten Otto Gerig, den langjährigen Vertrauensmann der Ortsgruppe Köln, auch eine direkte Verbindung bestand. Kennzeichnend für die Beurteilung dieser Partnerschaft in den hinter ihr stehenden Kreisen des DHV ist eine Broschüre, die Paul Bröcker 1921 in der Hanseatischen Verlagsanstalt herausgab. Unter Berufung auf die Entstehung des christlich-sozialen Gedankens aus einer katholischen und einer evangelischen Wurzel bemühte sich Bröcker – nicht ohne Hinweis auf den sowohl von Stoecker als auch von Hitze vertretenen religiös-sozialen Antisemitismus – eine gemeinsame geistige Tradition für die Christlichen Gewerkschaften und den DHV nachzuweisen. In der Entwicklung »Vom christlich-sozialen Gedanken zur deutsch-nationalen Arbeitnehmerbewegung⁸⁸« sah er sie Gestalt annehmen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bildete Verwirklichung und Abschluß dieser Entwicklung. Das Verhältnis des DHV zu den politischen Parteien war daher stets von seiner ersten und entscheidenden Bindung an den Deutschen Gewerkschaftsbund beeinflusst. Seine Reichstagsabgeordneten standen aufgrund der von ihnen vertretenen Arbeitnehmerinteressen und der von Bechly geforderten »Politik der Mitte« auf dem gemäßigten Flügel der beiden großen Rechtsparteien, wo ihre Position durch ein latentes Spannungsverhältnis zu den Vertretern der Unternehmerinteressen bestimmt wurde. Die Existenz der Arbeitnehmervertreter in beiden Parteien gibt Anlaß zu der Frage, ob für sie nicht doch die Entwicklung zu echten »Volks«parteien möglich gewesen wäre.

⁸⁸ So lautet der Titel der Broschüre von Bröcker. Vgl. auch den Nachruf auf Hitze: »DHW«, 28. Jg., Nr. 29 v. 10. 8. 1921.

Zur Zeit der Nationalversammlung verfügte der DHV noch nicht über Abgeordnete aus den eigenen Reihen. Aber am 7. April 1919 nahm die Verwaltung zustimmend davon Kenntnis, daß der Vorstandsvorsteher sein Einverständnis zur Wahl in den Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei gegeben habe⁸⁹. Bei den Reichstagswahlen von 1920 wurden Otto Thiel als Abgeordneter derselben Partei, Walther Lambach für die Deutschnationale Volkspartei gewählt. Beiden gelang es, den Vorsitz der Angestelltenausschüsse ihrer Parteien zu erhalten.

In der nach den Wahlen erschienenen Nummer der »Handels-Wacht« vom 9. Juni faßte Paul Bröcker noch einmal die staatspolitischen Forderungen zusammen, für die die Abgeordneten des DHV in den verschiedenen Parteien eintreten sollten. Bröcker ging von den Richtlinien aus, die der Deutsche Gewerkschaftsbund für die Reichstagswahlen aufgestellt hatte und formulierte die Forderungen der DHV entsprechend ihrer dreifachen Eigenschaft: als Angehörige der Arbeitnehmerklasse, als Angehörige des Angestelltenstandes und als völkische Gewerkschaftler. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die vom DHV entwickelte Wirtschaftstheorie⁹⁰ und die Stellung des Verbandes zur Frage des Klassenkampfes. Im Sinne der vorausgegangenen Entscheidung auf dem Braunschweiger Verbandstag behauptete er, der internationale Klassenkampfgedanke sei mit der nationalen Weltanschauung des DHV unvereinbar. Innerhalb des deutschen Volkes aber betrachtete er den »Klassenkampf« als eine gegebene Tatsache, die in dem Klassengegensatz begründet sei. Anders als die Sozialdemokratie halte der DHV den Klassengegensatz aber für überbrückbar, »und zwar durch Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsrecht aufgrund des gemeinsamen Interesses beider Klassen an dem Bestehen der Volkswirtschaft... Wir wollen also den Klassenkampf auf *nationaler* Grundlage führen⁹¹«. Der DHV war, wie es in seinem Jahrbuch für 1921 hieß, zu einem »der tatkräftigsten Förderer und Mitarbeiter an der

⁸⁹ Auszüge aus den Sitzungsberichten der Verwaltung des DHV (1908–29), 1374. Sitzung vom 7. 4. 1919 (DAK 5592).

⁹⁰ Sie wurde nach dem ersten Weltkrieg von Paul Bröcker, Hans Bedly, Max Habermann und Walther Lambach entwickelt und hat sich in ihren im folgenden zitierten Reden und Schriften niedergeschlagen.

⁹¹ »DHW«, 27. Jg., Nr. 20 v. 9. 6. 1920, S. 171. Nach Lambach (»Verinnerlichung des Klassenkampfes«, S. 221) war es »ein unleugbares Verdienst Paul Bröckers, in seinen Schriften »Klassenkampf und Rassenkampf« und »Was ist Klassenkampf?«, den nationalen Gedanken in die marxistische Sprache übersetzt, damit aber zugleich diese Sprache auch für den Nichtmarxisten verständlich gemacht zu haben«.

Verwirklichung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft geworden⁹²», die seiner Konzeption zufolge so etwas wie die organisatorische Grundlage zur Austragung des »Klassenkampfes auf nationaler Grundlage« werden sollte.

Das zähe Festhalten des DHV an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft erklärt sich aus seinem Streben nach wirtschaftspolitischem Einfluß. Die »Arbeitsgemeinschaften« des Weltkrieges, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiteten, und die Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 verdankten ihr Entstehen und Fortleben äußerem Druck. Die Wiedererreichung der Bewegungsfreiheit nur eines Sozialpartners mußte zur Sprengung der Gemeinschaft führen. In der Erkenntnis, daß in einer Demokratie die Macht von »pressure groups« entweder durch den Besitz von Kapital- und Produktionsmitteln oder von einem in die Millionen gehenden Mitgliederbestand bestimmt wird, hat sich der DHV an den Plan einer »Arbeitsgemeinschaft« geklammert. Denn in einem solchen Gremium war er, wie die Zentralarbeitsgemeinschaft zeigt, in einer ihm im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern kaum zustehenden Stärke vertreten. Am Verhandlungstisch hoffte er, sowohl die Macht der Arbeitgeberverbände als auch die zahlenmäßige Überlegenheit der Freien Gewerkschaften wenigstens zum Teil wettmachen zu können⁹³. Es gehörte zur Gewohnheit der »nationalen Berufsgewerkschaft«, den Kampf um wirtschaftspolitischen Einfluß ideologisch zu verkleiden. Bröckers Behandlung des Begriffs »Klassenkampf« und sein Festhalten an der Arbeitsgemeinschaft waren für die traditionelle Haltung des DHV im Hinblick auf die soziale Stellung seiner Mitglieder bezeichnend. Wie schon in den neunziger Jahren stand der DHV vor einer gesellschaftlichen Situation, in der sich seine Mitglieder gegen das Aufgehen im »Proletariat« wehrten, ihnen aber – gehemmt durch die unselbständige Existenz – der Aufstieg versagt war. Im Kaiserreich konnte diese Kluft durch die Konstruktion des »Standesbewußtseins« und die Entwicklung einer deutsch-germanischen Wertideologie überbrückt werden. In der Demokratie, in der Mehrheit zugleich Macht bedeutete,

⁹² »Jb. 1921«, S. 85.

⁹³ Vgl. »Jb. 1921«, S. 88: Wir »verlangen für unsere Vertretung in den Organen der Arbeitsgemeinschaften die Anerkennung des Wertes unserer Arbeit in ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft als Wertmesser. Ein nicht unbedeutender Teil der Handarbeiterschaft bestreitet uns das Recht zu dieser Forderung, weil er lediglich im Zahlenverhältnis der Beschäftigten den Maßstab sieht«.

wollte sich die Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten gegen die mächtigen sozialistischen Gewerkschaften behaupten. Daher unterstellte Bröcker der SPD von 1920 den »internationalen Klassenkampfgedanken«, um den anachronistischen Standesbegriff des DHV aufrechterhalten zu können. Mit dem vorgeschützten Argument des »nationalen Klassengegensatzes« und seiner Überbrückbarkeit durch die Arbeitsgemeinschaft wollte Bröcker dem DHV eine unabhängige Stellung zwischen sozialistischen Gewerkschaften und Unternehmern sichern.

Aus dieser Haltung des DHV ergibt sich auch seine Ablehnung der »gelben Gewerkschaften«. Paul Bröcker warf ihnen vor, »daß sie das Interesse der Arbeitnehmerklasse verleugnen und sich der Arbeitgeberklasse verkaufen⁹⁴«. Seine Kritik stand im Einklang mit der großen Vereinbarung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vom 15. November 1918, die unter Punkt 3 bestimmte: »Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbände) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen⁹⁵«. Tatsächlich verursachte die Vereinbarung vom 15. November 1918 zunächst den vollständigen Zusammenbruch der gelben Gewerkschaftsbewegung alter Prägung, die sich ohne Unterstützung durch die Arbeitgeber nicht zu halten vermochte. Aber das Scheitern der sozialistischen Revolution in Deutschland und das Wiedererstarken der konservativ-nationalen Kräfte begünstigte die Reorganisation der gelben Verbände, denn ein Teil der Unternehmer sah in der Unterstützung gelber Gewerkschaften und der Schaffung einer ihnen hörigen »vaterländischen Arbeiterbewegung« ein Mittel, die fast unangreifbar gewordene Position der Gewerkschaften zu schwächen. Nach den Revolutionswirren kam es zwischen den einzelnen gelben Vereinigungen zu Zentralisationsbestrebungen, die zur Gründung einer Dachorganisation, des »Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften«, führten. Unter Leitung des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Fritz Geisler änderte die Organisation ihren Namen auf dem ersten Bundestag 1921 in »Nationalverband Deutscher Berufsverbände«, »um so einen klaren Trennungstrich zu ziehen zwischen den Gewerk-

⁹⁴ »DHW«, 27. Jg., Nr. 20 v. 9. 6. 1920, S. 171.

⁹⁵ »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 2088—91.

schaftsorganisationen und den vaterländischen Berufsverbänden⁹⁶«. Der Nationalverband und der DHV bzw. ihre Exponenten hatten seit 1921 laufend Auseinandersetzungen, die in dem Prozeß Albert Zimmermanns gegen Fritz Geisler im Februar 1925 ihren Höhepunkt fanden. Geislers Angriffe auf den Deutschen Gewerkschaftsbund warfen zunächst einen Schatten auf das Verhältnis zwischen DHV und DVP. Aber bei der Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage auf einer Tagung des Zentralvorstandes der Partei am 22. September 1922 in Breslau sprach sich die DVP für den Gewerkschaftsgedanken und gegen gelbe Organisationen aus⁹⁷. Die Folge davon war, daß Fritz Geisler mit seinem Anhang zu den Deutschnationalen überwechselte und daß sich das Verhältnis zwischen DHV und Volkspartei trotz des ungenügenden Gleichgewichts zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in der Partei besserte.

Damit war die Frage nach der vom DHV vertretenen Gewerkschaftspolitik gegenüber den gelben, wirtschaftsfriedlichen und vaterländischen Arbeitnehmerorganisationen keineswegs gelöst. Durch Geislers Übertritt zur DNVP wurde das Problem aber in den Zusammenhang gerückt, in dem seine politische Bedeutung mit einem Schlag in den Vordergrund trat. Als organisierte Macht haben die gelben Verbände keine nennenswerte Rolle gespielt, sie hätten schon aufgrund ihrer Mitgliederzahlen niemals eine Gefahr für die Gewerkschaften werden können. Im Rahmen des in der DNVP versammelten »nationalen Lagers« dagegen bewirkten sie sowohl im Hinblick auf ihre Gönner als auch auf ihre Gegner die klare Herausbildung einer Front, die für das Schicksal der Partei von erheblicher Bedeutung wurde. Zum Verständnis der Zusammenhänge ist ein Blick auf die soziologische Zusammensetzung der Partei notwendig. Sie war am 22. November 1918 als Sammelbecken der gegenrevolutionären Kräfte aller Schattierungen entstanden und umfaßte Anhänger der beiden konservativen Parteien, der Christlich-Sozialen und der Völkischen. Dazu kam aus dem Alldeutschen Verband eine Gruppe ehemaliger National-liberaler, die sich Stresemanns Volkspartei nicht anschließen wollte. Damit wies die Rechte gegenüber der Vorkriegszeit eine vollkommen

⁹⁶ Hans-Alexander Apolant, »Die wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerbewegung Deutschlands«, S. 46.

⁹⁷ Otto Thiel, Deutsche Volkspartei. In: »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 348.

veränderte Sozialstruktur auf. Sie beschränkte sich nicht mehr auf agrarische Kreise, sondern stieß über die Christlich-Sozialen und Völkischen in mittelständische Schichten, über die Alldeutschen in kapitalistische Gruppen vor⁹⁸. Antigewerkschaftler und Wirtschaftsfriedliche waren nach Lambach nicht an der Gründung beteiligt, und Hugenberg bekannte sich unter dem Eindruck der Revolution auf dem ersten deutschnationalen Parteitag 1919 ausdrücklich zur Arbeitsgemeinschaft⁹⁹. Die heterogenen Elemente, die sich in der Opposition gegen die Revolution gefunden hatten, sahen nach der Konstituierung der Republik ihr Ziel darin, die Partei nach ihren eigenen Interessen auszurichten. In den Krisenzeiten der Inflation prallten die unterschiedlichen wirtschaftlichen Auffassungen der verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der Partei aufeinander. Dabei blieb es nicht aus, daß die Wirtschaftsvorstellungen die politischen Konzeptionen beeinflussten.

Als der DHV 1920 die Parole »in die Parteien« für seine Mitglieder ausgegeben hatte, erwies sich die neue große »Volkspartei« auf der Rechten ohne Frage als die zugkräftigste. Die Bezeichnung »deutschnational« im Parteinamen ließ auf die gleiche ideologische Heimat schließen, eine Tatsache, die durch die Beteiligung der »Deutschvölkischen Partei« an der Neugründung noch überzeugender wirkte. Eine Aufstellung der parlamentarischen Vertreter des DHV im Reichstag, in den Landtagen und Stadtverwaltungen vom Juni 1921 zeigt die DNVP mit 42 Abgeordneten an der Spitze¹⁰⁰. Die Verteilung der Arbeitnehmervertreter in der Partei war jedoch ungleichmäßig und regional bedingt. Die Landesverbände in den östlichen Gebieten des Reiches blieben der ungeteilte Besitz konservativ-agrarischer Kreise, während der Einfluß christlich-sozialer und deutsch-nationaler Arbeitnehmer in den Landesverbänden und Ortsgruppen des Nordens und Westens höher war. Im Landesverband Hamburg, der der dortigen antisemitischen Tradition gemäß einen scharf völkischen Kurs steuerte, waren beide Gruppen vertreten. Einige der Ortsgruppen, wie z. B. Bergedorf, standen sogar unter der eindeutigen Führung ehemaliger oder noch im Amt befindlicher DHVer. Das Organ des Landesver-

⁹⁸ Sigmund Neumann, »Die deutschen Parteien«, S. 60.

⁹⁹ Walther Lambach, Deutschnationale Volkspartei. In: »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 400.

¹⁰⁰ »DHW«, 28. Jg., Nr. 23 v. 22. 6. 1921, S. 205.

bandes Hamburg beschäftigte sich daher in verschiedenen Jahrgängen mit der Stellung der Arbeitnehmer in der Partei. 1920 schrieb Albert Zimmermann zu dieser Frage: »Wir Arbeitnehmer in der Deutschnationalen Volkspartei unterscheiden uns in unseren *sozialen* Forderungen in vielen Beziehungen gar nicht erheblich von unseren Berufsgenossen in den Linksparteien. Auch wir verlangen anständige Gehälter und Löhne, auch wir verlangen eine geregelte Arbeitszeit, auch wir verlangen Sonntagsruhe, Ferien usw. . . . Auch wir sind Gegner des ‚Herr-im-Hause-Standpunktes‘ so vieler Arbeitgeber. Auch wir erkennen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit als gegeben an. Auch wir greifen, wenn uns nichts anderes mehr übrigbleibt, zur Waffe des Streiks¹⁰¹«. Gleichzeitig wies er aber den Vorwurf: dann seid ihr ja Sozialdemokraten! weit von sich unter Hinweis auf die vom DHV entwickelte These von der Überbrückbarkeit des Klassenkampfes und der Ablehnung politischer Streiks¹⁰². Lambach sekundierte im selben Blatt: »Wir haben innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei die Aufgabe, die Gedanken deutschnational gesonnener Arbeitnehmer zur Geltung zu bringen und innerhalb des deutschen Parteigetriebes überhaupt die Aufgabe zu zeigen, daß es in Deutschland Hunderttausende von gewerkschaftlich geschulten Arbeitnehmern gibt, denen die nationalste Partei gerade national genug ist, um sich ihr als deutscher Arbeitnehmer anzuschließen¹⁰³«.

Trotzdem blieben Verdächtigungen und Zweifel an der »nationalen Gesinnungstreue« des DHV im Lager der Rechten nicht aus. Dies um so weniger, als der Vorsitzende der gelben Spitzenorganisation, Fritz Geisler, seit 1922 gleichzeitig geschäftsführender Vorsitzender der unter maßgeblichem Einfluß des Alldeutschen Verbandes stehenden Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands war. Vom Standpunkt des Alldeutschen Verbandes aus waren diese Zweifel nicht unberechtigt, denn die von der Verbandsleitung betriebene Gewerkschaftspolitik mußte letzten Endes zur Anerkennung des bestehenden Staates führen und zur Ausnutzung seiner Möglichkeiten für die Verbesserung des sozialen Status der Mitglieder. In diesem Punkt aber schieden sich die Geister im nationalen Lager. Im endgültigen Programm der Partei

¹⁰¹ »HDNM«, 1. Jg., H. 10, August 1920, S. 2.

¹⁰² Zimmermanns Hinweis auf die Ablehnung politischer Streiks seitens des DHV bezog sich auf die Stellung des Verbandes während des Kapp-Putsches im März 1920. Dabei hatte der DHV die Beteiligung am Generalstreik der Gewerkschaften abgelehnt.

¹⁰³ »HDNM«, 3. Jg., H. 1, November 1921, S. 2.

von 1920 gelang es nicht, eine eindeutige Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage zu erzielen. Um so bestimmter waren die wirtschaftspolitischen Grundsätze, die der Alldeutsche Verband auf der einen und der DHV auf der anderen Seite entwickelten. Zwischen 1920 und 1922 schrieb der Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Freiherr von Vietinghoff-Scheel, ein Reformprogramm unter dem Titel »Grundzüge des völkischen Staatsgedankens« nieder, das ein Wegweiser für die gesamte völkische Bewegung sein sollte¹⁰⁴. Das Ziel des Verfassers war, »dem deutschen Volkskörper leiblich, geistig und sittlich zu gesundem Dasein und gesunder Entwicklung« zu verhelfen¹⁰⁵. Die erste Gruppe von Maßnahmen sah daher eine Reinigung des Volkes von fremden und kranken Bestandteilen vor sowie die planmäßige Auslese und Pflege der Tüchtigsten im Sinne deutscher Eigenart. Der so gereinigte Volkskörper sollte dann die Grundlage des völkischen Staates bilden, der sich über Sippongemeinschaft, Heimatgemeinschaft und Werksgemeinschaft erhob. Letzterer kam als »natürlicher Grundzelle« der Volkswirtschaft die zentrale Rolle bei der Überwindung der Klassenspaltung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu. Deshalb forderte Vietinghoff-Scheel: »Die Wiederherstellung dieser unentbehrlichen organischen Grundzelle der Volkswirtschaft hat daher erste Aufgabe des völkischen, organischen Staates zu sein. Sie ist zu lösen durch verfassungsmäßige Festlegung des Begriffs der Werksgemeinschaft¹⁰⁶«.

Der Begriff der Werksgemeinschaft – oder Werkgemeinschaft – tauchte vor dem ersten Weltkrieg bei den gelben Arbeiterorganisationen auf. Von Hugenberg, dem Hauptförderer des Kruppischen »Nationalen Arbeitervereins«, im August 1912 bei der Jahrhundertfeier der Firma Krupp verwendet¹⁰⁷, verschwand er durch Krieg und Revolution zeitweise aus der Diskussion, gewann in der Weimarer Republik aber wieder an Bedeutung. »Werksgemeinschaft« bedeutete Ausschaltung des freien Spiels der Kräfte im wirtschafts- und sozialpolitischen Kampf und Zerteilung der gewerkschaftlichen Macht durch Errichtung

¹⁰⁴ Alfred Kruck, »Geschichte des Alldeutschen Verbandes«, S. 180, gibt an, die »Grundzüge des völkischen Staatsgedankens« seien 1921 veröffentlicht worden. Genauer ist die Datierung bei Jacobsen/Jochmann (»Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus, Quellenachweise«, S. 2/3). Daraus geht hervor, daß die Schrift zwischen 1920 und 1922 konzipiert wurde, aber erst im Winter 1923/24 erschien.

¹⁰⁵ »Grundzüge des völkischen Staatsgedankens«, S. 11.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 16.

¹⁰⁷ »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 2059.

der sozialpolitischen Autonomie des »Werks«, das heißt des Einzelbetriebes. Hinzu kam bei den Völkischen die Anreicherung des Begriffs mit allgemeinem ideologischem Ballast¹⁰⁸. Wenn Vietinghoff-Scheel schrieb: »Die Werkgemeinschaft . . ., zusammengesetzt aus allen im Betriebe tätigen Kräfte [!], zu denen wohlgermerkt auch das ‚Kapital‘ gehört, soll getragen sein von einem echten Gemeinschaftsgefühl, gegründet auf der gemeinsamen Aufgabe des Dienstes am Volksganzen¹⁰⁹«, so paßt dazu der § 1 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: »Im Betriebe arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat«. Und die Prognose Vietinghoffs: »Es entfällt dann auch die Notwendigkeit irgendwelcher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, entfällt vor allem auch das Recht auf Aussperrungen oder Streiks, die ja nunmehr unmittelbare Schädigung der Volksgesamtheit bedeuten würden¹¹⁰«, ist in der »Deutschen Arbeitsfront« des Dritten Reiches verwirklicht worden. Die hier angeführten Zitate machen deutlich, warum sich der DHV immer gegen die Werksgemeinschaften gewendet hat – zum Beispiel Bechly in seiner Rede vor den Führern des mitteldeutschen »Stahlhelm« im Oktober 1927¹¹¹; denn eine politische Herrschaft, die zur Verwirklichung solcher Vorstellungen schritt, mußte damit notwendigerweise die Existenz der Gewerkschaften, also auch des DHV, vernichten.

Der alldeutsche Entwurf einer Wirtschaftsordnung in den »Grundzügen des völkischen Staatsgedankens« stand im Gegensatz zu der »neuen Ordnung von Kapital und Wirtschaft«, die Max Habermann in seiner Rede am 22. Mai 1921 vor dem Ausschuß des Handlungsgehilfentages – dem sozialpolitischen Spitzengremium des DHV – entwickelte. Auch Habermann ging von der Sorge um die deutsche Volksgemeinschaft aus, die unter der Klassenspaltung leide. Der DHV wolle aber den Klassengegensatz nicht durch Werksgemeinschaften aufheben, sondern beabsichtige, die Gewerkschaften so mit wirtschaftlicher Macht auszu-

¹⁰⁸ »Grundzüge des völkischen Staatsgedankens«, S. 17. Welch starke Bedeutung in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes auf den Werkgemeinschaftsgedanken gelegt wurde, geht aus dem Kapitel »Wirtschaftsordnung« in den Grundzügen des völkischen Staatsgedankens hervor. Dort steht das »Gesetz über die Werkgemeinschaft« an erster Stelle der drei Grundsätze für die Wirtschaftsordnung im völkischen Staat (S. 25–27).

¹⁰⁹ Ebenda, S. 17.

¹¹⁰ Ebenda, S. 17.

¹¹¹ Hans Bechly, »Eine nationale Berufsgewerkschaft«.

statten, daß sie den Unternehmern nicht nur rechtlich, sondern auch ökonomisch gleichgestellt würden. Habermann erklärte: »Unsere Absicht ist, durch eine umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln die ungeheure Spannung zu lösen, die heute zwischen Kapital und Arbeit besteht. Wir lehnen all die Lösungsversuche ab, die auf eine theoretische Beseitigung des Privateigentums hinauslaufen und letzten Endes nach Moskau führen¹¹²«. Der Schlachtruf der Gewerkschaften müsse, wie Paul Bröcker es im »Deutschen« dargelegt habe, nicht lauten »Nieder mit dem Kapital«, sondern »Her mit dem Kapital!¹¹³«. Habermann wollte praktisch über den Weg des Mitbesitzes zur Mitleitung der Betriebe durch die Arbeitnehmer kommen.

Als Mittel zu diesem Zweck betrachtete er die Sparkraft der gesamten Arbeitnehmer und ihre Gewinnbeteiligung. Die aus diesen Positionen zur Verfügung stehenden Summen waren nicht für den Verbrauch im Haushalt des einzelnen gedacht. Dem DHV kam es auf den Kapitalbesitz der Arbeitnehmer an und die darauf beruhende Macht. Daher sollten die Gewinnanteile in Gestalt von Kleinaktien ausgegeben werden, was auf eine Änderung des Aktienrechts hinausgelaufen wäre. In der Vorstellung des DHV gipfelte die neue Ordnung von Kapital und Arbeit in der Forderung, daß die Verwaltung des gesamten Kleinaktienbesitzes durch die Berufsverbände, die Gewerkschaften, zu erfolgen habe. Die Veräußerung der Kleinaktien sollte nur durch die Vermittlung der Berufsvereine erfolgen können. Habermann war sich darüber im klaren, daß die vom Verband geforderte Übertragung der Verfügungsgewalt über den sozialen Kleinaktienbesitz an die Gewerkschaften und ihre Organe »freilich eine rechtliche Neuerung von erheblicher Tragweite« darstellte. Sie sollte aber den sozialen Zweck erfüllen, »den einzelnen zu befähigen, sein Eigentum richtig zu verwalten, ihm zu dem gebührenden Einfluß zu verhelfen und die Gesamtheit vor neuer Spekulationswut zu schützen¹¹⁴«. Diese Konzeption hat der DHV im Bereich der eigenen Finanz- und Wirtschaftspolitik verwirklicht. Sie wurde zur Grundlage seiner Betätigung als »Unternehmer«. Durch den Ausbau seiner seit 1908 bestehenden Spar-

¹¹² »DHW«, 28. Jg., Nr. 42 vom 30. 11. 1921, S. 365.

Diese Nummer der »Handels-Wacht« gibt das entscheidende Kapitel über die Formen des Mitbesitzes aus der Rede Habermanns gekürzt wieder.

¹¹³ Ebenda, S. 366.

¹¹⁴ »DHW«, 28. Jg., Nr. 42 vom 30. 11. 1921, S. 377.

kasse, die die Anzahl ihrer Sparkonten zwischen 1924 und 1931 von 11 884 auf 76 430 und ihren Einlagenbestand von 2 268 246 RM auf 55 377 883 RM erhöhte¹¹⁵, sicherte er sich das Kapital für die Gründung seiner finanziellen Macht. Dem Jahresbericht des DHV für 1924 zufolge war der Verband an folgenden Unternehmungen beteiligt: Deutsche Volksbank AG, Essen, Hanseatische Verlagsanstalt AG, Hamburg, Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten in Berlin-Steglitz, Deutschnationale Versicherungs AG in Hamburg und Deutschnationale Feuerversicherungs AG in Hamburg¹¹⁶. Die letzten beiden wurden 1926 mit dem Deutschnationalen Krankenversicherungs-Verein und dem Hamburg-Leipziger Llyod, Versicherung AG, zum »Deutschnationalen Versicherungs-Ring« zusammengeslossen, der 1929 in »Deutscher Ring« umbenannt wurde. Die vom DHV betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik fand innerhalb der DNVP ihre schärfsten Gegner. Dabei war weder das Programm der Alldeutschen noch das des DHV durchführbar, weil jeweils der andere der Gebende sein sollte, man selbst aber nicht zu den geringsten Konzessionen bereit war. So klappte innerhalb der Partei ein Riß, der noch dadurch vertieft wurde, daß sich die unterschiedliche Auffassung in den Wirtschaftsfragen zu der entscheidenden Frage der Stellung der Partei zum Staat erweiterte. Während die Kreise um den Alldeutschen Verband auf dem Standpunkt der grundsätzlichen Opposition gegenüber der neuen Ordnung beharrten, rückten die Vertreter der Wirtschaftsverbände – dazu gehörten neben dem DHV auch der Reichslandbund und der Reichsverband der Deutschen Industrie – immer mehr an den Staat heran und fanden sich zur Mitarbeit bereit. Sie wurden nach Meinung des alldeutschen Reichstagsabgeordneten Professor Freiherr von Freytagh-Loringhoven »in wachsendem Maße zu Trägern einer opportunistischen Richtung¹¹⁷« oder warfen – positiv ausgedrückt – den Ballast ideologischer Starrheit über Bord und stellten sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen. In den ersten Jahren der Republik hatte es den Anschein, als könne diese Gruppe die Oberhand in der Partei gewinnen. Der Görplitzer Parteitag von 1922 mit seiner Absage an Putsch und Ge-

¹¹⁵ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1924«, S. 130, und »DHV-Rechenschaftsbericht für 1931«, S. 56.

¹¹⁶ »DHV-Rechenschaftsbericht für 1924«, S. 127–30.

¹¹⁷ Freytagh-Loringhoven, »Deutschnationale Volkspartei«, S. 20/21.

walttat und die Lösung der völkisch-antisemitischen Gruppe um Henning, Wulle und Graefe deutete darauf hin. Das Jahr 1924 aber brachte die entscheidende Wendung. Das Ergebnis der Maiwahlen des Jahres ließ die Anzahl der deutschnationalen Mandate im Reichstag von 66 auf 106 ansteigen¹¹⁸, wobei es nicht gelang, den progewerkschaftlichen Flügel zu stärken. Dagegen zog mit Karl Lohmann, Gottfried Gok und Reinhold Quaatz eine Gruppe antigewerkschaftlich orientierter Alldeutscher in den Reichstag ein, zu denen nach den Dezemberwahlen noch der Freiherr von Freytagh-Loringhoven hinzukam. Außerdem gehörten Johannes Wolf (Stettin), Gustav Wischnowski und Fritz Geisler als Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmer der Reichstagsfraktion an¹¹⁹.

Walther Lambach schrieb 1931 rückblickend: »Mit dieser Zusammensetzung war die Einheit der Fraktion aufgehoben. Die Deutschnationale Volkspartei war zum Sammelbecken der Gelben geworden¹²⁰«. Daß man die Bedeutung der neuen Gruppierung in der Partei auch 1924 in den Kreisen der DHV-Leitung nicht unterschätzte, ging aus den Reden Habermanns und Bechlys auf dem 19. Verbandstag des DHV am 28. und 29. Juni in Königsberg hervor. Habermann betonte, die »nationale Hochflut dieser Zeit« schließe große Gefahren in sich. »Die größte ist die, daß die nationale Bewegung an der sozialen Frage vorbeisieht. Sehr zielbewußte, aber dennoch sehr kurzsichtige Leute, die sich etwa um die »Deutsche Zeitung« und den alten Alldeutschen Verband gruppieren, glauben der sozialen Frage aus dem Wege zu gehen, wenn sie sie im gelben Sinne abbiegen¹²¹«. Die innenpolitische Gefahr liege darin, daß sie »die nationale Sache mit sozialem Rückschritt« gleichsetzten. In der nationalen Bewegung müsse die Erkenntnis durchgesetzt werden, daß heute keine deutsche Freiheit mehr denkbar sei, die nicht auch jeder Arbeiter als eigene Angelegenheit ansehe. Der Verbandsvorsteher ging in seiner Rede über »Volk, Staat und Wirtschaft« weniger von der politischen Situation im Frühsommer 1924 aus als vielmehr von der durch die Inflation veränderten wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Diese war nach Bechly dadurch gekennzeichnet, daß »die politische Sozialdemokratie durch eigene Schuld

¹¹⁸ Damit bildete die Deutschnationale Volkspartei die stärkste Reichstagsfraktion. Die Sozialdemokratische Partei folgte mit 100 Abgeordneten.

¹¹⁹ »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 400.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Max Habermann, »Die Erziehung zum deutschen Menschen«, S. 16.

hoffnungslos abgewirtschaftet hat und die Gewerkschaften durch die Opfer für den Ruhrkampf und durch die Ausraubung des Volkes während der Inflation in ihrer Widerstandskraft augenblicklich geschwächt sind¹²²«. Damit aber habe die Machtstellung der Wirtschaft gegenüber Staat und Volk einen Grad erreicht, den sie niemals zuvor besessen habe. Bechly verwies auf die gemeinsame Tagung des »Reichsverbandes der Deutschen Industrie« und der »Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände« vom Frühjahr 1924, aus deren Verlautbarungen er einen erneuten »Sturmloch der manchesterlichen Idee gegen den Staat« glaubte ablesen zu können. Die Ausführungen des Großindustriellen und Volksparteilers Albert Vögler deuteten in besonderem Maße in diese Richtung, da er sich Eingriffe der Regierung in die Privatwirtschaft nachdrücklich verbat und in diesem Zusammenhang auch von Werksgemeinschaften sprach. Bechly entrüstete sich über »diese ganze Agitation für die Werksgemeinschaften« und fragte, ob denn wirklich jemand der Meinung sei, mit der Zertrümmerung der Gewerkschaften und der gewaltsamen Einführung gelber Werksgemeinschaften den Arbeitnehmern nationale Gefühle beibringen zu können. Er erklärte, der kapitalistische Nationalismus habe dem nationalen Gedanken schon in der Vergangenheit ungeheuer geschadet und laufe der Errichtung einer wahrhaften Volksgemeinschaft zuwider. Es sei daher kein Wunder, daß diese Art Nationalismus in den Volksmassen die schärfste Ablehnung finde und national und reaktionär dort schließlich als gleichbedeutend verschrien würden. Bechly schloß seinen Gedankengang mit der Feststellung: »Die Träger des ‚nationalen Geistes‘ von damals sind weitgehend die heutigen Wortführer der Werksgemeinschaft. Von solcher Werksgemeinschaft her kann die Wiedergeburt wirklicher nationaler Gesinnung nicht kommen. Die Wahrheit ist *die*: Sind die Gewerkschaften ausgeschaltet und die Arbeitnehmer eines Betriebes darauf angewiesen, mit ihrem Arbeitgeber allein zu verhandeln, dann hängt alles ... vom guten Willen und dem Gemeinschaftsgeist des Unternehmers ab¹²³«. Noch aber herrsche kurz-sichtige Opportunitätspolitik im Unternehmerlager, noch seien nicht einmal fünf Jahre seit der Vereinbarung vom 15. November 1918 vergangen, und schon komme man den freiwillig übernommenen Verpflichtungen nicht mehr nach. Bechly bedauerte, daß die Zentralarbeits-

¹²² Hans Bechly, »Volk, Staat und Wirtschaft«, S. 21.

¹²³ Ebenda, S. 24/25.

gemeinschaft nur noch ein Scheindasein friste¹²⁴. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte zu dieser Zeit seinen Austritt zwar noch nicht erklärt, aber der Afa-Bund und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund waren im Januar 1924 ausgeschieden und der GdA folgte im März 1924.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft versagte also in dem Augenblick, als es galt, nach der Überwindung der Inflation die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundlagen für die neue Zeit der Festwährung und für die wirtschaftliche Regelung der Reparationen zu schaffen¹²⁵. Auf der anderen Seite wurde die schwierige Situation, in der sich die gelben Gewerkschaften seit 1918 befanden, durch die allmähliche Auflösung der Arbeitsgemeinschaft wieder gemildert¹²⁶. Die vom DHV betriebene Politik der absoluten Gleichberechtigung der Sozialpartner, die gerade auf der Vereinbarung vom 15. November 1918 aufbaute und diese »als Verständigungsvertrag zwischen Kapital und Arbeit« betrachtete, war damit bereits 1924 gescheitert.

Auf dem Boden der DNVP erwies sich das Ineinandergreifen der nationalen und sozialen Frage als besonders problematisch. Denn sowohl die Gewerkschaftler als auch die Antigewerkschaftler in der Partei beanspruchten, die einzig wahren Vertreter des nationalen Gedankens zu sein. Die Reichstagsabstimmung vom 29. August 1924 über die Dawes-Gesetze ließ die beiden Gruppen in der Partei zum ersten Male für eine breitere Öffentlichkeit in Erscheinung treten. Die eine Hälfte der Fraktion, die sich von der Anleihe eine Belebung der Wirtschaft erhoffte und im Falle der Ablehnung der Gesetze eine Kredit Sperre für Deutschland befürchtete, stimmte mit 48 Stimmen für die Annahme des Dawes-Plans. Die andere Hälfte der Fraktion hielt starr an der Opposition fest – um, mit Helfferichs Worten, nicht an einem zweiten Versailles schuldig zu werden – und nahm mit 51 Stimmen gegen den Plan Stellung. Freytagh-Loringhoven erklärte rückblickend, daß es sich bei diesem Bruch der Fraktion nicht um eine Meinungsverschiedenheit über irgendeine Einzelfrage gehandelt habe. »Es handelte sich um einen Gegensatz in der Weltanschauung«. Seiner Meinung nach wäre es richtig gewesen, »aus diesem Vorgang die Schluß-

¹²⁴ Ebenda, S. 41.

¹²⁵ Otto Thiel, Zentralarbeitsgemeinschaft. In: »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 2091.

¹²⁶ »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 2052.

folgerung zu ziehen und den Auseinanderfall zum Bruch werden zu lassen«. Das aber sei unterblieben, weil die Parteileitung an Kompromisse glaubte. »Die Nein-Sager aber waren zum großen Teil erst wenige Monate vorher zum ersten Male in den Reichstag gewählt. Und Hugenberg war damals ans Krankenlager gefesselt¹²⁷«.

Die zweite Front, der sich der DHV in der Weimarer Republik entgegenstellte, beschränkte sich nicht auf die DNVP, sondern schloß die völkische Bewegung ein, ob sie parteipolitisch gebunden oder in Verbänden organisiert war. So nahm Albert Zimmermann den Amtsantritt Fritz Geislers als geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände zum Anlaß, in einem Artikel der »Handels-Wacht« am 21. Juni 1922 die Beziehungen des DHV zu den Vaterländischen Verbänden darzulegen. Er schrieb, der DHV habe zur Zeit der Gründung der »Zentralstelle der Vaterländischen Verbände« vor der Frage gestanden, sich dieser Organisation anzuschließen. Er habe es aber abgelehnt, weil »in manchen der nationalen Vereinigungen ein durchaus unsozialer Geist herrschte« und weil »andere Vereine gar zu sehr zu politischen Unklugheiten« neigten¹²⁸. Die Schwäche der völkischen und vaterländischen Vereine lag nach Zimmermanns Meinung in der Tatsache, daß sich deren Wirkungsbereich in der Hauptsache auf eine einzige Schicht des Volkes beschränke, als deren typischer Vertreter der »Oberlehrer« gelte. Von diesem Urteil nahm er nur den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund aus. Für Zimmermann stellte die »Schicht mit mehr Bildung als Besitz« eine zu schmale Basis für die wirksame Vertretung der völkischen Interessen dar. Das werde noch dadurch verschlimmert, daß man den Arbeitnehmern und der sozialen Frage in diesen Kreisen mit vollkommener Verständnislosigkeit gegenüberstehe, wie die Unterstützung der gelben Gewerkschaften zeige. Die Folge davon sei, daß die Arbeitnehmer ihrerseits nichts mehr mit den Vaterländischen Verbänden zu tun haben wollten. Es sei für die Zukunft entscheidend, wie sich die Vaterländischen Vereine zu ihnen stellten und ob sie ihren sozialen Aufstieg bejahten, der im nationalen Interesse wünschenswert sei. Zimmermanns Ausführungen über die Vaterländischen Verbände entsprachen der offiziellen Verbandspolitik so weitgehend, daß die Mitglieder des Ringes

¹²⁷ Freytagh-Loringhoven, »Deutschnationale Volkspartei«, S. 25/26.

¹²⁸ »DHW«, 29. Jg., Nr. 19 v. 21. 6. 1922, S. 290.

der Getreuen in der Junifolge ihrer »Führerbriefe« aufgefordert wurden, den Aufsatz in den Ortsgruppensitzungen zu besprechen. Man sei bei den Vaterländischen Verbänden nicht imstande, hieß es dort, die Begriffe sozial und sozialdemokratisch auseinanderzuhalten. Als Beweis dafür wurde ein Artikel Max Maurenbrechers, des Schriftleiters der »Deutschen Zeitung«, zitiert, der für die gelben Gewerkschaften Partei nahm und national und sozial als zwei sich ausschließende Dinge betrachtete. Abschließend heißt es in den »Führerbriefen«: »Unsere Getreuen müssen alle Kollegen, die einem dieser Vaterländischen Verbände angehören, veranlassen, deren Mitglieder, soweit sie mit ihnen Fühlung haben, auf das Gefährliche dieser Einstellung hinzuweisen und ihnen zu sagen, daß sie sich damit auch die letzten Sympathien nationaler Angestellter und Arbeiter verscherzen¹²⁹«.

Wie oben angedeutet, bildeten die Publikationsmittel der beiden Seiten, die »Deutsche Handels-Wacht« des DHV und die »Deutsche Zeitung« des Alldeutschen Verbandes, das Forum der Diskussionen und Polemiken über die Frage: nationale Arbeit und Gewerkschaftsarbeit. Dabei wurden die Fronten von beiden Seiten gelegentlich durchbrochen. Ein ungenanntes DHV-Mitglied sah sich im Sommer 1923 durch »die dauernden Anpöbeleien der wackeren ‚Deutschen Zeitung‘ durch die ‚Deutsche Handels-Wacht‘« veranlaßt, der »Deutschen Zeitung« in einem Leserbrief »für Ihre kernige vaterländische Haltung« zu danken. Dieser DHVer und Leser des alldeutschen Blattes erklärte, eine große Anzahl deutschnationaler Handlungsgehilfen beziehe die »Deutsche Zeitung« »und läßt sie sich nicht, auch von ihrem eigenen Verbands nicht, vereckeln, weil Ihr ganz vorzügliches Blatt die Belange des ganzen deutschen Volkes im Auge hat«. Das komme besonders in den »ausgezeichneten Aufsätzen von Maurenbrecher, Bang, Claß usw.« zum Ausdruck¹³⁰. Die Verbandsleitung teilte diese Meinung nicht.

Hatte sich Habermann aus Gründen seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Königsberger Verbandstag von den Kreisen um die »Deutsche Zeitung« und den Alldeutschen Verband distanziert, so bezog er auch die anderen Teile der völkischen Bewegung in seine Kritik ein. Man brauche nur einen Blick auf diese Gruppe zu werfen, meinte er, um »Führereifersüchteleien« festzustellen, »die bei-

¹²⁹ »Führerbriefe«, 6. Folge, Juni 1922, S. 23.

¹³⁰ »Deutsche Zeitung«, 28. Jg., Nr. 301 v. 1. 7. 1923, Morgen-Ausgabe.

nahe in dem Antisemitismus der neunziger Jahre nicht ihresgleichen finden«. Disziplin werde als militärische Tugend in Reden gefeiert, sei aber praktisch nicht vorhanden. Es käme darauf an, daß die nationale Bewegung endlich von unklaren Schwärmereien loskomme und klare Ideen herausarbeite. Das sei Aufgabe des DHV und seiner Verbündeten. »Dafür schulen wir sie, und so erstreben wir eine Einstellung auf großdeutsche Ziele, auf die Not der besetzten Gebiete, auf den völkischen Zusammenhang mit den Deutschen in den abgetrennten Gebieten . . . in Böhmen und Deutschösterreich . . . Die harte Schule des Grenzdeutschtums muß der nationalpolitischen Erziehung unseres Volkes, dem Bewußtwerden seiner außenpolitischen Aufgaben, dienen¹³¹«. Die Abgrenzung des DHV gegenüber der völkischen Bewegung bezog sich, wie hier ersichtlich ist, nicht auf die völkische Konzeption als solche, sondern auf die sektiererische Haltung ihrer Führer und ihre wirtschafts- und sozialpolitische Unkenntnis.

Dennoch wurden immer wieder – wenn auch vergebliche – Versuche unternommen, mit völkischen und deutschnationalen Gewerkschaftsgegnern zu einem *modus vivendi* zu kommen. Einer dieser Kontaktversuche erfolgte zum Jahreswechsel 1924/25 über den deutschnationalen Freiherrn von Gayl und Walther Lambach. Der Ostpreuße Wilhelm Moritz von Gayl war den DHVern seit ihrem Königsberger Verbandstag bekannt. Dort hatte er am 28. Juni 1924 die Festrede über »Freiheit und Vaterland« gehalten¹³². Es war daher naheliegend, daß er seinen Fraktionskollegen Lambach einlud, an Führerbesprechungen nationaler Verbände teilzunehmen, die unter seinem Vorsitz in Form von zwanglosen Aussprachen geplant waren. Außer dem DHV sollten Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Wehrwolf, Jungdeutschlandbund, Deutsche Turnerschaft, Kyffhäuserbund und Hochschulring Deutscher Art vertreten sein. Freiherr von Gayl wollte »keine Resolutionsfabrik à la Geisler« schaffen, sondern eine gemeinsame Front mit gleichem Ziel¹³³. Für den DHV war dabei entscheidend, daß er seinen Platz in diesem Gremium nicht als wirtschaftlicher, sondern als nationaler Verband innehaben sollte. Lambach begrüßte die Einladung und erklärte in seinem Schreiben an die Mit-

¹³¹ Max Habermann, »Die Erziehung zum deutschen Menschen«, S. 16/17.

¹³² Abgedruckt in: »Führerbriefe«, 2. Folge, Juli 1924, S. 4–6.

¹³³ Schreiben des Büro Lambach, Berlin, »An die Herren Mitglieder der Verwaltung, einschließlich der Gauvorsteher«, vom 3. Januar 1925, das den Brief des Freiherrn von Gayl vom 23. Dezember 1924 wörtlich zitiert. DAK T 101/8/1.

glieder der Verwaltung vom 3. Januar 1925: »Ich betrachte es als einen großen Fortschritt gegenüber den Geislerschen Bemühungen, unsern Verband als national unzuverlässig hinzustellen, da wir hier die Plattform haben, von der aus wir auch in der ganzen vaterländischen und politischen Bewegung wieder als die national eingestellte Bewegung anerkannt werden müssen¹³⁴«. Dafür wollte Lambach auf den Konferenzen Bundesgenossen gewinnen.

Die Kontaktaufnahme verlief ergebnislos. Abgesehen davon ist Lambachs Schreiben für die Stellung des DHV in der Mitte der zwanziger Jahre aufschlußreich. Es bestätigt die Entfremdung zwischen der vaterländischen Bewegung und der Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen und zeigt das Bemühen Lambachs, seinen Verband doch »wieder als die national eingestellte Bewegung« anerkannt zu sehen. Der gleichen Absicht diente auch der Vortrag des Verbandsvorstehers auf der Führertagung des Landesverbandes Mitteldeutschland des Stahlhelm am 9. Oktober 1927 in Naumburg. Bechly stellte seinen Verband als »nationale Berufsgewerkschaft« vor und entwickelte deren national-soziale Notwendigkeit im Gegensatz zum Gedanken der Werksgemeinschaft. Er berief sich auf den Namen seines Verbandes, um dessen nationale Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen. »Unseren Namen *Deutschnationaler* Handlungsgehilfen-Verband haben wir uns vor mehr als 30 Jahren gegeben. Er bedeutet mehr als nur ein Vereinsname, er ist ein Programm. Zu diesem Programm . . . haben wir uns auch bekannt, als im Unheilswinter 1918/1919 es manchem ratsam erschien, auf die gegebenen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen«¹³⁵.

Trotzdem vertiefte sich der Gegensatz zwischen der DHV-Leitung und der vaterländischen Bewegung wegen der Gewerkschaftsfrage immer mehr. Die DHV-Mitglieder aber waren geteilter Meinung: Einzelne oder Gruppen stellten sich positiv zur vaterländischen und völkischen Bewegung; andere begrüßten den in diesen Jahren beginnenden Aufstieg der NSDAP, die das völkische Vereinsleben durch straffe Organisation und zielbewußten Willen überflügelte und ersetzte. Beide empfanden die Politik ihrer Verbandsleitung als Verrat an der Geschichte des DHV. Daneben gab es eine dritte Gruppe, die

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ Hans Bechly, »Eine nationale Berufsgewerkschaft«, S. 12.

sich ausgesprochen zur Verbandspolitik bekannte. Einer ihrer Vertreter erklärte 1926 in der »Handels-Wacht«: »Nach den vielerlei Enttäuschungen, die mit mir noch viele meiner Kollegen in der vaterländischen Bewegung – als in vorderster Front Kämpfende – gemacht haben, kann ich mir die ersehnte Erfassung weitester Volksschichten im nationalen Sinne nur denken, wenn in die vaterländische Bewegung die soziale und nationale Idee, die geistigen Grundlagen unseres DHV, so Eingang finden, wie sie sich in 30 Jahren in unserer Standesbewegung bewährt haben¹³⁶«.

Die Gewerkschaftsfrage wurde aber auch ein entscheidender Faktor bei der Spaltung der DNVP in den Jahren 1929/30. Sie stand in engem Zusammenhang mit der Politik der anderen Interessenverbände in der Partei, die eine radikale Neuordnung des Staates ebenso wenig wollten und sich daher gleichfalls der Führung Hugenbergs versagten. Die Zuspitzung des Konflikts zwischen den »Politikern und Interessenvertretern¹³⁷« entzündete sich an der Persönlichkeit Hugenbergs. Geheimrat Alfred Hugenberg gehörte zu den Mitgründern der DNVP und stand von Anfang an auf ihrem rechten Flügel. Er hatte sich 1919 in die Nationalversammlung wählen lassen, widmete sich in den folgenden Jahren aber vorwiegend dem Aufbau des Scherlkonzers. Anfang 1926 gelang es Heinrich Claß, Hugenberg, der schon zu den Gründern des Alldeutschen Verbandes gehört hatte, für die aktive Politik zu gewinnen. Claß hatte sich um diese Zeit überzeugt, daß eine gewaltsame Änderung der politischen Lage auf absehbare Zeit unmöglich war, weil die Wehrverbände keine ernstzunehmende Macht mehr darstellten. Er zog daher die gleiche Konsequenz wie Adolf Hitler wenige Jahre vor ihm: die »Machtergreifung« auf parlamentarischem Wege herbeizuführen. Auf der Suche nach dem geeigneten Mann für diese Aufgabe schien ihm Hugenberg – nicht zuletzt wegen der von ihm beherrschten Presse – die besten Voraussetzungen mitzubringen. Mit Hilfe von Bang, Lohmann, Gok, Freytag-Loringhoven und anderen Alldeutschen in der DNVP und unter Aufbietung aller finanziellen und publizistischen Mittel des Verbandes sicherte Claß bis zu den folgenden Reichstagswahlen Hugenberg eine feste Stellung in der Partei¹³⁸.

¹³⁶ »DHW«, 33. Jg., Nr. 7 v. 14. 4. 1926, S. 143.

¹³⁷ Sigmund Neumann, »Die deutschen Parteien«, S. 64.

¹³⁸ Alfred Kruck, »Geschichte des Alldeutschen Verbandes«, S. 169.

Der Ausgang der Wahl am 20. Mai 1928 war für diese Gruppe ebenso entscheidend wie für die Vertreter des entgegengesetzten Kurses. Zehn Tage vor der Wahl hatte Hans Bechly in seinem Leitartikel »Parlament und Staatsführung« in der »Handels-Wacht« die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände im politischen Leben hervorgehoben. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Willenszentren, schrieb er, »sind nicht mehr die politischen Parteien, sondern die überparteilichen Organisationen. Diese wirken von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf alle Parteien ein und durchdringen sie mehr und mehr«. Eine große Anzahl von Reichstagskandidaten werde von ihnen gestellt. Und an die Kritiker dieses Zustandes gewandt, erklärte Bechly, sie vergäßen, »daß die Parteien der Rechten niemals ohne die politische Mitarbeit der christlichen und nationalen Arbeitnehmerorganisationen an die staatspolitische Führung im neuen Deutschland gekommen wären und sich auch in Zukunft dort zu halten vermögen¹³⁹«.

Die auf beiden Seiten hochgespannten Hoffnungen wurden durch den Wahlverlust der Deutschnationalen zunichte. Die Partei verlor gegenüber den Dezemberwahlen von 1924 fast ein Drittel ihrer Mandate und zog mit nur 78 Abgeordneten in den neuen Reichstag ein. Die Gründe für die Wahlniederlage suchte jede der Gruppen im Verhalten der anderen. Während die Anhänger Hugenbergs in der bisherigen »opportunistischen« Politik der Parteileitung, vor allem in den Regierungsbeteiligungen von 1925 und 1927, grundsätzliche Fehler sahen, betrachtete der DHV gerade die neue Zusammensetzung der Fraktion mit äußerstem Mißtrauen und machte den sozialreaktionären Kurs des alldeutschen Flügels für den schlechten Wahlausgang verantwortlich. Der alldeutschen Gruppe war es nämlich gelungen, ihre Position durch die Wahl des antigewerkschaftlichen Finanzministers des Kapp-Putsches Paul Bang zu stärken, der zugleich Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, des Präsidiums der Vereinigten Vaterländischen Verbände und Gründer des »Bundes für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft« war. Lambach kommentierte 1931: »Sein Eintritt kündigt den Bruch an. Freiherr von Freytagh-Loringhoven, Gok, Dr. Quatz, Dr. Spahn, Stubbendorff, von Troilo, Wolf-Stettin, Dr. Agena bilden mit ihm und Hugenberg

¹³⁹ »DHW«, 35. Jg., Nr. 9 v. 10. 5. 1928, S. 161.

den *Stoßtrupp gegen die Gewerkschaften*. Frau Behm, Rippel, Neuhaus, Vordemfelde, Pfarrer Veidt sind als Gewerkschaftsfreunde schon bei der Listenaufstellung kaltgestellt worden. Die Partei hat nunmehr ein Gesicht, das mit demjenigen der Gründung kaum noch Ähnlichkeit hat¹⁴⁰«. Wie weitgehend Lambachs nachträgliches Urteil die damalige Meinung seiner Verbandsleitung zum Ausdruck brachte und welche politischen Vorstellungen dort entwickelt wurden, zeigten die Verlautbarungen auf dem 18. Deutschen Kaufmannsgehilfentag, der nur wenige Wochen nach den Reichstagswahlen am 10. Juni 1928 in Dresden stattfand. Hier legte der Vorstandsvorsteher in seinem Vortrag »Die Führerfrage im neuen Deutschland« eine Reihe von Gedanken nieder, die es erlauben, von einem politischen Programm zu sprechen. So jedenfalls wurden sie von der Gegenseite gewertet, wie ein Artikel Freytagh-Loringhovens beweist, der feststellte, daß hier ein Gewerkschaftsführer bestimmte, sehr weitgehende politische Ansprüche erhebe¹⁴¹. Abgesehen von den theoretischen Grundlagen, lassen sich Bechlys Ausführungen in wenigen Sätzen zusammenfassen: Der Parlamentarismus habe sich überlebt. »Wir müssen zurück zur Autorität der Wenigen in *einer* Spitze . . . Damit soll nicht die Rückkehr zur früheren Staatsform gefordert werden. Im Gegenteil, wir halten es für notwendig, daß diese Unruhequelle unseres politischen Lebens so bald wie möglich zum Versiegen gebracht wird, und daß wir erkennen: die Monarchie von Gottes Gnaden hat keine Lebenskraft mehr und keine Hoffnung auf Auferstehung¹⁴²«. Die Demokratie sei die staatliche Lebensform der Zukunft, aber nicht die parlamentarische Demokratie, sondern die »volksorganische Demokratie der Massen«, deren wesentlichstes Element die Gewerkschaften seien. Sie hätten in allen entscheidenden Stunden der neuesten Volksgeschichte bestimmend und staaterhaltend eingegriffen, den »lächerlich dummen Kapp-Putsch« zum Zusammenbruch gebracht und den Ruhrkampf getragen. Sie hätten als volksorganische Demokratie berechtigten Einfluß auf die politische Führung im Reich errungen, und durch sie gewannen heute die Massen den geistigen Anschluß an den Staat¹⁴³.

¹⁴⁰ Walther Lambach, Deutschnationale Volkspartei. In: »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 400.

¹⁴¹ Freytagh-Loringhoven, Zusammenhänge. In: »HDNM«, 9. Jg., H. 9, September 1928.

¹⁴² Hans Bechly, »Die Führerfrage im neuen Deutschland«, S. 19.

¹⁴³ Ebenda, S. 20.

Das starke Solidaritätsgefühl, das Bechly hier nicht allein den christlichen Gewerkschaften, sondern den Gewerkschaften überhaupt entgegenbrachte, wirkt zunächst überraschend. Mit Hilfe dieser Argumentation aber konnte sich der DHV stillschweigend die Verdienste der sozialistischen Gewerkschaften beim Kapp-Putsch und im Ruhrkampf zu eigen machen. Bechly argumentierte weiter, daß den sozialistischen Massen vorläufig noch die Reife zur Übernahme der politischen Führung fehle. Sie seien zwar durch den »Mythos des sozialen Gedankens¹⁴⁴« geeint, aber der »nationale Mythos«, den der DHV schon immer vertreten habe, erweise sich als stärker. Er vermittele den Verbandsmitgliedern Staatsbewußtsein und das Gefühl der Macht, »Macht auf wirtschaftlichem, gewerkschaftlichem – Macht auf politischem Gebiet¹⁴⁵«. Trotz der Überschätzung der Rolle des DHV in der deutschen Gewerkschaftsbewegung konnte Bechly nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß sich nur eine verschwindende Minderheit der Arbeitnehmer zu seinem »nationalen Mythos« bekannte. Diesen Mangel an »staatspositiver« Einstellung in den Arbeitnehmerschichten entschuldigte Bechly als »eine Folge der klassengerichteten Einstellung des Unternehmertums und des Mangels wahrhaft nationaler Gesinnungskraft bei der Bourgeoisie¹⁴⁶«. Bechly gab hier noch einmal seiner Überzeugung Ausdruck, daß die wirtschaftlichen Verbände anstelle der Parteien das politische Leben der Zukunft bestimmen würden. Jetzt gelte es, den Gewerkschaften ihren Anspruch auf Führung zu sichern – aber wohlgerne nicht den sozialistischen, sondern den christlichen und nationalen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Denn »unser nationaler Mythos und Glaube ist dem Mythos, dem Glauben der Massen auf die Kraft des sozialen Gedankens *allein* überlegen . . . Er wird nicht nur dem aufkommenden deutschen Staat seine Gestalt geben – er wird auch in diesem Staat die soziale Not lösen¹⁴⁷«.

Die Voraussetzung der Bechly'schen Ausführungen, seine Absage an die Monarchie, sollte sich folgenswer auswirken. Galten bisher nationale und monarchische Einstellung als fast gleichbedeutend oder als eng miteinander verwandt, so ließ sich der Gedanke der Erneuerung der

¹⁴⁴ Ebenda, S. 24.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 30.

¹⁴⁶ Ebenda, S. 21.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 27.

Monarchie mit dem Führungsanspruch der Gewerkschaften nicht vereinbaren. Hier mußte logischerweise ein Trennungsstrich gezogen werden. Der Verbandsvorsteher hatte in Dresden erklärt, daß die Monarchie keine Berechtigung mehr habe. Zwar hatte Bechly damit nur eine schon 1919 von der Führung des DHV ausgesprochene Ansicht wieder aufgegriffen, aber unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen mußte diese Stellungnahme eine Auseinandersetzung hervorrufen.

Vier Tage später, am 14. Juni 1928, erschien Walther Lambachs Aufsatz »Monarchismus« in der von seinem Freund Hermann Ullmann herausgegebenen »Politischen Wochenschrift«. Lambach nahm keinen Bezug auf die Ausführungen seines Verbandsvorstehers; er schrieb überhaupt nicht als Gewerkschaftler, sondern griff als deutschnationaler Abgeordneter den Komplex »Monarchismus« in seiner Partei auf. Vom Ergebnis der jüngsten Reichstagswahl ausgehend erklärte er: »Der ganze Verlust der Deutschnationalen ist ein Verlust des Monarchismus¹⁴⁸«. Es sei vor allem die Jugend, die der Partei wegen des von ihr vertretenen royalistischen Gedankens fernbleibe und die eine eindeutige Entscheidung in dieser Frage erwarte. »Wollen wir in der Deutschnationalen Volkspartei als der Sammelstelle auch der volkskonservativen Kräfte nicht das Geburtsjahr 1905 eine unverrückbare Grenze für das Hineinwachsen von Jugend werden lassen«, schrieb Lambach, »dann muß unser Werberuf in Zukunft lauten können: *Monarchisten und Republikaner* tretet in unsere Reihen¹⁴⁹«. Aus der neuen Einstellung zu den Fragen der Staatsform müßten praktischpolitische Folgerungen gezogen werden: Sie hätten in der Auswahl der neuen Fraktionsleitung personellen Ausdruck zu finden. Damit war eine scharfe Ablehnung der Politik Hugenbergs ausgesprochen. Die DNVP sollte nach Lambach nicht als einseitig monarchistische Partei, sondern als »volkskonservative Partei der Selbsthilfe« in die Zukunft gehen. »Findet sich keine Führung, die diese Gegebenheit zu einem Instrument ihres Willens zu machen vermag, so entgleiten der Partei ihre zukunftsträchtigsten Kräfte¹⁵⁰«.

¹⁴⁸ Walther Lambach, Monarchismus, In: »Politische Wochenschrift«, 4. Jg., Nr. 24 vom 14. 6. 1928, S. 495.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 497.

¹⁵⁰ Ebenda.

Mit dem äußerlich form- und anspruchslosen, nur zweieinhalb Seiten langen Aufsatz »Monarchismus« gab Lambach das Stichwort für eine weitreichende Pressediskussion. In der DNVP rief der Aufsatz einen Sturm der Entrüstung hervor und wurde »geradezu das Signal zur Sammlung des extremen Flügels¹⁵¹«. Ob Lambach mit dieser Wirkung gerechnet hat, läßt sich aufgrund des vorliegenden Quellenmaterials nicht beantworten. Die These von Erasmus Jonas, daß der Aufsatz »sehr zu Lambachs Verwunderung« eine so starke Resonanz fand¹⁵², verharmlost das gespannte Verhältnis in der Partei und unterschätzt Lambach als Politiker. Die Wahl des Zeitpunktes – nach den für die DNVP verlustreichen Reichstagswahlen – und der offenkundige Zusammenhang mit den Ausführungen Bechlys über die Führerfrage im neuen Deutschland deuten auf eine geplante Aktion. Andererseits darf Lambach nicht unterstellt werden, er habe die Spaltung der Partei beabsichtigt. Lambachs zentrale Forderung: »Monarchisten und Republikaner tretet in unsere Reihen« war nur sinnvoll, wenn es ihm um eine Erweiterung der Parteibasis ging. Bechlys und Lambachs Ziel lag in dem Bestreben, eine »volksorganische« oder »volkskonservative« Frontbildung innerhalb der alten Partei zu schaffen und ihr damit neue Stoßkraft zu geben. Machtpolitisch offenbart es die Tendenz, die eigene Anhängerschaft zu vermehren und den Gewerkschaftsflügel gegenüber den alldeutschen Radikalen in der Partei zu stärken.

Die Pressestimmen zum »Fall Lambach«, die die »Handels-Wacht« in zwei aufeinanderfolgenden Nummern auszugsweise veröffentlichte¹⁵³, spiegeln das Für und Wider in der Öffentlichkeit. Während der Monarchist Everling in der »Deutschen Zeitung« mit Lambach »abrechnete«, »Kreuzzeitung« und »Reichsbote« ihm sekundierten und sich der Führer der Bismarck-Jugend der DNVP, Hermann Otto Sieveking, in der »Hamburgischen Deutschnationalen Monatsschrift« die Unterstellung verbat, daß die Jugend nicht mehr monarchisch sei, stellten sich der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm an die Seite Lambachs. Auch die »Deutsche Tageszeitung«, das Organ des Reichslandbundes, schrieb, daß Lambachs Tendenz »alles andere als partei-

¹⁵¹ Sigmund Neumann, »Die deutschen Parteien«, S. 63.

¹⁵² Erasmus Jonas, »Die Volkskonservativen«, S. 33.

¹⁵³ »DHW«, 35. Jg., Nr. 14 v. 25. 7. 1928, S. 282–87, und ebenda, Nr. 15 v. 10. 8. 1928, S. 306–10.

zerstörend« sei, daß sie vielmehr Ausdruck einer Bewegung in nicht eben kleinen Kreisen sei und »daß man sich mit ihr unmöglich auseinandersetzen kann, indem man sie einfach durch formalistische Kraftansprüche zu erschlagen sucht¹⁵⁴«. Am heftigsten war die Reaktion im Landesverband Hamburg auf »die Taktlosigkeiten und schnodderigen Redensarten, die der Artikel in weitgehendem Maße enthält«. H. O. Sieveking erklärte, Lambachs Aufsatz stehe im Widerspruch zu den Grundsätzen der DNVP, in denen es heiße: »Für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums«. Da der Abgeordnete Lambach das nicht mehr bezwecke, sondern als unzeitgemäß abtue, gehöre er nicht länger in die Reihen der DNVP. Der Landesverband Hamburg forderte dementsprechend Lambachs Ausschluß aus der Partei¹⁵⁵.

Die Parteiinstanzen beschäftigten sich über zwei Monate mit der Angelegenheit Lambach. Ihre schwankenden Stellungnahmen spiegelten den harten Kampf zwischen den rivalisierenden Gruppen. Am 2. Juli mißbilligte die deutschnationale Reichstagsfraktion den Artikel Lambachs. Am 7. Juli beschloß die Parteileitung, keinen Ausschlußantrag beim zuständigen Landesverband zu stellen. Dagegen wurde es in den Sitzungen der Parteivertretung am 8. und 9. Juli durch den Rücktritt des Grafen Westarp vom Parteivorsitz kritisch für Lambach: die Entscheidung wurde jetzt »den satzungsgemäß berufenen Instanzen«, nämlich dem Landesverband, überwiesen. Am 24. Juli schloß der zuständige Landesverband Potsdam 2 Lambach aus der Partei aus. Ein Parteigericht hob den Beschluß am 29. August auf und sprach dafür einen »Verweis« aus¹⁵⁶.

Während der verschiedenen Stadien der Verhandlungen wurden von beiden Seiten Positionen bezogen, die die Gruppen nach der Wahl Hugenbergs zum 1. Vorsitzenden der DNVP am 20. Oktober 1928 immer mehr trennten. Unmittelbar nach dem Potsdamer Urteil und vor dem endgültigen Spruch des Parteigerichts unternahm die Hugenberg-Presse einen Feldzug gegen Lambach mit dem Ziel, eine Bestätigung des Ausschlusses zu erwirken. Freytagh-Loringhoven und Hugenberg legten unter dem Motto »Nicht große, sondern starke Rechte«

¹⁵⁴ »DHW«, 35. Jg., Nr. 15 v. 10. 8. 1928, S. 308.

¹⁵⁵ »HDNM«, 9. Jg., H. 7, Juli 1928.

¹⁵⁶ Erasmus Jonas, a. a. O. S. 33—37.

und »Block statt Brei« ihre politische Konzeption nieder¹⁵⁷. Übereinstimmend lehnten sie die »Nurgeschäftsleute« ab, zu denen sie die zählten, die Berufs- und Interessenvertretung mit Politik verwechselten, wenn sie versuchten, die weltanschaulichen Grundsätze der Partei zu »verwässern«. Freytagh-Loringhoven wollte keine Rechte, »die sich um ihrer Wähler willen in Zoll- und Steuerfragen, in Erwerbslosenversicherung und Arbeitszeit, in Besoldungsreform und Aufwertungsstreit erschöpft«. Seiner Meinung nach waren Wirtschaftsinteressen nur auf dem Wege des Kompromisses und auf Kosten der ideellen Ziele zu befriedigen. Es war ihm daher gleichgültig, ob die ihm vorschwebende grundsatzgetreue Rechtspartei im Reichstag durch 30, 50 oder 100 Abgeordnete vertreten war. Denn »Freiheit und innere Wiedergeburt Deutschlands« erwartete er nicht vom Parlamentarismus, sondern von großen weltgeschichtlichen Umwälzungen, die »unabhängig von uns« eintreten würden¹⁵⁸.

Durch den »Fall Lambach« und die Angriffe der deutschnationalen Parteiführung sah sich die Verwaltung des DHV veranlaßt, eines ihrer Mitglieder für die offiziellen Stellungnahmen des Verbandes nach außen hin zu autorisieren. Sie ernannte Max Habermann zum politischen Beauftragten des DHV und stellte ihm seit September 1928 die Spalte »Politik des Monats« in der »Handels-Wacht« zur Verfügung. Habermann brachte gute Voraussetzungen für das neue Amt mit. Er hatte bei seiner bisherigen Tätigkeit die Hauptarbeitsgebiete des Verbandes kennengelernt. Er besaß Beziehungen zu vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens; er war Brüning und Stegerwald freundschaftlich verbunden, und seine auf den gleichen religiös-konservativen Überzeugungen beruhenden Verbindungen zu den führenden Männern des Landbundes und der evangelisch-sozialen Bewegung boten die Gewähr, daß er die seit dem Krieg verfolgte politische Richtung am klarsten und entschiedensten vertreten würde¹⁵⁹. Der neue politische Repräsentant des Verbandes beschäftigte sich in zwei Leitartikeln der »Handels-Wacht« mit dem »Fall Lambach«. Im ersten Artikel »Querverbindungen¹⁶⁰« wies Habermann der DNVP

¹⁵⁷ Die Artikel von Freytagh-Loringhoven und Hugenberg erschienen im »Tag« und im »Berliner Lokalanzeiger« (26. und 28. 8. 1928). Von dort wurden sie in die Provinzpresse übernommen. Hier zitiert nach dem »Nachrichtenblatt des Landesverbandes Hamburg der DNVP«.

¹⁵⁸ »HDNM«, 9. Jg., H. 9, September 1928.

¹⁵⁹ Albert Krebs, »Max Habermann. Eine biographische Studie«, S. 38/39.

¹⁶⁰ »DHW«, 35. Jg., Nr. 14 v. 25. 7. 1928, S. 281/82.

anstelle des Weges zur einflußlosen Sekte den zu einer Volkspartei. Im zweiten Artikel unter dem bezeichnenden Titel »Durch Reinheit zur Kleinheit¹⁶¹« erklärte er, der DHV habe in einem System, wie es Freytagh-Loringhoven fordere, keinen Platz. Er könne nicht auf die Vertretung der Nöte und Sorgen seiner 335 000 Berufskollegen verzichten. Habermann schrieb, daß sich in der DNVP, »je mehr rechts und je bismarcknäher man sich vorkommt, ein unpolitisches Wesen von beängstigendem Ausmaß« zeige. Der Politiker aber müsse Macht wollen, um seine Ziele zu verwirklichen. Er benötige dazu Koalitionen im parlamentarischen Kraftfeld, auch wenn die taktische Lage zeitweilig schärfste Opposition gegen eine bestehende Koalition gebiete. Ein alldeutscher Artikel in der »Deutschen Zeitung« schaffe weder Klarheit in der Einschätzung der eigenen Kräfte noch Unabhängigkeit von der öffentlichen Meinung. Auf den Wegen »des Oberfinanzrats Bang oder seines Hintermannes Hugenberg« sei eine erfolgreiche parlamentarische Politik nicht zu machen. Ein wirklicher Politiker wäre dankbar, wenn von seiner politischen Gruppe Querverbindungen zu anderen bestünden. »Die starken alldeutschen Männer Bang, Hugenberg, Everling machen aus der Möglichkeit solcher Querverbindungen, wie sie unserem Kollegen Lambach in den jahrzehntealten freundschaftlichen Beziehungen unseres Verbandes zu den christlichen Gewerkschaften zur Verfügung stehen, ein politisches Staatsverbrechen«. Am Schluß seiner Ausführungen stellte Habermann die DNVP vor die Alternative, entweder eine echte politische Gruppe zu bleiben oder ein Sammelbecken aller Ressentiments der wilhelminischen Ära zu werden. »Im ersten Fall wird sie gut tun, ihre Querverbindungen als ein wichtiges politisches Aktivum zu pflegen. Im anderen Fall wird sie den Weg der Monomanen durch Reinheit zur Kleinheit wandern¹⁶²«.

Daß es sich bei der Entwicklung in der DNVP um ein Entweder-Oder handelte, betonte auch der demokratische »Hamburger Anzeiger«. Er bezweifelte, daß der Gesundungsprozeß, »eingeleitet von den neuen volkskonservativen Elementen, sich auf die Dauer in parteiorganisatorischer Verbindung mit den alten reaktionären Elementen der Deutschnationalen Volkspartei glücklich zu Ende führen läßt¹⁶³«.

¹⁶¹ »DHW«, 35. Jg., Nr. 15 v. 10. 8. 1928, S. 305/06.

¹⁶² »DHW«, 35. Jg., Nr. 14 v. 25. 7. 1928, S. 282.

¹⁶³ Ebenda, S. 286.

Ebenso eindeutig beurteilte die sozialistische Gewerkschaftszeitung den Beginn der Krisenphase in der DNVP: »Die Deutschnationale Volkspartei ist krank an der Demokratie«. Sie wies auf den innerparteilichen Gegensatz zwischen Ideologie und Gewerkschaft hin. Gewerkschaftliches Leben erzeuge in der Arbeitnehmerschaft einen demokratischen Willen, vor allem seit die Gewerkschaften wesentlich mitbestimmende Faktoren der demokratischen Ordnung des Staatswesens seien. Dieser demokratische Wille aber laufe dem Wesen der Deutschnationalen zuwider. Den »Fall Lambach« wertete die Gewerkschaftszeitung daher als Zeichen, daß die Gemeinschaft zwischen politischer Partei und gewerkschaftlicher Organisation brüdig geworden sei¹⁶⁴.

Hugenbergs »Blockpolitik« bestätigte diese Prognose. Nachdem er am 20. Oktober 1928 zum Parteivorsitzenden gewählt worden war, ließ er sich im Dezember mit umfangreichen Vollmachten ausstatten. Er beseitigte die neben dem Parteivorstand bestehende Parteileitung, so daß die Entscheidungsgewalt nun allein beim Parteivorstand lag. Dessen Mitgliederzahl wurde herabgesetzt und »den Vorsitzenden der Landesverbände als den Trägern der Organisation die Mitgliedschaft im Vorstände ipso jure zugestanden¹⁶⁵«. Mit diesem Gremium, das ganz seiner politischen Linie folgte, nahm Hugenberg unverzüglich den Kampf gegen die eigene Fraktionsführung auf. Die Fraktion stand seit 1925 unter der Leitung des Grafen Westarp. Sie hatte die Regierungsbeteiligungen von 1925 und 1927 getragen und versuchte jetzt, zwischen den beiden Gruppen zu vermitteln, um die Einheit der Partei zu wahren. Hugenberg intensivierte auch den Kampf gegen den Arbeitnehmerflügel. Noch im Spätherbst 1928 ließ er durch den Scherl-Verlag die Schrift »Irrwege der deutschen Sozialpolitik« verbreiten. Ihr Verfasser Gustav Hartz, der ehemalige DHV-Gauvorsteher aus Bremen, hatte noch 1924 als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter für die Annahme der Dawes-Gesetze gestimmt. Der Inhalt seiner Schrift stützte sich – nach Angabe der »Handels-Wacht« – auf Ideen aus dem um Bang versammelten Kreis¹⁶⁶. Sie vertrat die bekannte These von der durch die Sozialversicherung herbeigeführten Verant-

¹⁶⁴ »Gewerkschafts-Zeitung«, Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes, 38. Jg., Nr. 31 v. 4. 8. 1928, S. 484–86.

¹⁶⁵ Freytagh-Loringhoven, »Deutschnationale Volkspartei«, S. 55.

¹⁶⁶ »DHW«, 35. Jg., Nr. 23 v. 10. 12. 1928, S. 472.

wortungslosigkeit der Arbeiter und forderte die Beseitigung der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung¹⁶⁷. Gegen diese Vorstellungen protestierte Habermann in der »Handels-Wacht¹⁶⁸«.

Während der gespannten Lage in der DNVP liefen im Frühjahr 1929 die Pariser Verhandlungen zur Revision des Dawes-Plans. Die Unterzeichnung des Sachverständigengutachtens, des Young-Plans, beantworteten die Rechtsradikalen in Deutschland am 9. Juli 1929 mit der Gründung des »Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan«. In diesem Ausschuß hatten sich, durch die gemeinsame Opposition gegen das »dritte Versailles« zusammengeführt, zum ersten Mal DNVP, Stahlhelm und Vaterländische Verbände mit der NSDAP vereinigt. Die neue Front der unter Hugenbergs Förderung zustande gekommenen »Nationalen Opposition« stieß bei seinen Gegnern in der Partei auf völlige Ablehnung. In ihren Augen verlor die DNVP durch die Verbindung mit den Nationalsozialisten ihre Bündnisfähigkeit für die Mittelparteien. Außerdem war der § 4 des von der Nationalen Opposition propagierten »Freiheitsgesetzes«, das im Mittelpunkt der Agitation des Reichsausschusses stand, für diese Kreise unannehmbar. Denn der Gesetzentwurf richtete sich nicht nur gegen den Young-Plan und die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld, sondern bedrohte im § 4 alle Vertreter des Reichs, die dem Gesetz zuwiderhandelten, mit den für Landesverräter vorgesehenen Zuchthausstrafen. Gegen diesen Paragraphen wandte sich unter anderen der Reichslandbund¹⁶⁹. Seit dem Sommer 1929 tauchten in der Presse immer wieder Gerüchte auf, nach denen sich die gemäßigten Deutschnationalen außerhalb der Partei eine neue Basis für ihre Arbeit suchten. Obgleich Treviranus und von Lindeiner-Wildau dementierten, bewiesen diese Gerüchte doch, daß Hugenbergs Rechtsorientierung bei Young-Plan und Volksbegehren den letzten Anstoß für die Abgrenzung der Anhänger und Gegner seines Kurses gegeben hatte.

¹⁶⁷ Dieses Problem stand auch hinter dem Prozeß Dr. Bang—Bechly, der am 23. Oktober 1928 in Dresden mit einem Vergleich endete. Bang ging gegen Bechly gerichtlich vor, weil er sich durch dessen Äußerungen auf dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenfest am 10. Juni 1928 beleidigt fühlte. Bechly hatte sich in seinen Ausführungen auf unrichtige Pressemitteilungen über Bangs Angriffe auf die Sozialversicherung gestützt. S. »HDNM«, 9. Jg., H. 11, November 1928.

¹⁶⁸ »DHW«, 35. Jg., Nr. 24 v. 25. 12. 1928, S. 484.

¹⁶⁹ Erasmus Jonas, a. a. O. S. 42—47.

Es fällt ins Auge, daß die »Handels-Wacht«, besonders nach ihrer ausführlichen Berichterstattung über den »Fall Lambach«, zu all diesen Vorgängen schwieg. Zwar kommentierte Max Habermann am 10. Juni die Unterzeichnung des Sachverständigengutachtens als »Sieg des Börsenkapitals¹⁷⁰«, und der Verbandsvorsteher beschäftigte sich während der Haager Konferenz in einem Artikel »Youngkrise¹⁷¹« mit der wirtschaftlichen Unerfüllbarkeit des Plans. Eine offizielle Stellungnahme des Verbandes zu Young-Plan und Volksbegehren aber blieb aus. Der Grund dafür mochte in der Tatsache liegen, daß sich die Verbandsleitung schon jetzt – im Herbst 1929 – nicht mehr auf ihre Mitglieder verlassen konnte oder wollte. Während nämlich die Verwaltung in ihrer Sitzung am 23. August beschlossen hatte, daß sich die Gliederungen des Verbandes an den Ortsausschüssen zur Herbeiführung eines Volksbegehrens gegen den Young-Plan nicht als Ortsgruppen des DHV beteiligen sollten¹⁷², demonstrierten die Fahrenden Gesellen in Hamburg zusammen mit nationalsozialistischen Gruppen gegen den Young-Plan¹⁷³. Und Albrecht Erich Günther, Mitherausgeber des »Deutschen Volkstums«, rühmte sich später, eine Jugendaktion geleitet zu haben, die die Annahme des Young-Plans im März 1930 durch die öffentliche Verbrennung des Young-Plans, des Locarno-Paktes, des Dawes-Plans und der Verfassung von Weimar »gefeiert« habe¹⁷⁴.

Angesichts der offenbaren Divergenz zwischen der gegen den Reichsausschuß gerichteten Politik der Verbandsleitung und der in weiten Mitgliederkreisen vorhandenen Sympathie mit der von den Nationalisten propagierten Bekämpfung des Young-Plans zog es Habermann vor, in der Spalte »Politische Umschau« der »Handels-Wacht« das Problem zu umgehen und statt dessen die »reaktionäre« DNVP zu kritisieren. Er schrieb am 25. November, noch vor der Reichstagsabstimmung über das Gesetz, die DNVP habe durch das Volksbegehren aufgehört, eine politisch aufbauende Rolle im Staat zu spielen. »Von der radikalen Vertretung des Paragraphen 4 dieses Volksbegehrens

¹⁷⁰ »DHW«, 36. Jg., Nr. 11 v. 10. 6. 1929, S. 201/02.

¹⁷¹ »DHW«, 36. Jg., Nr. 15 v. 10. 8. 1929, S. 289/90.

¹⁷² Auszüge aus den Sitzungsberichten der Verwaltung des DHV, 1908—1929. DAK 5592.

¹⁷³ Schreiben Kurt Horn, Bergedorf, an Max Habermann vom 23. 4. 1930. Forschungsstelle, Fasc. K 1.

¹⁷⁴ A. E. Günther: Die Nationalisten vom Holstenwall. In: »DV«, 20. Jg., Dezember 1938, S. 810—20.

haben die Nationalsozialisten als konsequente Revolutionäre den großen Gewinn gehabt . . . Was im Volksbegehren an revolutionärem Nationalismus stecken mag, wird in Zukunft die Wege des Nationalsozialismus wandeln müssen und wird den Weg in die monarchistische Reaktion ablehnen, wie sie um Hugenberg herum als Geflüster aufgerichtet worden ist¹⁷⁵«. Habermann sah die Konsequenzen der Hugenbergschen Politik voraus. Daneben deutete er die Möglichkeit eines dritten Weges an. Er glaubte eine »Parteiendämmerung« erkennen zu können, auf deren Symptome er schon einen Monat zuvor in der »Handels-Wacht« hingewiesen hatte. Seit Stresemanns Tod schien ihm das 1919 erstarrte deutsche Parteiensystem »aufzubrechen¹⁷⁶«. Zusammen mit dem Volksbegehren könne dieser Aufbruch zum Ansatz »vorläufig noch unklar brodelnder Neubildungen« werden¹⁷⁷. Die Möglichkeit eines Zusammengehens der DVP mit dem Hugenberg ablehnenden Teil der DNVP würde erwogen, die Demokraten bemühten sich, für die DVP bündnisfähig zu werden, und selbst das Zentrum fordere eine Neubildung des parlamentarischen Systems, »die ein wirkliches, von Fraktionslaunen unabhängiges Regieren sicherstellt¹⁷⁸«. Hier wurde Hugenbergs »Blockpolitik« eine Alternative gegenübergestellt. Habermann reihte sich damit in die Front derjenigen deutschen Politiker ein, die sich bemühten, aus der Erstarrung des parlamentarischen Lebens herauszukommen. Ein Programmatiker der Richtung, der Herausgeber der »Politischen Wochenschrift«, Hermann Ullmann, gab diesem Bestreben in seiner Broschüre: »Die Rechte stirbt – Es lebe die Rechte!« Ausdruck. Er stellte fest: »Die soziologischen und die ideellen Grundlagen für eine starke Rechte sind da.« Dabei dachte er in erster Linie an das »Landvolk« und die »nichtmarxistische« Arbeitnehmerschaft, die mit zunehmender Entschiedenheit eine politische Heimat und eine konservative Führung suchten¹⁷⁹.

Diese Überlegungen traten in ein neues Stadium, als sich die deutsch-nationale Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über das »Freiheitsgesetz« am 30. November 1929 endgültig spaltete. Anlaß dafür war der schon vorher heftig umkämpfte § 4, dem 55 Abgeordnete

¹⁷⁵ »DHW«, 36. Jg., Nr. 22 v. 25. 11. 1929, S. 430.

¹⁷⁶ »DHW«, 36. Jg., Nr. 20 v. 25. 10. 1929, S. 387.

¹⁷⁷ »DHW«, 36. Jg., Nr. 22 v. 25. 11. 1929, S. 430.

¹⁷⁸ »DHW«, 36. Jg., Nr. 20 v. 25. 10. 1929, S. 388.

¹⁷⁹ Hermann Ullmann, »Die Rechte stirbt – Es lebe die Rechte!«, S. 44.

zustimmten, während sich die restlichen 17 Abgeordneten, von denen zwölf anschließend aus der Partei austraten, der Stimme enthielten. Am selben Tag übermittelten die Arbeitnehmervertreter der Partei, die Abgeordneten Hartwig, Hülser und Lambach der Presse eine Mitteilung, in der sie bekanntgaben, daß sie sich in der Abstimmung zum § 4 des »Freiheitsgesetzes« auf die Seite des Ministers Schiele gestellt hätten. Gleichzeitig erklärten sie sich mit dem Abgeordneten Treviranus solidarisch, gegen den bereits ein Ausschlußverfahren lief. Auch in dieser kritischen Lage versuchte der Fraktionsvorsitzende Graf Westarp noch zu vermitteln. Am 3. Dezember 1929 aber erklärten der Verbandsgeschäftsführer im DHV, Walther Lambach, der Vorsitzende des Deutschnationalen Arbeiterbundes, Gustav Hülser, und der Bundesvorsitzende der Evangelisch-Sozialen Schule, des Johannesstifts, Karl Hartwig, ihren Austritt aus der DNVP. Sie entschlossen sich zu dem Schritt, weil Hugenberg nicht zu dem geringsten Entgegenkommen bereit war. Die Spaltung der Partei war damit nicht mehr aufzuhalten. Am nächsten Tag folgten die Abgeordneten Klönne, Lejeune-Jung und Treviranus, Behrens, Hoetzsch, von Keudell, von Lindeiner-Wildau, Mumm und Schlange-Schöningen. Mit der Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch Westarp am 4. Dezember 1929 hatte Hugenberg die Partei endgültig in seiner Hand, obgleich Graf Westarp noch bis zum 18. Juli 1930 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei blieb¹⁸⁰.

Lambach rechtfertigte den Austritt im Leitartikel der »Handels-Wacht« vom 10. Dezember unter dem Titel »Bruch mit Hugenberg« vor den Mitgliedern seines Verbandes. Unter den Gründen, die zum Bruch führten, standen für ihn die entgegengesetzten Wirtschaftsauffassungen an erster Stelle. Während der alldeutsch-großindustrielle Hugenberg auf einer individualistischen Wirtschaftsverfassung beharrte, erstrebte der deutschnationale Gewerkschaftsführer Lambach kollektive Verwaltungsformen für den Mitbesitz der Arbeitnehmer an der Wirtschaft. »Da Herr Hugenberg bisher nur den Parteiapparat, nicht aber die Reichstagsfraktion befehligte«, hatte Lambach noch immer eine Möglichkeit zur Vertretung der Gewerkschaftsinteressen gesehen. Mit dem von ihm propagierten Buch »Irrwege der deutschen Sozialpolitik« habe Hugenberg aber einen »zerstörerischen Angriff

¹⁸⁰ Die Darstellung der Ereignisse zwischen dem 30. November und dem 4. Dezember 1929 folgt Erasmus Jonas, a. a. O. S. 47—57.

auf die sozialen Standeseinrichtungen der Angestelltenschaft« geführt. Er habe »die antimarxistische Front zum Schutze der Angestellten zertrümmert«, denn erst die großen Berufsverbände hätten die Angestellten zu »Gliedern der Volksgemeinschaft« gemacht. Zu den führenden Persönlichkeiten der Berufsverbände seien von den Gründern der Partei enge Beziehungen unterhalten worden. »Herr Hugenberg hat in voller Übereinstimmung mit den öffentlichen Äußerungen seiner engsten Mitarbeiter, der Herren Bang, Quatz und von Freytagh, eine andere Linie verfolgt. Er macht seine Politik ohne Fühlungnahme mit den Berufsverbänden und seine Angestelltenpolitik im Gegensatz zu ihnen. Herr Hugenberg will kein Schulter-an-Schulter-Arbeiten mit anderen Parteien. Er pflegt zwar seine eigenen Querverbindungen von Scholz bis Hitler, er will aber keine Querverbindungen von Gewerkschaftlern dulden. Er will eine tiefe Kluft zwischen seiner Partei und den Parteien der Mitte erhalten. Durch den Zuchthausparagrafen des Volksbegehrens, den er eingebracht hat, ohne . . . ihn der Fraktion vorher vorzulegen, hat er diese Kluft vertiefen wollen. Es ist ihm gelungen¹⁸¹«. Lambach meinte, Hugenberg habe die deutschnationalen Abgeordneten mit dem Zwang zur Option für oder gegen den § 4 vor die Wahl gestellt: Hindenburg oder Hugenberg. Was seine eigene Entscheidung betreffe, so könne sie »selbstverständlich nur für Hindenburg« ausfallen. Da die DNVP als Instrument Hugenbergs nun nicht mehr die Plattform »einer wahrhaft volksgebundenen, auf der Hindenburglinie sich bewegenden Politik« bilde, habe er seinen Austritt aus der Partei vollzogen. Lambach gab für den politischen Kampf seiner Freunde die Parole aus: »Nicht Hugenberg, sondern Hindenburg!« und forderte seine Anhänger im DHV auf, ihn zu unterstützen¹⁸².

Lambachs Vorgehen gab der »Hamburgischen Deutschnationalen Monatsschrift« Anlaß, sich grundsätzlich mit dem Problem »Angestellte und DNVP« zu beschäftigen. Zu diesem Zweck druckte sie die Stellungnahme eines DHVers ab, der von der Feststellung ausging, die Öffentlichkeit möge sich doch ja nicht der Meinung hingeben, daß alle Leser der »Handels-Wacht« »die politischen Auffassungen der Herren

¹⁸¹ »DHW«, 36. Jg., Nr. 23 v. 10. 12. 1929, S. 450.

¹⁸² Ebenda, S. 451. Für Lambachs Einstellung s. außerdem sein Schreiben an Hugenberg anläßlich des Austritts aus der DNVP (»DHW«, 36. Jg., Nr. 24 v. 25. 12. 1929, S. 478/79), das mit folgenden Worten beginnt: »Sehr geehrter Herr Geheimrat! Es war ein Verdienst der DNVP, den konservativen Gedanken von den ostelbischen Positionen aus über Elbe und Main hinübergetragen und ihn mit dem christlich-sozialen Gedanken des Westens vermählt zu haben. Durch Ihre Politik ist dieser Erfolg wieder zerschlagen worden.«

Lambach, Bechly und Habermann teilen«. Vielmehr gäbe es im DHV eine große Zahl von Mitgliedern, »die als Deutschnationale, Nationalsozialisten oder Angehörige anderer für den Volksentscheid eintretender Gruppen Herrn Lambachs und seiner Freunde Versuch, den Kampf für den Volksentscheid zu sabotieren, in schärfster Weise verurteilen. Sie erinnern sich der Zeiten, da der DHV ein Sammelbecken der Anhänger schärfsten nationalen Kampfes war; sie fragen sich, ob die Verbandsbeiträge dazu mißbraucht werden dürfen, daß die Politik der Young-Deutschen de facto unterstützt wird; sie fragen sich weiter, ob die Verbandsleitung nicht sieht, daß sie durch ihre Übergriffe in rein parteipolitische Angelegenheiten die Gefahr heraufbeschwört, daß innerhalb des Verbandes politische Gruppierungen entstehen, um sich gegen die Verletzung der satzungsgemäßen parteipolitischen Neutralität des Verbandes durch die Verbandsleitung zur Wehr zu setzen¹⁸³«. Diese Stellungnahme zur Politik des DHV im Nachrichtenblatt des Landesverbandes Hamburg der DNVP zeigt, daß die Verbandsleitung bei ihren Maßnahmen von nun an mit einer starken Opposition aus den eigenen Reihen zu rechnen hatte. Die zunehmende Politisierung und Radikalisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland machten nicht vor der Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen halt. So waren Verbandsleitung und Mitglieder in steigendem Maß dem Zwiespalt zwischen der in ihrer Satzung ausgesprochenen parteipolitischen Neutralität und ihrer politischen Überzeugung ausgesetzt. Der Vorwurf, die in der Satzung verankerte Neutralität werde verletzt, verstummte daher bis 1933 nicht mehr. Er diene beiden Seiten dazu, die »Unrechtmäßigkeit« des Verhaltens der anderen Gruppe zu kennzeichnen. Die Mitglieder, die der »nationalen Opposition« zuneigten, lehnten die Politik der Verbandsleitung gegenüber dem Volksentscheid, den Sezessionisten aus der DNVP und der von ihnen betriebenen volkskonservativen Sammlung ab. Habermann dagegen erwartete von ihr den neuen konservativ-sozialen Block und sah in der Wahl des Geschäftsführers des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinrich Brüning, zum Fraktionsvorsitzenden des Zentrums »mehr als ein zufällig gleichzeitiges Ereignis¹⁸⁴«.

Die acht Sezessionisten, die übrigblieben, nachdem sich die christlich-sozialen Abgeordneten Gustav Hülser, Karl Hartwig, Reinhard Mumm

¹⁸³ »HDNM«, 10. Jg., H. 12a v. 18. 12. 1929.

¹⁸⁴ »DHW«, 36. Jg., Nr. 24 v. 25. 12. 1929, S. 465.

und Franz Behrens mit dem Christlichen Volksdienst zum »Christlich-sozialen Volksdienst« zusammengeschlossen hatten, gründeten am 28. Januar 1930 die »Volkskonservative Vereinigung«. Sie trat am selben Abend im Großen Saal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin mit ihrer ersten Kundgebung vor die Öffentlichkeit. Zu dieser Veranstaltung erschienen etwa 800–900 Personen, in der Mehrzahl Akademiker, ehemalige Offiziere und Angestellte aus dem Kreis Lambachs¹⁸⁵. Einen guten Überblick über die Zusammensetzung der Vereinigung ermöglicht ihr Gründungsaufruf, der, von 450 Personen unterzeichnet, vorwiegend Namen aus altkonservativen Kreisen des Adels und Militärs, Akademiker aus der Jugendbewegung und Funktionäre der nationalen Angestelltengewerkschaft des DHV enthielt. Allein acht der DHV-Verwaltung angehörende oder nahestehende Persönlichkeiten unterzeichneten: Georg Brost, Max Habermann, der Verbandsgründer Johannes Irwahn und sein Sohn Fritz, der Gauvorsteher Georg Kastenbein, Walther Lambach, Hermann Miltzow und der ehemals radikal völkische Albert Zimmermann. Durch die Kulturpolitik der Fichte-Gesellschaft und des »Deutschen Volkstums« standen dem DHV außerdem die Volkskonservativen Friedrich Brunstäd, Walther Classen und Heinz Dähnhardt, die Herausgeber der »Politischen Wochenschrift«, Hermann Ullmann und Rudolf Fischer sowie Hans Gerber, Karl Megerle, Karl Bernhard Ritter und Lothar Schreyer nahe¹⁸⁶. Auf der Kundgebung am 28. Januar 1930 traten die Reichstagsabgeordneten Gottfried Treviranus, Hans Schlange-Schöningen, Walther Lambach, Professor Otto Hoetzsch und Moritz Klönne, die Schriftsteller Hermann Ullmann und Edgar J. Jung für die Ziele der Volkskonservativen Vereinigung ein. Sie betonten übereinstimmend, eine Art föderativer Arbeitsgemeinschaft schaffen zu wollen. Die Krise auf der politischen Rechten lasse sich nicht durch beliebige Neugründungen beheben. Im Aufruf der Volkskonservativen hieß es deshalb, es komme auf eine »Erneuerung des Parteiwesens selbst« an. Dafür wolle sich die Vereinigung einsetzen und »in staatspolitischer Gemeinschaft und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen zusammenarbeiten«. Bezeichnend für den auf überparteiliche Bindungen gerichteten Charakter dieses Zusammenschlusses auf der Rechten war

¹⁸⁵ »Mitteilungen LKPA Berlin«, 15. 6. 1930, S. 37. (Hann. Des. 80/II/772).

¹⁸⁶ Gründungsaufruf der »Volkskonservativen Vereinigung«.

sein Name. Er wollte »Vereinigung« sein, nicht Partei; er führte den Begriff »konservativ« erstmalig in die politische Terminologie der deutschen Republik ein. Dabei ist der Zusatz »volks«-konservativ als programmatische Ergänzung zu berücksichtigen. Obgleich von den Gegnern in der DNVP als phrasenhaft und verschwommen abgetan, war der Begriff doch folgerichtig aus der Vorstellungswelt von Jugendbewegung, Fichte-Gesellschaft und DHV hervorgegangen. Sein geistiger Vater war Wilhelm Stapel. Er verwandte ihn zur Bezeichnung der kultur- und nationalpolitischen Aufgaben der Hanseatischen Verlagsanstalt. Dort hatte er den Begriff »völkisch« abgelöst, ohne indessen die antisemitische Komponente aufzugeben¹⁸⁷. Seinen politischen Gehalt erhielt der Begriff »volkskonservativ« in der von Hermann Ullmann herausgegebenen, von Walther Lambach mitgegründeten »Politischen Wochenschrift«, die der DNVP unter diesem Stichwort eine zugleich konservative und soziale Ausrichtung geben wollte. Der volkskonservative Kurs erschien hier als Mittel auf dem Wege zur »Volkspartei«, wie er in Lambachs Artikel »Monarchismus« Ausdruck gefunden hatte. Von seinen Anhängern schrieb Lambach 1932, es habe sich um das Erwachen von Gruppen gehandelt, die dem politischen Leben bisher ferngeblieben waren. Mit dieser Bemerkung charakterisierte er treffend die parteifeindliche Haltung vieler Volkskonservativer aus dem DHV und der jungen Akademikergeneration, aus Jugendbewegung und Fichte-Gesellschaft. »Sie sind nicht in die alten Parteien einzureihen. Sie sind auch nicht etwa von den aus den alten Parteien ausgetretenen Politikern erst entdeckt und aufgerufen worden, sondern sie pochten ungestüm an die Tore des Staates, und zwischen dieser Bewegung im Lande und einigen jüngeren Politikern, die ihrerseits in den alten Parteien keine Möglichkeit der Weiterarbeit mehr sahen, ergab sich ein Bündnis¹⁸⁸«. Die neue Vereinigung wollte dort ins politische Leben eingreifen, wo Habermann das erstarrte Parteiensystem glaubte aufbrechen zu sehen. Ihr Ziel war, nach Professor Hoetzsch, die Errichtung einer »Torydemokratie«.

Anfang 1930 hatte es vorübergehend den Anschein, als seien die hochgespannten Pläne der Volkskonservativen realisierbar. Nach dem Bruch der großen Koalition wurden die Volkskonservativen mit Gott-

¹⁸⁷ Vgl. dazu oben S. 142 ff.

¹⁸⁸ Walther Lambach. Volkskonservative Vereinigung. In: »Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens«, S. 1931.

fried Treviranus am ersten Präsidialkabinett Brüning beteiligt. Das Verdienst am Zustandekommen dieses Kabinetts sprach die deutsche Öffentlichkeit weitgehend den Volkskonservativen zu, und diese setzten in den Versuch, die in der Reichsverfassung theoretisch gegebenen außerordentlichen Machtbefugnisse des Reichspräsidenten praktisch anzuwenden, die Hoffnung auf Überwindung der erstarrten Parteifronten¹⁸⁹. Habermann begrüßte den Reichskanzler Heinrich Brüning mit einem emphatischen Leitartikel in der »Handels-Wacht«: »In den Tagen«, schrieb er, »in denen die alldeutsche Fronde, die die deutsche Ehre in Erbpacht zu haben vorgibt, die deutsche Geschichte mit dem Schmutzfleck besudelt, dem Vater des Vaterlandes, Hindenburg, in ihren hysterischen Leitaufsätzen den Abschied vom nationalen Deutschland zu bescheinigen, hat der Feldmarschall, der Führer des deutschen Heeres, die Genugtuung, zu seinem Reichskanzler einen wahrhaften Vertreter der Frontgeneration zu berufen«. Frontgeneration, christlich-nationale Gewerkschaften mit ihren Querverbindungen zu den Parteien der Mitte und der Rechten, der »Vater des Vaterlandes«, Hindenburg und der Reichskanzler Heinrich Brüning — das waren nach Auffassung des volkskonservativen Habermann die neuen Kräfte, die durch »die Irrungen und Wirrungen des deutschen Parteilends den Weg bahnen« sollten¹⁹⁰.

Wie wenig Rückhalt Habermann in diesem Bestreben bei den Mitgliedern des eigenen Verbandes fand, sollten die Septemberwahlen zeigen. Aber schon sein Artikel über Brüning rief Mißfallen hervor. Ein Mitglied teilte ihm mit, daß Tausende deutscher Kaufmannsgehilfen nach der Annahme des Young-Planes über die Haltung des Reichspräsidenten bitter enttäuscht waren und traurigen Herzens von Hindenburg Abschied genommen haben«. Sie würden sich nun zu der von Habermann apostrophierten »alldeutschen Fronde« bekennen: »Der jetzige Reichskanzler Heinrich Brüning mag persönlich ein hochanständiger, tüchtiger Mensch sein. Er ist und bleibt im heutigen System jedoch nur Vollstrecker des Young-Plans, deshalb lehnen wir ihn ab und bekämpfen ihn. Wir jungen DHVer sehen in ihm nicht den Vertreter der Front-Generation, sondern den Vollstrecker des Willens der internationalen Hochfinanz«. Der Tenor des Schreibens zeigt, daß weite Kreise im DHV kein Verständnis für die

¹⁸⁹ Ebenda.

¹⁹⁰ »DHW«, 37. Jg., Nr. 7 v. 10. 4. 1930.

Politik des »dritten Weges« der Verbandsleitung hatten. Sie lehnten die Republik ab, opponierten gegen das »Novembersystem« und verurteilten aus dieser Haltung den volkshervorhebenden Versuch der Verbandsleitung. Der DHVer schrieb abschließend: »Ich muß auf entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen, daß die ‚Handels-Wacht‘ sich immer mehr zum Sprachrohr der Volkshervorhebenden Vereinigung entwickelt und sich somit an eine Partei bindet«. Dadurch sah er eine »ernsthafte, politische Auseinandersetzung zwischen der alten und jungen DHV-Generation« heraufziehen, denn schon heute würden sich »unzählige DHVer, und zwar die besten und eifrigsten, zur Weltanschauung und zur politischen Bewegung eines Adolf Hitler« bekennen¹⁹¹. Die Verbandsleitung war gezwungen, zur Aufrechterhaltung der Verbandsdisziplin gegen solche Mitglieder vorzugehen. Das zeigen die seit dem Frühjahr 1930 erfolgenden Ausschlüsse aus dem Verband ebenso wie die Entschließung, die zur erneuten Bekräftigung der parteipolitischen Neutralität des Verbandes auf dem Kölner Verbandstag am 27. Juni 1930 angenommen wurde. Die »Handels-Wacht« erläuterte diesen Schritt mit deutlichem Hinweis auf die nationalsozialistischen DHV-Mitglieder: »Die Tatsache, daß die politisch interessierten Mitglieder unseres Verbandes in ihren politischen Kreisen Werbearbeit für den Verband leisten, bringt es mit sich, daß unter dem Zustrom an neuen Mitgliedern ein erheblicher Prozentsatz politisch aktiv tätiger Kollegen ist, Kollegen, die deshalb, weil sie durch politische Gesinnungsfreunde für den Verband gewonnen worden sind, meinen, daß der Verband eigentlich auf ihre politische Richtung eingestellt sei oder für ihre politische Richtung wirksam werden müßte.« Daher hielt es die Verwaltung für notwendig, an die Beschlüsse über die politische Arbeit des DHV von 1920 zu erinnern und »den überparteilichen Charakter, den Charakter der parteipolitischen Neutralität des Verbandes zu betonen¹⁹²«.

Trotz dieser Proklamation wuchsen die politischen Spannungen im DHV und erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt während des Wahlkampfes im Herbst 1930. Die Option der Verbandsleitung für die Volkshervorhebenden sowie für eine »Politik der Mitte und der Ver-

¹⁹¹ Schreiben von Kurt Horn, Bergedorf, an Max Habermann, vom 23. 4. 1930. Forschungsstelle, Fasc. K 1.

¹⁹² »DHW«, 37. Jg., Nr. 13 v. 15. 7. 1930, S. 251. Der Wortlaut der Entschließung folgt S. 252.

meidung der Extreme« verstieß nach Ansicht der nationalsozialistischen Verbandsmitglieder genauso gegen die Satzung wie das Hereintragen nationalsozialistischer Propaganda in den Verband nach Ansicht der Verwaltung. Der DHV bildet ein gutes Beispiel dafür, daß eine so große Organisation bei der allgemeinen Politisierung weder unpolitisch noch neutral bleiben konnte. Die Situation verschärfte sich, als die Verbandsleitung die neue »Konservative Volkspartei« offen unterstützte. Sie war nach einer weiteren Spaltung der DNVP entstanden. Während 32 Abgeordnete unter Hugenbergs Führung zusammen mit Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die Notverordnungen der Regierung Brüning stimmten, stellte sich der Westarp-Flügel der DNVP mit 25 Abgeordneten loyal zur Regierung. Diese Gruppe verließ die Partei nach der Auflösung des Reichstags und schloß sich am 23. Juli 1930 zur Vorbereitung der Neuwahlen mit der Volkskonservativen Vereinigung zur Konservativen Volkspartei zusammen¹⁹³. Wie Habermann schrieb, sahen die Volkskonservativen den Sinn dieser Wahl darin, eine Volksvertretung zu schaffen, »die die große Regierungsaufgabe, die Hindenburg dem gegenwärtigen Kabinett gestellt hat, stützen und fördern kann«. Von den Sozialdemokraten sei für diese Aufgabe keine Hilfe zu erwarten. Der Wahlkampf werde gegen sie geführt werden müssen, ebenso wie gegen die DNVP, die ihr während der letzten Wahlperiode beigegeben habe¹⁹⁴. »Hugenbergs Führungskunst«, hieß es in einem »Parteienwandlung« überschriebenen Artikel der »Handels-Wacht«, »die sich in der in einer parlamentarischen Demokratie unmöglichen Forderung ‚Alles oder Nichts‘ erschöpfte«, sei zusammengebrochen, und auf dem von ihm geschaffenen Trümmerfeld seien neue Kräfte entstanden. Neben dem christlich-sozialen Volksdienst stehe die Konservative Volkspartei, »die eine neue und weltanschaulich betonte Note in die Parteienlagerung der Rechten hineinträgt. Sie will durch den Einsatz konservativer Kräfte in diesem Staat politische Realitäten schaffen und kann dadurch mehr für die Überwindung marxistischer Einflüsse leisten, als es noch so viele Entschließungen und Kampfansagen einer alldeutsch geführten Opposition vermögen«. Das Landvolk endlich fände seine neue Heimat in einer berufsständisch gebundenen

¹⁹³ Karl Dietrich Bracher, »Die Auflösung der Weimarer Republik«, 2. Aufl., S. 348.

¹⁹⁴ »DHW«, 37. Jg., Nr. 14 v. 25. 7. 1930, S. 281.

Landvolkpartei. »So gehen an Stelle der einen großen Rechtspartei vier Parteien in den Wahlkampf. Drei von ihnen mit mannigfachen inneren Beziehungen und teilweise die Gemeinsamkeit durch Listenverbindung betonend. Sie alle sich zu den sozialen Aufgaben der Gewerkschaften bekennend¹⁹⁵«.

Aber nicht nur die Zersplitterung auf der gemäßigten Rechten war der Grund für die geringen Aussichten der Volkskonservativen. Ihre Parteigründung erfolgte zu kurz vor den Wahlen. Ihre nuancierte und intellektuell anspruchsvolle Sprache wurde von der lauten und radikalen Propaganda der Nationalsozialisten übertönt und erreichte große Teile der Bevölkerung überhaupt nicht. Es fehlte den Volkskonservativen weder an profilierten Persönlichkeiten noch an der finanziellen Basis. Das Bestreben, der Regierung Brüning das notwendige Fundament zu verschaffen, veranlaßte den DHV, sich mit erheblichen finanziellen Mitteln am Aufbau der Konservativen Volkspartei zu beteiligen und auch die anderen Mittelparteien stark zu unterstützen. Jonas gibt an, die Finanzierung ihrer politischen Arbeit sei »vor allem durch Zuschüsse des DHV und – in wesentlich geringerem Grade – durch Zuschüsse seitens der Industrie und Banken« erfolgt. »Nach Treviranus wurden etwa 40 0/0 der Organisationskosten über Habermann und den DHV, 25 0/0 aus anderen Quellen, der Rest durch Mitgliederbeiträge aufgebracht¹⁹⁶«. Auf der anderen Seite aber gab der DHV zur Wahrung seiner »Überparteilichkeit« und um seine Beziehungen zur NSDAP nicht noch weiter zu verschlechtern, auch für die nationalsozialistischen Kandidaten aus dem Verband, Forster und Stöhr, eine Beihilfe von je 30 000 RM an das »Braune Haus« in München¹⁹⁷.

Waren die Wahlaussichten einer neuen Partei schon von vornherein gering anzusetzen, so mußte das Fehlen einer zum Wahlkampf geeigneten Parteiorganisation die Chancen der Volkskonservativen auf ein Minimum reduzieren. Noch Mitte Juni 1930, einen Monat vor der Vereinigung mit der Westarp-Gruppe, stellte ein Polizeibericht fest: »Die Volkskonservative Vereinigung befindet sich auch heute noch im Anfangsstadium. Es ist bis jetzt noch nicht zu übersehen, welche Formen die Vereinigung annehmen wird und wieviel Mitglieder sie zur

¹⁹⁵ »DHW«, 37. Jg., Nr. 15 v. 10. 8. 1930, S. 297/98.

¹⁹⁶ Erasmus Jonas, a. a. O. S. 138.

¹⁹⁷ Albert Krebs, »Max Habermann. Eine biographische Studie«, S. 49.

Zeit hinter sich hat. Ein organisatorischer Aufbau hat bisher noch nicht stattgefunden¹⁹⁸. Bei der für die DHV-Gruppe entscheidenden Sezession von der DNVP im Dezember 1929 darf nicht übersehen werden, daß sie sich nur auf den Reichstag und einige Länderparlamente erstreckte, aber keine Austrittsbewegung unter den Parteimitgliedern zur Folge hatte. In der stark von den DHVern beeinflussten Ortsgruppe Bergedorf des Landesverbandes Hamburg traten zwar Johannes Irwahn und Albert Zimmermann im März 1930 demonstrativ aus der DNVP aus, und das ehemals der DHV-Verwaltung angehörende Bürgerschaftsmitglied Eugen Clauß folgte ihnen im August des Jahres. Aber nicht einmal in Hamburg, das durch den Sitz des DHV Schwerpunkt der volkskonservativen Bewegung war, ist eine nennenswerte Schwächung der deutschnationalen Parteiorganisation erfolgt. Auch nach dem Abfall der Westarp-Gruppe standen die Landesverbände geschlossen hinter Hugenberg.

Die Volkskonservativen bemühten sich, die organisatorischen Mängel durch Propaganda auszugleichen. Dabei unterstützte sie der DHV durch seine publizistischen Mittel: Artikel in Zeitschriften, Flugblätter und Wahlaufrufe, außerdem durch Postwurfsendungen mit der Aufforderung, der Konservativen Volkspartei beizutreten¹⁹⁹. Das Wahlergebnis bestätigte die geringe Resonanz, die die Volkskonservativen bei den Wählern gefunden hatten. Sie gewannen kein einziges Mandat in den Wahlkreisen. Nur durch die Reichslistenverbindung mit dem Landvolk konnten Graf Westarp, Treviranus, von Lindeiner-Wildau und Lambach wieder in den Reichstag einziehen. Am 25. September 1930 interpretierte der Verbandsvorsteher die Wahlen in der »Handels-Wacht«. Er versuchte die Frage zu beantworten, warum die drei aus der Hugenbergpartei ausgeschiedenen Gruppen »nicht den wohl von vielen erwarteten Erfolg« gehabt hätten: »Die Hoffnungen waren übertrieben. Die Gruppen, insbesondere die Konservativen, waren noch zu unbekannt, hatten keine Presse, keinen Parteiapparat, mit dem sie den Wahlkampf im großen zu führen in der Lage gewesen wären. Versammlungen allein können Wählermassen nicht gewinnen«.

¹⁹⁸ »Mitteilungen LKPA Berlin«, 15. 6. 1930, S. 38 (Hann. Des. 80/II/772); Erasmus Jonas, a. a. O. S. 137, gibt an, daß sich ihr Mitgliederbestand zwischen 10 000 und 30 000 bewegte. Er hielt die kleinere Zahl für wahrscheinlicher, da bei dem Regelbeitrag von monatlich RM 1,— die »Volkskonservativen Stimmen« kostenlos geliefert wurden. Deren Auflagenhöhe aber lag »mit einiger Sicherheit . . . unter 10 000«.

¹⁹⁹ »HDNM«, 11. Jg., H. 9a v. 9. 9. 1930.

Der Titel seines Aufsatzes »Ein Wendepunkt?« deutete aber an, daß der DHV bereit war, aus dem Wahlergebnis Konsequenzen zu ziehen und die Notwendigkeit erkannte, in Zukunft nach anderen Möglichkeiten politischer Einflußnahme zu suchen²⁰⁰.

In den rechtsradikalen Mitgliederkreisen trug die Unterstützung der Volkskonservativen der Verbandsleitung erhebliche Kritik ein. Die Aufforderung des Gauvorstehers in der Nordmark und Vorstehers der Ortsgruppe Groß-Hamburg, die Liste 16 – Konservative Volkspartei – zu wählen, veranlaßte das nationalsozialistische DHV-Mitglied Karl Tiemann aus Hamburg, am Tage nach der Wahl in einem Schreiben an die Verbandsleitung seinem Mißfallen darüber Ausdruck zu geben. Er hielt es für »einen groben Verstoß gegen die Ziele unserer Gewerkschaft, wenn, wie Sie es machten, für eine bestimmte Person einer gewissen Partei, die Werbetrommel in der krassen Form gerührt wird« und teilte der Verwaltung ausdrücklich mit, »daß ich der Liste 16 meine Stimme nicht gegeben habe, wie überhaupt tausende DHVer diesmal nicht Ihrem Rufe gefolgt sein müssen, sonst könnten unmöglich nur etwas über 305 000 Stimmen für die Liste 16 zusammengekommen sein²⁰¹«.

Zwischen 1920 und 1930 vertrat die Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen eine Politik, deren soziale Ausrichtung sie trotz des nationalen Ausgangspunktes in immer stärkeren Gegensatz zur politischen Rechten brachte. Eine zweite Front entstand; denn die erste gegenüber der »marxistischen« Linken blieb ohne Diskussion weiterbestehen. An der zweiten Front gegenüber der Rechten bemühte sich der DHV, eine »volkskonservative« Politik auf der Hindenburglinie durchzusetzen und befand sich darin in Einklang mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Diese Politik war nach dem Ausgang der Septemberwahlen von 1930 gescheitert. Die Wahlen wurden durch das Anwachsen der nationalsozialistischen Reichstagsmandate von 12 auf 107 und den Verfall der DNVP zu einem Wendepunkt in der deutschen Geschichte.

Albert Zimmermann unternahm im Dezember 1930 in den »Hamburger Nachrichten« den Versuch, den Eindruck wiederzugeben, den die

²⁰⁰ »DHW«, 37. Jg., Nr. 18 v. 25. 9. 1930.

²⁰¹ Schreiben von Karl Tiemann an den DHV v. 15. 9. 1930 mit dem Nachsatz: »Abschriftlich dem Gau Hamburg der NSDAP zur Kenntnisnahme und evtl. Verwendung.« Forschungsstelle, Fasc. K 1.

Leitung seines Verbandes vom Untergang der »Volkspartei« auf der Rechten gewonnen hatte. Er wies auf den Ursprung der Partei hin, die in der Revolutionszeit Kräfte aus den verschiedensten Lagern vereinigt hatte: die Deutschkonservativen, die Christlich-Sozialen Stoeckerscher und die Deutschsozialen Liebermann-Raabscher Färbung. Erstere hätten große Teile der Landbevölkerung, der unteren und höheren Beamten und viele Offiziere als Wähler gebracht, letztere mittelständische Arbeitnehmerkreise an sich gezogen. Der Zerfall der Partei habe begonnen, als die Arbeitnehmervetreter in der Partei zurückgedrängt wurden. Zimmermanns Meinung nach war es kein Zufall, daß Schüler Stoeckers und Nachfolger Mumm (Stoeckers Schwiegersohn), Behrens, Rippel, Hartwig und Lambach die Träger der Abfallbewegung wurden. »Sie, die in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung tätig sind oder ihr freundlich gegenüberstehen, wurden bald in die Notwendigkeit versetzt, den Kampf fortzusetzen, den Stoecker vor vierzig Jahren gegen die Mehrheit der Deutschkonservativen Partei geführt hatte. Damals wurde Stoecker bekanntlich ebenso zum Austritt genötigt, wie kürzlich seine Nachfolger es wurden«. Als Ursache für den Austritt sah Zimmermann, damals wie neuerdings, die verschiedene Stellung zu den sozialen Problemen an. Die Einstellung von Hugenberg, Bang und Quatz habe die Arbeitnehmerkreise zurückgeschreckt. Sie gingen zur Konservativen Volkspartei, »teils aber gingen sie noch ein Haus weiter, nämlich zu Hitler. Bei den Nationalsozialisten glaubten sie sowohl den nationalen als auch den sozialen Gedanken in sicherer Hut«.

3. DHV und NSDAP

Beziehungen zwischen DHV und NSDAP bestanden, seit Hitler die Partei im Februar 1925 in München neu gegründet hatte. Sie unterschieden sich zunächst in keiner Weise von den Kontakten, die der Verband Mitte der zwanziger Jahre zu den bürgerlichen Parteien unterhielt. Parlamentarische Vertreter der NSDAP aus den Reihen des DHV waren der »verbandsoffizielle« Reichstagsabgeordnete Franz Stöhr, der schon im Mai 1924 als Mitglied der Nationalsozialistischen

*** »Hamburger Nachrichten«, Nr. 588 v. 17. 12. 1930, Abendausgabe.

Freiheitspartei gewählt worden war, sowie die Gauleiter Wilhelm Murr und Albert Forster, die 1930 in den Reichstag einzogen. Seit 1924 gehörte der aus dem DHV kommende Willi Marschler dem Thüringischen Landtag an; 1931 zog Friedrich Stanik in die Hamburger Bürgerschaft ein. Reinhold Muchow und August Haid bekleideten führende Posten in der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation.

Die prominentesten Nationalsozialisten im DHV waren der spätere Gauleiter von Hamburg, Dr. Albert Krebs, und der bereits genannte Reichstagsabgeordnete Franz Stöhr. Krebs war bereits Parteimitglied, als er Anfang 1925 von Max Habermann als »Referent für politische Erziehung und volksbürgerliche Arbeitsgemeinschaften« für den DHV gewonnen wurde. Stöhr und Krebs vertraten sowohl im DHV als auch in der NSDAP zwei verschiedene Generationen. Der 1879 in Böhmen geborene Franz Stöhr war bis 1906 als kaufmännischer Angestellter in Handel und Industrie tätig. Dann ließ ihn die hauptberufliche Arbeit im DHV zum Sozialpolitiker werden. Nach dem Krieg, den er als Angehöriger der österreichischen Armee mitmachte, stieg er im Verband auf. Er war als Gauvorsteher in Erfurt, Wien und München tätig. Im September 1921 wurde er Vorsteher des Gaues Brandenburg-Pommern in Berlin. Von jeher völkisch eingestellt, war er schon in seiner Jugend Anhänger Georg Ritter von Schönerers gewesen. Sein politischer Weg führte ihn von der sudetendeutschen nationalsozialistischen Bewegung und der Deutschsozialen Partei des Reiches zu Adolf Hitler²⁰³. Verglichen mit ihm gehörte Albert Krebs zu den »Jungen«. Er wurde 1899 in Amorbach im Odenwald geboren, studierte Germanistik und Geschichte und promovierte 1922. Die letzten Monate des Krieges machte er als Freiwilliger mit und gehörte in der Nachkriegszeit verschiedenen Freikorps und Zeitfreiwilligenverbänden an. 1922 schloß er sich in Marburg der NSDAP an. Seine Verbindung zum DHV kam durch ein »Jungdeutsches Treffen« zustande, denn der DHV suchte für seine im Umbau befindliche Abteilung Bildungswesen Mitarbeiter, »die möglichst aus der Jugendbewegung stammen sollten²⁰⁴«. Während Franz Stöhr den Typ des völkischen Vorkämpfers verkörperte, der sich schließlich zu Hitler bekannte, stieß Albert Krebs ohne das ideolo-

²⁰³ »Deutsches Führerlexikon 1934/35«, S. 479.

²⁰⁴ Albert Krebs, »Max Habermann, Eine biographische Studie«, S. 1.

gische Erbe der Völkischen als junger Aktivist unmittelbar zur Partei. Aus der Jugendbewegung brachte er die in der Bildungsarbeit des DHV geforderten geistigen Voraussetzungen mit. Albert Krebs berichtet, daß die Arbeit der Abteilung 17 kaum zu Auseinandersetzungen mit der NSDAP oder mit nationalsozialistischen Verbandsmitgliedern geführt habe²⁰⁵. Seiner Meinung nach gab es dafür zwei Gründe: einerseits waren die Träger des DHV-Bildungswesens selten gleichzeitig aktive Nationalsozialisten, andererseits schien auf diesem Gebiet Übereinstimmung zwischen DHV und NSDAP zu bestehen. Beide vertraten eine völkische Weltanschauung, zu der der Antisemitismus gehörte. Die Unterschiede kamen den jungen DHVern und Parteimitgliedern in dieser Zeit nicht zum Bewußtsein. Zwischen 1928 und 1931 veranstaltete die Abteilung 17 mit den Gaubildungsämtern Wochenendtagungen und Schulungswochen für nationalsozialistische Verbandsmitglieder. Nach Albert Krebs, der diese Veranstaltungen leitete, sollte damit jungen Nachwuchskräften »eine sichtende und ausrichtende Übersicht über die politische Gesamtlage gegeben werden, die für ein erfolgreiches politisches Handeln, sei es in der Partei oder im DHV, Voraussetzung war²⁰⁶«.

Gegensätze zwischen beiden Organisationen ergaben sich auf dem Gebiet der praktischen Politik. Den ersten Anlaß zum Konflikt gab es vor den Reichstagswahlen im Mai 1928, denn die starke Agitation des Verbandes für seine Kandidaten in den bürgerlichen Parteien: Lambach (DNVP), Thiel und Glatzel (DVP) sowie Gerig (Zentrum) rief eine nationalsozialistische Opposition im Verband hervor. Albert Krebs ist der Meinung, diese Opposition sei nicht unbegründet gewesen²⁰⁷: bei der Kandidatur Frank Gatzels im Gau Niederrhein-Westfalen habe die Wahlpropaganda des Verbandes die Grenzen einer weitherzig verstandenen »Neutralität« genauso überschritten wie zwei Jahre später für Walther Lambach und die Volkskonservativen. Die Agitation für Glatzel verursachte eine nationalsozialistische Gegenbewegung. Im Sommer 1928 sammelte sich in Niederrhein-Westfalen eine Gruppe jüngerer nationalsozialistischer Verbandsangehöriger um Peter Berns, der wenige Jahre später Bundesführer der »Geusen« wurde. In einem Rundschreiben vom 10. September 1928

²⁰⁵ Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten«, S. 15.

²⁰⁶ Ebenda, S. 25.

²⁰⁷ Ebenda, S. 21.

erklärte er den Parteigenossen im DHV sein Vorhaben. Er setzte voraus, daß die NSDAP für die Parteigenossen das Primäre, der DHV das Sekundäre sei, weil die NSDAP die Partei des ganzen deutschen Volkes sei, nicht die Vertretung einer einzelnen Klasse oder eines einzelnen Standes. Er beabsichtigte daher auch nicht, einen Angestelltenausschuß seiner Partei einzurichten, ähnlich denen der DNVP und der DVP, sondern einen »nationalsozialistischen Stoßtrupp innerhalb des DHV«, der dem Nationalsozialismus den ihm gebührenden Einfluß sichern sollte. Die Gruppe sollte den Widerstand brechen, den die »zentrumlichen und liberalen Kollegen« der nationalsozialistischen Weltanschauung und dem völkischen Gewerkschaftsgedanken in den DHV-Ortsgruppen entgegensetzten²⁰⁸. Durch diese Vorgänge veranlaßt, begann Albert Krebs die Vermittlungstätigkeit zwischen Verband und Partei, die er in seinem Buch »Tendenzen und Gestalten der NSDAP« schildert und die in den Gesprächen zwischen Hitler, Brüning und Habermann im Herbst 1930 gipfelte. Zur »geistigen Untermauerung« seiner Vermittlungsversuche schrieb Krebs im zweiten Novemberheft 1928 der von Gregor Strasser herausgegebenen »Nationalsozialistischen Briefe« einen Aufsatz unter dem Titel »Partei und Gewerkschaft«. Um die verschiedenen Funktionen der beiden Organisationen darzulegen, ging er von Wilhelm Stapels Analyse der Begriffe »Volk« und »Staat« aus und leitete die Begriffe »Partei« und »Gewerkschaft« aus ihrer Zugehörigkeit zu dem von Stapel gesetzten Ordnungspaar ab. Demnach vertrat die Partei das »männliche«, staatliche, kriegerische Element; sie war politisch das Primäre. Die Gewerkschaft dagegen vertrat das »weibliche«, volkliche, gesellschaftliche Element; sie war biologisch das Primäre. Die enge gegenseitige Durchdringung der Organisationen sei notwendig, um die Nation als Ganzes zu gestalten. Beiden kämen dabei verschiedene Aufgaben zu. Krebs schloß seine grundsätzlichen Überlegungen mit der Feststellung, daß eine Gewerkschaft keinen revolutionären Kampf um die Staatsmacht führen könne. Die Fürsorge für die Mitglieder zwingt sie zu täglichem Kompromiß, zur Verbindung mit dem herrschenden System. »Die Partei verlangt Opfer von ihren Mitgliedern; bei der Gewerkschaft steht Leistung gegen Gegenleistung. Die Partei wurzelt im Ideellen, die Gewerkschaft doch zu einem großen Teil im Materiellen. Die

²⁰⁸ Forschungsstelle, Fasc. K 1.

Partei sieht Zukunft, die Gewerkschaft Alltagsgegenwart. All die Verschiedenheiten, die zwischen Staat und Volk bestehen, lassen sich auch zwischen Partei und Gewerkschaft erkennen. Ihre Überbrückung ist erst in einem neuen Reich möglich²⁰⁹«. Soweit die NSDAP zur Führung ihres staatspolitischen Kampfes »gewerkschaftlicher Etappenunterstützung« bedürfe, müsse sie versuchen, »mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DHV zu einem Modus vivendi zu kommen«. Soweit es sich aber um die Gewinnung der Arbeiter für die nationalsozialistische Staatsauffassung handle, müsse in der Form der Betriebszellen gearbeitet werden²¹⁰.

Dem DHV ging es bei dieser Abgrenzung der Aufgabengebiete darum, allen Plänen einer nationalsozialistischen Gewerkschaftsgründung entgegenzuwirken. Daß sie vorhanden waren und auch offiziell erwogen wurden, zeigte die »Sondertagung Gewerkschaftsfragen« auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1929. In den Anträgen zu dieser Tagung stand gerade der DHV und dessen Politik im Mittelpunkt der Kritik, speziell seine Unterstützung der DVP. Wenn einige Antragsteller daraus den Schluß zogen, die NSDAP müsse eine eigene Gewerkschaft gründen, so lassen die ausweichenden Antworten der Parteileitung erkennen, daß die NSDAP keinesfalls vorhatte, als Neuling auf einem so realpolitischen Gebiet wie der gewerkschaftlichen Interessenvertretung verantwortungsvolle Arbeit zu leisten²¹¹.

Über das Bestreben hinausgehend, zwischen NSDAP und DHV eine Art Kompetenzverteilung vorzunehmen, kam dem Artikel von Albert Krebs insofern eine politische Bedeutung zu, als das Verhältnis zwischen DHV und DNVP im Herbst 1928 durch den »Fall Lambach« bereits gespannt war. Der Verband mußte sich daher bemühen, den

²⁰⁹ »NS-Briefe«, 4. Jg., H. 10 v. 15. 11. 1928, S. 151/52.

²¹⁰ Ebenda, S. 152.

²¹¹ Die Stellung verschiedener Nationalsozialisten zum DHV geht aus einem der Anträge hervor. Darin sagt der Antragsteller: »Sehr viele Pgg., die kaufmännische Angestellte sind, sind heute im DHV organisiert und helfen dessen Kasse stärken, die im Jahre 1928 12 $\frac{1}{2}$ Millionen RM Beitragseinnahmen aufwies. Viele hoffen, den DHV nationalsozialistisch machen zu können, merken aber immer noch nicht, daß das unmöglich ist, sondern er im Gegenteil von den Deutschnationalen immer mehr zur Deutschen Volkspartei herüberraucht (ein großer Teil des Stimmenzuwachses der DVP in Sachsen geht zweifellos auf Konto des DHV). H. Thiel arbeitet auch auf Grund des Anschriftenmaterials des DHV direkt für die DVP, er verschickt Einladungen zu Versammlungen seiner Partei an Leute, die nie etwas mit der Partei zu tun gehabt haben oder haben wollen. Ferner verwendet der DHV mit Vorliebe unsere Pgg. in seiner Organisation, er entzieht diese dadurch der Parteiarbeit«. Jacobsen/Jochmann, »Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus«.

anderen Parteien und vor allem der NSDAP gegenüber den Rücken frei zu haben. Da die NSDAP ihrerseits zu diesem Zeitpunkt zu schwach war, die Machtposition des DHV anzugreifen, konnte ihr dessen wohlwollende Haltung nur willkommen sein. So überrascht es nicht, daß der Artikel von der Partei positiv aufgenommen wurde. Krebs hatte für seine Vermittlungsarbeit »nun sozusagen parteioffiziell genehmigte Richtlinien²¹²«.

Doch der Burgfriede zwischen DHV und NSDAP war nicht von Dauer. Die innenpolitische Entwicklung der Jahre 1929 und 1930, die Vorgänge um den Young-Plan, das Volksbegehren und die Gründung der Volkskonservativen Vereinigung stellten schwere Belastungen für die innere Geschlossenheit des Verbandes dar. Im Mai 1930 sah sich die »Handels-Wacht« gezwungen, gegen »parteipolitisch fanatisierte Störenfriede« in den eigenen Reihen vorzugehen, die versuchten, den DHV auf ihre politische Linie festzulegen²¹³. Die »Handels-Wacht« führte einen ganzen Katalog von Verstößen gegen die Satzung und die Verbandsdisziplin auf. Der eine, hieß es dort, schreibe in politischen Tageszeitungen, »daß die Verbandsmitglieder für seine Partei reif seien, man brauche nur noch die Verbandsführung zu beseitigen«. Ein anderer lasse sich in den Ortsgruppenvorstand wählen und unterrichtete die Öffentlichkeit durch »sein« Parteiblatt über vertrauliche Vorstandssitzungen. Ein dritter bilde nach kommunistischem Vorbild eine »Zelle« innerhalb des Verbandes, und ein vierter schmuggle berufsferme Parteigenossen als Störtrupp in geschlossene Mitgliederversammlungen.

Gegen diese und ähnliche Versuche der Nationalsozialisten, die Verbandssolidarität zu stören, ging die Verwaltung mit Ausschlüssen vor. Die »Handels-Wacht« vom 25. Mai 1930 nannte neun davon betroffene Verbandsangehörige. Das Argument der Verbandsleitung für die von ihr verfügten Ausschlüsse, die »Verletzung der satzungsgemäßen parteipolitischen Neutralität des Verbandes«, blieb nicht unwidersprochen. In einem nur mit der Mitgliedsnummer gezeichneten Beschwerdebrief an die Verwaltung vom 31. Mai 1930 hieß es: »Wenn aber eine parteipolitische Neutralität verletzt worden sein soll, so muß eine solche vorhanden sein. Sobald die Verwaltung

²¹² Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten«, S. 24.

²¹³ »DHW«, 37. Jg., Nr. 10 v. 25. 5. 1930, S. 190.

des Verbandes die gerade Linie parteipolitischer Neutralität nicht einhält bzw. Übertretungen seitens Vertreter bürgerlicher Parteien duldet, kann Nationalsozialisten daraus kein Vorwurf gemacht werden, daß sie nun ihrerseits für die Wahrung der parteipolitischen Neutralität des Verbandes eintreten²¹⁴«. Das in der Ära Brüning immer deutlicher zutage tretende Engagement der Verbandsleitung für die Mittelparteien einerseits und die zunehmende Radikalisierung der nationalsozialistischen Verbandsmitglieder andererseits ließen den gegenseitigen Vorwurf der Verletzung der politischen Neutralität des Verbandes bis 1933 nicht mehr verstummen.

Im Frühjahr 1930 legte der für die politische Linie des Verbandes verantwortliche Max Habermann in einem Gespräch mit Albert Krebs seine Auffassung von dem Verhältnis zwischen DHV und NSDAP nieder. Seiner Meinung nach war es für den DHV vorteilhaft, daß er mit den bürgerlichen Parteien in vielen Punkten nicht übereinstimmte. So wurde Abstand gewahrt. Der Verband schloß ein Geschäft ab, bei dem die Parteien dem DHV parlamentarische Unterstützung seiner sozialpolitischen Forderungen zusagten, der Verband dagegen Wahlempfehlungen aussprach, für offizielle Verbandskandidaten Wahlspenden gab und publizistische Hilfe gewährte. Mit der NSDAP war es anders, weil zwischen ihr und dem DHV in der nationalen, sozialen und völkischen Politik keine Unterschiede und Gegensätze bestanden. »Tausende von Mitgliedern des DHV könnten im guten Glauben annehmen, daß nun endlich *ihre* Partei entstanden und auf dem Weg zur Macht wäre. Tausend andere, etwas vorsichtiger und mißtrauischer, würden nach dem Versagen der bisherigen Parteien wenigstens verlangen, daß man der neuen Partei und ihren neuen Männern ehrlich und rückhaltlos die Gelegenheit gäbe, sich zu bewähren und zu beweisen. An dieser Einstellung eines großen, bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise wahrscheinlich noch zunehmenden Teiles der Mitgliedschaft könnte die Verbandsführung nicht vorübergehen; sie dürfte aus Verantwortung gegenüber dem Verband und dem Volksganzen aber auch nicht vor ihr kapitulieren²¹⁵«. Habermanns Überlegungen gewannen nach dem Ausgang der Septemberwahlen von 1930, dem Scheitern der Volkskonservati-

²¹⁴ Forschungsstelle, Fasc. K 1. DHV-Mitglied Nr. 516 674 am 31. 5. 1930 an die Verwaltung des DHV.

²¹⁵ Albert Krebs, »Max Habermann, Eine biographische Studie«, S. 43/44.

ven und dem starken Gewinn der NSDAP an Gewicht. Die Nationalsozialisten im Verband waren damit zu einem Faktor geworden, den die Verbandsleitung bei ihren politischen Entscheidungen in Rechnung zu stellen hatte. Es kam darauf an, eine Regelung zwischen Verbands- und Parteileitung zu treffen, die in den Untergliederungen des DHV beruhigend wirken sollte.

Habermann bereitete seine neue Politik gut vor und versuchte, ihr auch innerhalb des Verbandes den notwendigen Rückhalt zu verschaffen. Dabei hat er wohl zugleich im Auge gehabt, daß die Amtszeit des Verbandsvorstehers in zwei Jahren ablaufen würde. Es galt also nicht allein, Unterstützung für die politische Neuorientierung des Verbandes zu gewinnen, sondern auch eine Hausmacht für eine künftige Kandidatur als Verbandsvorsteher zu begründen. Zu diesem Zweck appellierte Habermann an die Führerschaft der Jugendgliederungen des Verbandes. Am 4. Oktober 1930 fand zwischen ihnen und der Verbandsleitung eine erste Beratung statt, um neue national-, sozial- und kulturpolitische Richtlinien festzulegen. Aufgrund der Besprechungen entstand im Januar 1931 der »Ring der jungen Mannschaft im DHV«. An die Spitze des Ringes traten der Junggehilfenführer und Gaubildungsobmann im Gau Niederrhein-Westfalen Paul Eckardt, die Schriftleiter der Zeitschrift »Stand und Staat« Cornelius von der Horst und Ernst Schrewe, der Leiter der Abteilung Bildungswesen, Fritz Irwahn, der Führer des Bundes der Kaufmannsjugend, Ernst Mundt, und der Bundesleiter der Fahrennden Gesellen, Hermann Schumacher. Die enge Verbindung zur Verbandsleitung wurde durch die Beteiligung von vier Verwaltungsmitgliedern zum Ausdruck gebracht²¹⁶. Organ des Ringes war die Monatsschrift »Stand und Staat«, die sich seit 1930 als Sprachrohr der jungen Generation des DHV durchsetzte. Die »Stimmen der Jungmannschaft im DHV« hatten die Aufgabe, das Zeitgeschehen vom Standpunkt des Verbandes her zu deuten und dem Stand seinen Platz im zukünftigen Staat zu sichern. Fritz Irwahn, der Sohn des Verbandsgründers, der sich um die begriffliche Ausprägung dieses Zieles bemühte, erklärte 1931, daß es sich dabei letzten Endes um die Auseinandersetzung mit dem sterbenden Liberalismus handle. Das Neue sei deshalb so schwer in Worte zu fassen, weil die politische Sprache durch den Liberalismus

²¹⁶ »Der deutsche Kaufmann im Auslande«, 19. Jg., Nr. 11, November 1931, S. 266.

geprägt worden sei, den man gerade ablehne. Die Faktoren der Auseinandersetzung seien daher weder mit dem Wort Nationalsozialismus noch mit dem Wort Konservatismus eindeutig zu beschreiben, weil beiden »liberalistische Befangenheit« anhafte. Auch die politischen Begriffe »rechts« und »links« seien nicht mehr ausreichend. Irwan schloß seine Reflexionen über Stand und Staat mit der Bemerkung: »Wie weitgehend sich das politische Geschehen in seinen Tendenzen wandelt, wird sichtbar, wenn man weiß, daß wir den Begriff ‚Revolution‘ noch bis vor wenigen Jahren nur als Werk proletarischer Elemente fassen konnten, während eine Revolution als Ausbruch nationaler Energien heute viel wahrscheinlicher ist²¹⁷«.

Solche Formulierungen brachten den »Ring der jungen Mannschaft im DHV« in die Nähe der Vertreter einer »konservativen Revolution«. Tatsächlich berief sich die Zeitschrift »Stand und Staat« auf Moeller van den Bruck als denjenigen, der die gegenwärtige Krise geistig vorbereitet habe. Ihr Novemberheft von 1932 kündigte die neuerschienene Volksausgabe seines »Dritten Reiches« an, und der Schriftleiter betonte, daß dieses Buch »selbstverständlich« in jedes deutsche Haus gehöre²¹⁸. Im DHV vertraten Max Habermann und Wilhelm Stapel ähnliche Gedanken, nicht ohne sie auf die spezifischen Fragen des Verbandes und die praktische Politik zuzuschneiden. Max Habermanns »Stand und Staat. Eine Rede an die junge Mannschaft des DHV« erschien im Januar 1931 zur Gründung des »Ringes der jungen Mannschaft«. Sie wurde im Ortsgruppenbrief des DHV als die geistige Grundlage bezeichnet, auf der die Arbeit des Ringes aufbauen könne²¹⁹. Habermann gab in seiner Schrift eine Deutung der inzwischen fast vierzigjährigen Verbandsgeschichte, wie er sie 1931 verstanden wissen wollte. Der DHV habe der Lehre des Klassenkampfes die Idee des Standes entgegengesetzt. Die Standesgemeinschaft aber könne nur in engster Beziehung zum Staat existieren, sie könne ihn weder praktisch noch theoretisch verneinen. Habermann wollte das Verhältnis von Stand und Staat – im Gegensatz zum Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus – in eine Wechselbeziehung bringen: der Staatsapparat sollte bei der Gestaltung des sozialen Lebens weitgehend zurückgedrängt werden und der ständischen Selbstverwaltung möglichst viele Auf-

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ »Stand und Staat«, 3. Jg., H. 11, November 1932, S. 276.

²¹⁹ Ortsgruppenbrief des DHV, Sondernummer 4, Hamburg, 28. 1. 1931, DAK T 101/5.

gaben überlassen. Diese wiederum sei auf den notwendigen Zwang des Staates angewiesen, der die mannigfaltigen Standesinteressen den Lebensnotwendigkeiten des Ganzen zu unterstellen habe. Die »Zucht der nationalen Verantwortung« sei dann gegeben, »wenn neben der Hoheit des Staates die Stände als große Erziehungsgemeinschaften zum Volk wirksam sind. So können sie sich gegenseitig binden und tragen und aus dem Massenvolk der Zivilisation ein Staatsvolk machen, indem alle Kräfte letzten Endes hingeführt werden auf das eine Ziel: Größe und Ehre des deutschen Volkes und des deutschen Staates²²⁰«.

Die Beziehung von Stand und Christentum skizzierte Habermann nur kurz. Er vertrat die Meinung, daß sich DHV und Christliche Gewerkschaften als interkonfessionelle Organisationen beim Aufbau der Zukunft der Nation vereinigen²²¹. Die anschließenden Fragen des Verhältnisses von Christentum und Nationalsozialismus hat Wilhelm Stapel in seiner Schrift aus dem gleichen Jahr behandelt. Er kam zu dem Schluß: Rassenfragen und Christentum berühren sich nicht; für den Christen besteht kein Grund, »den Nationalismus mit seinen volk- und zeitgebundenen Gewissensentscheidungen zu verdammen²²²«, und in dem von den Nationalsozialisten vertretenen Sozialismus seien keine Mauern gegen das Christentum errichtet. Stapel konnte daher behaupten: »die Widerstände, die sich dem Christentum im Nationalsozialismus bieten, sind nicht grundsätzlicher, sondern subjektiver und individueller Art²²³«. So wie er zehn Jahre zuvor Volk und Staat als grundsätzliche Kategorien geschieden hatte, führte er jetzt eine sorgfältige Trennung der Funktionen von Kirche und Staat durch. Seine »Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus« befreiten den einzelnen von dem Zwang der Entscheidung: eine Betätigung in nationalsozialistischem Sinne auf dem staatlichen Sektor schloß die positive Stellung zu Christentum und Kirche nicht aus.

Habermanns Ausführungen über die Rolle des Standes im zukünftigen Staat und Stapels Versuch einer Überbrückung der Gegegensätze zwischen Christentum und revolutionärem Nationalismus sollten ebenso wie die Mobilisierung der »Jungen Mannschaft im DHV« einer Verständigung mit der NSDAP den Weg bereiten. Gedacht war dabei an eine Koalition, die unter Ausschluß der hugenbergischen DNVP

²²⁰ Max Habermann, »Stand und Staat«, S. 30.

²²¹ Ebenda, S. 20/21.

²²² Wilhelm Stapel, »Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus«, S. 23.

²²³ Ebenda, S. 26.

Zentrum und Mittelparteien mit der NSDAP verbinden sollte. In diesem Sinne hat Habermann bereits unmittelbar nach den Septemberwahlen von 1930 über Albert Krebs persönliche Kontakte zwischen Brüning und Hitler vermittelt²²⁴. Im Laufe des folgenden Jahres wandelte er seine Konzeption unter dem Eindruck der immer stärker anwachsenden nationalsozialistischen Bewegung noch etwas ab. Ursprünglich hatte er gedacht, die Wählermassen der NSDAP als außenpolitisches Druckmittel einzusetzen und war auch 1931 noch der Meinung, sie seien die stärkste Waffe, »über die der Reichskanzler überhaupt im außenpolitischen Meinungskampf« verfügen könne²²⁵. Als Brüning aber gezwungen war, sein Kabinett im Herbst 1931 umzubilden, wurde Habermann gewahrt, daß er die NSDAP auch innenpolitisch in Rechnung zu stellen hatte. Den letzten Anstoß zu dieser Erkenntnis gab die Harzburger Tagung der Nationalen Opposition. Sie offenbarte, daß Hitler Bündnispartner gefunden hatte und anscheinend bereit war, den Weg zur Macht mit ihnen gemeinsam zu gehen. War das aber der Fall, dann verband sich Hitler nach Habermanns Auffassung mit den falschen Partnern. Das veranlaßte ihn, am 25. Oktober 1931 mit seinem Artikel »Brüning und Hitler« eine andere Verbindung zu empfehlen. Der Artikel wurde in der deutschen Öffentlichkeit stark beachtet²²⁶. Habermann erklärte einleitend, daß der DHV zu einer Prüfung der Frage, ob eine Synthese Brüning – Hitler überhaupt gelingen könne, berufen sei, »weil in der nun bald vierzigjährigen Geschichte unseres Verbandes eine solche Synthese Gestalt geworden ist«. Dieser Ausgangspunkt und der Hinweis auf die Verbandsgeschichte zeigen, daß es Habermann um einen »nationalen Sozialismus« ging. Er fuhr fort: »Die nationale Opposition, wie sie in Harzburg aufgetreten ist, bereitet uns eine schwere Sorge, weil sie die Gefahr deutlich macht, daß der nationale Sozialismus seinen Weg im Bündnis mit der finsternen, von der Schwerindustrie finanzierten Reaktion gehen will²²⁷«. Noch 1931 verstanden der politische Beauftragte des DHV und die Verbandsleitung den Namen der NSDAP als Programm. Durch die Kontakte zu Albert Krebs und Gregor Strasser, die selbst auf dem

²²⁴ Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten«, S. 30.

²²⁵ »DHW«, 38. Jg., Nr. 16 v. 25. 10. 1931, S. 311.

²²⁶ Nach Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten«, S. 32, druckten folgende Zeitungen den Artikel ab: »DHW«, »Der Deutsche«, »Die Tägliche Rundschau«, »Germania« und »Hamburger Tageblatt«.

²²⁷ »DHW«, 38. Jg., Nr. 16 v. 25. 10. 1931, S. 311.

Boden eines nationalen Sozialismus standen und gerade aus diesem Grund später für die Partei untragbar wurden, fühlten sie sich in ihrer Meinung bestärkt. Die führenden Vertreter des Verbandes kannten die nationalsozialistischen Anschauungen hauptsächlich von Parteimitgliedern, die dem Strasser-Flügel der NSDAP zuneigten und mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen vertraut waren: mit ihnen hatten die DHVer eine gemeinsame Gesprächsgrundlage. Sie verkörperten für den DHV die sachlichen, »aufbauenden« Kräfte des Nationalsozialismus, so daß Habermann hier eine Möglichkeit für die Verbindung von revolutionärem Nationalismus und christlich-sozialen Gedanken sah. Für den DHV galt es daher, die gemäßigte und sozialistische Gruppe gegen die Radikalen in der NSDAP zu stärken, nicht zuletzt, um deren Zweckbündnis mit der DNVP soweit wie möglich zu lockern. Denn infolge der Harzburger Tagung befürchtete die Verbandsleitung des DHV, der Nationalsozialismus könne in Abhängigkeit von Hugenberg geraten. Habermann erwartete daher vom Nationalsozialismus »ein einwandfreies Bekenntnis zum Schlichtungswesen als Bestandteil der Staatshoheit, ein Bekenntnis zu unabhängigen Gewerkschaften als Träger der Tarifverträge und eine Ablehnung der von Bang und Dr. Stadtler propagierten Werksgemeinschaften«. Nur so könne der Nationalsozialismus die Sorgen zerstreuen, die sich aus dem Harzburger Bündnis ergäben. Abschließend betonte Habermann noch einmal: »Für alles, was in den nächsten zehn Jahren in Deutschland nottut, brauchen wir Herrn Hugenberg nicht einen Tag, weil hinter ihm die Kräfte von gestern und vorgestern stehen«. Das deutsche Volk aber müsse einen Weg finden, seinen revolutionären Nationalismus mit den christlich-sozialen Mächten zu einem geschlossenen Einsatz zu führen. Je reinlicher sich der Nationalsozialismus von jenem Sektierertum trenne, das die Nation vergotte, um so weniger werde positives Christentum einer Verbindung mit ihm zu widerstreben brauchen, wie Wilhelm Stapel in seinem Vortrag »Nationalsozialismus und Christentum« ausführte²²⁸.

Auf der Grundlage des Artikels »Brüning und Hitler« vermittelte Gregor Strasser ein Gespräch zwischen Bechly und Habermann auf der einen, Hitler, Heß und ihm selbst auf der anderen Seite, das am 6. November 1931 in München stattfand. »In der vertrauensvollen Aus-

²²⁸ »DHW«, 38. Jg., Nr. 16 v. 25. 10. 1931, S. 312.

sprache« schrieb Habermann in der folgenden Nummer der »Handels-Wacht«, »die Bechly und ich über die Gewerkschaftsfragen mit Hitler und Gregor Strasser in München gehabt haben, haben diese beiden Führer der Nationalsozialistischen Partei sich so eindeutig auf den Boden der gegebenen sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten gestellt, daß Harzburg als Hoffnung der sozialpolitischen Reaktionen erledigt ist. Äußerungen unverantwortlicher kleiner Parteizirkel oder lokaler Betriebszellengruppen können die uns gegebenen Erklärungen in keiner Weise erschüttern²²⁹«. In Wirklichkeit aber hatten die Nationalsozialisten es vermieden, bindende Zusagen in irgendeiner Richtung zu machen. Nach Aussage von Albert Krebs verlief das Gespräch für die Repräsentanten des DHV enttäuschend und so gut wie ergebnislos²³⁰. Denn die Nationalsozialisten legten wenig Wert auf eine engere Verbindung mit dem Zentrum oder den Christlichen Gewerkschaften. Die DNVP-Presse wertete Habermanns Vorgehen als Versuch des DHV beziehungsweise der Christlichen Gewerkschaften, zu einer neuen Frontbildung zu kommen und kommentierte die Absicht, die Harzburger Front zu sprengen, als »groteske« Anmaßung²³¹.

Gleichzeitig mit dem Vorstoß auf der Ebene von Verbandsleitung zu Parteileitung versuchte es der DHV mit einer Einflußnahme auf die Partei durch die Untergliederungen. Das ging aus einem Rundschreiben der Geschäftsstelle Würzburg an den engeren Mitarbeiterkreis in Unterfranken hervor, soweit er sich gleichzeitig aktiv in der NSDAP betätigte. Darin hieß es, man habe Vertrauen zu Adolf Hitlers sozialer Einstellung, befürchte aber, daß er aus taktischen Gründen sozialpolitische Konzessionen an die Kreise um Hugenberg, Schacht und Vögler machen könne. Es sei bedenklich, daß Fricks Reichstagsrede vom 14. Oktober 1931 eine eindeutige Festlegung auf die Erhaltung von Tarifverträgen, Schlichtungswesen und Sozialversicherung ebenso vermeide wie Hitlers offener Brief an Brüning. Das Rundschreiben endete mit der Aufforderung an die Verbandskollegen, sozialreaktionäre Tendenzen in der Partei möglichst im Keim zu ersticken, denn »das Wohl unseres Standes erfordert, die NSDAP unbedingt in der Front der sozial positiven Gruppe zu halten²³²«.

²²⁹ »DHW«, 38. Jg., Nr. 17 v. 25. 11. 1931, S. 334.

²³⁰ Albert Krebs, »Tendenzen und Gestalten«, S. 33.

²³¹ »HDNM«, 12. Jg., H. 11 v. 1. 11. 1931.

²³² Rundschreiben der DHV-Geschäftsstelle Würzburg vom 20. 11. 1931, HA/NSDAP 284.

Habermanns Aktion war gescheitert, hatte aber andererseits auch keine größeren Spannungen zwischen Partei und Gewerkschaft zur Folge. Die endgültige Verstimmung zwischen beiden Organisationen brachte das Eintreten des Verbandsvorstehers für die Wiederwahl Hindenburgs. Der Verbandsleitung blieb in dieser das politische Geschehen des Frühjahrs 1932 beherrschenden Frage keine andere Wahl. Hatte sie sich bisher mit der Politik Brüning's weitgehend identifiziert, so bedingte ihre Haltung auch die Option für Hindenburg, da Brüning's Reichskanzlerschaft ausschließlich von dessen Vertrauen abhing. Hans Bechly unterschrieb den Aufruf des Sahn-Ausschusses am 3. Februar, und die Verwaltung des DHV bestätigte die Unterschrift wenige Tage später als »verbandsoffiziell«. Die Festlegung der Verbandspolitik rief nicht nur einen starken Widerhall in der Presse hervor, sondern offenbarte auch die Spannungen innerhalb des Verbandes erstmalig in voller Schärfe. Hatte Habermanns Eintreten für Brüning bei dessen Regierungsantritt und seine Unterstützung der Volkskonservativen Mißfallen und Kritik hervorgerufen, so kam es jetzt zu massiven Angriffen auf die Verbandsleitung. In der Berliner Ortsgruppe des DHV erklärten nationalsozialistische Verbandsmitglieder, die Unterschrift gelte nur für die Person Bechlys, nicht aber für den Verband, da die große Mehrzahl der Mitglieder nach wie vor den Parteien der Nationalen Opposition, vor allem der NSDAP, angehöre. Leipziger Mitglieder erwarteten, daß Bechly seine Unterschrift zurückziehe und sich so lange neutral verhalte, bis die Nationale Opposition ihre Losung ausgegeben habe. Und in der Kölner Ortsgruppe verlangten Nationalsozialisten den Rücktritt des Verbandsvorstehers²³³. Gegen derartige Verletzungen der Verbandsdisziplin ging die Verwaltung mit Ausschlüssen vor. Aber nicht nur untergeordnete nationalsozialistische Parteimitglieder kritisierten die Verbandsleitung in dieser Form. Das Hamburger Bürgerschaftsmitglied Friedrich Stanik übernahm von der nationalsozialistischen Gauleitung den Auftrag, einen Artikel gegen den DHV zu schreiben, und der Reichstagsabgeordnete Gauleiter Albert Forster polemisierte in der Danziger Zeitung »Der Vorposten« in geschmackloser Weise gegen Hindenburg und die Träger seiner Kan-

²³³ Der Widerhall der Bechly'schen Unterschrift zur Hindenburg-Wahl, Hamburg, 9. 2. 1932. HA/NSDAP 836 DHV.

didatur. Beide wurden fristlos aus den Verbandsdiensten entlassen, Forster wegen seiner »ungeheuerlichen nationalen Würdelosigkeit²³⁴«. Um diesem verbandsschädigenden Verhalten zu begegnen, begründete der Verbandsvorsteher sein Vorgehen in dem Artikel »Reichspräsidentenwahl« vom 20. Februar 1932 in der »Handels-Wacht«, und Habermann legte die Auffassung der Verbandsleitung über den »Sinn der Wahl Hindenburgs« zwischen den beiden Wahlgängen erneut nieder. Bechly knüpfte an einen Aufsatz an, den er sieben Jahre zuvor unter dem gleichen Titel in der »Handels-Wacht« veröffentlicht hatte. Er betonte, daß sich an den Gründen, die ihn seinerzeit zu seinen Ausführungen veranlaßten, nichts geändert habe: »Ich stehe auch jetzt treu und unerschütterlich zu Hindenburg. Selbstverständlich bindet meine Entscheidung nicht jedes Mitglied des DHV . . . Ich habe sie gegeben im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die ich als Führer des DHV damit übernehme²³⁵«. Bechly legte nicht allein seinen Standpunkt in der Reichspräsidentenfrage fest; er erläuterte gleichzeitig die politische Haltung seines Verbandes in der schweren Staats- und Wirtschaftskrise. Trotz der »aufsässigen« Nationalsozialisten im Verband – deren Ziel nach einer Parole des nationalsozialistischen Abgeordneten Kube die Eroberung des DHV war – erklärte Bechly, er sei nicht gegen eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. »Im Gegenteil, ich wünsche sie rückhaltlos und habe diesem Wunsche in der »Handels-Wacht« schon mehrfach Ausdruck gegeben; nur sehe ich eine ungeheure nationale Gefahr darin, daß etwa die Übernahme der politischen Führung durch die Nationalsozialisten im Kampf der Harzburger Front gegen Hindenburg erzwungen werden soll. Ich bin der festen Überzeugung, daß der größte und dauerhafteste Sieg der Nationalsozialisten der sein würde, wenn sie unter der Reichspräsidentenschaft von Hindenburg in die Regierung eintreten²³⁶«. Bechly vertrat seine Meinung an dieser Stelle mit bemerkenswerter Offenheit. Er betrachtete die Verbindung der NSDAP mit den »Sozialreaktionären« der Harzburger Front als die eigentliche Gefahrenquelle, nicht aber ihre Angriffe auf die staatlichen Machtpositionen. Bechly wie Habermann sahen von Harzburg bis zu den Märzahlen von 1933 die Hauptgefahr in der DNVP, ohne je in Rechnung zu stel-

²³⁴ »DHW«, 39. Jg., Nr. 4 v. 25. 3. 1932, S. 67.

²³⁵ »DHW«, 39. Jg., Nr. 2 v. 20. 2. 1932, S. 25.

²³⁶ Ebenda, S. 26.

len, daß sich deren politisches Gewicht fortschreitend in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu dem der NSDAP veränderte. Auch in seinem Artikel zur Reichspräsidentenwahl kennzeichnete Bechly die Ziele der Partei Hugenberg's, die sie durch die Harzburger Front zu erreichen hoffe: die Nutznießer des Dreiklassen-Wahlrechts im Kaiserreich könnten es nicht verwinden, daß die Arbeitnehmerschichten ihnen jetzt politisch und gesellschaftlich gleichgestellt seien. Sie trachteten danach, den alten Zustand wieder herzustellen. Sie hätten Hindenburg 1925 bewogen, sich die Bürde des Reichspräsidenten-Amtes aufladen zu lassen, weil sie mit seiner Hilfe an ihr Ziel gelangen wollten. Als sich ihre Hoffnungen nicht erfüllten, hätten sie ihn fallen lassen. »Einen größeren Treubruch hat es in der politischen Geschichte des deutschen Volkes kaum gegeben²³⁷«. Habermann's Reflexionen über den »Sinn der Wahl Hindenburg's« hatten den gleichen Tenor. Er sah die von ihm erwartete Chance der deutschen Politik, die Kräfte von Hitler bis Brüning zusammenzuführen, ferner denn je, glaubte aber, die deutsche Lage vertrage es nicht, »daß eine Volksabstimmung, die zwölf Millionen Wähler umfaßt, sich nur im Freistaat Braunschweig verantwortlich auswirken kann«. Die neue Ära Hindenburg müsse den Weg der Versöhnung finden, weil das Volk mit dieser Wunde im Herzen, die ein jämmerliches Parteimanöver Hugenberg's geschlagen habe, nicht leben könne²³⁸.

Der letzte ordentliche Verbandstag des DHV, der für den 5. Juni 1932 nach Hamburg einberufen wurde, stand im Zeichen der Neuwahl des Verbandsvorstehers. Sie ergab die einstimmige Wiederwahl Hans Bechly's. Da Bechly die neu beginnende Amtszeit als seine letzte betrachtete, machte er von seinem satzungsmäßigen Recht Gebrauch, als Vorgriff auf die Wahl des Nachfolgers einen Stellvertreter vorzuschlagen. Die Verwaltung sprach sich für Hermann Miltzow aus. Dieser hatte als Gewerkschaftspolitiker – er war 1919 als Leiter des ersten Angestelltenstreiks in Lübeck hervorgetreten – und Organisationsleiter des Verbandes in den Gauen und Ortsgruppen einigen Einfluß und war vor allem bisher parteipolitisch wenig hervorgetreten. Seine Ernennung deutete die Möglichkeit eines politischen Kurswechsels an, da der politische Beauftragte des DHV, Max Habermann, bisher als Nachfolger Bechly's galt. Die starke nationalsozialistische Strömung in

²³⁷ Ebenda, S. 25.

²³⁸ »DHW«, 39. Jg., Nr. 4 v. 25. 3. 1932, S. 60.

den Mitgliederkreisen ließ es demnach bereits im Sommer 1932 ratsam erscheinen, den prominenten volkskonservativen Politiker Max Habermann nicht als zukünftigen Verbandsvorsteher zu nominieren. Der 23. Verbandstag des DHV beschäftigte sich mit den drängenden Fragen: Wo steht der Verband im öffentlichen Leben? Hat er eine Rolle in der Politik zu spielen? Welches ist sein richtiges Verhältnis zu den Parteien? Der Verbandsvorsteher umriß diese Fragenkomplexe in seiner Eröffnungsrede. Er erinnerte an die entscheidenden Beschlüsse der Verbandstage von Leipzig, Braunschweig und Köln über die parteipolitische Neutralität des Verbandes, zu denen er sich erneut bekannte. Die »politische Führungspflicht« zwinge den DHV, auch ferner für folgende Ziele zu kämpfen: »Unabhängige Gewerkschaften als die alleinige Vertretung der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft! Anerkennung der Gewerkschaften als Betreuer und Führer der Arbeitnehmer im Staate! Aufrechterhaltung der sozialen Schutzgesetze des Tarifwesens, der Verbindlichkeitserklärung und der Sozialversicherung²³⁹«. Was die politische Haltung des Verbandes in Zukunft angehe, führte Bechly aus, so sehe der DHV »die Rechtskoalition von Hitler bis zum Zentrum als das Ideal einer politischen Führung in Deutschland« an. Er werde den Eintritt der NSDAP in die politische Führung begrüßen, ebenso wie er die Beseitigung der sozialdemokratischen Herrschaft in Preußen begrüßt habe. Im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl am 31. Juli erklärte Bechly, der DHV bekämpfe nach wie vor die Sozialdemokratie und die Kommunisten. Gleichzeitig warnte er alle Kaufmannsgehilfen, »der Partei von Hugenberg auch nur eine Stimme zu geben²⁴⁰«. Die abermalige Warnung vor der DNVP stand im Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung Brüning. Max Hegewald, Mitglied der Verwaltung, nahm zu dem nur vier Tage zuvor erfolgten Regierungswechsel Stellung. Er vertrat die Meinung, die Regierung Brüning sei von der »schwärzesten Reaktion« gestürzt worden. »Sie ist gestürzt worden von der Großlandwirtschaft in Verbindung mit der Schwerindustrie und ganz zweifellos im wesentlichen aus Gründen ihrer Sozialpolitik²⁴¹«. Jetzt gehe der Kampf um die Sozialpolitik überhaupt. Die Presse interpretierte diese Andeutung umgehend als Kampfandrohung gegen das Ka-

²³⁹ »DHV«, 39. Jg., Nr. 9 v. 16. 6. 1932, S. 147.

²⁴⁰ Ebenda, S. 147.

²⁴¹ Ebenda, S. 154.

binett von Papen. In der Ablehnung der neuen Regierung befand sich der DHV in einer Front mit den Christlichen Gewerkschaften und dem Zentrum. Das Zentrum war nach zwölfjähriger Beteiligung an der Regierung plötzlich in eine Oppositionsstellung gedrängt worden und sah sich jetzt anstelle Brünnings einem Kanzler gegenüber, der jahrelang der eigenen Partei angehört hatte und als »Abtrünniger« betrachtet wurde²⁴².

Der DHV befürchtete, daß Hugenberg unter der Regierung Papen zu erheblichem Einfluß gelangen werde. Die DNVP hatte zudem für die Reichstagswahlen am 31. Juli ein Reichslistenabkommen mit der DVP abgeschlossen. Der DHV mußte annehmen, daß auch die Volkspartei, um ihre Existenz zu retten, mit Papen und Hugenberg paktierte, und zog seine Konsequenzen: die Reichstagsabgeordneten Glatzel und Thiel lehnten eine Kandidatur für die DVP ab und traten am 6. Juli aus der Partei aus. Hans Bechly schloß sich ihnen an²⁴³. Die »Handels-Wacht« erläuterte diesen Schritt der DHV-Parlamentarier damit, daß die DVP nun den »Hugenbergweg« gehe und »bescheidenes Anhängsel der Front der Sozialreaktionäre« werde²⁴⁴.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen schuf das parlamentarische Kräfteverhältnis, das für das zweite Halbjahr 1932 bestimmend wurde. Während die bürgerliche Mitte fast vollständig verschwand, konnten die Nationalsozialisten mit 230 Abgeordneten die Zahl ihrer Mandate mehr als verdoppeln. Das Zentrum besaß zusammen mit der Bayerischen Volkspartei 97 Mandate und verfügte erneut über eine Schlüsselstellung zwischen dem »nationalen« und dem »marxistischen« Block. »Eine Koalition mit der NSDAP hätte die Papen-Regierung durch eine parlamentarische Mehrheitsbildung ablösen können²⁴⁵«. Diese Konstellation bildete die Voraussetzung der Verhandlungen zwischen Zentrum

²⁴² Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumsparlei. In: »Das Ende der Parteien 1933«, S. 307.

²⁴³ »Frankfurter Zeitung«, 76. Jg., Nr. 501 v. 7. 7. 1932.

²⁴⁴ »DHW«, 39. Jg., Nr. 11 v. 25. 7. 1932, S. 184. Otto Thiel begründete seinen Austritt aus der DVP dem Parteivorsitzenden Dingeldey gegenüber mit dem gleichen Argument. Er schrieb: »Es ist für mich aber völlig ausgeschlossen, eine Entwicklung zu ertragen, die mich näher heranrücken würde an den für eine nationale Entwicklung unmöglichen Politiker Hugenberg, die eine Annäherung bedeuten würde an sozialpolitische Reaktionäre wie Bang und Genossen, die mir die Kampfmöglichkeiten nehmen würde gegenüber einer Partei, die die Mißachtung der Arbeitnehmer dadurch zum Ausdruck bringt, daß sie zahlreiche aufrechte Arbeiterführer aus ihren Reihen verdrängte und den Arbeitnehmern als deren Führer in der Partei gelbe Gewerkschaftler präsentiert« »Frankfurter Zeitung«, 76. Jg., Nr. 515/16 v. 13. 7. 1932.

²⁴⁵ Rudolf Morsey, a. a. O., S. 315.

und NSDAP, die mit Unterbrechungen bis zum 6. November geführt wurden. Inhalt und Ziel der Verhandlungen waren – so der stellvertretende Zentrumsvorsitzende Joseph Joos am 8. September vor der Presse – die »Sicherung der politischen Stabilität und volle Innehaltung der Verfassung durch den Versuch der Sammlung einer parlamentarischen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Mehrheit im Reichstag²⁴⁶«.

Es überrascht nicht, daß sich die im DHV vertretenen politischen Auffassungen in diesem Zeitraum mit denen des Zentrums deckten. Die führenden Repräsentanten des Verbandes wiederholten die von Habermann seit dem Oktober 1931 erhobene Forderung nach einer Koalition von Zentrum und NSDAP. Am 27. August schrieb Habermann im Leitartikel der »Handels-Wacht«: »Die gemeinsamen Ziele einer auf Jahre berechneten dauerhaften Regierungskoalition, in der Reichspräsident und Reichswehr wie Nationalsozialisten und Zentrum ihren politischen Wirkungsort hätten, liegen greifbar nahe vor jedem, der sich einige Gedanken über die deutsche Lage macht²⁴⁷«. Am 18. September setzte sich der stellvertretende Verbandsvorsteher Hermann Miltzow für die von Habermann geforderte Synthese zwischen Zentrum und NSDAP ein: »Auch die inzwischen erfolgte Auflösung des Reichstags kann unsere Überzeugung nicht im geringsten erschüttern²⁴⁸«.

Der Wahlausgang vom 6. November entzog diesen Plänen die Grundlage, da Zentrum, Bayrische Volkspartei und NSDAP nicht mehr über die parlamentarische Mehrheit verfügten. Trotzdem setzte sich das Zentrum nach wie vor für eine Koalition mit der NSDAP ein, die der Parteivorsitzende Ludwig Kaas jetzt in einem Präsidialkabinett verwirklichen wollte. Auch im DHV wurde der Wahlausgang nicht als Gefährdung einer möglichen »schwarzbraunen« Koalition angesehen. Habermann meinte im Gegenteil: »Ein von zwei Millionen kleinbürgerlichen Spießern befreiter Nationalismus ist eine ungleich stärkere revolutionäre Kraft als die Partei der vierzehn Millionen Wähler vom Sommer 1932²⁴⁹«. Jetzt sei es ein Gebot der Staatsklugheit, Gelegenheiten zum taktischen Zusammenspiel zwischen Nationalsozialisten

²⁴⁶ Ebenda, S. 323.

²⁴⁷ »DHW«, 39. Jg., Nr. 12/13 v. 27. 8. 1932, S. 197. .

²⁴⁸ »DHW«, 39. Jg., Nr. 14 v. 18. 9. 1932, S. 221.

²⁴⁹ »DHW«, 39. Jg., Nr. 18 v. 10. 11. 1932, S. 278.

und Kommunisten, wie sie sich beim Berliner Verkehrsstreik gezeigt hätten, gründlich zu verbannen. »Hindenburgs Stunde« sei gekommen. Schleichers Regierungsantritt deutete der Verband als »deutlich eingetretene Entspannung«. Trotzdem erklärte Habermann: »Wir haben eine andere Lösung erstrebt als die jetzt gefundene und bleiben der Meinung, daß Hitler die mögliche Mehrheitsregierung aus Nationalsozialisten, Zentrum, Bayrischer Volkspartei und den kleinen Gruppen der Mitte hätte erzwingen sollen . . . Die richtige Lösung aus dem deutschen Führungswirrsal heißt immer noch Hindenburg – Hitler – Brüning, wobei für den politischen Tageskampf an die Stelle des Generalfeldmarschalls Herr von Schleicher tritt²⁵⁰«.

Während sich die Leitung des DHV nach wie vor in der »Handels-Wacht« für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP einsetzte, wuchs die oppositionelle Stimmung im Verband. Die radikalen Mitglieder beanstandeten die »politischen Schaukeleien« der Verwaltung und ihrer ehemaligen Reichstagsabgeordneten, die sich für ihre »nationale Überzeugung« in den vorhandenen nationalen Parteien hätten einsetzen sollen, anstatt eine neue Splitterpartei zu gründen. Sie beanstandeten die Gewerkschaftspolitik und sprachen von »einer vollkommenen Überdrehung der Gewerkschaftsschraube«. Man habe aus der an sich berechtigten Standesvertretung »eine verwässerte Mischung von Berufsgruppe, Kampfgebilde und politischer Partei« gemacht²⁵¹. Was sie vom DHV erwarteten, war eine klare Entscheidung für die NSDAP.

Trotzdem hielt die Verbandsleitung an ihrem Kurs fest. Zwei Tage vor Hitlers Berufung zum Reichskanzler griff der Verbandsvorsteher zur Feder, um die Einstellung des DHV zur politischen Lage darzustellen, wie sie sich seit dem Sommer 1932 nach zweimaligem Kanzlerwechsel, zweimaliger Reichstagsauflösung und zweimaligen Wahlen entwickelt hatte. Was wir voraussahen, ist eingetreten«, erklärte Bechly. »Seit dem Rücktritt von Brüning haben wir die dauernde Krise mit all dem Intrigenspiel, das jetzt selbst dem Ansehen des Reichspräsidenten gefährlich zu werden droht. – Das wird sich nicht ändern, solange die Gefahr besteht und immer wieder neu heraufbeschworen wird, daß die Harzburger Front restauriert werden könnte. Wir ha-

²⁵⁰ »DHV«, 39. Jg., Nr. 20 v. 10. 12. 1932, S. 305.

²⁵¹ »Hamburger Beobachter«, 13. Jg., Nr. 7 v. 1. 7. 1932, S. 17. »Die überdrehte Gewerkschaftsschraube.«

ben wiederholt und eindringlich immer wieder darauf hingewiesen, daß die bitter notwendige Stetigkeit in unserer politischen Führung nur erreicht werden könne, wenn es gelänge, eine Verständigung zwischen nationalsozialistischer und zentrumparteilicher Führung durchzusetzen. Mehrmals standen wir dicht vor der Erreichung dieses Zieles, aber immer wieder gelang es den reaktionären Mächten, durch Hetze und Hintertreppeneinflüsse die Bildung einer volksnahen politischen Führung zu vereiteln²⁵²«. Bechly betonte, der DHV wünsche nach wie vor, daß die Nationalsozialisten in irgendeiner Form, die den heutigen politischen Verhältnissen entspreche, in die Staatsführung gelangten. Gleichzeitig aber stellte er fest: »Die Reaktion hat mit dem Frontalangriff von Hugenberg das Störungsfeuer wieder eröffnet, da jede politische Führungsfront, die auch Vertreter des werktätigen Volkes mit einbezieht, der Verwirklichung ihrer Pläne hinderlich ist²⁵³«.

Bechlys Befürchtung einer Restauration der Harzburger Front auf Regierungsebene wurde am 30. Januar 1933 Wirklichkeit. Es blieb Max Habermann überlassen, den Regierungsantritt des Reichskanzlers Adolf Hitler für die DHV-Mitglieder zu kommentieren. Habermann schilderte den Nationalsozialismus als eine revolutionäre Kraft und erklärte, diese Massenbewegung, die vollständig auf einen Mann ausgerichtet sei, werde ihn immer zwingen, zu siegen oder unterzugehen. Die Annahme sei illusorisch, »daß ein Regime Hitler schiedlich-friedlich durch irgendeine andere parlamentarische Mehrheit abgelöst werden könnte. Der an die Macht gekommene Nationalsozialismus kann nicht langsam verbraucht werden, sondern nur in schwersten revolutionären Kämpfen untergehen, wenn er seine Aufgabe nicht löst, eine neue politische Lebensform des deutschen Volkes zu gestalten²⁵⁴«. Trotzdem machen Habermanns folgende Ausführungen deutlich, daß er sich auch nach der Machtübernahme Adolf Hitlers nicht von der für den DHV typischen Interpretation der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands trennen konnte. Die Tatsache, daß Hugenberg als Minister und seine beiden engsten Mitarbeiter, Paul Bang und Hans-Joachim von Rohr, als Staatssekretäre in das Wirtschafts- und Ernährungsministerium einzogen, war für ihn weit bedenklicher als die Reichskanzlerschaft des Führers der Nationalsozialisten. Haber-

²⁵² »DHV«, 40. Jg., Nr. 2 v. 28. 1. 1933, S. 17.

²⁵³ Ebenda, S. 19.

²⁵⁴ »DHV«, 40. Jg., Nr. 3 v. 13. 2. 1933, S. 29.

mann schrieb: »Wir haben Hitler einen anderen Beginn seiner Staatsführung gewünscht als dies Bündnis mit Papen und Hugenberg, zu denen noch die Herren Bang und von Rohr gekommen sind, um die sozialpolitische Reaktion innerhalb der neuen Reichsregierung so vollständig zu versammeln, wie sie in Deutschland überhaupt nur aufgebracht werden kann²⁵⁵«. Das sei nicht nur für die Mitglieder des DHV, sondern auch für die Masse der nationalsozialistischen Wähler eine schwere Zumutung. Die Gegner des Nationalsozialismus würden durch die Kabinettsbildung mit Waffen beliefert, die von ihm selbst geschmiedet worden seien. Daher setzte Habermann seine Erwartung auf die Wahlen am 5. März, die den Nationalsozialisten die Freiheit verschaffen sollten, mit Hugenberg oder dem Zentrum zusammenzugehen, und gab auch jetzt die Parole aus: »Keine Stimme für Hugenberg!« Er blieb nach wie vor bei der in der Verbandsleitung verbreiteten Überschätzung Hugengbergs, die auch in der Zentrumspresse noch einige Wochen vorherrschte²⁵⁶.

Damit erhielt der DHV seine doppelte Frontstellung auch in den entscheidenden Tagen des Frühjahrs 1933 aufrecht. Völkische Tradition und nationale Grundeinstellung hatten die Verbandsleitung nicht veranlassen können, den 1917 eingeschlagenen Weg zur Gewerkschaft so konsequent zu verfolgen, daß sie nun neue Partner in einer Gewerkschaftsfront hätte suchen können. Habermann betonte, der DHV gedenke sich nicht an gewerkschaftlichen Sammelprotesten zu beteiligen. »In diesen Aktionen wird zu viel mit Generalstreikparolen geliebäugelt; man erwärmt sich an Kapp-Putsch-Erinnerungen und vergißt, daß damals der Kampf nur gegen die Brigade Ehrhardt und in einer Zeit geführt wurde, in der die Republik der Weimarer Verfassung in den Augen der Massen noch eine Errungenschaft war, während sie inzwischen eine schlechthin fragwürdige Angelegenheit geworden ist... Die Front einer gerechten sozialen Ordnung auf der deutschen Rechten würde aber entscheidend geschwächt, wenn wir uns in eine gewerkschaftliche Protestfront eingliederten, der jede weltanschauliche Geschlossenheit fehlt²⁵⁷«.

Habermann ahnte nicht, daß er das Forum der »Handels-Wacht« zum letzten Male benutzte, als er am 11. März 1933 unter dem Titel »Der

²⁵⁵ Ebenda.

²⁵⁶ Rudolf Morsey, a. a. O., S. 340.

²⁵⁷ »DHW«, 40. Jg., Nr. 3 v. 13. 2. 1933, S. 30.

Spruch des Volkes« zu den Märzahlen Stellung nahm. Er ging davon aus, daß sie Hitler das äußerste Maß an Macht in die Hand gegeben hätten, das durch Wahlen überhaupt gewonnen werden könne. Die parlamentarische Stellung der NSDAP sei so stark, daß sie einer absoluten Mehrheit gleichkomme. Damit hatte sich die Alternative zwischen DNVP und Zentrum als möglichen Koalitionspartnern für die NSDAP erledigt: die politische Konzeption des DHV war gescheitert. Was übrigblieb, war, nach neuen Ansatzpunkten für die Arbeit des Verbandes im nationalsozialistischen Staat zu suchen. Es ist bezeichnend, daß Max Habermann an diesem Punkt wieder auf sein Ideal der Sozialordnung zurückgriff, für das sich der DHV in der Form der von Stinnes und Legien begründeten Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände von 1918 bis 1924 eingesetzt hatte. Habermann glaubte sogar, für seinen Vorschlag jetzt bessere Möglichkeiten einer dauerhaften Verwirklichung zu sehen als zu Beginn der zwanziger Jahre. Adolf Hitler habe die Autorität, die auf »Freiwilligkeit« basierende Einrichtung so fest zu begründen und in seinen Reichsbau einzufügen, »daß eine solche aus deutschem Wesen stammende soziale Ordnung ungleich leistungsfähiger wird als sie dem italienischen Faschismus geglückt ist²⁵⁸«. Dafür stellte er abschließend die Mitarbeit des DHV zur Verfügung.

Zwei Wochen später kam der stellvertretende Verbandsvorsteher Hermann Miltzow noch einmal in den Spalten der »Handels-Wacht« auf Habermanns Vorschlag zurück. Er erinnerte an die Aussprachen Bechlys und Habermanns mit Hitler und erklärte, er habe das Vertrauen, Hitler werde die »wertvollen Kräfte«, die im Eigenleben der deutschen Arbeiterbewegung gewachsen seien, erkennen und zum Staate führen. In seinem Artikel wird das Bemühen sichtbar, die Existenz des DHV im neuen Staat zu sichern. Nur eine »ständische Neuordnung«, in der die »Einheit des Berufsstandes« und die »deutschem Wesen eigene Selbstverwaltung gewachsener Gemeinschaften« anerkannt würden, sichere die Einsatzbereitschaft der nachwachsenden Generationen, »nicht aber in der Bürokratie etwa verordnete Staatsgewerkschaften«. Zur Begründung seiner Forderung verwies er auf die vierzigjährige völkische Tradition des Verbandes. »Wir haben 1919 nicht umgelernt«, hieß es, »und brauchen deshalb auch 1933 nicht um-

²⁵⁸ »DHW«, 40. Jg., Nr. 5 v. 11. 3. 1933, S. 58.

zulernen . . . Für uns waren die Farben Schwarz-Weiß-Rot und das Hakenkreuz immer die Symbole der völkisch-nationalen Ideale unserer Bewegung«. Schon im August 1914 sei für die tüchtigsten Werber des Verbandes ein Abzeichen mit dem Hakenkreuz gestiftet worden, und 1921 habe sich der Ring der Getreuen bei seiner Gründung eine Verbandsnadel mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot und dem Hakenkreuz gegeben. Der Reichspräsident von Hindenburg habe die »neue Zeit« unter diese Symbole gestellt. »Damit«, erklärte Miltzow, »sind auch die Zeichen unseres Ringes der Getreuen anerkannt. Der Ring sieht seine Aufgabe als erfüllt an. Im Zeichen des neuen deutschen Reiches hat er seine Arbeit eingestellt«. Am 21. März habe die Verbandsleitung beschlossen, daß das bisherige Abzeichen des Ringes der Getreuen von nun an als allein gültiges Verbandsabzeichen von allen deutschnationalen Kaufmannsgehilfen getragen werden solle²⁵⁹. So wie hier begann die »freiwillige« Gleichschaltung nahezu aller Verbände, die im Dritten Reich weiter zu bestehen hofften. Die völkische Tradition wurde in den Vordergrund gestellt und zweckentsprechend interpretiert, um aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit die Existenzberechtigung für die Zukunft nachzuweisen.

4. Der DHV im nationalsozialistischen Staat

Unter dem wachsenden Druck der neuen Machthaber beschloß der Aufsichtsrat des DHV am 9. April 1933 auf Antrag der Verwaltung, dem stellvertretenden Verbandsvorsteher Hermann Miltzow Vollmacht zu erteilen, »alle personellen und sachlichen Maßnahmen durchzuführen, die von der nationalen Regierung zu einer Einordnung des DHV in den nationalen Staat gefordert werden²⁶⁰«. Einen Tag später traten Gesamtverwaltung und Aufsichtsrat im Beisein des Beauftragten der NSDAP, des bisherigen »verbandsoffiziellen« Reichstagsabgeordneten Franz Stöhr, zu Beratungen über die Zukunft des DHV zusammen. Der Verbandsvorsteher Hans Bechly erklärte, es gelte jetzt, den Schritt von der nationalen Bewegung zum eingeordneten Glied im Staat der nationalen Revolution zu tun. Er habe daher im Einvernehmen mit der NSDAP den Entschluß gefaßt, die Führung in jün-

²⁵⁹ »DHW«, 40. Jg., Nr. 6 v. 31. 3. 1933, S. 73—75.

²⁶⁰ »DHW«, 40. Jg., Nr. 7 v. 20. 4. 1933, S. 96.

gere Hände zu legen. Er bat darum, aus seinem Amt entlassen zu werden und stellte den Antrag, den stellvertretenden Verbandsvorsteher Hermann Miltzow zu seinem Nachfolger zu ernennen. Bechly fuhr dann wörtlich fort: »Kollege Miltzow hat sich bereits der NSDAP angeschlossen und auch meinem Eintritt steht nichts im Wege. Ich werde ihn vollziehen, nicht nur, weil ich die Ziele der Partei restlos anerkenne, sondern weil ich größten Wert darauf lege, meine Handlungsweise in den Mitglierkreisen des DHV voll verstanden zu wissen und vor Mißdeutungen zu schützen²⁶¹«. Der »alte« DHV, der von den Verbandsvorstehern Johannes Irwahn, Wilhelm Schack und Hans Bechly seit 1893 geschaffen und geprägt worden war, fand mit dem Abbruch der Amtszeit Hans Bechlys und dem von der NSDAP erzwungenen Rücktritt Max Habermanns am 10. April 1933 sein Ende.

Der neue Verbandsvorsteher verfügte eine wesentliche Verkleinerung der ehrenamtlichen und berufsamtlichen Leitung des Verbandes, um die Gesamtleitung organisatorisch zu vereinfachen. Zu den von ihm angeordneten Maßnahmen gehörten folgende Veränderungen in der Verwaltung: für die ausscheidenden Otto Thiel, Karl Bott und Max Habermann traten Franz Stöhr und Benno Ziegler in die Verwaltung ein. Den bisherigen Arbeitsbereich Habermanns als politischer Beauftragter des Verbandes übernahm der neue Verbandsvorsteher. Außerdem wurden die Mandate der stellvertretenden Verwaltungsmitglieder aufgehoben, der Aufsichtsrat wurde um die Hälfte der Mitglieder verringert und die Vertretung der Verbandsleitung in Berlin, die Walther Lambach unterstanden hatte, aufgelöst. Gleichzeitig gab die Verbandsführung bekannt, daß der DHV angesichts der bevorstehenden Veränderungen in der Struktur des deutschen Gewerkschaftswesens seine Bindungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund und dessen Blatt »Der Deutsche« lösen werde²⁶².

Nach diesen Maßnahmen blieb der DHV von der durch die NSDAP verfügten Gleichschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 zu-

²⁶¹ Ebenda, S. 85. Das nationalsozialistische »Hamburger Tageblatt«, 5. Jg., Nr. 85 v. 10. 4. 1933, kommentierte den Regierungswechsel im DHV folgendermaßen: »Mit dieser Maßnahme ist der erste und wichtigste Schritt auf dem Wege zur Herbeiführung der notwendigen restlosen Übereinstimmung im Verbands mit den Grundlagen und Zielen der neuen Staatsführung getan. . . Entsprechend der von uns anerkannten völkischen Tradition und den bedeutenden standespolitischen Leistungen des Verbandes soll mit Rücksicht darauf und auf die großen Vermögenswerte, die für seine Mitglieder auf dem Spiele stehen, jeder gewaltsame Eingriff in die Selbstverwaltung des Verbandes vermieden werden«.

²⁶² »DHW«, 40. Jg., Nr. 7 v. 20. 4. 1933, S. 96.

nächst verschont²⁶³. Er wurde aber umgehend für die neue Gruppierung und Zusammenfassung der Gewerkschaften in der vom Reichskanzler Adolf Hitler am 10. Mai gegründeten »Deutschen Arbeitsfront« herangezogen. In dieser Dachorganisation standen zunächst Arbeiter, Angestellte und Arbeitgeber in drei Säulen nebeneinander. Die entscheidende Tagung zur Zusammenfassung der Angestelltenverbände fand am 18. Mai in Berlin statt. Die Leitung hatte der von Adolf Hitler mit der Führung des »Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten« beauftragte Albert Forster, der den DHV-Gaustvorteher in Bayern, Georg Schloder, zu seinem Stellvertreter ernannte. Die neugeschaffene nationalsozialistische Angestelltenorganisation wurde in acht Berufsverbände für männliche Angestellte und in einen Frauenverband gegliedert. Unter den Berufsverbänden der männlichen Angestellten nahm der DHV die erste Stelle ein. Er hatte jetzt alle mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigten Angestellten zu erfassen und vereinigte auch die männlichen Kaufmannsgehilfen der gemischten Verbände. Diese – an erster Stelle der ZdA und der GdA – wurden aufgelöst und ihre Mitglieder in den DHV übergeführt.

Der Verbandsvorsteher begrüßte den Zusammenschluß am 27. Mai 1933 in der »Handels-Wacht« mit der Bemerkung, der Sieg der nationalsozialistischen Ideenwelt habe die Sehnsucht der Vorkämpfer des DHV erfüllt. »Der Name Deutschnational fällt jetzt weg. Wir sind wieder *Deutscher* Handlungsgehilfen-Verband, wie wir es von 1893 bis 1895 waren. Wir brauchen keine Sonderbezeichnung mehr, weil die politische Einheit des Volkes die Grenzen der Weltanschauung niedergerissen hat. Unsere alten Ideale sind im neuen Staat lebendig. Ihm zu dienen, ist der Zweck des Lebens unseres Standes und das Ziel der Arbeit des Verbandes – des neuen DHV²⁶⁴«. Damit war der Einheitsverband der kaufmännischen Angestellten Tatsache geworden.

Obgleich der DHV seine Rechtsfähigkeit durch diese Vorgänge zunächst nicht verlor, ernannte der Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten, Gauleiter Albert Forster, einen neuen Verbandsvorsteher. August Haid, langjähriger DHVer und seit 1928

²⁶³ Forschungsstelle, Fasc. Verbände/DHV. Rudolf Habedank erhielt vom Reichsorganisationsleiter Dr. Ley den Auftrag, am 2. 5. 1933 »sämtliche hamburgischen Gewerkschaften mit Ausnahme des DHV zu besetzen und gleichzuschalten«.

²⁶⁴ »DHW«, 40. Jg., Nr. 9/10 v. 27. 5. 1933, S. 114.

Mitglied der NSDAP, war schon als Leiter der Hauptabrechnungsstelle Nürnberg zu führenden Aufgaben für die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation herangezogen worden. Er trat das Amt des Verbandsvorstehers am 30. Juni 1933 an und berief für den 14. Juli einen außerordentlichen Verbandstag nach Hamburg ein. Dort wurde ohne Widerspruch beschlossen, die Satzung des Verbandes den nationalsozialistischen Grundsätzen anzupassen und das Führerprinzip einzuführen. Auch die Namensänderung in »Deutscher Handlungsgehilfen-Verband« wurde bestätigt²⁶⁵. Am Tage darauf gab der neue Verbandsvorsteher sein Programm in der »Handels-Wacht« bekannt. Er erklärte, sein erster Auftrag laute, sämtliche Führerstellen im Verband mit Nationalsozialisten zu besetzen. Nach der Gleichschaltung der Verwaltungsspitze bezwecke die zweite Welle der Angleichung an den Staat Adolf Hitlers, auch die Unterführer in den Bezirken, Kreisen und Ortsgruppen des DHV durch zuverlässige Nationalsozialisten zu ersetzen. Darüber hinaus galt Haid's Initiative dem Kampf gegen den »Habermannschen Geist«. Habermann habe zugelassen, hieß es, daß sich »internationale Gedanken im Sinne des Zentrums und der Leute um Kaas und Brüning in den DHV einschlichen²⁶⁶«. Den Anlaß für die Polemik gegen Habermann bildete ein Rundschreiben, das dieser seinen Freunden zu Ostern 1933, also nach seinem Ausscheiden aus der Verwaltung, hatte zukommen lassen. »Für alle, die sich mir verbunden fühlen«, hatte Habermann dort geschrieben, »gibt es nur eine erlaubte Äußerung der Treue: Unermüdlicher Dienst am DHV!« Das gemeinsame Werk müsse Bestand haben. Dafür zu kämpfen sei Auftrag und Sendung gestern wie heute²⁶⁷. Haid bezeichnete das Rundschreiben als eine versteckte Aufforderung an Habermanns Freunde, gegen den neuen Kurs im DHV zu kämpfen. Aber die Zeit des Systems Habermann sei vorbei. Damals habe man die Nationalsozialisten im Verband mit Ausnahme derjenigen, die als »Verbindungsmänner zur Partei« gebraucht worden seien, »kaltgestellt«. Habermann habe mit seinen Anhängern einen »Ring der jungen Mannschaft« gegründet und den »Ring der Getreuen« deshalb »ausgelöscht«, weil in ihm alte Nationalsozialisten waren. »Man hat

²⁶⁵ »DHW«, 40. Jg., Nr. 14 v. 28. 7. 1933, S. 199.

²⁶⁶ »DHW«, 40. Jg., Nr. 13 v. 15. 7. 1933, S. 170.

²⁶⁷ Max Habermann, Meinen Freunden. Ostern 1933, HA/NSDAP 836 DHV.

im Ring der jungen Mannschaft Leute herangezüchtet – draußen im Reiche nannte man sie ‚Habermann-Säuglinge‘ – die dazu berufen sein sollten, einmal das Habermannsche Erbe in der Führung des Verbandes anzutreten. Man hat den ursprünglichen DHV-Geist kaltgestellt, gegen den Widerspruch von Hunderten alter Kämpfer²⁶⁸«. Künftig aber werde die Führung im DHV nationalsozialistisch sein, und sie habe dafür zu sorgen, daß der unselige Geist jener Männer verschwinde, die Max Habermann heute noch seine Freunde nenne.

Die Periode der Gleichschaltung, die sich beim DHV über einen Zeitraum von anderthalb Jahren erstreckte, war dadurch gekennzeichnet, daß der Verband seine vereinsrechtliche Existenz zunächst beibehalten konnte. Im Rundschreiben Nr. 1 der Rechtsabteilung der Deutschen Arbeitsfront vom 16. Oktober 1933, das die Arbeitnehmerorganisationen in drei Gruppen einteilte, nämlich in beschlagnahmte Gewerkschaften, gleichgeschaltete Gewerkschaften und solche, deren Rechtsnachfolge angetreten worden sei, wurde der DHV in Gruppe drei als in seiner bestehenden Form der Deutschen Arbeitsfront unterstellt geführt²⁶⁹. Einen weiteren Schritt auf dem Weg der Gleichschaltung des DHV bildete die außerordentliche Mitgliederversammlung am 20. Februar 1934 unter dem Vorsitz des Verbandsvorstehers August Haid. Das Ergebnis der Versammlung war eine abermalige Satzungsänderung sowie die Namensänderung in »Deutsche Angestelltenschaft«. Entscheidend für das Schicksal des Verbandes wurde die Verordnung Adolf Hitlers über Wesen und Ziel der Deutschen Arbeitsfront vom 24. Oktober 1934. Sie bestimmte die Deutsche Arbeitsfront zur »Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust«, in der »die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmervereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen« werden sollten. Das Vermögen der genannten Organisationen wurde zum Vermögen der Deutschen Arbeitsfront erklärt. Die Verordnung bestimmte ferner in § 3, daß die Deutsche Arbeitsfront eine »Gliederung der NSDAP im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933« sei²⁷⁰.

²⁶⁸ »DHW«, 40. Jg., Nr. 13 v. 15. 7. 1933, S. 170.

²⁶⁹ Die Deutsche Arbeitsfront. Rechtsabteilung. Rundschreiben Nr. 1 vom 16. 10. 1933.

²⁷⁰ Verordnung Hitlers über Wesen und Ziel der DAF vom 24. 10. 1934. Jacobsen/Jochmann, Ausgewählte Dokumente.

Damit hatte die organisatorische Umgestaltung des Gewerkschaftswesens im nationalsozialistischen Staat ihren Abschluß gefunden. Die der Deutschen Arbeitsfront angeschlossenen Verbände hatten ihre Selbständigkeit verloren. Seit der Durchführung der Verordnung vom 24. Oktober 1934 bildeten der DHV und seine Rechtsnachfolger keine selbständige Rechtspersönlichkeit mehr. Bis zum 1. Januar 1935 war die Durchführung der Verordnung abgeschlossen. Seitdem bestand ein Verein »Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband« nicht mehr.

Schluß

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches waren Sozialisten und Demokraten der Meinung, der DHV habe zu den Wegbereitern Hitlers gehört. Er habe durch den von ihm vertretenen Antisemitismus Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus geschaffen. Durch seine kultur- und nationalpolitische Arbeit seien die Mitglieder so stark völkisch und großdeutsch geprägt worden, daß sie sich der NSDAP in der Überzeugung zuwandten, Hitler werde die politischen und sozialen Vorstellungen verwirklichen, die der DHV seit seinem Bestehen entwickelt hatte. Endlich, so argumentierten die Kritiker des Verbandes, habe die Feindschaft gegen die Sozialdemokratie die enge geistige Verbindung zwischen DHV und NSDAP gefördert, so daß zahlreiche Vertreter des DHV die demokratische Ordnung genau- so rücksichtslos bekämpften wie die Nationalsozialisten.

Gegen solche Beschuldigungen wehrten sich die ehemaligen Verbandsmitglieder. Unter Hinweis auf die Gleichschaltung des DHV lehnten sie eine Mitverantwortung des Verbandes für den Aufstieg Hitlers ab. Sie bestritten nicht, daß der Antisemitismus in den Gründerjahren des Verbandes eine Rolle gespielt habe, behaupteten aber, daß er nach dem ersten Weltkrieg ohne Bedeutung gewesen sei. Im Hinblick auf die weltanschauliche Beeinflussung der Mitglieder erklärten sie, der DHV habe seine geistige Struktur aus dem Bekenntnis zu Volkstum und Christentum entwickelt. Antisemitismus und Antimarxismus wurden von ihnen als christlich-soziale Erwidern auf die Herausforderung des »Profitkapitalismus« gedeutet: der DHV habe dem die Einheit des Volkes zerstörenden Marxismus und Kapitalismus den Gedanken einer neuen Einheit der Nation entgegengestellt.

Häufig haben die nach 1945 unternommenen Versuche, Vorläufer und Wegbereiter des Nationalsozialismus aufzuspüren und anzuklagen, die Einsicht in die differenzierten Zusammenhänge der neueren deutschen Geschichte erschwert. Die Tatsache, daß im Kaiserreich und in

der Weimarer Republik Verbände bestanden, die völkische Vorstellungen propagierten, erklärt noch nicht den Erfolg der NSDAP. Hitler war es gleichgültig, welche Ziele die Verbände verfolgten. Er erkannte neben seiner Partei keine eigenständigen Kräfte an und hat sie nach 1933 ausgeschaltet. Gerade hinsichtlich des Totalitätsanspruchs gab es im völkischen, nationalen und konservativen Lager keine Wegbereiter des Nationalsozialismus.

Aber die Argumente, die zur Entlastung der Verbände und besonders des DHV vorgebracht werden, sind keineswegs ausreichend. Gewiß ist es falsch, dem Antisemitismus der Gründerzeit des DHV eine Identität mit dem Antisemitismus der NSDAP zu unterstellen. Ressentiments, die im Antisemitismus des Kaiserreichs zum Ausdruck kamen, zielten nicht folgerichtig auf die Verfolgung der Juden ab. Konsequenter hat sich Hitler selbst zu Beginn seiner politischen Tätigkeit vom Antisemitismus alter Prägung distanzieren. Er schrieb 1919: »Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Progromen [sic]. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein¹«.

Aber gerade die Geschichte des DHV zeigt, daß die Mitglieder dieses Verbandes nicht nur von Ressentiments beherrscht waren. Der DHV war nicht allein Interessenverband, sondern auch – und nach Meinung der Mitglieder in ganz besonderem Maße – »Gesinnungsgemeinschaft«. Schon seine Gründer sahen im Juden nicht nur den Repräsentanten des Kapitalismus, sondern auch den Zerstörer der nationalen Einheit. Mit Begeisterung nahmen sie Schönerers Parole »Durch Reinheit zur Einheit« auf. Sie verbanden antisemitische Vorstellungen mit nationalen und großdeutschen Forderungen und verschmolzen sie mit den sozialdarwinistischen Zeitströmungen und Rassenlehren. So hat der DHV maßgeblich an der Ausbildung des völkischen Gedankenguts mitgewirkt. Er trug dazu bei, daß der vorwiegend gefühlsmäßige Antisemitismus durch eine politische Judenfeindschaft ersetzt wurde. Da der DHV seine Mitglieder in weit stärkerem Maße prägte als die an-

¹ Adolf Hitler an Gemlich, München, den 16. 9. 1919. Dokumentation »Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr« von Ernst Deuerlein. In: »Vj. Zg.«, 7. Jg., 1959, S. 204.

deren antisemitischen Gruppen und Verbände, beeinflusste er die Denkkategorien breiter Mittelstandsschichten.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hat seinen Mitgliedern eine Weltanschauung vermittelt, an der die Mehrheit über alle Wandlungen des Tages hinweg festhielt. Der Judenparagraph der Satzung und die ideologischen Grundlagen der »Gesinnungsgemeinschaft« DHV sind niemals in Frage gestellt worden. Sie galten als selbstverständlich. So ist es nicht möglich, den Antisemitismus des DHV auf sein erstes Jahrzehnt zu beschränken und im übrigen von einer »antisemitischen Legende²« zu sprechen, wie es Fritz Irwahn 1953 tat. Wenn er behauptet, die ursprünglich antisemitische Position habe sich später »zu einer sachlichen Erkenntnis entwickelt, der DHV von damals sah das Deutschtum und das Judentum als zwei verschiedene Volkstümer an³«, so bestätigt diese Feststellung die völkischen Tendenzen. Daß hier von einer »sachlichen Erkenntnis« gesprochen wird zeigt, wie nachhaltig der von Wilhelm Stapel vertretene Salon-Antisemitismus die Begriffe verwischt hat.

Die Grundlagen der Politik des DHV blieben auch nach 1918 trotz der gewerkschaftspolitischen Bindungen der Verbandsleitung, der parlamentarischen Querverbindungen zu den bürgerlichen Parteien und des Strukturwandels in der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes bemerkenswert konstant. Der DHV verhartete in seiner Gegnerschaft zur Sozialdemokratie und lehnte die parlamentarische Demokratie ab. Sein Ziel blieb die Errichtung einer Volksgemeinschaft auf berufsständischer Grundlage, in der alle Klassengegensätze aufgehoben sein sollten. So überrascht es nicht, daß DHV schon frühzeitig Anschluß an die NSDAP suchten, deren Führer die Parole von der völkischen Wiedergeburt und der deutschen Volksgemeinschaft am entschiedensten vertraten. Als die NSDAP dann Vertreter aller Berufe und Stände in ihren Reihen sammelte und den sozialen Problemen der Zeit gegenüber offener zu sein schien als andere Rechtsparteien, sympathisierte schließlich die Mehrheit der Mitglieder mit dieser Partei. Auf diese Weise trug der DHV zur Errichtung eines Herrschaftsystems bei, das in der Verwirklichung seines Totalitätsanspruches dem Verband kein Existenzrecht mehr einräumte.

² »Die antisemitische Legende« heißt ein Kapitel (S. 10—14) in der Broschüre »60 Jahre DHV« von Fritz Irwahn.

³ Ebenda, S. 12.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivmaterial

- Amtsgericht Hamburg
Abteilung Handelsregister B 1951. Bd. I—III
Abteilung Vereinsregister Bd. XXVI, Nr. 1253
- Archiv der Deutschen Angestellten Krankenkasse Hamburg
DAK 5592
DAK T 101/1/2
DAK T 101/5
DAK T 101/5/1
DAK T 101/8/1
DAK T 101/13
- Berlin Document Center, Hauptarchiv der NSDAP (jetzt: Bundesarchiv, Koblenz)
HA / NSDAP 284
HA / NSDAP 836 DHV
- Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg,
Alle nicht näher bezeichneten Flugblätter, Aufrufe, Rundschreiben usw.
Krebs, Albert: Max Habermann. Eine biographische Studie.
MS. masch. 82 S.
Fasc. K 1, K 2, Briefwechsel Albert Krebs.
Fasc. Verbände:
Reichshammerbund
Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
Deutschbund
Alldeutscher Verband
DHV
- Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover
Hann. Des. 80 / II / 771
Hann. Des. 80 / II / 772
Hann. Des. 80 / II / 773
Hann. Des. 80 / II / 779
- Staatsarchiv Hamburg
Polizeibehörde Hamburg
Abteilung IV, Politische Polizei:

Nr. 2911
Nr. 3928
Nr. 4013 Vol. 1—2
Nr. 4296 Fasc. 1—4
Nr. 4302
Nr. 4343
Nr. 5260

Staatliche Pressestelle II / K V 5

Senatsakten

Cl. I, Lit. T, Nr. 1, Vol. 57

Fasc. 4, Conv. II

2. Zeitungen und Zeitschriften

Alldeutsche Blätter, hg. v. Alldeutschen Verband, Berlin

21. Jg. 1911

22. Jg. 1912

28. Jg. 1918

30. Jg. 1920

Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie. Wissenschaftliches Organ der deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, hg. v. Alfred Ploetz, München

1. Bd. 1904

34. Bd. 1940

Bühne und Welt. Monatsschrift für das deutsche Kunst- und Geistesleben (Forts.: Deutsches Volkstum), hg. v. Wilhelm Kiefer Hamburg.

15. Jg. 1913

18. Jg. 1916

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Forts.: Gewerkschafts-Zeitung), Berlin.

28. Jg. 1918

31. Jg. 1921

CV-Zeitung. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., Berlin.

1. Jg. 1922

Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin.

70. Jg. 1931

Deutsche Handels-Wacht. Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (vorher: Mitteilungen des DHV), Hamburg.

3. Jg. 1896 — 40. Jg. 1933

Der deutsche Kaufmann im Auslande, hg. v. DHV, Hamburg.

8. Jg. 1920

10. Jg. 1922 — 17. Jg. 1929

19. Jg. 1931

Deutsche Zeitung, Berlin.

22. Jg. 1917

25. Jg. 1920 — 28. Jg. 1923

- Deutsches Volkstum. Monatsschrift für das deutsche Geistesleben (vorher: Bühne und Welt), Hamburg.
19. Jg. 1917 und 20. Jg. 1918 hg. v. Wilhelm Kiefer
1919—1938 hg. v. Wilhelm Stapel.
- Deutschnationale Warte. Halbmonatsschrift für die deutsche Jugendbewegung, Hamburg.
Nr. 1 v. 16. 10. 1894 —
Nr. 5. v. 1. 12. 1895
- Deutschsoziale Blätter (Forts. Deutschvölkische Blätter), Hg. v. Liebermann von Sonnenberg, seit 1. 1. 1906 vom Reichsverband der Deutschsozialen Partei.
18. Jg. Oktober 1903 —
29. Jg. September 1914
- Deutschvölkische Blätter (vorher: Deutschsoziale Blätter), Hamburg.
29. Jg. Oktober 1914 —
38. Jg. 1923
- Frankfurter Zeitung.
76. Jg. 1932
- Führerbriefe für die Mitglieder des Ringes der Getreuen im DHV, Hamburg.
1. Folge Juli 1921 —
Nr. 2 Juni 1928
- Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (vorher: Correspondenzblatt), Berlin.
38. Jg. 1928
- Hamburger Beobachter. Organ des Landesverbandes Hamburg der DNVP (vorher: Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift).
13. Jg. Nr. 7 Juli 1932
- Hamburger Echo.
6. Jg. 1892
- Hamburger Fremdenblatt.
64. Jg. 1892
67. Jg. 1895
75. Jg. 1903
85. Jg. 1913
- Hamburger Nachrichten.
106. Jg. 1897
108. Jg. 1899
114. Jg. 1905
122. Jg. 1913
139. Jg. 1930
- Hamburger Tageblatt.
5. Jg. 1933
- Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift. Organ des Landesverbandes Hamburg der DNVP (Forts. Hamburger Beobachter).
1. Jg. 1919 — 13. Jg. 1932

- Hammer, Blätter für deutschen Sinn, hg. v. Theodor Fritsch, Leipzig.
13. Jg. 1914
- Herdfeuer, Monatsschrift der Deutschen Hausbücherei, Hamburg.
6. Jg. 1931
- Das Zwanzigste Jahrhundert. Deutschnationale Monatshefte für soziales Leben, Politik, Wissenschaft, Kunst und Literatur.
Schriftleitung: Fritz Lienhard, Berlin.
4. Jg. 1894
- Jungdeutsche Stimmen. Rundbriefe für den Aufbau einer wahrhaften Volksgemeinschaft. Im Auftrage der Fichte-Gesellschaft von 1914, hg. v. Hans Gerber, Frank Glatzel. Christian Krauß, Hamburg.
H 5—17, 1919
- Der Kunstwart. Halbmonatsschau über Dichtung, Theater, Musik, bildende und angewandte Künste. Seit 1907: Halbmonatsschau für Ausdrucks-kultur auf allen Lebensgebieten. Hg. v. Ferdinand Avenarius, München.
14. Jg. 1901
15. Jg. 1902
16. Jg. 1903
20. Jg. 1907
21. Jg. 1908
25. Jg. 1912
- Mitteilungen des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes zu Hamburg.
(Forts. Deutsche Handels-Wacht).
1. Jg. 1894
2. Jg. 1895
- Nationalsozialistische Briefe. Halbmonatsschrift für national-sozialistische Weltanschauung. Hg. v. Gregor Strasser, Berlin.
4. Jg. 1928
- Nationalsozialistische Monatshefte. Hg. v. Alfred Rosenberg, München.
8. Jg. 1937
- Politisch-Anthropologische Revue. Monatsschrift für das soziale und geistige Leben der Völker. Hg. v. Ludwig Woltmann 1902—07; Otto Schmidt-Gibichenfels 1911—22, Eisenach und Leipzig.
1. Jg. 1902 —
21. Jg. 1922 (Politisch-Anthropologische Monatsschrift)
- Politische Wochenschrift für Volkstum und Staat.
Hg. v. Hermann Ullmann, Berlin.
1. Jg. 1925
4. Jg. 1928
- Preußische Jahrbücher, Berlin.
44. Bd. 1879 —
46. Bd. 1880
- Stand und Staat. Stimmen der Jungmannschaft im DHV, Hamburg.
2. Jg. 1931

3. Jg. 1932
 4. Jg. 1933
 Die Weltbühne. Hg. v. Carl von Ossietzki, Berlin.
 28. Jg. 1932

3. Schriften des DHV

- Bechly, Hans: Die Deutschnationale Handlungsgehilfenbewegung und die politischen Parteien, Hamburg 1911.
 Bechly, Hans: Der nationale Gedanke nach der Revolution, Hamburg 1919.
 Bechly, Hans: Staat, Gesellschaft und Politik, Hamburg 1920.
 Bechly, Hans: Volk, Staat und Wirtschaft, Hamburg 1924.
 Bechly, Hans: Eine nationale Berufsgewerkschaft, Hamburg o. J. (1927).
 Bechly, Hans: Die Führerfrage im neuen Deutschland, Hamburg 1928.
 Bericht und Abrechnung des DHV für die Geschäftsjahre 1903—1912, Hamburg 1905—1913.
 Bott, Karl: Die Kaufmannspersönlichkeit, das Ziel der deutschen Kaufmannsbildung, Hamburg 1930.
 Die Deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung, ihr Werdegang, Bd. 16 der Schriften des DHV. 4. Aufl. Hamburg 1909.
 Der DHV in den Jahren 1924—1931. Rechenschaftsberichte, erstattet von seiner Verwaltung. Hamburg 1925—1932.
 Der DHV und die Judenfrage. Verlag DHV Hamburg o. J. (1925).
 Entstehung und Bedeutung der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Bewegung, Hamburg 1899.
 Des Fahrenden Gesellen Zunftbüchlein. Verlegt von den Fahrenden Gesellen. Bund für Wanderspflge im DHV, Hamburg 1911.
 Frahm, Friedrich: Die staatsbürgerliche Erziehung des jungen Kaufmanns, Hamburg 1911.
 Fünfundzwanzig Jahre DHV. Festschrift zum 2. 9. 1918, Hamburg 1918.
 Habermann, Max: Die neue Ordnung von Kapitel und Arbeit, Hamburg 1921.
 Habermann, Max: Die Erziehung zum deutschen Menschen, Hamburg 1924.
 Habermann, Max: Stand und Staat. Eine Rede an die junge Mannschaft des DHV, Hamburg o. J. (1930/31).
 Handbuch für Betriebs- und Vertrauensmänner des DHV, Hamburg 1932.
 Handbuch für die Vorstandsmitglieder im DHV, Hamburg 1909.
 Irwahn, Johannes: Aus der Urgeschichte des DHV. Kriegsblätter des DHV, Blatt 18/20, Hamburg 1916.
 Jahrbücher für Deutschnationale Handlungsgehilfen, Hamburg,
 1. Jg. 1900 — 23. Jg. 1922
 24. Jg. 1925 — 26. Jg. 1927.
 Liederbuch für deutschnationale Kaufmannsgehilfen,
 23. Aufl. Hamburg 1931.
 Satzung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter, Hamburg,
 vom 1. 7. 1920 und 27. 6. 1930.

- Schack, Wilhelm: *Wie und was wir geworden sind (1893—1903, Festschrift zum 2. September 1903, 3. Aufl. Hamburg 1903.*
- Die sozialpolitische Arbeit der Reichstagsabgeordneten des DHV 1925—28. Zusammengestellt von der Sozialpolitischen Abteilung des DHV, Hamburg 1928.
- Thiel, Otto: *Die Sozialpolitik der deutschen Kaufmannsgehilfen, Hamburg 1926.*
- Verhandlungsschrift über den
4. Dt. Handlungsgehilfentag 1899
 7. Dt. Handlungsgehilfentag 1902
 8. Dt. Handlungsgehilfentag 1903
 9. Dt. Handlungsgehilfentag 1905
 10. Dt. Handlungsgehilfentag 1907
 11. Dt. Handlungsgehilfentag 1909
 12. Dt. Handlungsgehilfentag 1911.
- Was wir wollen! Ziele und Aufgaben der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Bewegung, Bd. 3 der Schriften des DHV, 4. Aufl., Hamburg 1912.
- Zimmermann, Albert: *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband. Sein Werden, Wirken und Wollen, Hamburg o. J. (1921).*

4. Literarische Quellen I (19. Jahrhundert)

- Antisemitisches Jahrbuch für 1897, Hg. v. W. Giese, Berlin 1897.
- Bebel, August: *Sozialdemokratie und Antisemitismus. Rede, gehalten auf dem IV. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zu Köln a. Rh. 1894, 2. Aufl., Berlin 1906.*
- Busch, Moritz, *Tagebuchblätter, 3 Bde, Leipzig 1899.*
- Dühring, Eugen: *Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judentums aus dem modernen Völkergeist, Berlin 1883.*
- Dühring, Eugen: *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Cultur-Frage. Berlin 1883.*
- Erdmannsdörfer, H. G.: *Dem Abgrunde zu! Die Deutsch-Soziale Reformpartei in kritischer Beleuchtung. Hann.-Münden 1898.*
- Förster, Paul: *Unsere deutsch-socialen Grundsätze und Forderungen. Leipzig 1892.*
- Frank, Walter: *Hofprediger Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung. 2. Aufl., Hamburg 1935.*
- Frey, Thomas (Theodor Fritsch): *Leuchtkugeln. Antisemitische Kernsprüche. Leipzig 1881.*
- Frey, Thomas (Theodor Fritsch): *Brennende Fragen Nr. 1—37. Leipzig 1883.*
- Frey, Thomas (Theodor Fritsch): *Zur Bekämpfung zweitausendjähriger Irrtümer. Leipzig 1886.*
- Fritsch, Theodor: *Antisemiten-Katechismus. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage. 25. Aufl., Leipzig 1893.*

- Fritsch, Theodor, Handbuch der Judenfrage, 26. Aufl., Hamburg 1907, 29. Aufl., Leipzig 1923, 31. Aufl., Hamburg 1932.
- Giese, W.: Die Herren Raab und von Liebermann in der Deutschsocialen Reformpartei. Ein Nachwort von W. G. Berlin 1900.
- Glagau, Otto: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin. 4. Aufl., Leipzig 1876.
- Glagau, Otto: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland. Leipzig 1877.
- Glagau, Otto: Der Bankerott des National-Liberalismus und die Reaktion. Berlin 1878.
- Glagau, Otto: Deutsches Handwerk und historisches Bürgertum. Osna-brück 1879.
- Glagau, Otto: Des Reiches und der neue Culturkampf. 3. Aufl., Osna-brück 1880.
- Glagau, Otto: Liberale Freiheiten. 2. Aufl., Osna-brück 1885.
- Jöhlinger, Otto: Bismarck und die Juden. Berlin 1921.
- Lange, Friedrich: Reines Deutschtum. Grundzüge einer nationalen Welt-anschauung. 3. Aufl., Berlin 1904.
- Marr, Wilhelm: Wählt keinen Juden! Berlin 1879.
- Marr, Wilhelm: Vom jüdischen Kriegsschauplatze, Bern 1879.
- Marr, Wilhelm: Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum. Bern 1879.
- Marr, Wilhelm: Antisemitische Hefte, 1—3. Chemnitz 1880.
- Marr, Wilhelm: Der Weg zum Sieg des Germanenthums über das Judentum (4. Aufl. von Wählt keinen Juden). Berlin 1880.
- Marr, Wilhelm: Lessing contra Sem. 2. Aufl., Berlin 1885.
- Naudh, H. (Heinrich Nordmann): Die Juden und der deutsche Staat, Berlin 1861.
- Naudh, H. (Heinrich Nordmann): Israel im Heere. Berlin 1879.
- Naudh, H. (Heinrich Nordmann): Professoren über Israel, v. Treitschke und Breßlau. Berlin 1880.
- Oldenberg, K.: Die heutige Lage der Commis nach neuerer Literatur. In: Jb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Hg. v. G. Schmoller, 16. Jg. Leipzig 1892, S. 749—812.
- Oldenberg, K.: Statistik der socialen Lage der deutschen Handlungsgehülfen. In: Jb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Hg. v. G. Schmoller, 17. Jg., Leipzig 1893, S. 1231—50.
- Rohling, August: Der Talmud-Jude. Münster 1871.
- Rohling, August: Franz Delitzsch und die Judenfrage. Prag 1881.
- Rohling, August: Meine Antwort an die Rabbiner. Prag 1883.
- Rudolf, E. V. von: Georg Ritter von Schönerer. Der Vater des politischen Antisemitismus, München 1936.
- Scheel, H. von: Die amtliche Arbeiter-Statistik des Deutschen Reichs. In: Jb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Hg. v. G. Schmoller, 18. Jg. Leipzig, 1894, S. 829—852.

- Schmoller, Gustav: Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Referat, gehalten auf dem 8. Evangelisch-Sozialen Kongreß in Leipzig am 11. 6. 1897, Görtingen 1897.
- Georg Schönerer. Hg. mit Unterstützung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands von Eduard Pichl, 6 Bde, Oldenburg/Berlin, 1938.
- Stoecker, Adolf: Christlich-Social. Reden und Aufsätze Bielefeld-Leipzig 1885.
- Wagner, Richard: Das Judentum in der Musik. In: Richard Wagner, Die Hauptschriften. Kröners Taschenausgabe, Bd. 145, Leipzig 1937.
- Wahrmund, Adolf: Die christliche Schule und das Judentum. Wien 1885.
- Wahrmund, Adolf: Der Culturkampf zwischen Asien und Europa. Berlin 1887.
- Wahrmund, Adolf: Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft, 2. Aufl., München 1919.
- Winter, Georg: Der Antisemitismus in Deutschland. Magdeburg 1896.

5. Literarische Quellen II
(20. Jahrhundert)

- Die Abtrünnigen. Die Geschichte einer Abspaltung, die die Festigung der Partei brachte. Deutschnationales Rüstzeug Nr. 16, Berlin 1930.
- Der Zerstörer der deutschen Angestellteneinheit. Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA) Schrift Nr. 24, Berlin, Hamburg, Leipzig o. J. (1925).
- Apolant, Hans-Alexander: Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung Deutschlands. Werden, Wesen und Wollen der gelben Organisationen. Berlin 1928.
- Blüher, Hans: Die Erhebung Israels gegen die christlichen Güter. Hamburg/Berlin 1931.
- Bröcker, Paul: Vom christlich-sozialen Gedanken zur deutsch-nationalen Arbeiterbewegung. Hamburg 1921.
- Bröcker, Paul: Was ist Klassenkampf? Hamburg 1919.
- Buch, Willi: 50 Jahre antisemitische Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte. München 1937.
- Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts, 2 Bde. 22. Aufl., München 1937.
- Chamberlain, Houston Stewart: Richard Wagner. 6. Aufl., München 1919. 25 Jahre Christliche Gewerkschaftsbewegung. 1899—1924. Festschrift. Berlin 1924.
- Claß, Heinrich: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich. Leipzig 1932.
- Deutsche Volkserziehung. Zwei Vorträge über das Wollen und Wirken der Fichte-Gesellschaft. Hamburg 1920.
- Der D. H. V. Sonderabdruck der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Berlin 1911.

- Der D. H. V. Seine Entstehung und seine Entwicklung. Die Gedankenwelt des DHV. Vortragsdisposition Nr. 3. Hg. v. Zentralverband der Angestellten, o. J.
- Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Politische Wandlungen des DHV. GdA Beobachtungsdienst September 1928.
- Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband als nationalpolitischer Störenfried. In: Soziale Erneuerung. Hg. v. Paul Bang, Gustav Hartz, Erwin Liek. Sonderheft 1933.
- Deutschwölkischer Katechismus. H. II. Völkische Organisationen. Leipzig 1931.
- Ehrenthal, Günther: Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisation und ihrer Bestrebungen. Berlin 1929.
- Feder, Gottfried: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. 11. Aufl., München 1933.
- Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Hammer. Leipzig 1926.
- Satzungen der Fichte-Gesellschaft e. V. Hamburg o. J.
- Fichte-Stiftung. Verhandlungsbericht über die Gründungstagung der Fichte-Stiftung am 18. 2. 1920 in Berlin. Verlag des Deutschen Volkstums in Hamburg, 1920.
- Freytagh-Loringhoven, Axel von: Deutschnationale Volkspartei. Berlin 1931. Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934.
- Gerstenhauer, Max Robert: Der völkische Gedanke in Vergangenheit und Zukunft. Aus der Geschichte der völkischen Bewegung. Leipzig 1933.
- Glatzel, Frank: Der Jungdeutsche Bund (1919) In: Grundschriften der Deutschen Jugendbewegung, hg. v. Werner Kindt. Düsseldorf—Köln 1963, S. 220—29.
- Gobineau, Joseph Arthur de: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Bd. 1—4. Deutsch v. Ludwig Schemann. Stuttgart 1898—1901.
- Goebbels, Josef: Kampf um Berlin. Der Anfang. 6. Aufl., München 1934.
- Goldstein, Julius: Deutsche Volks-Idee und Deutsch-Völkische Idee. Eine soziologische Erörterung der völkischen Denkart. Berlin 1927.
- Grundzüge des Völkischen Staatsgedankens. Hg. v. Alldeutschen Verband. Berlin o. J.
- Günther, Hans F. K.: Rassenkunde des deutschen Volkes. 9. Aufl., München 1926.
- Handbuch der Zeitungswissenschaft, Bd. I. Leipzig 1940.
- Hartz, Gustav: Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit. Berlin 1928.
- Hentschel, Willibald: Varuna. Das Gesetz des aufsteigenden und sinkenden Lebens in der Völkergeschichte. 3. Aufl., Leipzig 1918.
- Hiller, Georg: Das wahre Gesicht der Deutschnationalen. Zur Abwehr II. Hg. v. Verband Deutscher Handlungsgehilfen. Leipzig 1906.
- Hilferding, Rudolf: Probleme der Zeit. In: Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und Politik 1. Bd. 1924, S. 1 ff.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 573.—577. Aufl., München 1940.
- Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hg. v. Ludwig Heyde, Berlin 1931/32.

- Jungdeutsches Wollen, Vorträge, gehalten auf der Gründungstagung des Jungdeutschen Bundes auf Burg Lauenstein. Hamburg 1920.
- Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6. Stuttgart 1959.
- Kulemann, Wilhelm: Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber aller Länder. Jena 1900.
- Lambach, Walther: Verinnerlichung des Klassenkampfes. In: Die neue Front. Hg v. Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen, Max Hildebert Boehm. Berlin 1922, S. 220—22.
- Lambach, Walther: Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland. Hamburg-Berlin 1926.
- List, Guido: Gesammelte Werke. 2. Reihe Forschungsergebnisse 2. Bd. Wien 1908.
- Moeller von den Bruck, Arthur: Das dritte Reich. 3. Aufl., Hamburg 1931.
- Mommsen, Theodor: Reden und Aufsätze, Berlin 1905.
- Mommsen, Theodor: Römische Geschichte, Bd. III. 12. Aufl., Berlin 1920.
- Müller, Josef: Die Entwicklung des Rassenantisemitismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Historische Studien H. 372, Berlin 1940.
- Was wir vom Nationalsozialismus erwarten. Zwanzig Antworten. Hg. v. Albrecht Erich Günther. Heilbronn 1932.
- Reventlow, Ernst Graf: Deutscher Sozialismus. Civitas Dei Germanica. Weimar 1930.
- Roth, Alfred: Auf gerader Linie. Ein Rückblick auf 45 Jahre Kampf ums Deutschtum. Hamburg 1944 (Privatdruck).
- Roth, Alfred: Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Hamburg 1939.
- Roth, Alfred: Allen Führenden zu Deutschlands Erneuerung, die guten Willens sind, gewidmet. Stuttgart 1928.
- Schack, Wilhelm: Die Nationalsozialen und der Liberalismus. Vortrag, gehalten auf dem Parteitag der Deutschsozialen Partei. Hamburg, Oktober 1903.
- Schemann, Ludwig: Gobineaus Rassenwerk. Aktenstücke und Betrachtungen zur Geschichte und Kritik des *Essai sur l'inégalité des races humaines*. Stuttgart 1910.
- Schemann, Ludwig: Gobineau und die deutsche Kultur. Leipzig 1910.
- Schemann, Ludwig: Gobineau. Eine Biographie. 2 Bde. Straßburg 1913/16.
- Schemann, Ludwig: Paul de Lagarde. Ein Lebens- und Erinnerungsbild. 2. Aufl., Leipzig 1920.
- Schmahl, Eugen: Die antisemitische Bauernbewegung in Hessen von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus. In: Schmahl/Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung. Gießen 1933.
- Schuon, Hermann: Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband zu Hamburg. Sein Werdegang und seine Arbeit. Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Jena Bd. 13, H. 3, Jena 1914.

- Stapel, Wilhelm: Volksbürgerliche Erziehung. Die Fichte-Hochschule, H. 4, 2. Aufl., Hamburg 1920.
- Stapel, Wilhelm: Die Fiktionen der Weimarer Verfassung. Versuch einer Unterscheidung der formalen und der funktionalen Demokratie. Hamburg/Berlin/Leipzig 1928.
- Stapel, Wilhelm: Antisemitismus und Antigermanismus. Hamburg 1928.
- Stapel, Wilhelm: Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus. Hamburg/Berlin 1931.
- Stapel, Wilhelm: Versuch einer praktischen Lösung der Judenfrage. In: Was wir vom Nationalsozialismus erwarten. Zwanzig Antworten. Hg. v. A. E. Günther. Heilbronn 1932.
- Stapel, Wilhelm: Der christliche Staatsmann. Eine Theologie des Nationalismus. Hamburg 1932.
- Stapel, Wilhelm: Die Kirche Christi und der Staat Hitlers. Hamburg 1933.
- Stapel, Wilhelm: Die literarische Vorherrschaft der Juden in Deutschland 1918—1933. Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands. 2. Aufl., Hamburg 1937.
- Stapel, Wilhelm: Volk. Untersuchungen über Volkheit und Volkstum. 4. Auflage der Volksbürgerlichen Erziehung. Hamburg 1942.
- Stegerwald, Adam: Deutsche Lebensfragen. Köln 1920.
- Ullmann, Hermann: In der großen Kurve. Führer und Geführte. Berlin 1933.
- Ullmann, Hermann: Die Rechte stirbt — Es lebe die Rechte! Berlin 1929.

6. Neuere Darstellungen

- Ackerman, Nathan W., und Jahoda, Marie: Anti-Semitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytic Interpretation. Studies in Prejudice, New York 1950.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1957.
- Bein, Alexander: Die Judenfrage in der Literatur des modernen Antisemitismus als Vorbereitung zur Endlösung. In: Bulletin des Leo Baeck Instituts, 6. Jg., H. 21, 1963, S. 4—51.
- Bein, Alexander: Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage. In: Vj. Zg., 6. Jg., 1958, S. 340—360.
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 10. Aufl., München 1960.
- Blumenfeld, Kurt: Erlebte Judenfrage. Stuttgart 1962.
- Boehlich, Walter: Der Berliner Antisemitismus-Streit. Frankfurt am Main 1965.
- Born, Karl Erich: Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890—1914. Historische Forschungen, Bd. I, Wiesbaden 1957.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 4, 2. Aufl., Stuttgart, Düsseldorf 1957.

- Broszat, Martin: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus. In: Deutsche Rundschau, 84. Jg., 1958, S. 53—68.
- Broszat, Martin: Die antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland. Phil. Diss. masch. Köln 1952.
- Brunner, Otto: Das Zeitalter der Ideologien. In: Neue Wege der Sozialgeschichte. Göttingen 1956.
- Bussmann, Walter: Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. In: HZ 190, 1960, S. 55 ff.
- Conrad-Martius, Hedwig: Utopien der Menschenzüchtung. Der Sozialdarwinismus und seine Folgen. München 1955.
- Conze, Werner: Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik. Deutsche Geschichte 1890—1933. Tübingen 1964.
- Daim, Wilfried: Der Mann, der Hitler die Ideen gab. München 1958.
- Deuerlein, Ernst: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr. Dokumentation. In: Vj. Zg., 7. Jg., 1959, S. 177—227.
- Franz-Willing, Georg: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919—1922. Hamburg/Berlin 1962.
- Gerlach, Hans Christian: Agitation und parlamentarische Wirksamkeit der deutschen Antisemitenparteien 1873—1895. Phil. Diss. masch. Kiel 1956.
- Heuss, Alfred: Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert. Kiel 1956.
- Irwahn, Fritz: 60 Jahre DHV. Hg. v. Deutschen Handlungsgehilfen-Verband. Hamburg 1953.
- Jochmann, Werner: Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922—1933. Dokumente. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. III, Frankfurt a. M. 1963.
- Jonas, Erasmus: Die Volkskonservativen. 1928—1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 30, Düsseldorf 1965.
- Kaiser, Joseph H.: Die Repräsentation organisierter Interessen. Berlin 1956.
- Kampmann, Wanda: Adolf Stoecker und die Berliner Bewegung. In: GWU, 13. Jg., H. 9, September 1962, S. 558—79.
- Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München, Wien, o. J.
- Kosch, Wilhelm: Deutsches Literatur-Lexikon, 2. Aufl., Bd. III, Bern 1956.
- Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890—1939. Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 3, Wiesbaden 1954.
- Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8, Düsseldorf 1956.
- Massing, Paul: Rehearsal for Destruction. A Study of Political Antisemitism in Imperial Germany. Studies in Prejudice, New York 1949.
- Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen. Stuttgart 1950.

- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bonn 1960, S. 281—453.
- Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus. 1933—1945. Hg. v. Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann. Bielefeld 1961 ff.
- Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932.
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 18. Düsseldorf 1961.
- Paetel, Karl O.: Jugendbewegung und Politik. Randbemerkungen. Bad Godesberg 1961.
- Raabe, Felix: Die Bündische Jugend. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1961.
- Reichmann, Eva G.: Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe. Frankfurt a. M./Wiesbaden 1957.
- Sieh, Hans G. K.: Der Hamburger Nationalistenklub. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-konservativen Strömungen in der Weimarer Republik. Phil. Diss. Mainz 1963.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962.
- Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hg. v. d. Görres-Gesellschaft. 6. Aufl., Freiburg Bd. I 1957, Bd. VII 1962.
- Tänzler, Fritz: Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904—1929. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeitgeberbewegung. Berlin 1929.
- Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien 1873—1890. Historische Studien, H. 168 Berlin 1927.
- Weber, Adolf: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland. 6. Aufl., Tübingen 1954.
- Zmarzlik, Hans Günter: Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem. In: Vj. Zg., 11. Jg., 1963, S. 246—73.

Personenregister

- Ackerman, Nathan W. 26 A
Agena, Dirk Meints 215
Ahlwardt, Hermann 42 A, 49
Ammon, Otto 88, 92, 93, 94 A
Andersen, E. 47
Apolant, Hans-Alexander 200 A
Arendt, Hannah 26 A
Arndt, Ernst Moritz 120
Auerbach, Albert 20, 21
Aufhäuser, Siegfried 171
Avenarius, Eduard 132 A
Avenarius, Ferdinand 128, 132, 133,
159—161
- Bachmeier, Benedikt 111 A
Ballin, Albert 180
Baltrusch, Friedrich 138
Bamberger, Ludwig 26
Bang, Paul 211, 214, 215, 222, 223,
224 A, 228, 238, 249, 255 A, 258, 259
Bartels, Adolf 31 A, 102, 127, 128,
136, 137, 161
Bebel, August 24
Bechly, Hans 41, 85, 99, 117—122,
136, 138, 156, 163, 169, 170, 177 A,
178—185, 186 A, 187—189, 193,
196, 197 A, 204, 207, 208, 213,
215—219, 224 A, 229, 249—255,
257, 258, 260—262
Behm, Margarete 216
Behrens, Franz 178, 227, 230, 238
Bein, Alexander 26 A
Berlepsch, Hans Hermann von 16,
17, 179
Berlin, Christian 193 A
Bernhard, 21
- Berns, Peter 240
Bernstein, Eduard 94 A
Bismarck, Herbert von 130
Bismarck, Otto von 16, 27, 36, 69,
79, 80, 83—85, 101 A, 138, 154,
180
Björnson, Björnsterne 145
Bleichröder, Gerson 26 A, 27
Bley, Fritz 127, 128
Blobel, Oskar 21
Blobel, Viktor 140 A
Blüher, Hans 31 A, 144, 166
Blumenfeldt, Kurt 158
Böckel, Otto 26 A, 36, 38—40, 42,
43, 72, 73
Boehlich, Walter 34 A
Born, Karl Erich 16, 17 A
Börne, Ludwig 160
Borsig, Ernst von 171
Bott, Karl 125, 135, 262
Bracher, Karl Dietrich 234 A
Brandt, Rolf 141
Brefslau, Harry 28 A
Breuer, Hans 147 A
Bröcker, Paul 24 A, 42 A, 44 A, 64,
65, 196—199, 205
Brockhaus, Fritz 132 A
Brockhaus, Heinrich 132 A
Brost, Georg 178, 230
Broszat, Martin 23, 26 A, 27, 30 A,
32 A, 34 A, 35, 36, 38 A, 40 A,
41 A, 42 A, 45 A
Bruhn, Wilhelm 157 A
Brüning, Heinrich 179, 189, 221, 229,
232—235, 241, 244, 248—251,
253—255, 257, 264

- Brunstädt, Friedrich 130, 138, 143, 230
 Buch, Willi 26 A, 41 A, 82 A, 104 A
 Bülow, Bernhard von 179 A
 Bundies, Adolfo 130
 Burckhardt, Georg 111 A
 Burte, Hermann 127
 Busch, Moritz 36 A

 Camphausen, Otto 26 A
 Chamberlain, Houston Stewart 28 A, 31, 71, 87—89, 97, 98, 120, 127, 128
 Claß, Heinrich 101, 102 A, 103, 211, 214
 Classen, Walther 134, 230
 Clauß, Eugen 136, 236
 Conrad-Martius, Hedwig 95 A
 Conze, Werner 69 A
 Coster, Charles de 137

 Dähnhardt, Heinz 134, 230
 Daim, Wilfried 91
 Delbrück, Rudolf von 26 A
 Delitzsch, Franz 29 A
 Deppisch, 81
 Deuerlein, Ernst 268 A
 Dingeldey, Eduard 255 A
 Dinter, Artur 31 A, 127
 Döring, Richard 44 A, 103, 106, 117, 119, 122
 Dovifat, Emil 189
 Driesmanns, Heinrich 98
 Dühring, Eugen 30, 49, 82 A

 Eberhard, Wilhelm 136
 Eckart, Dietrich 127
 Eckart, Paul 245
 Ehrenthal, Günther 148 A
 Ehrler, Hans Heinrich 145
 Eimler, Fritz 178
 Elberding, Paul 81
 Elsner, E. und G. 126 A
 Engelhardt, Emil 150
 Erle, August 140 A
 Ernst, Paul 143, 145
 Everling, Friedrich 219, 222

 Fechter, Paul 144 A
 Fichte, Johann Gottlieb 128, 129, 162
 Fischer, Eugen 96 A
 Fischer, K. 47
 Fischer, Karl 146
 Fischer, Richard 25 A
 Fischer, Rudolf 230
 Fock, Gorch (Johann Kinau) 136, 137
 Forster, Albert 235, 239, 251, 252, 263
 Förster, Bernhard 35
 Förster, Paul 40, 49, 54 A, 82 A
 Frahm, Friedrich 125, 149 A
 Frank, Walter 32 A, 35 A, 37 A
 Franz-Willing, Georg 12 A
 Freytag, Gustav 137
 Freytag-Loringhoven, Axel von 206, 207, 209, 210 A, 214—216, 220 bis 222, 223 A, 228
 Frick, Wilhelm 133 A, 250
 Fries, Otto 112
 Fritsch, Theodor 21, 28, 29 A, 30, 31, 37, 38, 42 A, 102—105

 Gayl, Wilhelm Moritz von 212
 Gehrrens, Wilhelm 25 A
 Geisler, Fritz 199, 200, 202, 207, 210, 212, 213
 Gemlich, Adolf 268 A
 Gerber, Hans 130 A, 131 A, 132 A, 150, 230
 Gerig, Otto 122, 138, 190, 196, 240
 Gerlach, Hans Christian 26 A, 28 A, 37 A, 40 A, 41 A, 42 A, 43 A, 51 A
 Gerstenhauer, Max Robert 102, 130
 Geyer, Cäcilie und Louise 132 A
 Giese, W. 111
 Glagau, Otto 29, 30, 49, 61
 Glatzel, Frank 150, 151, 240, 255
 Gloy, Hans 136
 Gobineau, Arthur de 31, 71, 87—90, 92, 93, 95, 97, 98, 100, 102, 110
 Goebbels, Joseph 165
 Gok, Gottfried 207, 214, 215
 Goldstein, Julius 161 A, 165
 Goldstein, Moritz 158, 159 A
 Golle, J. 76

- Goltz, Colmar von der 148, 149
 Gotthelf, Jeremias 134, 138
 Götting, Arthur 140 A
 Graefe, Albrecht von 207
 Gräfe, Emil Heinrich 157 A
 Graetz, Heinrich 34 A
 Grimm, 39 A
 Grimm, Hans 139, 145
 Gröndahl, Karl 114, 173 A
 Guhl, L. M. 47
 Gunnarsson, Gunnar 145
 Günther, Albrecht Erich 134, 162 A,
 163, 225
 Günther, 47
 Günther, Gerhard 134
 Günther, Hans F. K. 31 A, 97 A
 Gutsche, 178

 Habermann, Max 20 A, 58 A, 117 A,
 121—123, 130, 132 A, 135, 140,
 147, 154, 156, 160, 161, 174, 176,
 179—182, 184, 189, 190, 192,
 197 A, 204, 205, 207, 211, 212 A,
 221, 222, 224—226, 229—232,
 233 A, 234, 235, 239, 241, 244 bis
 254, 256—260, 262, 264, 265
 Haeckel, Ernst 96
 Hahn, Karl 152
 Haid, August 239, 263—265
 Hammerstein, Wilhelm von 41
 Hamsun, Knut 145
 Hänel, Albert 35 A
 Harnack, Adolf von 183, 184
 Hartwig, Karl 227, 229, 238
 Hartz, Gustav 223, 227
 Hasse, Ernst 66, 100 A, 101
 Heenemann, Hans 82
 Hegewald, Max 254
 Heine, Heinrich 136, 160
 Helfferich, Karl 209
 Helldorf, Otto von 41
 Hellwig, Carl 90, 105
 Henning, Wilhelm 207
 Henningsen, Johann 107, 112, 194
 Henrici, Ernst 35, 42 A
 Hentschel, Willibald 98, 104
 Herzog, Karl 90

 Heß, Rudolf 249
 Heuss, Alfred 34 A
 Hilferding, Rudolf 167 A
 Hiller, Georg 21
 Hilpert, Leonhard 111 A
 Hindenburg, Paul von 228, 232, 234,
 237, 251—253, 257, 261
 Hirschfeld, G. W. 58
 Hitler, Adolf 78, 91, 154, 156, 214,
 228, 233, 238, 239, 241, 248—250,
 253, 254, 257—260, 263—265,
 267, 268
 Hitze, Franz 196
 Hoetzsch, Otto 227, 230, 231
 Hohenlohe, Chlodwig zu 17
 Hoppe, Wilhelm 85 A
 Horn, Kurt 225 A, 233 A
 Horst, Cornelius von der 245
 Hübner, E. A. 47, 48
 Hugenberg, Alfred 191, 201, 203,
 210, 214, 215, 218, 220, 221 A, 222
 bis 224, 226—228, 234, 236, 238,
 247, 249, 250, 253—255, 258, 259
 Hülser, Gustav 227, 229

 Imbusch, Heinrich 179
 Iro, Karl 72, 77, 79
 Irwahn, Fritz 12 A, 44 A, 230, 245,
 269
 Irwahn, Johannes 18, 23—25, 44, 45,
 47, 51—53, 55, 57, 58, 61, 63, 74,
 111 A, 118, 136, 137 A, 194, 230,
 236, 262
 Irwahn, Stadtmissionar 44, 46

 Jacobsen, Alfred 67 A, 111 A, 140
 Jacobsen, Edmund 111 A
 Jacobsen, Hans-Adolf 203 A, 242 A
 265 A
 Jahoda, Marie 26 A
 Jallas, J. K. 46
 Jansen, Werner 127, 137
 Jochmann, Werner 203 A, 242 A,
 265 A
 Jöhlinger Otto 36 A
 Johst, Hanns 145

- Jonas, Erasmus 12 A, 219, 220 A,
224 A, 227 A, 235, 236 A
- Joos, Joseph 256
- Jörens, K. 46
- Jung, Edgar J. 230
- Jünger, Ernst 139, 144
- Kaas, Ludwig 256, 264
- Kaiser, 178
- Kaiser, Joseph H. 169 A, 171 A
- Kalkschmidt, Eugen 134
- Kampmann, Wanda 33 A
- Kant, Immanuel 129
- Kastenbein, Georg 230
- Keller, Gottfried 138
- Kernreuter, Josef Karl 77, 79
- Kerr, Alfred 162
- Keudell, Walter von 130, 227
- Kiefer, Wilhelm 126—128, 136
- Kleibömer, Georg 134
- Kleist, Heinrich von 130, 137
- Klempner, Klemens von 13 A
- Klönne, 81
- Klönne, Moritz 227, 230
- Knoop, Emil 25 A
- Köhler, 169
- Kolbenheyer, Erwin Guido 139, 143,
145
- König, Eberhard 127
- Koppelt, E. 140 A
- Korff, Hermann 46, 140 A
- Körner, Karl Theodor 149
- Kosch, Wilhelm 88 A
- Kosinna, Gustav 96
- Kotzde, Wilhelm 127
- Krauß, Christian 129, 136, 140, 147,
150
- Krebs, Albert 12, 117, 121 A, 129 A,
132 A, 178, 179 A, 189, 221 A,
235 A, 239—244, 248, 250
- Kruck, Alfred 88 A, 105 A, 203 A,
214 A
- Krupp, Friedrich Alfred 180
- Krüß, E. 111 A
- Kulemann, Wilhelm 14 A, 15, 21 A,
22 A
- Kutzleb, Hjalmar 134
- Lagarde, Paul de 49, 88, 102
- Lagerlöf, Selma 145
- Lambach, Walther 122, 136, 140, 141,
181, 190, 191, 197, 201, 202, 207,
212, 213, 215, 216, 218—223, 225,
227—231, 236, 238, 240, 242, 262
- Lange, Friedrich 75, 93, 102
- Langhein, Carl 140
- Lanz von Liebenfels, Georg (Adolf
Lanz) 91—93
- Lanzenberger, Ed. 136
- Lattmann, Wilhelm 111 A
- Leber, Hermann 113
- Legien, Karl 171, 174, 260
- Lejeune-Jung, Paul 227
- Lenz, Fritz 95 A
- Lersch, Heinrich 137
- Lessing, Gotthold Ephraim 29 A
- Lettow-Vorbeck, Paul von 138, 153
- Levin, Rahel 160
- Ley, Robert 263 A
- Liebe, Werner 12 A
- Liebermann von Sonnenberg, Max
35—37, 39, 40, 42, 43, 49, 66, 103,
104, 110, 111, 121, 238
- Lienhard, Friedrich 127
- Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann v.
224, 227, 236
- Lissauer, Ernst 159 A
- Lissner, Hans 147 A
- List, Guido von 90—93
- Loewenberg, Jakob 159 A
- Lohmann, Karl 207, 214
- Lomnitz, Ferdinand 126 A
- Löns, Hermann 138
- Lorenz-Meyer, Eduard Lorenz 90
- Lucger, Karl 78, 90
- Luntowski, Adalbert 127, 136
- Luther, Martin 84
- Marr, Heinz 134
- Marr, Wilhelm 29, 36 A, 46, 49
- Marschler, Willi 239
- Massing, Paul 26 A
- Maurenbrecher, Max 211
- Megerle, Karl 230
- Meier, Carl 140

- Michels, Robert 93, 94
 Miltzow, Hermann 175, 230, 253, 256, 260—262
 Mittermeier, Matthäus 111 A
 Moeller van den Bruck, Arthur 143, 246
 Mohler, Armin 13 A
 Moltke, Helmuth von 149
 Mommsen, Theodor 34 A, 161 A
 Mörike, Eduard 137
 Morsey, Rudolf 255 A, 259 A
 Muchow, Reinhold 239
 Mücke, Helmut von 137
 Müller, Carl 76
 Müller, Georg 143
 Müller, Josef 26 A, 37 A, 38
 Mumm, Th. 111 A
 Mumm, Reinhard 227, 229, 238
 Münchhausen, Börries von 137
 Mundt, Ernst 245
 Murr, Wilhelm 239
 Müßig, Rich. Heinrich 81
 Mussolini, Benito 183
 Muthesius, Hermann 137
 Muthorst, Hermann 74, 76, 79 A, 80

 Nauck, Rudolf 111 A
 Naudh, H. (Heinrich Nordmann) 28, 49
 Neuhaus, Karl 216
 Neumann, Sigmund 201 A, 214 A, 219 A
 Nietzsche, Friedrich 87
 Nitzsche, R. 111 A
 Nobel, Alphons 189
 Nordmann, Heinrich 28

 Oldenberg, K. 17—19, 20 A, 21
 Ossietzky, Carl von 166

 Otto, Walter 105, 107
 Paetel, Karl Otto 132 A
 Papen, Franz von 255, 259
 Pein, Richard von 58, 74, 122
 Petersen, Albert 138
 Petersen, F. W. 46
 Pezold, Gustav 143
 Pfarrer, Alfred 134

 Pickenbach, Wilhelm 36, 39, 40
 Pinkert-Waldegg, Alexander 36, 37, 39
 Pleister, Werner 130, 134
 Ploetz, Alfred 95—97
 Polenz, Wilhelm von 137
 Preuß, F. 47, 111 A
 Pröll, Karl 75
 Pudor, Heinrich 127

 Quaatz, Reinhold 207, 215, 228, 238
 Raab, Friedrich 22—25, 44 A, 45 bis 47, 49—52, 58, 61, 67 A, 111 A, 140 A, 158, 238
 Raabe, Wilhelm 134, 137
 Radenhausen, 46, 49
 Rathenau, Emil 106, 180
 Raumer, Hans von 171
 Reichmann, Eva G. 26 A, 32 A
 Reventlow, Ernst zu 111 A
 Rickert, C. 58
 Rippel, Otto 141, 216, 238
 Ritter, Karl Bernhard 130, 134, 150, 230
 Rohling, August 29, 49
 Rohr, Hans-Joachim von 258, 259
 Rosenberg, Alfred 133 A
 Roth, Alfred 31 A, 81 A, 95 A, 103, 105, 106, 122, 125 A, 128, 140, 149, 193
 Seipel, Wilhelm 26 A
 Sieh, Hans G. K. 13 A, 179 A
 Siemens, Carl Friedrich von 171
 Sieveking, Hermann Otto 219, 220
 Simon, 180
 Simons, Gustav 82 A
 Söhle, Karl 134
 Sohnrey, Heinrich 138
 Sombart, Werner 141
 Sommerburg, Otto 72 A
 Sontheimer, Kurt 13 A
 Spahn, Martin 215
 Schacht, Hjalmar 250
 Schack, Wilhelm 44 A, 45, 56—64, 66, 67 A, 68, 74, 75, 81 A, 85, 86, 89, 99—102, 106, 110—114, 117 bis 119, 121, 122, 262

- Schäfer, Wilhelm 139, 143, 145
 Schaukal, Richard 127
 Schaumburg, 81
 Scheel, H. von 16 A
 Scheffel, Viktor von 137
 Schemann, Ludwig 87 A, 88, 89,
 90 A, 92, 95 A, 97 A, 98, 102 A,
 127, 133
 Schiele, Martin 227
 Schimmelpfeng, Karl 73
 Schlange-Schöningen, Hans 227, 230
 Schleicher, Kurt von 257
 Schloder, Georg 263
 Schmahl, Eugen 26 A, 43 A
 Schmarje, Ewald 25 A
 Schmidt-Gibichenfels, Otto 94, 95
 Schmoller, Gustav 9 A
 Schneider, 81
 Schneider, Emil 135, 138, 145—147
 Schnitzler, Arthur 162
 Scholz, Ernst 228
 Schönerer, Georg Ritter von 47—49,
 60, 70, 72, 75, 76 A, 77—80, 82 A,
 83, 87, 239, 268
 Schrewe, Ernst 245
 Schreyer, Lothar 230
 Schultze- Naumburg, Paul 133
 Schulz, A. R. P. 46
 Schulz, M. 47
 Schulze, Willibald 105 A
 Schumacher, Hermann 245
 Schuon, Hermann 110 A, 115 A,
 116 A
 Stadtler, Eduard 249
 Stanik, Friedrich 239, 251
 Stapel, Wilhelm 127—130, 132—136,
 139, 141—144, 150, 160—166,
 181—184, 231, 241, 246, 247, 249,
 269
 Stauff, Philipp 90 A, 159 A
 Stauffer, Heinrich 111 A
 Stegerwald, Adam 171, 174, 178,
 179, 188, 189, 221
 Steigner, Wilhelm 46, 47, 50
 Stein, Franz 79
 Steinke, 81
 Stifter, Adalbert 134
 Strinnes, Hugo 171, 260
 Stire, 81
 Stoecker, Adolf 27, 29, 32—37, 39,
 40, 41 A, 44—46, 111 A, 161 A,
 196, 238
 Stöhr, Franz 190, 235, 238, 239, 261,
 262
 Strasser, Gregor 241, 248—250
 Strauß, Emil 145
 Stresemann, Gustav 200, 226
 Strindberg, August 145
 Stubbendorf, Walter 215
 Stümcke, Heinrich 126 A
 Stumm, Karl von 180
 Stuth, Otto 140
 Teske, Hans 134
 Thiel, Otto 122, 171, 174, 179, 190,
 197, 200 A, 209 A, 240, 242 A,
 255, 262
 Thiess, Johannes 130
 Thoma, Ludwig 145
 Thomas, Oskar 115
 Tiemann, Karl 237
 Tietgens, Hermann 90
 Tirpitz, Alfred von 141
 Tocqueville, Alexis de 87
 Treitschke, Heinrich von 28 A, 32 bis
 34, 161 A
 Treviranus, Gottfried 224, 227, 230,
 232, 235, 236
 Troilo, Hans von 215
 Tucholsky, Kurt 162
 Ullmann, Hermann 134, 139, 141,
 189, 218, 226, 230, 231
 Veidt, Karl 216
 Vietinghoff-Scheel, Leopold von 203,
 204
 Voges, L. 111 A
 Vögler, Albert 208, 250
 Vogt, Friedrich 111 A
 Vogt, Wilhelm 111 A
 Vordemfelde, August 216
 Wahler, Ernst 90, 127, 128
 Wagner, Adolf 36
 Wagner, Cosima 88

- Wagner, Richard 28, 87, 88, 132
 Wagner, Siegfried 128
 Wahrmund, Adolf 30, 49
 Walterscheid, Bertram 63
 Warming, Max 140 A
 Wawrzinek, Kurt 26 A, 27, 30 A,
 33 A, 35 A, 36 A, 37 A, 38 A,
 40 A
 Weber, Adolf 179 A
 Weber, G. 111 A
 Weber, Leopold 134
 Wedekind, Frank 145
 Wedemeyer-Pätzig, Hans von 130
 Werner, Ferdinand 157 A
 Werner, Ludwig 37, 38, 40, 72,
 157 A
 Westarp, Kuno von 220, 223, 227,
 234—236
 Wichern, Johann Hinrich 44
 Wiegershaus, Friedrich 90, 107, 194
 Wilke, 81
 Wilser, Ludwig 88, 92, 96, 137
 Winnig, August 139, 141
 Winter, Christian 140
 Winterstein, Franz 90, 112 A
 Wischnöwski, Gustav 207
 Woermann, Kurt 130
 Wolf, Johannes 207, 215
 Wolf, Karl Hermann 78, 79
 Wolf, Theodor 111 A
 Woltmann, Ludwig 92—95, 97
 Wolzogen, Hans von 88, 127, 128,
 133
 Wulle, Reinhold 207
 Ziegler, Benno 130, 143, 262
 Ziegler, Matthes 163, 164, 165 A
 Zimmermann, Albert 12 A, 44 A,
 72 A, 73, 81, 103, 106, 110, 117,
 121, 126, 128, 135, 136, 140, 144,
 147 A, 195, 200, 202, 210, 230,
 236—238
 Zimmermann, Oswald 39, 40, 43, 47,
 56
 Zindler, Max 111 A
 Zmarzlik, Hans Günther 97 A

Veröffentlichungen
der Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg

- Band 1 Werner Jochmann
 Im Kampf um die Macht
 Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub
 124 Seiten, kartoniert
- Band 2 noch nicht erschienen
- Band 3 Werner Jochmann
 Nationalsozialismus und Revolution
 Ursprung und Geschichte der NSDAP
 in Hamburg 1922–1933
 Dokumente
 444 Seiten, 4 Faksimiles und 1 Tabelle, Leinen
- Band 4 Dokumente zur Gleichschaltung
 des Landes Hamburg 1933
 Herausgegeben und kommentiert
 von Henning Timpke
 328 Seiten, Leinen
- Band 5 Werner Johe
 Die gleichgeschaltete Justiz
 Organisation des Rechtswesens
 und Politisierung der Rechtsprechung 1933–1945
 dargestellt am Beispiel des
 Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg

Europäische Verlagsanstalt